

**WIFO**

A-1103 WIEN, POSTFACH 91  
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Determinanten der Einstellung zu  
wirtschaftspolitischen Maßnahmen**

**Barbara Bechter, Bernd Brandl (Universität Wien),  
Gerhard Schwarz (WIFO)**

**Oktober 2009**

# Determinanten der Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen

**Barbara Bechter, Bernd Brandl (Universität Wien), Gerhard Schwarz (WIFO)**

**November 2009**

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Mit finanzieller Unterstützung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank

Endbericht zum Jubiläumsfondsprojekt Nr. 12817 (Projektleitung: Hans Pitlik)

Begutachtung: Gerhard Rünstler (WIFO)

## Inhalt

Die Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Themen in der Bevölkerung werden in der Literatur sehr unterschiedlich beurteilt. Zum einen werden die Einstellungen auf Eigennutzen zurückgeführt, vor allem jüngere Studien bezeichnen aber die politische Orientierung als prägend. Das WIFO geht in dieser Untersuchung aufgrund einer Repräsentativbefragung den Gründen für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Österreich nach. Dabei werden sowohl der Kenntnisstand über Wirtschaft berücksichtigt als auch die (subjektiven) Erwartungen zu den Konsequenzen der Maßnahmen. Die Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen wird demnach in Österreich wesentlich stärker von der persönlichen Betroffenheit als von der ideologischen Orientierung beeinflusst. Dennoch sind die Einstellungen zu den meisten sozial- und wirtschaftspolitischen Themen und Maßnahmen in der Bevölkerung über alle ideologischen Zuordnungen und soziodemographischen Gruppen hinweg ziemlich homogen. Die Studie untersucht zusätzlich die Meinungsbildung unter Ökonomen und Ökonominen. Deren ideologische Grundhaltung ist demnach von höherer Relevanz für die Haltung gegenüber der Sozial- und Wirtschaftspolitik, während der Eigennutzen nur bedingt ausschlaggebend ist. Ihre Meinung hängt zudem eng mit ihrem beruflichen Umfeld zusammen – ebenso wie das Bild, welches sie sich von der Meinungsbildung in der Bevölkerung machen: Während (akademische) Forscherinnen und Forscher Fairnesserwägungen als wichtigste Determinante vermuten, gehen Personen in Interessenvertretungen von Nutzenmaximierung als Triebfeder der Meinungsbildung in der Bevölkerung aus.

Rückfragen: [Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at](mailto:Gerhard.Schwarz@wifo.ac.at)

2009/268-1/S/WIFO-Projektnummer: 5507

© 2009 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,  
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 • Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> •  
Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 40,00 € • Download 32,00 €: [http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37321&typeid=8&display\\_mode=2](http://www.wifo.ac.at/www/jsp/index.jsp?fid=23923&id=37321&typeid=8&display_mode=2)

## **Vorbemerkung**

Die Autoren der vorliegenden Studie danken den Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Bevölkerungsumfrage und den Expertinnen und Experten, die sich uns für Tiefeninterviews zur Verfügung gestellt haben. Ohne ihre freundliche Unterstützung wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

Weiters danken die Autoren der Oesterreichischen Nationalbank, deren Jubiläumsfonds die Durchführung dieser Studie finanziell unterstützt hat.

## Inhalt

<b>KAPITEL 1: Einleitung</b>	<b>4</b>
Stand der Forschung	5
<b>KAPITEL 2: Theoretischer Hintergrund</b>	<b>8</b>
<i>Die Determinanten der Akzeptanz</i>	11
Eigeninteresse	11
Politische und ideologische (Wert-)Orientierung	12
Wissen	13
<i>Rational Choice und Akzeptanz von Maßnahmen</i>	15
<i>Neuerungen der vorliegenden Studie</i>	17
<b>Kapitel 3: Methodenbeschreibung der Repräsentativbefragung</b>	<b>18</b>
<i>Methodenkritik</i>	18
<i>Feldarbeit</i>	20
<i>Repräsentativität</i>	20
Verteilung nach Alter	20
Verteilung nach Geschlecht	21
Verteilung nach Bildungsstand	22
Schlussfolgerung	22
<b>KAPITEL 4: Politische Orientierung und Ihre Determinanten</b>	<b>23</b>
<i>Messung der politischen Orientierung</i>	23
Politische Orientierung anhand der Links/Rechts Skala	23
Zuordnung der Befragten auf der Links/Rechts-Skala	24
Politische Orientierung anhand politischer Kategorien	29
<i>Schlussfolgerungen zur politischen Orientierung und ihren Determinanten</i>	35
<b>KAPITEL 5: Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen</b>	<b>37</b>
<i>Aussagekraft der Antworten</i>	37
<i>Betroffenheit und Zustimmung zu Maßnahmen</i>	38
<i>Schlussfolgerungen zur Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen</i>	40

<b>KAPITEL 6: Die Determinanten der öffentlichen Meinung</b>	<b>42</b>
Operationalisierung Eigeninteresse	42
Operationalisierung Ideologie	42
Operationalisierung Wissen	43
Schätzstrategie	43
<i>Empirische Ergebnisse: Determinanten der Akzeptanz</i>	43
<i>Die Determinanten der Akzeptanz der spezifischen Maßnahmen</i>	45
Die empirische Relevanz des Eigeninteresses anhand der persönlichen Betroffenheit	45
Die empirische Relevanz der politischen Ideologie	45
Die empirische Relevanz des Wissens, der Wichtigkeit und der Informationsquellen	47
Die Relevanz des Einkommens	48
Die empirische Relevanz anderer soziodemographischer Charakteristika	49
Die zeitliche Dimension der Maßnahme und die Intensität der medialen Berichterstattung	49
<i>Die Determinanten der Akzeptanz zu allgemeinen Maßnahmen</i>	51
<b>KAPITEL 7: Die Determinanten der Einstellung bei Experten</b>	<b>58</b>
<i>Experten</i>	58
<i>Laien</i>	60
<i>Expertenwissen und wissenschaftliche Beratung</i>	60
<i>Kommunikation des Expertenwissens und die Rolle der Medien</i>	61
<i>Untersuchungsmethode - Experteninterviews</i>	62
<i>Sample Auswahl</i>	63
<i>Empirische Analyse</i>	63
<i>Auswertung der Experteninterviews</i>	66
<i>Zusammenfassung</i>	73
<b>KAPITEL 8: Schlussfolgerungen</b>	<b>75</b>
<b>Literatur</b>	<b>77</b>
<b>APPENDIX A: DETERMINANTEN DER AKZEPTANZ</b>	<b>85</b>
<b>Appendix B: ORDERD LOGIT-MODELLE ZUR POLITISCHEN SELBSTZUORDNUNG</b>	<b>137</b>
<b>Appendix C: LEITFADEN – EXPERTENINTERVIEW</b>	<b>157</b>
<b>Appendix D: FRAGEBOGEN – Telefonische Repräsentativbefragung der Bevölkerung</b>	<b>162</b>

## KAPITEL 1: Einleitung

Ziel der vorliegenden Studie ist es, die Bestimmungsfaktoren der Einstellungen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der österreichischen Öffentlichkeit und unter österreichischen Wirtschaftsexperten zu untersuchen. Obwohl solche Fragestellungen sowohl für grundlegende sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Konzeptionen und Theorien, als auch für den (real-)politischen Diskurs relevant sind, richtet sich erst in den letzten Jahren das Interesse der akademischen Forschung auf diese (Ullrich, 2008, S. 56). Das in den letzten Jahren (stark) steigende Interesse kann dadurch erklärt werden, dass sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen zunehmend Gegenstand des öffentlichen und medialen Diskurses sind (Quiring, 2004) und die entsprechenden Entscheidungsinstanzen einem zunehmend stärker werdenden (Legitimations-)Druck ausgesetzt sind, ihre Maßnahmen in Einklang mit dem „Willen“ der Öffentlichkeit bzw. der „Mehrheit“ zu gestalten (Brooks und Manza, 2007). Da die Akzeptanz von Maßnahmen in der Bevölkerung daher bisweilen den Ausschlag geben kann, ob und wie eine bestimmte Maßnahme realisiert wird, ist es für die Entscheidungsinstanzen naturgemäß von erheblichem Interesse, wie unterschiedliche Determinanten die Meinungsbildung in der Öffentlichkeit beeinflussen. Vor dem Hintergrund eines steigenden Anteils von „Wechselwählern“ gilt dies speziell auch für politische Parteien, die ihr Wählerpotential maximieren wollen und ihre Sozial- und Wirtschaftspolitik dementsprechend ausrichten<sup>1</sup>.

Was sind aber nun die Determinanten für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen? Warum befürworten Individuen (Menschen) bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen und lehnen andere ab? Aus Sicht der „traditionellen“ sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Lehrmeinung ist dies einfach zu beantworten, da sie auf zwei grundsätzlichen Annahmen zum menschlichen Verhalten beruht (Stigler, 1986). Die erste Annahme besagt, dass Menschen versuchen ihren individuellen Nutzen zu maximieren (Eigeninteresse). Im Kontext der vorliegenden Studie bedeutet dies, dass Menschen eine bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahme befürworten, wenn durch diese ihr persönlicher Nutzen – etwa ihr Nettoeinkommen – gesteigert wird und umgekehrt. Die zweite Annahme lautet, dass Menschen bei der Maximierung ihres Nutzens rational vorgehen, also auf der Grundlage von „fundierte“ und „optimierte“ Entscheidungen (Kosten-Nutzen-

---

<sup>1</sup> Obwohl in der neueren Literatur der Einfluss der öffentlichen Meinung auf das Entscheidungsverhalten von Politikern bezüglich der Umsetzung von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen kritisch diskutiert wird (Kenworthy, 2009), weist die Mehrheit der Studien auf einen engen Zusammenhang hin (Brooks und Manza, 2007). Für die These, dass der Anteil der Wechselwähler die Ausrichtung der Sozial- und Wirtschaftspolitik stark determiniert, sprechen beispielsweise die Ergebnisse der Studie von Profeta (2007), in welcher festgestellt wurde, dass kürzlich durchgeführte Steuerreformen in Italien vor allem bei Wechselwählern einen hohen Grad an Akzeptanz erreichten. Daraus kann gefolgert werden, dass die regierenden Parteien bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen umsetzen um Wechselwähler bei den nächsten Wahlen attrahieren zu können.

Kalkül). Diese beiden grundlegenden Annahmen über menschliches Verhalten formen das Paradigma des so genannten „Homo Oeconomicus“.

### *Stand der Forschung*

Das Paradigma des „Homo Oeconomicus“ geriet in den letzten Jahren zunehmend in die Kritik. Vor allem interdisziplinäre Arbeiten aus den Bereichen der (Wirtschafts-)Psychologie, der Politikwissenschaft, der Soziologie und der Volkswirtschaftslehre weisen darauf hin, dass die Einstellungen von Personen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen systematisch von der Annahme der Nutzenmaximierung abweichen, die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen also nicht (alleine) vom Eigeninteresse abhängt (*Kinder und Mebane, 1983; Conover und Feldman, 1986; Citrin und Green, 1990, Sears und Funk, 1990; MacKuen et al., 1992; Mutz, 1993, Holbrook und Garand, 1996; Krause, 1997; Fuchs et al. 1998; Boeri und Tabellini, 2005*). Basierend auf diesen Ergebnissen geht die vorliegende Studie der Frage nach, welche Faktoren die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen bestimmen. Die jüngere Forschung identifiziert insbesondere die ideologische Einstellung und die Werteorientierung als aussagekräftige Determinanten (siehe beispielsweise für angelsächsischen Raum *Walstad, 1997; Caplan, 2001, 2002, 2006; Blinder und Krueger, 2004* und für Deutschland beispielsweise *Heinemann et al., 2007*).

Insbesondere der Aufsatz von *Blinder und Krueger (2004)* ist in diesem Zusammenhang von besonderem Interesse, da in dieser Arbeit der Versuch unternommen wurde, sowohl die Relevanz des Eigeninteresses, als auch der ideologischen Einstellung und des Wissensstandes zu wirtschaftlichen Gegebenheiten, hinsichtlich der Einstellungen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, zu untersuchen. Ein zentrales Ergebnis dieses Aufsatzes ist, dass die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen entscheidend durch die ideologische Einstellung der jeweiligen Personen determiniert ist. Das Eigeninteresse bzw. die Betroffenheit als Kriterium der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen scheint als wenig relevant auf. Allerdings sind die Ergebnisse von *Blinder und Krueger (2004)* durchaus zu hinterfragen, insbesondere haben sie in ihrer Studie das Eigeninteresse nur indirekt erfasst, d.h. das Eigeninteresse wurde lediglich anhand sozioökonomischer Kategorien (beispielsweise Alter, Beruf, Einkommen) unterstellt. Wie später noch eingehend diskutiert wird, ist eine solche „Approximierung“ des Eigeninteresses kritisch zu betrachten, da eine Reihe von „Unschärfen“ besteht.

Die vorliegende Studie weicht daher in wesentlichen Aspekten nicht nur von der Arbeit von *Blinder und Krueger (2004)* ab, sondern auch von ähnlichen Arbeiten und bemüht sich, die Diskussion hinsichtlich der Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erweitern. Ein weiteres Novum der Arbeit ist, dass die ideologische Einstellung differenzierter als in bisherigen Studien berücksichtigt wird. Vor allem in US-amerikanischen Studien, welche das Gros der akademischen Diskussionen in diesem Bereich darstellen, wird die politische Orientierung häufig nur durch die Affinität zu den zwei stärksten politischen Parteien operationalisiert und ansonsten durch eine Links/Rechts Skala. In der vorliegenden

Arbeit wird der Einfluss der politischen Orientierung einerseits durch eine „traditionelle“ Links/Rechts Skala operationalisiert. Da diese aber mit einer Reihe von methodischen Problemen verbunden ist (Jaeger, 2007), erfolgt die Berücksichtigung der politischen Orientierung andererseits auch mittels einer Batterie zusätzlicher politischer Kategorien. Dies hat vor allem im Vergleich zu US-amerikanischen Studien den Vorteil, dass ein breiteres und differenzierteres politisches Spektrum erfasst und untersucht werden kann. In den meisten bisherigen Studien wird darüber hinaus gerade der Einfluss des Wissens über ökonomische Verhältnisse kaum berücksichtigt, obwohl diese Determinante direkt auf die Annahme der rationalen Entscheidungsfindung abzielt. Das Wissen wird daher in der vorliegenden Studie explizit in die Analyse aufgenommen.

Weiters wird im Rahmen der vorliegenden Studie versucht, die Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen einerseits hinsichtlich ihrer zeitlichen Aktualität und andererseits betreffend ihre Spezifiziertheit („Konkretheit“) zu analysieren. Vor allem bei vage formulierten sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist in vergangenen Studien ein hoher Grad an Akzeptanz beobachtet worden, welcher bei konkret formulierten Maßnahmen nicht zu bemerken ist. Laut *Kahnemann und Krueger (2006)* und *Kahnemann und Thaler (2006)* kann auch davon ausgegangen werden, dass zeitliche Asymmetrien in der Meinungsbildung bestehen. Maßnahmen, welche sich aktuell in Umsetzung befinden bzw. Gegenstand der aktuellen medialen Berichterstattung sind, werden von der Bevölkerung anders wahrgenommen werden als Maßnahmen, deren Umsetzung bereits abgeschlossen ist, die erst in fernerer Zukunft relevant werden oder die nicht von medialem Interesse sind.

Die vorliegende Studie untersucht die Determinanten sozial- und wirtschaftspolitischer Einstellungen nicht nur in der Bevölkerung, sondern auch unter Wirtschaftsexperten. Dies ist von besonderem Interesse, da Wirtschaftsexperten zur Bevölkerung komplementäre Untersuchungseinheiten sind. In der Analyse der Expertenmeinung geht es darum, die Wissens- und Handlungsstrukturen, Theorien und Einstellungen, auf denen die Einstellungen der Experten basieren, herauszuarbeiten. Unterschiede und Übereinstimmungen in der Einstellung und Akzeptanz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen zwischen Experten und der Bevölkerung können damit aufgedeckt werden. Die Studie ist dementsprechend so konzipiert, dass ein direkter Vergleich zwischen dem Akzeptanzverhalten von Experten und dem der Öffentlichkeit möglich ist.

In Kapitel 2 wird der theoretische Hintergrund der Studie vorgestellt und Hypothesen bezüglich des Akzeptanzverhaltens dargelegt. Kapitel 3 erläutert die methodisch/empirische Vorgehensweise. Dies umfasst eine Diskussion quantitativen Umfrage, durch welche die (repräsentative) Meinung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik in der österreichischen Bevölkerung erhoben wurde. In Kapitel 4 werden die politischen Orientierungen der Bevölkerung erläutert. Aufbauend darauf werden die Hauptergebnisse der repräsentativen Umfrage zu einer Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Kapitel 5 vorgestellt. Im Anschluss daran werden in Kapitel 6 die Determinanten der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Öffentlichkeit hinsichtlich ihrer Relevanz einer



statistischen Analyse unterzogen. In Kapitel 7 erfolgt – nach einer Vorstellung der methodologischen Hintergründe - die Analyse der Determinanten der Expertenmeinungen. Daran anschließend Bestimmungsfaktoren der Einstellungen in der Öffentlichkeit und unter den Experten einander gegenüber gestellt (kontrastiert). Kapitel 8 präsentiert eine Zusammenfassung der wesentlichen Ergebnisse sowie methodische Vorzüge aber auch Nachteile der durchgeführten Studie und Anregungen für weitere Forschungsarbeiten, welche sich aufbauend auf diese Arbeit ergeben.

## KAPITEL 2: Theoretischer Hintergrund

In den Sozialwissenschaften ist es in jüngerer Vergangenheit zu einer intensivierten Untersuchung der normativen Voraussetzungen und Konsequenzen sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, insbesondere solcher, die auf eine Umverteilung von Ressourcen und auf die Gewährleistung des „Sozialstaates“ abzielen, gekommen (*Prisching, 1996; Skocpol, 1991*). Parallel dazu ist auch das Interesse an empirischer Forschung betreffend die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen gestiegen. Für viele Länder - vor allem für die USA, Großbritannien und die nordischen Staaten - gibt es seit geraumer Zeit regelmäßige empirische Erhebungen und Untersuchungen des Akzeptanzverhaltens, insbesondere zur Sozialpolitik und zu wohlfahrtstaatlichen Maßnahmen. Mit einigen Ausnahmen zur Wohlfahrtsstaatpolitik (*Norden, 1986*) sind in Österreich Akzeptanzstudien zur Sozial- und Wirtschaftspolitik jedoch kaum vorhanden<sup>2</sup>. Auf der Grundlage dieser spärlichen Basis zeigt sich, dass das „Eigeninteresse“, die „Ideologie“ und die „Werteinstellung“ Rollen im Akzeptanzverhalten der österreichischen Bevölkerung spielen, die jedoch je nach Frage und Problemstellung unterschiedlich stark akzentuiert sind. Diese Vermutung stützt sich auch auf die Ergebnisse von Studien über die USA, Großbritannien und die nordischen Staaten. Einige Beispiele (Ergebnisse von Studien) aus unterschiedlichen Bereichen sollen dies kurz verdeutlichen.

Zur Akzeptanz einer umverteilenden Wirtschaftspolitik auf Grundlage eines progressiven Steuersystems existieren seit geraumer Zeit Umfrageergebnisse. Beispielsweise haben *Roberts et al. (1994)*, *Taylor-Gooby (1995)*, *Aalberg (1998)* und *Edlund (1999)* die Einstellungen zur Steuerprogression untersucht und kamen zum Ergebnis, dass zwar die Mehrheit der Bevölkerung im allgemeinen für eine Steuerprogression ist, jedoch konkrete Maßnahmen mehrheitlich abgelehnt werden. Erklärt werden kann dieser Widerspruch vor allem damit, dass bei konkreten Maßnahmen den Menschen nicht klar ist, in welchem allgemeinen (wirtschaftspolitischen) Kontext bestimmte (Steuer-)Maßnahmen stehen und diese Unklarheit insbesondere auf mangelndes wirtschaftliches Verständnis zurückzuführen ist (*Edlund, 2003, S. 147*). Für diese These spricht auch, dass *Edlund (2003)* zu dem Ergebnis kommt, dass in Ländern (hier insbesondere in Schweden) die Akzeptanz für umverteilende wirtschaftspolitische Maßnahmen durch eine progressive Besteuerung auch bei konkreten Maßnahmen (im Vergleich zu anderen Ländern) hoch ist, wenn der Wissensstand über

---

<sup>2</sup> Hierbei ist zu erwähnen, dass von Meinungsforschungsinstituten (mehr oder weniger regelmäßig) zu bestimmten (aktuellen) Maßnahmen Umfragen durchgeführt werden. Das Problem mit diesen - in der Medienberichterstattung zunehmend stark thematisierten - Umfragestudien von Meinungsforschungsinstituten ist jedoch, dass die Ergebnisse aus Sicht der Akzeptanzforschung unbefriedigend sind, da nur wenige allgemeine Rückschlüsse über das Akzeptanzverhalten in der Bevölkerung möglich sind, insbesondere da die Determinanten des Akzeptanzverhaltens kaum erfasst und erforscht sind.

Steuerkonzepte in der Öffentlichkeit ebenfalls hoch ist. Der Einfluss von anderen Einflussgrößen auf das Akzeptanzverhalten ist in dieser Studie kaum ausgeprägt.

Auch zur „Einführung des Euro“ gibt es eine Reihe von Akzeptanzstudien. Beispielsweise stellen *Banducci et al. (2009)* zwar eine relative hohe Akzeptanz des Euros fest (zwei Drittel der Europäer stehen dem Euro positiv gegenüber), wirtschaftliche Entwicklungen (insbesondere der Inflation) und Assoziierungen mit der Europäischen Union im allgemeinen verändern das „Stimmungs- und Akzeptanzbarometer“ gegenüber dem Euro über die Zeit jedoch merklich. Die Gründe für das (relativ) hohe Akzeptanzniveau finden *Banducci et al. (2009)* vor allem in der „Informationspolitik“ der Europäischen Union und der nationalen Entscheidungsträger. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass der Informations- bzw. Wissenstand der Bevölkerung auf deren Akzeptanzverhalten auswirkt. Auch bei dieser Fragestellung ist ein Einfluss anderer Determinanten (sofern überhaupt untersucht) nicht feststellbar.

In den letzten Jahren sind Befragungen der Öffentlichkeit zur Handelspolitik populär geworden und eine Reihe von Studien - vor allem über die amerikanische Außenhandelspolitik und deren Akzeptanz in der Öffentlichkeit - sind verfügbar (*Hainmueller und Hiscox, 2006, 2007; Mayda und Rodrik, 2005, O'Rourke und Sinnott, 2002; Scheve und Slaughter, 2001; Kemp, 2008*). Aus all diesen Studien können jedoch keine allgemeinen Erkenntnisse gefolgert werden, außer, dass sich je nach spezifischer Frage sehr unterschiedliche Ergebnisse bzw. Niveaus in der Akzeptanz ergeben (*Hoffman, 2009*). Darüber hinaus zeigt sich kein allgemeiner Trend, der erkennen ließe, dass Wertorientierungen, ideologische Orientierungen oder das Eigeninteresse systematisch die Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen bestimmen würden.

Von einigen Ausnahmen abgesehen, liefern bisherige Studien keine eindeutigen bzw. generellen Antworten zum Akzeptanzverhalten von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Diese Ausnahmen betreffen die Akzeptanz einer Erhöhung wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen und die „Legitimität“ der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Vor allem „wohlfahrtsstaatliche“ Sozial- und Wirtschaftspolitiken (bzw. die Konzeption einer sozialen Marktwirtschaft) stoßen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung; *Bacher und Stelzer-Orthofer (1997); Cook und Barret (1992); Coughlin (1979); Mau (1998); und Shapiro und Young (1989)*. Unterschiede im (nichtsdestotrotz hohen) Akzeptanzniveau zwischen einzelnen Ländern werden vor allem auf „kulturelle“ und „institutionelle“ Unterschiede zwischen den Ländern zurückgeführt (*Scheepers und Grotenhuis, 2005; Linos und West, 2003; Dallinger, 2008; Mau, 1997; Papadakis und Bean, 1993*)<sup>3</sup>. Die allgemein hohe Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Bevölkerung wird dadurch erklärt, dass diese der Auffassung wäre, dass ein gewisses Maß an wirtschaftspolitischer Lenkung bzw. Einflussnahme nötig sei um die „Stabilität“ und „Funktionstüchtigkeit“ der Wirtschaft zu gewährleisten.

---

<sup>3</sup> Insbesondere ist in den USA eine geringere Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen als in europäischen Staaten zu beobachten.

Es gibt jedoch wesentliche Unterschiede in der Akzeptanz der einzelnen Maßnahmen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche auf die Alterssicherung und auf die Gesundheit abzielen, stehen an der Spitze der öffentlichen Akzeptanz. Ebenfalls hohe Akzeptanz finden sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen das Bildungssystem betreffend. Geringere Akzeptanz finden Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Sozialhilfe und Arbeitslosenunterstützung).

*In einer Metaanalyse konstatiert Ullrich (2000), dass Maßnahmen mit dem Ziel die „Sicherheit“ zu gewährleisten (vor allem Pensions- und Krankenversicherungsmaßnahmen) bei weitem höhere Akzeptanz finden, als Maßnahmen die zu Umverteilungen führen (beispielsweise die Verminderung sozialer Ungleichheit). Ein hoher Grad an Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen findet sich daher nur bei einer „undifferenzierten“ Betrachtungsweise und bei einzelnen Themenbereichen – nicht aber für jede einzelne Maßnahme. Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass „Leistungskürzungen“ eine relativ hohe Akzeptanz in der Bevölkerung finden (Alber, 1986; Roller, 1996). Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Öffentlichkeit auf wirtschaftliche und gesellschaftliche „Rahmenbedingungen“ (bzw. auch auf den öffentlichen und medialen Diskurs) Bezug nimmt. Beispielsweise haben Pöntinen und Uusitalo (1986) und Sihvo und Uusitalo (1995) einen Zusammenhang in der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen einerseits und der wirtschaftlichen Entwicklung andererseits identifiziert.*

*Ullrich (2000) findet in seiner Metaanalyse kein einheitliches Bild in der Forschung. Er bewertet dieses Ergebnis als überraschend, da sich die meisten Studien hinsichtlich der untersuchten Erklärungsfaktoren stark ähneln. Typischerweise werden das Eigeninteresse und die ideologische bzw. politische Orientierung als Erklärungsfaktoren heran gezogen. Unterschiede in den Studien können jedoch durch einen hohen Grad an Sensitivität gegenüber Operationalisierungen erklärt werden. Beispielsweise wird die politische Orientierung allgemein als Wertorientierung (beispielsweise Coughlin, 1979), Gerechtigkeitsorientierung (beispielsweise Gangl, 1997), als Parteiidentifikation (Cook und Barret, 1992) oder anhand einer Links/Rechts-Skala (beispielsweise Roller, 1992) operationalisiert. Abhängig von der entsprechenden Operationalisierung und von anderen „Framingeffekten“ bei der Umfrage ergeben sich unterschiedlich stark akzentuierte Einflüsse sowohl der politischen Orientierung als auch des Eigeninteresses. Neben diesen Einflussfaktoren ist aber auch der Einfluss von soziodemographischen Merkmalen (insbesondere Alter, Geschlecht, Familienstand, Einkommen Bildung, und Beruf) unterschiedlich und über die Vielzahl von Studien betrachtet nicht systematisch ausgeprägt (Ullrich, 2000).*

*Insbesondere die Spezifität („Konkretheit“) der gestellten Fragen übt einen wesentlichen Einfluss auf die Ergebnisse von Akzeptanzstudien im Bereich der Sozialpolitik aus. Laut Dehlinger und Brennecke, (1992) und Kangas (1997) werden sozialpolitische Maßnahmen in der Bevölkerung befürwortet, wenn die Zielsetzung sehr allgemein formuliert ist. Bei Fragen nach konkreten Maßnahmen bzw. bei konkreter Formulierung von Maßnahmen weisen die Studien darauf hin, dass die Akzeptanz stark abnimmt bzw. viele sozialpolitische Maßnahmen*

abgelehnt werden. Diese Ergebnisse können als Indiz dafür gewertet werden, dass das Eigeninteresse von entscheidender Bedeutung ist, da bei sehr allgemein formulierten Fragen die individuelle Betroffenheit im Unklaren bleibt, während bei spezifischen Fragestellungen eine (mehr oder weniger) konkrete Kosten/Nutzen Kalkulation möglich ist, welche zur Ablehnung von Maßnahmen führt, deren individuelle Kosten höher sind als der persönliche Nutzen. *Ullrich (2008, S 63)* widerspricht dieser Argumentation jedoch, da bei sehr allgemeinen Fragestellungen auch die potentielle Betroffenheit der befragten Personen größer ist.

### **Die Determinanten der Akzeptanz**

Die bisher durchgeführten Einzelstudien ergeben im Überblick lediglich ein „verworrenes“ Gesamtbild hinsichtlich der Akzeptanz sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung. Dies obwohl in den meisten Studien sehr ähnliche Erklärungsfaktoren (und damit verbunden ähnliche Variablen) als Determinanten der Akzeptanz analysiert werden, insbesondere Variablen über das Eigeninteresse der befragten Personen, deren ideologische bzw. politische Orientierung und deren Werthaltung (*Jaeger, 2006*). In einigen Studien wird das Eigeninteresse als relevant identifiziert, in anderen Studien die politische Orientierung und in machen entweder beide oder keine. Weitere, (sozio-)demographische Einflüsse (welche häufig mit Interessenslagen und politischer Orientierung korrelieren) sind ebenfalls nicht systematisch mit dem Akzeptanzverhalten korreliert. Der Forschungsstand zu den Determinanten Eigeninteresse, politische und ideologische (Wert-)Orientierung und Wissen wird im Folgenden kurz vorgestellt.

#### *Eigeninteresse*

Es ist plausibel anzunehmen, dass die Betroffenheit von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen Einfluss auf das Akzeptanzverhalten hat. Obwohl die individuelle Betroffenheit und das damit verbundene Eigeninteresse sich als entscheidende Determinante aufdrängt, muss deren Einfluss aufgrund bisheriger Studien differenziert betrachtet werden, in denen nicht immer das Eigeninteresse als empirisch signifikanter Erklärungsfaktor beobachtet werden konnte (*Blinder und Kruger, 2004* und *Citrin und Green, 1990*). *Ullrich (2000)* hält in seiner Metaanalyse sozialpolitischer Maßnahmen fest, dass bei einigen Maßnahmen und in einigen Studien das jeweilige Eigeninteresse im Akzeptanzverhalten klar zum Ausdruck kommt. Beispielsweise darin, dass Arbeitslose eine höhere Akzeptanz der Arbeitslosenversicherung aufweisen als Nicht-Arbeitslose und ältere Personen eine höhere Akzeptanz von Alterssicherungssystemen haben als jüngere Personen. Maßnahmen, die der eigenen (Ab-)Sicherheit dienen werden von den (potentiellen) Adressaten von Sicherungsleistungen meist unterstützt. Die (allgemeine) Relevanz des Eigeninteresses wird jedoch dadurch relativiert, dass bestimmte Leistungen auch von Personen befürwortet werden, die diese Leistungen nicht erhalten. Gerade bei sozialpolitischen Maßnahmen ist oftmals zu beobachten, dass das Akzeptanzniveau (sehr) hoch ist (*Ullrich, 2008, S 93ff*) und unmöglich mit der individuellen Betroffenheit erklärt werden kann.

*Ullrich (2000, S 9)* weist darauf hin, dass das Eigeninteresse sehr häufig durch eine Reihe von sozioökonomischen und soziodemographischen Variablen wie Einkommen, Beruf, Bildung und Geschlecht (indirekt) operationalisiert. Diese „Indikatoren“ für das Eigeninteresse bzw. für die individuelle Betroffenheit sind oftmals zu wenig präzise um ihnen die Auswirkungen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zuordnen zu können.

Die vorliegende Arbeit operationalisiert daher das Eigeninteresse nicht nur über sozioökonomische und soziodemographische Variablen, sondern erhebt auch explizit die (erwartete) persönliche Betroffenheit der befragten Personen.

### *Politische und ideologische (Wert-)Orientierung*

Studien zum Akzeptanzverhalten weisen wiederholt auf die Relevanz von ideologischen und normativen Motiven hin (*Arts und Gelissen, 2001; Blekesaune und Quadagno, 2003; Derks, 2004; Kumlin, 2004; Jacoby, 1994, Blinder und Krueger, 2004*). Wie auch beim Eigeninteresse ist -abhängig von der jeweiligen Problemstellung - teilweise ein Einfluss der ideologischen und normativen Komponente im Akzeptanzverhalten erkennbar. Es finden sich aber auch Studien, die keinen (wesentlichen) Einfluss der ideologischen Orientierung feststellen (*Coughlin, 1979; Feldman und Zaller, 1992; Shapiro und Young, 1989*).

Ein Grund kann in der sehr unterschiedlichen Operationalisierung der ideologischen Komponente gefunden werden. Einige Studien arbeiten mit Affinitäten zu politischen Parteien (beispielsweise *Bean und Papadakis, 1998; Cook und Barrett, 1992 und Taylor-Gooby, 1995*). *Ullrich (2000)* merkt dazu an, dass in den meisten Studien die Parteiaffinität als Indikator der politischen Ideologie nur wenig aussagekräftig und die identifizierten Differenzen wegen des „parteilpolitischen Konsens“ gering sind. Andere Studien operationalisieren die politische Orientierung häufig über eine Links/Rechts-Skala (zum Beispiel *Arts und Gelissen, 2001; Fraile und Ferrer, 2005; Jacoby, 1994; Scheepers und Grotenhuis, 2005*). Problematisch an der Links/Rechts-Skala ist, dass diese nur eine (sehr) grobe Auskunft über die politische Orientierung von Personen gibt (*Jaeger, 2007*), wenn man davon ausgeht, dass das politisch-ideologische Spektrum nicht eindimensional ist, erlaubt diese Form der Operationalisierung den befragten Personen nur eine sehr „verkürzte“ Möglichkeit der Positionierung. Andererseits schlagen *Inglehart und Klingemann (1976)* diese Skala vor, weil politische Positionierungen stark abstrahiert vorgenommen werden können. Dies ist vor allem dann relevant, wenn davon ausgegangen wird, dass die Öffentlichkeit nur über unzureichende Information über die „politische Wirklichkeit“ verfügt.

In der vorliegenden Studie erfolgt die ideologische Einordnung der befragten Personen nicht nach deren parteipolitischer Orientierung, sondern anhand einer Reihe von politischen Kategorien. So können sich die Befragten einer oder mehreren Kategorien wie beispielsweise: liberal, konservativ, grün/alternativ, sozialdemokratisch usw. zuordnen. Dies hat den Vorteil, dass zum einen Relationen zu politischen Parteien möglich sind (*Knutsen, 1998*), zum anderen, dass sich die Befragten mehreren politischen Kategorien zuordnen können (eine Option, die von den befragten Personen ausgiebig genutzt wurde). Zusätzlich wurde mit der

Verwendung einer Links/Rechts-Skala den Teilnehmern an der Studie eine weitere Möglichkeit gegeben, sich politisch/ideologisch einzuordnen. Dadurch wurde es möglich, dass sich die Befragten beispielsweise als links/liberal oder etwa als rechts/sozialdemokratisch kategorisierten. Die Ausdifferenzierung der politisch/ideologischen Orientierung ist dadurch vielfältig und erlaubt – im Vergleich zu bisherigen Studien – eine deutlich vertiefte Analyse.

Eng verbunden mit politisch/ideologischen Präferenzen sind Erwägungen zu Fairness, welche ebenfalls theoretische Relevanz im Akzeptanzverhalten haben. Beispielsweise weisen *Fetchenhauer und Haferkamp (2006)* in ihrer (experimentellen) Studie darauf hin, dass bei der Abstimmung über (sehr viele) sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen die Akzeptanz nahezu vollständig durch „Fairness-erwägungen“ bestimmt ist und unabhängig von individuellen Kosten/Nutzenkalkülen ist. Ein weiterer, interessanter Ansatz in der Messung der ideologisch/normativen „Komponente“ wurde beispielsweise von *Lippl (1998)* unternommen in dessen Studie „Gerechtigkeitseinstellungen“ operationalisiert und im Zusammenhang mit sozialpolitischen Maßnahmen untersucht wurden. Dabei wurden Personen mit Hilfe von Fragen vier „Gerechtigkeitsgruppen“ zugeordnet: Egalitaristen, Individualisten, Ascriptivisten und Fatalisten (*Douglas, 1996*). *Brandl (2009)* verwendet ähnliche „Gerechtigkeitsgruppierungen“ in einer Akzeptanzstudie betreffend Maßnahmen zu „menschenwürdigen“ („decent“) Arbeitsbedingungen. Diese Zuordnungen erklären ebenfalls einen Teil des Akzeptanzverhaltens. Beide Ansätze werden in dieser Studie nicht explizit verfolgt da diese den Rahmen der Arbeit übersteigen würden, sind zukünftige Arbeiten durchaus von Interesse.

## Wissen

Die Sozial- und Wirtschaftspolitik bzw. die Besteuerung und (wohlfahrtsstaatliche) Umverteilung von Ressourcen sind ein wesentliches politisches Instrument und beeinflussen das „Leben“ aller Staatsbürger grundsätzlich und fundamental. Die Sozial- und Wirtschaftspolitik ist somit sicherlich als ein „Grundpfeiler“ unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu betrachten. Daher läge es nahe, anzunehmen, dass das Interesse und Wissen an der Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung entsprechend groß ist. In einer Reihe von Studien, die sich mit den Einstellungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik befassen wird jedoch immer wieder betont, dass die Bevölkerung nur wenig über wirtschaftliche Zusammenhänge, die Sozial- und Wirtschaftspolitik, über die Besteuerung (*Lewis, 1978; Citrin, 1979; Beedle und Taylor-Gooby, 1983; und Steinmo, 1998*) bzw. über die wirtschaftlichen Implikationen von Maßnahmen verfügt (*Williamson und Wearing, 1996*). Dies ist andererseits wenig verwunderlich wenn man bedenkt, dass nicht einmal Experten die Konsequenzen vieler Maßnahmen abschätzen können und ein hoher Grad an Divergenz in deren Meinungen besteht (*Musgrave et al., 1994*).

Hand in Hand mit dem geringen Wissenstand über Sozial- und Wirtschaftspolitik geht das geringe öffentliche Interesse an dieser Thematik. Auch hier weisen Umfragen darauf hin, dass die Sozial- und Wirtschaftspolitik nur geringes Interesse in der Bevölkerung hervor ruft. *Lewis (1982)* konstatiert, dass es verwunderlich sei, dass die Wirtschaftspolitik nicht „interessantes“

und wichtiges Thema wahrgenommen wird. Die (überwiegende) Mehrheit der Bevölkerung interessiert sich nicht dafür. In einer Studie von *Binossek et al. (2007)* wurde die Akzeptanz von Reformen in der gesetzlichen Krankenversicherung in der BRD untersucht. Diese Studie kam zu dem Ergebnis, dass eine einkommensunabhängige Kopfpauschale von den meisten Befragten abgelehnt wurde, auch wenn diese von dieser Maßnahme finanziell profitieren würden. Interessant dabei war, dass diese Regelung seit Jahren in den Medien ausführlich diskutiert wurde, aber die Bevölkerung dennoch nur sehr schlecht darüber informiert war. Diese Studie weist damit recht deutlich auf das Desinteresse in der Bevölkerung an sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen hin.

*Steinmo (1993, S. 195)* deutet an, dass es, infolge des Nicht-Wissens und insbesondere des Desinteresses an der Sozial- und Wirtschaftspolitik in der Bevölkerung, eigentlich für Entscheidungsträger nicht ratsam ist, sich auf Mehrheitsmeinungen in der Bevölkerung zu verlassen, da diese kaum zu wohl überlegten Entscheidungen führen. Wie gezeigt werden konnte, tendiert die Mehrheitsmeinung dazu die langfristigen Effekte von Maßnahmen zu unterschätzen und kurzfristige Aspekte höher zu bewerten. In diesem Sinn wäre jede Sozial- und Wirtschaftspolitik, welche an der Mehrheitsmeinung ausgerichtet ist, kurzfristig orientiert und übersähe die langfristigen (negativen) Folgen. Beispielsweise zeigte *Tridimas (2005)* in einer Ländervergleichsstudie, dass unabhängige, juristische Instanzen bei der Steuerpolitik zu niedrigeren Steuern führen. Jedoch sind unabhängige Institutionen, deren Funktionäre nicht gewählt werden demokratiepolitisch kritisch zu betrachten.

Der „Wissensaspekt“ ist jedoch von fundamentaler Bedeutung in der Beurteilung von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Denn gerade das fehlende Wissen von Individuen führt zu einer Reihe von „Framingeffekten“ mit welchem die Akzeptanzforschung sich beschäftigen muss und welche in vergangenen Studien identifiziert werden konnten. Ein solcher, durch mangelndes Wissen der Befragten hervor gerufener, „Framingeffekt“ ist der so genannte „Omission Bias“ (*Baron und Ritov, 2004*): In vielen Situationen zeitigt das Nicht-Durchführen von Maßnahmen negative Folgen. In der Wirtschaftspsychologie ist jedoch bekannt, dass negative Folgen aus Handeln als bedeutender empfunden werden als dieselben (negativen) Folgen aus Nicht-Handeln. Ein ähnlicher Effekt ist durch die unterschiedliche Bewertung des „Gebens“ und des „Nehmens“, trotz gleicher Folgen gegeben. *Haferkamp und Fetchenhauer (2006)* haben festgestellt, dass der Aussage „Menschen mit Kindern sollten geringere Rentenbeiträge zahlen als Menschen ohne Kinder“ 73 % der befragten Personen zustimmten, während der gleichwertigen Aussage „Menschen ohne Kinder sollten höhere Rentenbeiträge zahlen als Menschen mit Kindern“ nur 45 % der Befragten zustimmten. Bei (gut) informierten Individuen wäre zu erwarten, dass die Zustimmung/Ablehnung zu beiden Formulierungen gleich hoch ist. Erklärt kann dieses Ergebnis dadurch werden, dass „Belohnungen“ eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung genießen als „Bestrafungen“. Damit verbunden ist eine bei Akzeptanzstudien zu bemerkende „Status Quo-Verzerrung“. Laut *Samuelson und Zeckhauser (1998)* haben Menschen eine „Vorliebe“ für die Aufrechterhaltung des Ist-Zustands. *Kahneman et al (1986)* interpretieren dieses



Phänomen durch die „normative Kraft des Faktischen“, d.h. das Etablierte wird auch (eher) als gerecht empfunden.

Ein weiteres Phänomen ist, dass Menschen zwar hinsichtlich ihres eigenen „Schicksals“ optimistisch sind und sich und ihre Fähigkeiten, überschätzen (Weinstein, 1980), aber auf der anderen Seite die zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Bedingungen eher pessimistisch einschätzen (Caplan, 2007). Die tendenziell pessimistische Einschätzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung wird in der Wirtschaftspsychologie damit erklärt, dass es besser ist (mental) auf „schlechte Zeiten“ eingestellt zu sein – und dann „verschämt“ darüber glücklich zu sein, dass es besser gekommen ist, als umgekehrt (Haferkamp, 2008, S. 27).

### **Rational Choice und Akzeptanz von Maßnahmen**

Weite Teile der sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Forschung basieren auf dem Menschenbild des „Homo Oeconomicus“, welches auf zwei Annahmen über das menschliche Verhalten beruht. Die erste Annahme ist, dass für Menschen ihr Eigeninteresse von entscheidender Relevanz ist, Menschen also versuchen ihren persönlichen Nutzen zu steigern. Die Konsequenz für Akzeptanzstudien zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist dementsprechend, dass Personen eine Maßnahme befürworten sollten, wenn diese Maßnahme ihren eigenen Nutzen erhöht. Die zweite Annahme betrifft die Rationalität der Menschen. Dabei wird angenommen, dass Menschen bei der Verfolgung ihres Eigeninteresses rational agieren, d.h. ihre Entscheidungen auf Grundlage von „fundierten“ und „optimierten“ Überlegungen treffen. Hinsichtlich der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen impliziert dies, dass die Vor- und Nachteile einer bestimmten Maßnahme „abgewogen“ werden um eine nutzenmaximierende Entscheidung zu treffen. Zahlreiche Ergebnisse von Akzeptanzstudien werfen jedoch erhebliche Zweifel am Bild des Homo Oeconomicus auf (Blinder und Krueger, 2004; Kinder und Mebane, 1983; Conover und Feldman, 1986; Citrin und Green, 1990; Sears und Funk, 1990; MacKuen et al., 1992; Mutz, 1993; Holbrook und Garand, 1996; Krause, 1997; Fuchs et al. 1998; Boeri und Tabellini, 2005).

„Verhaltenswissenschaftliche“ Ansätze der letzten Jahre weisen darauf hin, dass dieses Paradigma in vielfacher Hinsicht Schwächen aufweist und (zumindest) Adaptionen benötigt (Fehr et al, 2005). Zum einen betrifft dies eine „Verbesserung“ der Nutzenfunktionen. Nicht mehr das (absolute) Niveau sei relevant, sondern die Relation zu bestimmten Referenzen (beispielsweise zum Ausgangspunkt oder zu anderen Personen). Dies erklärt beispielsweise auch den „Status-Quo-Effekt“, welcher in vorangegangenen Studien festgestellt wurde, aber auch die Relevanz von Fairnessaspekten. Weitere Framingeffekte lassen auch darauf schließen, dass die Nutzenfunktionen nicht „stabil“ sind. Beispielsweise hat die Darstellung einer Konsequenz als positiv oder negativ Auswirkung auf deren Akzeptanz durch die Probanden.

Eine wesentliche Einschränkung des traditionellen Paradigmas stellt die zu beobachtende fehlende (oder sehr gering ausgeprägte) Information (bzw. das Wissen) über sozial- und

wirtschaftspolitischen Maßnahmen und deren Konsequenzen dar. Dieses fehlende Wissen (bzw. fehlende Informationen) implizieren, dass sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen aus individueller Perspektive betrachtet mit erheblicher Unsicherheit verbunden sind, da große Ungewissheit über die (konkreten) Auswirkungen der Maßnahmen besteht. Gemäß dem „Rational Choice“-Ansatz wird angenommen, dass Individuen auf Grundlage stabiler und konsistenter Präferenzen und auf Grundlage von Wahrscheinlichkeitseinschätzungen den Erwartungswert ihrer Nutzenfunktion maximieren. Ein risikoaverser Akteur wird geringere erwartete Zielniveaus akzeptieren, wenn gleichzeitig damit eine geringere Streuung in den möglichen Ergebnissen „erkauft“ werden kann. Dieser theoretische Ansatz kann erklären, warum sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche aufgrund fehlender Informationen mit hoher Unsicherheit über das Ergebnis verbunden sind, ein „Malus“ in der Bewertung erhalten.

Hinsichtlich der individuellen Abschätzung der Vor- und Nachteile bestimmter sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen geht, stehen Personen vor dem Problem, dass eine (sogar nur grobe) „Kalkulation“ der Kosten und Nutzen mit Unsicherheit verbunden ist. Die Informationsbeschaffung ist sehr häufig mit hohen Kosten verbunden. Dem gegenüber hat die Wahlentscheidung des Einzelnen (oder seine Antwort in einer Befragung) (nahezu) keinen Einfluss auf das Gesamtergebnis (Downs, 1957)<sup>4</sup>. Dies führt dazu, dass sich Menschen bei Entscheidungen „rational ignorant“ verhalten (Weede, 2003) und Wahlentscheidungen (und auch Antworten in Befragungen) „unreflektiert“ und „ignorant“ treffen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es somit auch eine Untersuchung der Relevanz des „Rational-Choice“-Ansatzes betreffend der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen durchzuführen.

*Blinder und Krueger (2004)* haben einen der wenigen Versuche unternommen, die Relevanz des „Wissens“ hinsichtlich der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu untersuchen. Ein zentrales Ergebnis ihrer Studie ist, dass die öffentliche Meinung erheblich durch politische Einstellungen bestimmt ist und weniger durch Eigeninteresse und Wissen. Demzufolge wäre die Rational-Choice-Theorie zu relativieren. Bezug nehmend auf die Arbeit von *Blinder und Krueger (2004)* ist es auch Zielsetzung der vorliegenden Studie, deren Ergebnisse genauer zu untersuchen, da die Arbeit von *Blinder und Krueger (2004)* einige Schwächen aufweist, namentlich eine nur grobe Kategorisierung der politischen Einstellungen und eine ungenaue Operationalisierung der individuellen Betroffenheit durch einzelne Maßnahmen.

---

<sup>4</sup> Entsprechend *Olson (1971)* führt gerade dieses Phänomen dazu, dass kleinere, aber gut organisierte Interessensgruppen ihre Interessen besser durchsetzen können als große, weniger gut organisierte Gruppen. Dies deshalb, da kleine Gruppen sich besser organisieren lassen und die Interessengegensätze in kleineren Gruppen besser koordinierbar sind.

### **Neuerungen der vorliegenden Studie**

Die vorliegende Studie weicht von bisherigen Arbeiten in wesentlichen Aspekten ab und erweitert die Diskussion hinsichtlich der Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen:

1. Das Eigeninteresse (bzw. die negative Betroffenheit) der Befragten wurde an einer Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen explizit erfragt. Dies stellt einen wesentlichen Vorteil gegenüber bisherigen Studien dar, die nur mit „Lageparametern“ wie Einkommen, Klasse usw. hantiert haben.
2. Der Einfluss des Wissens über wirtschaftspolitische Sachverhalte, welches in bisherigen Studien kaum berücksichtigt wurde, obwohl diese Determinante direkt auf das Paradigma der rationalen Entscheidungsfindung abzielt, wird - in Ansätzen - operationalisiert und in die Analyse einbezogen.
3. Neben einer umfangreichen Reihe an hypothetischen Einflussfaktoren auf die Meinungsbildung, darunter das Eigeninteresse, die politische Orientierung wird – in Ansätzen - das Wissen über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen untersucht.
4. Die politische Ideologie wird differenzierter als in bisherigen Studien berücksichtigt. Die vorliegende Studie verzichtet auf eine Operationalisierung der ideologischen Einstellungen mittels „Parteiaffinitäten“, wie sie in einer Vielzahl von Studien verwendet wird. Stattdessen haben die Teilnehmer, neben der Selbsteinordnung auf der klassischen Links/Rechts-Skala, die Möglichkeit sich einer oder mehreren politischen Kategorien, die das politische Spektrum weitgehend abdecken, zuzuordnen. Dies erlaubt eine bei Weitem detailliertere und auch spezifischere Analyse der ideologischen Komponente im Akzeptanzverhalten.
5. Nicht nur die Determinanten der Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Öffentlichkeit werden untersucht, sondern auch jene von Wirtschaftsexperten. Die Studie ist so konzipiert, dass ein Vergleich zwischen Experten und der Öffentlichkeit möglich ist. Darüber hinaus erlauben Tiefeninterviews einen weit reichenden Einblick in den Meinungsbildungsprozess von Experten.

### **Kapitel 3: Methodenbeschreibung der Repräsentativbefragung**

Um den Zusammenhang zwischen politischer Orientierung (Ideologie) und der Einstellung zu (konkreten) wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu überprüfen, wurde eine Repräsentativbefragung von 1000 Wahlberechtigten zum österreichischen Nationalrat durchgeführt. Diese Methode wurde in Übereinstimmung mit *Blinder und Krueger (2004)* gewählt, da mit der vorliegenden Studie nicht zuletzt die Erkenntnis der beiden genannten Autoren überprüft werden soll, wonach: „As a broad generalization ... ideology seems to play a stronger role in shaping opinion on economic policy issues than either self-interest or knowledge, ...“ (*Blinder-Krueger, 2004*). Ein Vorteil der vorliegenden Studie ist auch, dass nicht nur die Determinanten der öffentlichen Meinung analysiert werden können, sondern (infolge ihrer Repräsentativität) auch die öffentliche Meinung zu einer Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen selbst.

#### **Methodenkritik**

Die Entscheidung zur Durchführung einer telefonischen Befragung, welche die Datenbasis für die vorliegende Studie bildet, wurde aus pragmatischen Erwägungen getroffen<sup>5</sup>. Wie alle Befragungen unterliegt auch die im Rahmen dieser Studie durchgeführte den typischen methodenimmanenten Restriktionen. So war die Teilnahme freiwillig, was zu einem Self Selection Bias führen kann. Grundsätzlich gehen Befragungen davon aus, dass die Befragten ein einheitliches Verständnis der verwendeten Begrifflichkeiten haben. Die Angaben der Probanden zu ihren Verhältnissen können nicht überprüft werden, ihre Erinnerungen können verzerrt sein (*Tourangeau-Rips-Rasinski, 2002, S. 81ff*). Einstellungen fremden oder künftigen eigenen Entscheidungen und Handlungen gegenüber sind naturgemäß hypothetisch und ohne Konsequenzen und könnten daher in einer konkreten Handlungssituation ganz anders ausfallen. Wie bereits in Kapitel 2 diskutiert wurde, können Befragte zu sozial erwünschten Antworten tendieren (*Diekmann, 2001, S 382ff*).

Neben den erwähnten befragungsimmanenten Restriktionen ergibt sich bei der – hier praktizierten - Akquirierung von Umfrageteilnehmern anhand des öffentlichen Telefonverzeichnisses eine weitere zu beachtende Restriktion. Anders als in früheren Jahrzehnten kann zwar davon ausgegangen werden, dass über Mobil- und

---

<sup>5</sup> Die Feldarbeit sollte in einem kurzen Zeitraum durchgeführt werden. Dies schloss eine postalische Befragung aus. Daneben ließ der gegebene Kostenrahmen die Durchführung der Befragung mittels persönlicher Interviews („face to face“) als unrealistisch erscheinen. Darüber hinaus ist die Kontrolle und gegebenenfalls Korrektur des Interviewerverhaltens in einem Telefonstudio wesentlich leichter möglich als bei der Durchführung von persönlichen Interviews in den Räumlichkeiten der Respondenten. Eine online-Erhebung kam nicht in Frage, da die Wahrscheinlichkeit der Internetnutzung mit dem Alter deutlich abnimmt (*Austrian Internet Monitor, Integral, 2009*), also ein bekannter Selection Bias vorliegt, und darüber hinaus die Ansprache von potentiellen Befragungsteilnehmern per Email in Österreich ohne vorherige Einwilligung illegal ist.

Festnetzanschlüsse fast jeder Bürger erreichbar ist (Diekman, 2001, S. 429f), allerdings sind gemäß § 69 Abs 5 TKG 2003 Telefonie-Teilnehmer auf ihren Wunsch hin nicht in öffentlichen Telefonverzeichnissen aufzuführen (sog. Nichteintragung, „Geheimnummern“). Daraus können sich erhebliche Verzerrungen des Sampling Frames gegenüber der Gesamtbevölkerung ergeben, wenn solche Nichteintragungen nicht zufällig über die gesamte Population verteilt sind (Selection Bias). Daten darüber, wie hoch der Anteil von „Geheimnummern“ an den Telefonanschlüssen ist bzw. wie sich diese über die Bevölkerung verteilen liegen uns nicht vor.

Weiters ist festzuhalten, dass es sich bei der „(Netto-)Stichprobe“ nicht um eine (Zufalls-)Stichprobe im statistischen Sinn handelt, sondern um eine repräsentative Quotenstichprobe. Daher können für die ermittelten Werte im Rahmen von deskriptiven Analysen keine korrekten Konfidenzintervalle oder Signifikanzen errechnet werden. Anders liegt der Fall für Korrelations- und Regressionsanalysen, zu denen auch Logit-Verfahren zählen, da hier der Einfluss (Zusammenhang) zwischen Variablen berechnet wird, die Aussagen sich also nicht auf Verteilungen einer (unbekannte) Grundgesamtheit beziehen, sondern auf den Einfluss von Merkmalen, etwa Bildung oder Alter, auf die getesteten Einheiten, deren Auswahl derselben Verzerrung unterliegt. Sofern davon ausgegangen werden kann, dass auch in den nicht getesteten Einheiten gleichartige Einflusszusammenhänge wirken, wie in der Testgruppe, können die Ergebnisse von Regressionsanalysen also – auch bei vorliegen einer Quotenstichprobe - verallgemeinert werden.

Alternativ zur Befragung wäre die Datengewinnung mittels Experimenten denkbar. Allerdings ist die Durchführung von Experimenten nicht nur wesentlich zeit- und kostenintensiver als die Durchführung einer Befragung, sondern die von Befragungen bekannten Probleme gelten in erheblichem Ausmaß hier ebenso. Auch in Experimenten kommt es zu einer Selbstauswahl der Probanden und die Konsequenzen der im Experiment getroffenen Entscheidungen und Handlungen sind ebenso hypothetisch - oder im besten Fall marginal<sup>6</sup> - wie bei einer Befragung. Experimente wie jenes berühmte von Milgram, welches die Probanden unter massiven psychischen Stress setzte, wären heute wohl ethisch nicht mehr vertretbar.

Da die Erkenntnisse der vorliegenden Studie im Wesentlichen auf Regressionsverfahren beruhen, welche die Verwendung einer Quotenstichprobe vertretbar erscheinen lassen, und die Verwendung anderer Methoden der Datenerhebung – unter Berücksichtigung der ihrer jeweiligen Vor- und Nachteile – keine besonderen Vorteile versprach, hat sich das Autorenteam der vorliegenden Studie für die Durchführung einer telefonischen Repräsentativbefragung entschieden.

---

<sup>6</sup> Im Regelfall niedrige ausgeschüttete Geldbeträge.

## **Feldarbeit**

Mit der Durchführung der telefonischen Erhebung wurde die Hoffmann & Forcher Marketing Research OEG beauftragt. Die Feldphase (Interviewdurchführung) dauerte vom 15. September bis einschließlich 6. Oktober 2008 und fand damit im Zeitraum der Nationalratswahl 2008 statt, die am 28. September 2008 abgehalten wurde. Als Sampling Frame diente das veröffentlichte Telefonverzeichnis.

Im Zuge der Feldarbeit wurden sowohl Festnetz- als auch Mobilanschlüsse kontaktiert. Folgendes Ergebnis wurde erzielt:

- 13.349 Kontaktversuche (=Anrufe bei verschiedenen Telefonnummern)  
davon:
  - 9.521 nicht erreicht
  - 3.828 Kontakte hergestellt  
davon:
    - 2.825 Verweigerungen
    - 1.003 beantwortete Interviews (Nettostichprobe)

Die hohe Anzahl von erfolglosen Kontaktversuchen (9.521 Mal „nicht erreicht“) könnte darauf hindeuten, dass bestimmte Personengruppen im ermittelten Datensatz unterrepräsentiert sind, da sie – etwa aufgrund ihrer Berufstätigkeit – nicht erreicht werden konnten. Die Repräsentativitätsanalyse deutet aber nur auf mäßige Verzerrungen im erhobenen Datensatz hin (siehe unten). Mit einer Ausschöpfungsquote von gut einem Viertel (beantwortete Interviews/hergestellte Kontakte) liegt die Teilnahmerate am oberen Rand der Erwartungen der Autoren dieser Studie.

Um Reihenfolgeeffekte zu vermeiden, wurden in der Feldarbeit die Antwortkategorien bzw. bei Fragebatterien rotiert respektive randomisiert (siehe Interviewerunterlage in Appendix D).

## **Repräsentativität**

Aufgabenstellung bei der Durchführung der Telefonumfrage war es, eine Nettostichprobe zu erlangen, die für die österreichische Wahlbevölkerung möglichst repräsentativ ist (Quotenverfahren), das heißt, eine Nettostichprobe zu erzielen, die in der Verteilung der soziodemographischen Merkmale möglichst genau den österreichischen Wahlberechtigten entspricht. Als Vergleichsbasis dienen veröffentlichte Statistiken der Bundesanstalt „Statistik Österreich“ über die österreichische Bevölkerung.

### *Verteilung nach Alter*

Um die Altersverteilung in der Nettostichprobe mit der Verteilung der wahlberechtigten Österreicher zu vergleichen, wurden die Ergebnisse der Volkszählung 2001 (*Statistik Österreich, 2002*) heran gezogen (Tabelle 1). Dabei ist zu beachten, dass – um die Verteilung der Wahlberechtigten im Jahr 2008 zu ermitteln – die Alterskohorten aus der Volkszählung so gebildet wurden, dass sich die Jahrgänge in der Volkszählung und in der Nettostichprobe

entsprechen. Mit anderen Worten: die in Tabelle 1 für die Volkszählung ausgewiesene Gruppe der 16 bis 25-jährigen entspricht der Gruppe der 9 bis 18-jährigen zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung im Jahr 2001. Da die altersbedingte Mortalität in diese Berechnung nicht einbezogen werden konnte, ergibt sich, dass mit steigendem Alter der Anteil der gemäß Volkszählung 2001 ausgewiesenen Altersgruppen systematisch überschätzt wird. Auch nach der Volkszählung 2001 erfolgte Einbürgerungen<sup>7</sup> fanden keinen Eingang in die Ermittlung der Verteilung gemäß der Volkszählung 2001<sup>8</sup>.

Tabelle 1: Verteilung der Altersgruppen in der Volkszählung 2001 und in der Nettostichprobe, Anteile in %.

	Insgesamt		Männer		Frauen	
	Volkszählung 2001	Nettostichprobe	Volkszählung 2001	Nettostichprobe	Volkszählung 2001	Nettostichprobe
16 bis 25 Jahre	13	10	14	14	12	6
26 bis 35 Jahre	13	13	14	13	12	12
36 bis 45 Jahre	18	22	19	23	17	21
46 bis 55 Jahre	16	17	17	18	16	16
56 bis 65 Jahre	13	17	14	15	13	19
66 Jahre und älter	26	21	23	16	30	25
Keine Angabe	--	0	--	1	--	0

Q: Statistik Österreich, eigene Erhebung, die Alterskohorten aus der Volkszählung 2001 wurden gebildet, indem die Jahrgänge in der Volkszählung jenen in der Nettostichprobe entsprechen, eine Korrektur für Mortalität fand nicht statt, sodass mit steigendem Alter der Anteil der gemäß Volkszählung 2001 ausgewiesenen Altersgruppen systematisch überschätzt wird. Darüber hinaus fand keine Korrektur für Einbürgerungen etc. statt.

Der Vergleich der Verteilungen der Altersgruppen – unter Berücksichtigung der oben angeführten Einschränkungen hinsichtlich der Daten aus der Volkszählung – zeigt eine im großen und ganzen zufrieden stellende Übereinstimmung zwischen der zu erwartenden und der tatsächlich in der Stichprobe realisierten Verteilung. Lediglich junge Frauen aus der Altersgruppe der 16 bis 25-jährigen scheinen deutlich unterrepräsentiert, Frauen mittleren Alters (56 bis 65 Jahre) überrepräsentiert zu sein. Eine moderate Überrepräsentation dürfte auch in der Altersgruppe der 36 bis 45-jährigen vorliegen.

### Verteilung nach Geschlecht

Die Ergebnisse der Volkszählung 2001 lassen zwischen den Geschlechtern einen Verteilungsschlüssel von 48 % Männern und 52 % Frauen erwarten. Die in der Stichprobe

<sup>7</sup> Verleihung der Staatsbürgerschaft gemäß §§ 10 ff StaatsbürgerschaftsG.

<sup>8</sup> Ebenso blieben Ausschließungen vom Wahlrecht infolge einer gerichtlichen Verurteilung Art 26 Abs 5 B-VG und Verluste der Staatsbürgerschaft §§ 26 ff StaatsbürgerschaftsG unberücksichtigt.

erzielte Verteilung von 47 % Männern zu 53 % Frauen entspricht daher der Vorgabe der Repräsentativität.

### *Verteilung nach Bildungsstand*

In der Nettostichprobe sind Absolventen eines Lehrberufs beziehungsweise einer Fachschule deutlich unterrepräsentiert, während Maturanten überrepräsentiert sind (Tabelle 2, *Österreichischer Integrationsfonds, 2009*).

*Tabelle 2: Bildungsstand der österreichischen Bevölkerung gemäß Mikrozensus und Nettostichprobe, Anteile in %*

	Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 2007	Nettostichprobe
Pflicht-/Hauptschule	16	17
Lehre/Fachschule	57	42
Matura	14	28
Universität/Fachhochschule	12	13

Q: Österreichischer Integrationsfonds et al., eigene Erhebung, der Bildungsstand der Bevölkerung nach Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 2007 bezieht sich auf Österreicher zwischen 15 und 64 Jahren.

### *Schlussfolgerung*

Die oben angeführten Analysen der Repräsentativität zeigen kleinere Verzerrungen in der Stichprobe, gemessen an der Verteilung in der Normalbevölkerung (zu wenige junge Frauen, zu wenige Lehr- und Fachschulabsolventen, zu viele Maturanten). Weitere Analysen der Daten hinsichtlich ihrer Repräsentativität – etwa hinsichtlich der Erwerbsstruktur oder der Einkommensverteilung - unterbleiben daher an dieser Stelle. Dennoch erachten die Autoren dieser Studie die Daten als geeignet, wesentliche Zusammenhänge in der wirtschaftspolitischen Willensbildung wiederzugeben. Insbesondere die Unterrepräsentation von Lehr- und Fachschulabsolventen scheint ob der dennoch hohen Fallzahlen in diesem Segment unproblematisch. Die geringe Fallzahl junger Frauen kann jedoch zur Unterschätzung der Signifikanz von Effekten im Zusammenhang mit Alter und Geschlecht führen.



## KAPITEL 4: Politische Orientierung und Ihre Determinanten

### Messung der politischen Orientierung

Ein wesentliches Ziel der vorliegenden Studie ist es, den Einfluss der politischen Orientierung (Ideologie) auf die Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu untersuchen. Daher kommt der Messung der politischen Orientierung eine Schlüsselrolle für die folgenden Analysen zu. In der Befragung, welche die Grundlage dieser Studie bildet (Kapitel 3), wurde die politische Orientierung der befragten Personen auf zweierlei Art erhoben. Einerseits mit einer fünfstufigen Links/Rechts Skala. Andererseits anhand von sieben politischen Kategorien, denen sich die Probanden zuordnen konnten. Auf die Erhebung von Parteipräferenzen der Umfrageteilnehmer wurde verzichtet, da diese nicht Teil des in dieser Studie verfolgten Forschungsansatzes sind.

#### *Politische Orientierung anhand der Links/Rechts Skala*

Die Zuordnung der Umfrageteilnehmer auf der Links/Rechts Skala erfolgte im Zuge der Telefonbefragung durch einfaches abfragen der Selbsteinschätzung:

*Wenn Sie sich politisch einordnen: würden Sie sagen, sie sind ...?*

- *rechts*
- *eher rechts*
- *Mitte*
- *eher links*
- *links*

*nicht vorlesen:*

- *anderes*
- *keine Angabe*

Diese Form der Einstellungsmessung wurde gewählt, da sie dem allgemeinen Sprachgebrauch entspricht und daher erwarten lässt, dass die Befragten ein relativ einheitliches Verständnis der damit einher gehenden politischen Positionen besitzen<sup>9</sup>. Im Pretest erwies sich die Links/Rechts -Skala als unproblematisch und wurde von den Probanden gut angenommen. Kritisch zu betrachten ist natürlich die Eindimensionalität der Links/Rechts-Skala, die mannigfaltige politische Positionen in ein enges Korsett zwingt und - zumindest implizit – ein Kontinuum der politischen Positionen von rechts bis links unterstellt.

---

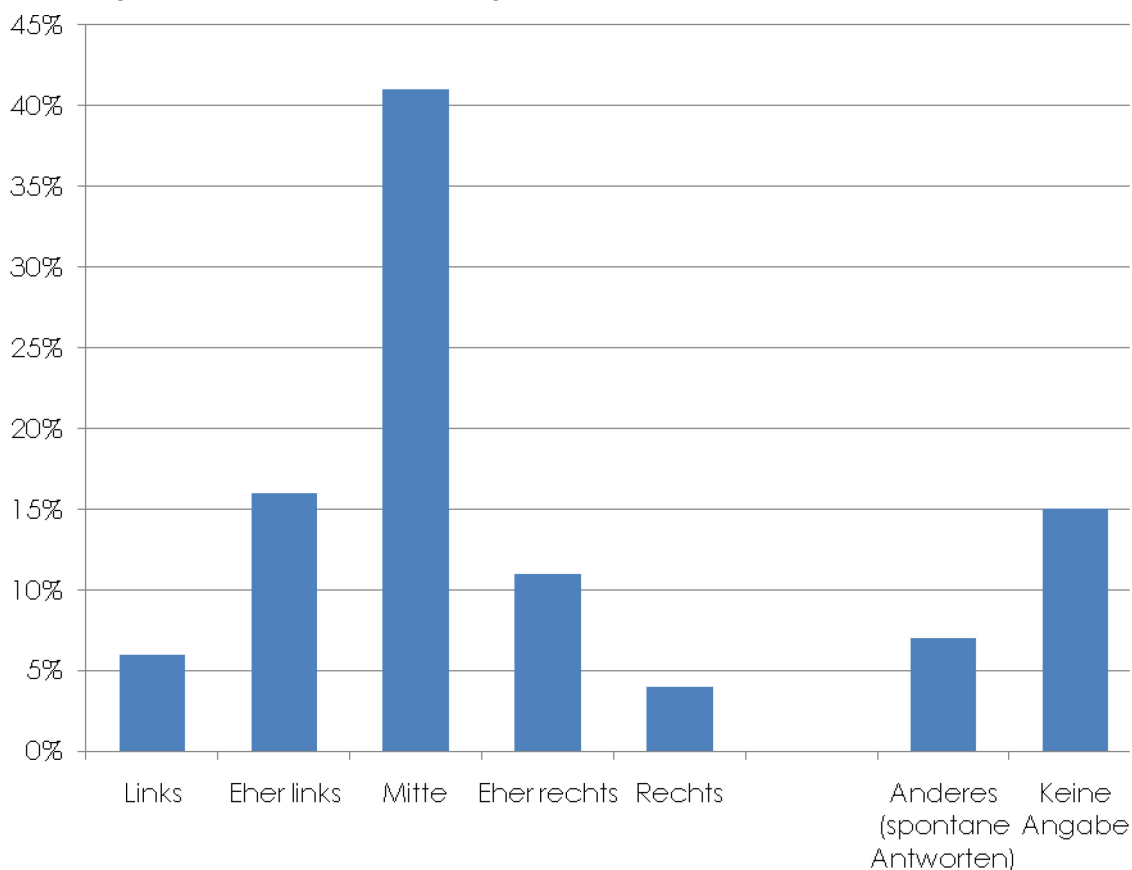
<sup>9</sup> Vgl. etwa die deutsche Partei „Die Linke“, die ihre Programmatik offensichtlich in ihrem Namen codiert und solcherart an die Wahlberechtigten kommuniziert.

### Zuordnung der Befragten auf der Links/Rechts-Skala

#### Allgemeine Ergebnisse

41 % der befragten Personen ordnen sich der politischen „Mitte“ zu und bilden damit die größte Gruppe unter den Befragten (Abbildung 1). Damit ist die politische Mitte etwa gleich groß wie der linke und der rechte politische Flügel zusammen genommen (insgesamt 37 %). Je weiter eine politische Position von der Mitte entfernt liegt, desto weniger Menschen fühlen sich ihr zugehörig. Als „eher links“ oder „eher rechts“ betrachten sich noch 16 % respektive 11 % der Befragten, als dezidiert „links“ beziehungsweise „rechts“ bezeichnen sich dagegen nur 6 % bzw. 4 %.

Abbildung 1: Politische Selbstzuordnung anhand des Links/Rechts Schemas



Q: Eigene Erhebung, n=1003.

Mit 15 % ist der Anteil von Befragten, die keine Angabe zur ihrer Position auf der Links/Rechts - Skala machen können oder wollen, sehr hoch. Weitere 7 % der Umfrageteilnehmer führten spontan aus, dass die Links/Rechts -Skala auf sie nicht zutrefte („Anderes“). Damit kann rund ein Fünftel der befragten Personen anhand der Links/Rechts Skala nicht klassifiziert werden.

Kein (nennenswerter) statistischer Zusammenhang besteht zwischen der Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala und dem Geschlecht, dem persönlichen Einkommen und dem Beruf. In den Daten zeigt sich hingegen ein deutlicher Zusammenhang sowohl des Bildungsgrades als auch der Alters mit der politischen Orientierung (siehe unten).

Bemerkenswert ist, dass mit steigender formaler Bildung auch die Bereitschaft beziehungsweise das Vermögen steigt, sich auf der Links/Rechts Skala einzuordnen. Während unter den befragten Pflicht- und Hauptschulabsolventen ein gutes Viertel keine Angabe zu seiner Positionierung auf der Links/Rechts Skala macht oder sich für eine abweichende Antwort entscheidet („Anderes“), trifft dies nur auf ein gutes Zehntel der Akademiker zu.

Über die Gründe, warum Befragte mit niedrigerer formaler Bildung sich eher einer Einordnung auf der Links/Rechts Skala verweigern, muss an dieser Stelle offen bleiben. Als Begründung kommen in Frage:

- Tendenziell mit zunehmender Bildung steigendes Selbstbewusstsein, sich zur eigenen politischen Positionierung zu bekennen.
- Tendenziell mit der Bildung zunehmende Vertrautheit mit abstrakten politischen Konzepten wie „links“ und „rechts“.
- Tendenziell mit steigender Bildung selteneres Auftreten von „abweichenden“ politischen Konzepten, die sich einer Zuordnung auf der Links/Rechts Skala entziehen.

### **Der Einfluss von Bildung, Alter und Wohnort auf die Links/Rechts-Orientierung**

Personen, die nur über einen Pflicht- oder Hauptschulabschluss verfügen, deklarieren sich öfter als „rechts“ oder „eher rechts“ als Befragte mit höheren Bildungsabschlüssen. Komplementär dazu steigt mit dem Bildungsgrad die Wahrscheinlichkeit, dass sich eine Person als „links“ oder „eher links“ bezeichnet (Abbildung 2).

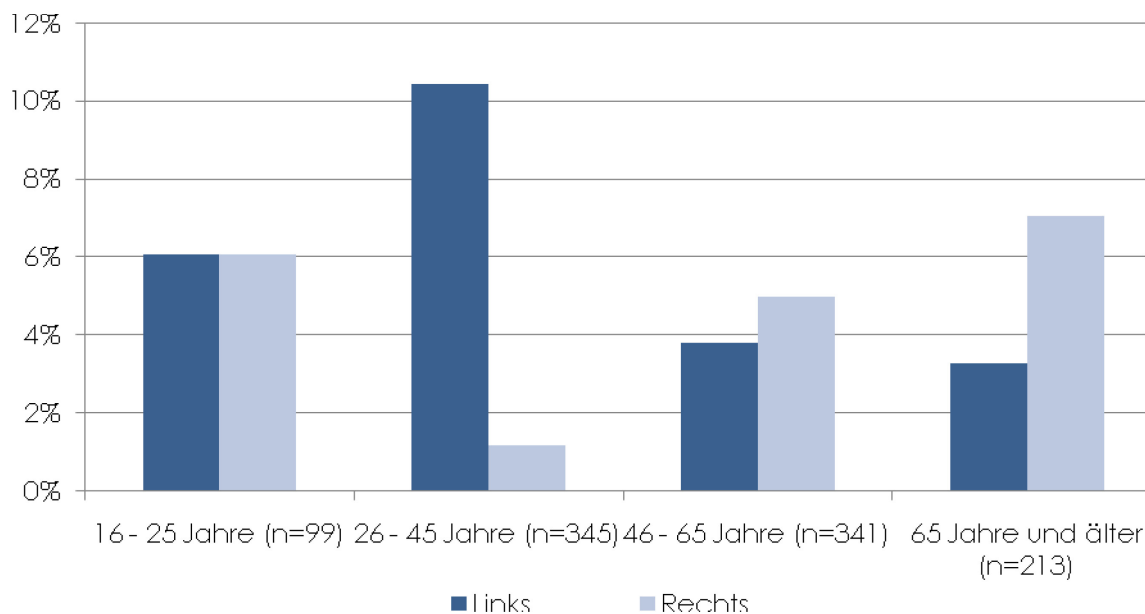
Unterschiede in der Selbstzuordnung anhand der Links/Rechts Skala machen sich auch bei der Analyse nach Altersstufen bemerkbar. So finden sich in der Altersgruppe der 26-45 jährigen außergewöhnlich wenige Menschen, die sich als dezidiert „rechts“ einstufen (1 %), während es in den übrigen Altersstufen 5-7 % sind. Umgekehrt bekennen sich in der Gruppe der 26-45 jährigen wesentlich mehr Befragte dazu, „links“ zu sein (10 %), als in den älteren Kohorten (3-4 %, Abbildung 3)<sup>10</sup>. Während sich in allen Altersgruppen die meisten befragten Personen in der politischen „Mitte“ sehen, liegt der Anteil jener Befragten, sich als „rechts“ oder „eher rechts“ einschätzen in der jüngsten (16-25 Jahre) und in der ältesten (65 Jahre und älter) Kohorte deutlich höher als in den mittleren Kohorten (U-förmige Verteilung). Gleichzeitig

---

<sup>10</sup> Der Anteil der „Linken“ ist unter den 26-45 jährigen Befragten auch größer als unter den 16-25 jährigen, allerdings ist der Unterschied, berücksichtigt man den geringen Stichprobenumfang unter den 16-25 jährigen (n=99), nicht aussagekräftig.

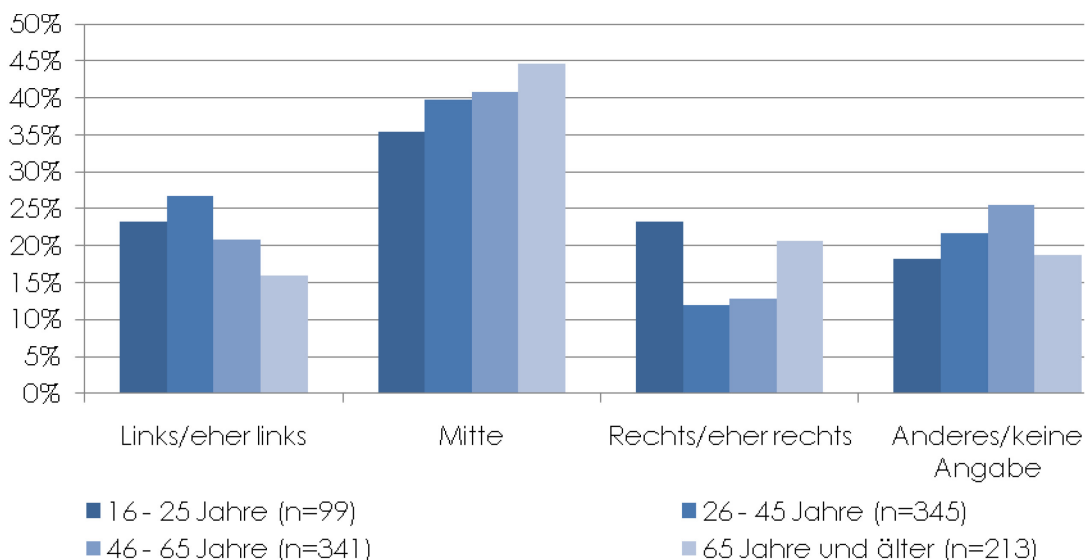
tendieren jüngere Umfrageteilnehmer stärker dazu, sich als „links“ oder „eher links“ zu deklarieren (Abbildung 4).

Abbildung 2: Anteil der Befragten, die sich als dezidiert „links“ oder „rechts“ deklarieren nach Altersstufen



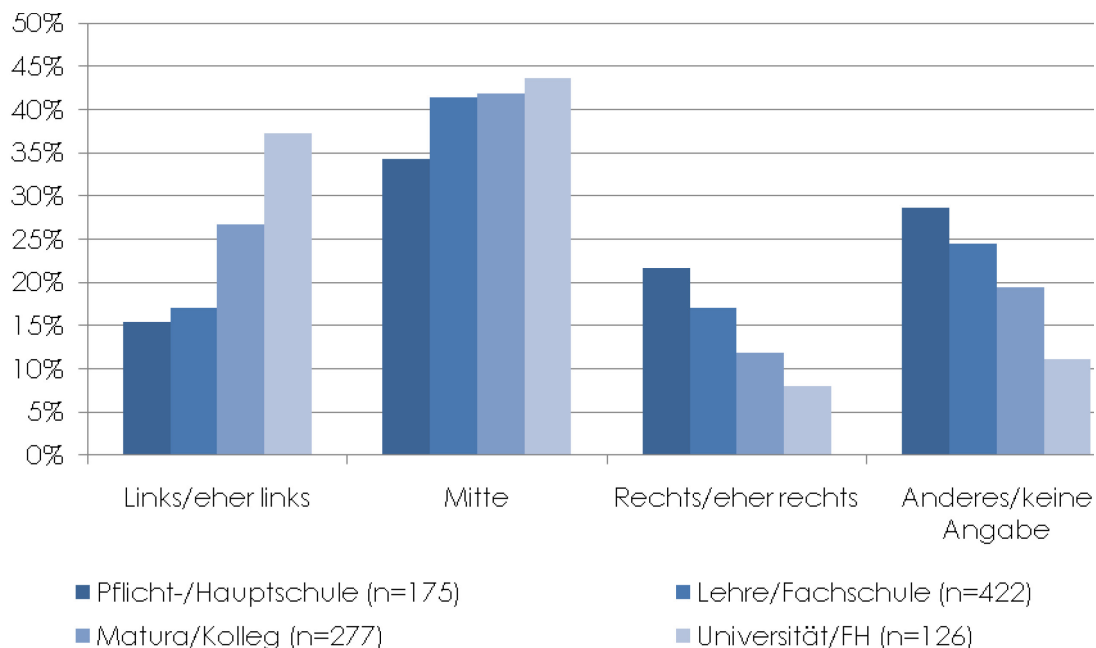
Q: Eigene Erhebung.

Abbildung 3: Verteilung der Befragten auf der Links/Rechts-Skala nach Altersstufen



Q: Eigene Erhebung.

Abbildung 4: Bildung und politische Selbstzuordnung anhand des Links/Rechts-Schemas



Q: Eigene Erhebung

Dieser Zusammenhang von politischer Orientierung, Bildung und Alter ist allerdings vor dem Hintergrund unterschiedlicher Bildungsbeteiligung in den verschiedenen Altersstufen zu sehen. Da das durchschnittliche Bildungsniveau in jüngeren Kohorten höher ist als in älteren, lässt sich anhand einer deskriptiven Analyse nicht beantworten, ob sowohl das Alter als auch der Bildungsgrad die Einordnung auf der Links/Rechts Skala beeinflussen, oder ob hier eine Variable die andere überlagert.

Gleich gelagert ist der Zusammenhang zwischen der Einordnung auf der Links/Rechts Skala und dem Wohnort. Einwohner von Großstädten<sup>11</sup> ordnen sich wesentlich häufiger dem politischen Spektrum links der Mitte zu, als die Bewohner weniger urbaner Gebiete. Gleichzeitig besteht aber auch ein enger Zusammenhang mit der Bildung (die ihrerseits mit der Einordnung auf der LRS in Zusammenhang steht).

Um zu analysieren, ob die Bildung, das Alter oder der Wohnort die Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala stärker beeinflussen, wurde ein einfaches Ordered Logit-Modell (Appendix B) berechnet. Dabei wird unterstellt, dass die Links/Rechts Skala ordinalskaliert ist, die einzelnen Stufen der Skala in ihrer Abfolge also eine Rangfolge bilden. Datensätze, die eine Antwort jenseits der Links/Rechts Skala enthielten („Anderes“, „keine Angabe“) mussten aus

<sup>11</sup> Österreichische Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern (Wien, Graz, Linz, Salzburg.).

der Analyse ausgeschlossen werden, da sich aus diesen keine sinnvolle Rangfolge bilden lässt. Als erklärende Variablen wurden folgende Daten in das Modell übernommen:

- Geschlecht (Dummy)
- Alter (ordinalskaliert)
- Berufsgruppen (Dummies)
- Persönliches monatliches Nettoeinkommen (ordinalskaliert)
- Höchste abgeschlossene Schulbildung (ordinalskaliert)
- Großstadt (Dummy)

Streng genommen müssten die ordinalskalierten erklärenden Variablen zur Analyse in einem (Ordered) Logit-Modell in Dummy-Variablen konvertiert werden. Dadurch würde jedoch die Information, die in der Rangfolge der Skalenstufen enthalten ist, verloren gehen. Daher wurde hier auf eine solche Transformation verzichtet und die ordinalskalierten Variablen unmittelbar in das Modell übernommen. Auf die Bildung von Interaktionstermen um das Zusammenspiel mehrerer unabhängiger Variablen abzubilden, wurde verzichtet, da diese bei logistischen Regressionen nicht unmittelbar interpretiert werden können (Ai-Norton, 2003). Dies erscheint unproblematisch, da die ermittelten VIF-Werte nicht auf Multikollinearität hinweisen.

### **Die Ergebnisse des Ordered Logit-Modells**

Die Ergebnisse der Ordered Logit-Regression (Appendix B) zeigen, dass lediglich der Faktor Bildung und der Wohnort einen signifikanten Einfluss auf die Selbstzuordnung der Probanden auf der Links/Rechts Skala haben: je höher der Bildungsgrad, desto wahrscheinlicher ist eine Einordnung links der Mitte. Umgekehrt steigt mit sinkendem Bildungsgrad die Wahrscheinlichkeit einer Selbstzuordnung in der Mitte und rechts der Mitte (Tabelle 3). Neben der Bildung ist auch der Wohnort eine signifikante Determinante der Einordnung auf der Links/Rechts Skala. Die Wahrscheinlichkeit, sich in der Mitte oder rechts davon einzuordnen ist bei Menschen, die in der Großstadt leben geringer, als bei Menschen die außerhalb der Großstädte leben. Umgekehrt ordnen sich Großstädter häufiger als links oder eher links ein.

Das Ordered Logit-Modell zeigt keinen signifikanten, linearen Zusammenhang zwischen Alter und der Einordnung auf der Links/Rechts Skala an. Da jedoch – wie oben dargestellt – ein U-förmiger Zusammenhang zwischen dem Alter und der Positionierung als „rechts“ oder „eher rechts“ zu bestehen scheint, wurde probeweise ein – im Rahmen dieser Studie nicht ausgewiesenes – alternatives Modell berechnet, in welches die Altersstufen nicht als ordinalskalierte erklärende Variable, sondern als Dummies eingebracht wurden. Aus diesem alternativen Modell ergibt sich, dass sowohl die Befragten der niedrigsten Altersstufe (16-25 Jahre) als auch jene der höchsten Altersstufe (älter als 65 Jahre) signifikant häufiger rechts der Mitte einordnen als Probanden aus der Referenzgruppe der 36 bis 45 jährigen, was auf einen U-förmigen Verlauf des Zusammenhangs von Alter und Einordnung auf der Links/Rechts Skala hindeutet. Dies könnte einerseits bedeuten, dass die Neigung sich als „rechts“ oder „eher rechts“ zu klassifizieren in mittleren Jahren zurückgeht um in späteren Jahren wieder zu steigen. Ebenso könnte es aber bedeuten, dass die verschiedenen Kohorten von ihren

jeweiligen Lebensumständen unterschiedlich geprägt wurden und werden („Zeitgeist“) und dem Alter daher an sich kein Erklärungswert für die Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala zukommt.

Tabelle 3: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala in Abhängigkeit der Ordered Logit-Regression (Appendix B)

	Höchste abgeschlossene Schulbildung					Großstadt	
	Pflicht- /Hauptschule	Lehre	Fachschule	Matura/Kolleg	Universität/ Hochschule	Nein	Ja
Rechts	7,48	6,02	4,82	3,86	3,08	5,78	3,18
Eher rechts	18,64	15,86	13,32	11,07	9,12	15,38	9,39
Mitte	54,68	55,04	54,37	52,69	50,12	55,00	50,55
Eher links	14,32	17,00	19,92	23,01	26,13	17,51	25,68
Links	4,88	6,09	7,56	9,37	11,54	6,33	11,20

Q: Eigene Erhebung, n=973, ausgewiesen sind nur jene erklärenden Variablen, deren Koeffizienten statistisch signifikant auf dem 95 %-Niveau sind.

### Politische Orientierung anhand politischer Kategorien

Zusätzlich zur Selbsteinordnung in das Rechts/Links Schema (siehe oben), wurden den befragten Personen im Zuge der telefonischen Befragung auch sieben politische Kategorien vorgelesen. Die Befragten sollten angeben, welche dieser politischen Kategorien auf sie zutreffen. Dadurch sollte ein differenzierterer Zugang zu den politischen Einstellungen der Befragten ermöglicht werden, als dies durch die Selbstzuordnung ins Links/Rechts Skala möglich war. Den Probanden sollte auch bewusst ermöglicht werden, sich zu mehreren Kategorien zuzuordnen, um ein möglichst realistisches Bild der politischen Gemengelage zu erzielen in der Bevölkerung zu erzielen. Folgende Kategorien, die das gesamte (legale) politische Spektrum abdecken, wurden den befragten Personen vorgegeben:

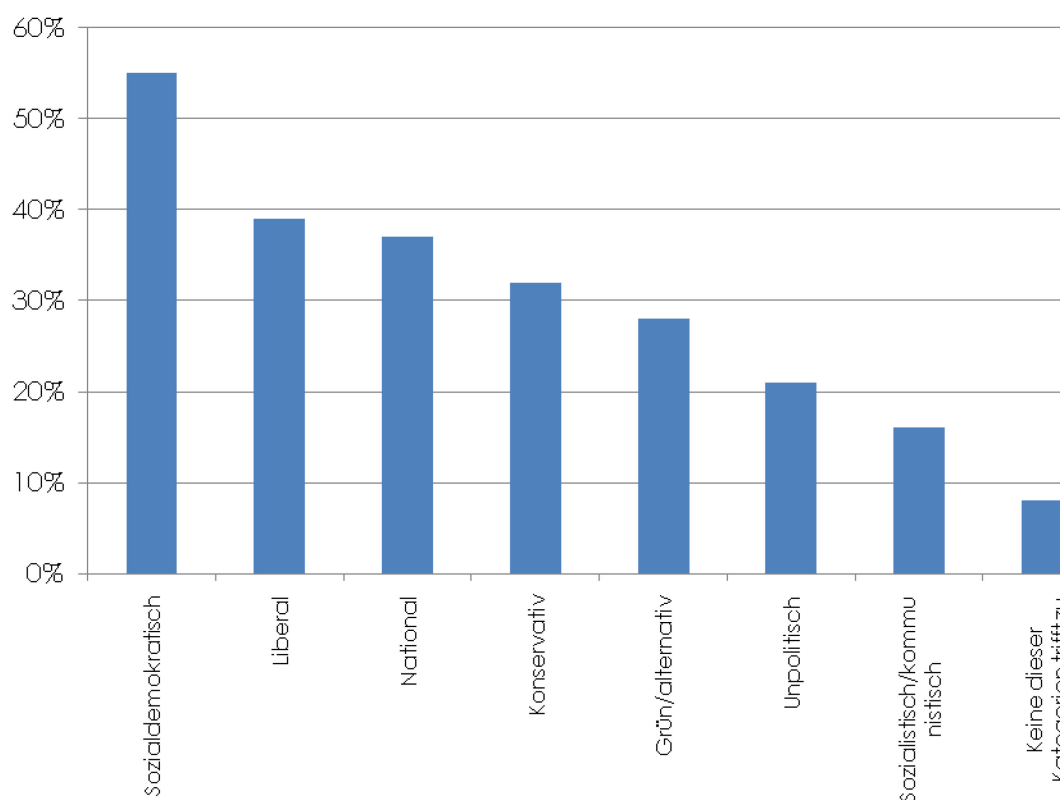
- unpolitisch
- grün/alternativ
- konservativ
- liberal
- national
- sozialdemokratisch
- sozialistisch/kommunistisch

Implizit geht dieses Erhebungsdesign davon aus, dass die befragten Personen eine gemeinsame Vorstellung der ihnen vorgetragenen politischen Kategorien haben. Wie auch Links/Rechts Skala wurde auch die Frage nach den politischen Kategorien einem eingehenden und umfangreichen Pretest am Institut für Wirtschaftssoziologie an der Universität Wien unterzogen. Die im Pretest getesteten Kategorien erwiesen sich für die Haupterhebung als geeignet in dem Sinne, dass sie von den Teilnehmern am Pretest verstanden und akzeptiert wurden. Zur ursprünglich getesteten Liste von Kategorien wurde nach dem Pretest noch die Kategorie „sozialistisch/kommunistisch“ hinzugefügt.

## Allgemeine Ergebnisse

Die von den Befragten am häufigsten gewählte politische Kategorisierung ist sozialdemokratisch. 55 % ordnen sich dieser Kategorie zu<sup>12</sup>. Danach folgen mit großem Abstand liberal (39 %) und national (37 %). Die Dominanz der sozialdemokratischen Kategorie findet sich bei beiden Geschlechtern und über alle Alters- und Einkommenschichten hinweg. Auch über beinahe alle Berufsgruppen und Ausbildungsschichten hinweg überwiegt die Selbstzuordnung als sozialdemokratisch: lediglich unter den Akademikern (60 %) ist sie etwa gleich stark ausgeprägt wie die Selbsteinordnung als „liberal“ (64 %), unter den Selbständigen ist sie mit 42 % gleichauf mit der Zuordnung zu den Kategorien liberal, konservativ und national (Abbildung 5).

Abbildung 5: Anteil der Befragten, die sich der jeweiligen politischen Kategorie zuordnen



Q: Eigene Erhebung, n=1003

<sup>12</sup> Zum Vergleich: bei der Nationalratswahl 2008, welche während der Feldarbeit zur vorliegenden Studie abgehalten wurde, erzielte die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ) 29% der gültigen Stimmen, dies entspricht 23 % aller Wahlberechtigten. Die anderen Parteien erzielten folgende Anteile an den gültigen Stimmen (Anteil an den Wahlberechtigten): ÖVP 26 % (20 %), FPÖ 18 % (14 %), BZÖ 11 % (8 %), Grüne 10 % (8 %), andere Listen 6 % (5 %).



## Die politischen Kategorien im Zusammenspiel

Aus den sieben politischen Kategorien, die den Probanden vorgelesen wurden, ergeben sich 128 mögliche Kombinationen (beginnend bei der Selbstzuordnung zu keiner einzigen Kategorie bis zur Zuordnung zu allen sieben Kategorien durch den Befragten). Aus den 128 theoretisch möglichen Kombinationen finden sich 99 tatsächlich in den Daten. Im Durchschnitt hat sich jeder der befragten Personen zu 2,3 politischen Kategorien zugeordnet. Dieser Wert variiert zwischen den verschiedenen demographischen Gruppen und politischen Orientierungen nur geringfügig. Mit 8 % bilden jene Befragten die größte Gruppe, die sich keiner der genannten politischen Kategorien zugeordnet hat. Von allen übrigen Kombinationen erreicht keine mehr als 5 % der Nennungen (Tabelle 4).

Tabelle 4: Formen der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien nach Häufigkeit

politische Selbstzuordnung	Prozent	Kumulierte Prozent
Keine der genannten Zuordnungen trifft zu	8	8
Sozialdemokratisch	5	13
Grün/alternativ + liberal + sozialdemokratisch	5	18
Konservativ	4	22
National + sozialdemokratisch	4	26
Unpolitisch	4	29
Liberal + sozialdemokratisch	4	33
National	4	37
Konservativ + national + sozialdemokratisch	3	40
Konservativ + liberal	3	42
Sozialdemokratisch + sozialistisch/kommunistisch	2	45
Grün/alternativ + sozialdemokratisch	2	47
Liberal	2	49
Grün/alternativ + liberal	2	51
Konservativ + national	2	53
Andere Kombinationen (84) in Summe	47	100

Q: Eigene Erhebung, n=1003

Um den Zusammenhang der politischen Kategorien untereinander zu überprüfen, wurden diese wechselseitig miteinander korreliert (Tabelle 5)<sup>13</sup>. Diese Analyse zeigt in hohem Maße signifikante Zusammenhänge zwischen den einzelnen politischen Kategorien auf. So weist der Test für die Kategorie „sozialdemokratisch“ einen statistischen Zusammenhang mit allen anderen erfragten Kategorien aus, der in vier von sechs Fällen positiv ist: lediglich die Kategorien „unpolitisch“ und „konservativ“ sind negativ mit der Kategorie „sozialdemokratisch“ korreliert. Dies ist eine Folge der – schon oben erwähnten – sehr häufigen Selbstzuordnung zur Kategorie „sozialdemokratisch“, welche diese ins Zentrum der politischen Landschaft rückt. Trotz der teilweise hoch signifikanten Zusammenhänge zwischen

<sup>13</sup> Dabei wurden die einzelnen politischen Kategorien als ordinalskaliert betrachtet, da eine Person, die sich beispielsweise als „sozialdemokratisch“ einordnet, „sozialdemokratischer“ ist, als eine Person die sich dieser Kategorie nicht zuordnet. Datensätze, die als „keine Angabe“ oder „weiß nicht“ kodiert waren, wurden auf „nein“, also auf Ablehnung der politischen Kategorie, umkodiert.

den politischen Kategorien bleibt aber festzuhalten, dass die Zuordnungsmuster hochgradig ausdifferenziert sind. So stehen etwa die Kategorien „grün/alternativ“ und „national“ in einem negativen Zusammenhang zueinander, sind aber beide für sich genommen mit der Kategorie „sozialdemokratisch“ positiv korreliert.

Tabelle 5 Kreuzkorrelation der politischen Kategorien

	Unpolitisch	Grün/ alternativ	Konservativ	Liberal	National	Sozial- demokratisch
Grün/alternativ	0,00 (0,04)					
Konservativ	-0,01 (0,77)	-0,076* (0,02)				
Liberal	-0,05 (0,11)	,252** (0,00)	-0,04 (0,20)			
National	0,00 (0,96)	-,110** (0,00)	,086** (0,01)	-0,03 (0,41)		
Sozialdemokratisch	-,072* (0,02)	,161** (0,00)	-,076* (0,02)	,135** (0,00)	,127** (0,00)	
Sozialistisch/kommunistisch	-,074* (0,02)	0,06 (0,06)	-0,04 (0,26)	0,03 (0,43)	0,01 (0,81)	,259** (0,00)

Quelle: eigene Erhebung, n=1003, Korrelationskoeffizienten nach Kendall's Tau-B (2 seitige Signifikanzen), \* Signifikant auf dem 95 %-Niveau, \*\* Signifikant auf dem 99 %-Niveau, Weiß nicht/keine Angabe wurden als „nein“ (nicht zutreffend) gewertet.

### Politische Kategorien und soziodemographische Merkmale

Um den statistischen Zusammenhang zwischen der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien und soziodemographischen Merkmalen systematisch zu überprüfen, wurde für jede Kategorie ein einfaches Logit-Modell berechnet. Diese Modelle verwenden dieselben unabhängigen Variablen wie das oben beschriebene Ordered Logit-Modell zur Links/Rechts Skala (Appendix D). Dabei erwies sich das verwendete Modell für die Kategorien „unpolitisch“ und „sozialistisch/kommunistisch“ als nicht hinreichend spezifiziert. Daher werden die Ergebnisse für diese beiden Kategorien hier nicht referiert und sind in der Tabelle mit den geschätzten Wahrscheinlichkeiten (Tabelle 6) nicht ausgewiesen. Wie oben, so konnten auch hier keine Interaktionseffekte berücksichtigt werden.

#### Grün/alternativ

Die „grün/alternative“ Einstellung steht in engem Zusammenhang mit dem Geschlecht. Frauen betrachten sich signifikant häufiger als „grün/alternativ“ als Männer. Daneben spielen Alter und Bildung eine signifikante Rolle. Die Neigung, sich als „grün/alternativ“ einzuschätzen, sinkt mit dem Alter merklich und ist bei Akademikern mit 45 % dreimal so groß wie bei Pflicht- und Hauptschulabsolventen.

#### Konservativ

Die Wahrscheinlichkeit, dass sich ein Proband als „konservativ“ betrachtet steigt mit dem Alter signifikant an, ebenso mit dem persönlichen Nettoeinkommen. Auch der Wohnort spielt eine signifikante Rolle. Menschen, die nicht in Großstädten leben betrachten sich wesentlich häufiger als „konservativ“ als Großstädter.

### *Liberal*

Ein statistischer Zusammenhang zwischen soziodemographischen Merkmalen und der Selbsteinschätzung als „liberal“ besteht einerseits hinsichtlich der Bildungsstufen. Das Modell schätzt die Wahrscheinlichkeit sich als „liberal“ einzuordnen für Akademiker auf 61 %. und damit rund dreimal so groß ein wie für Pflicht- und Hauptschulabsolventen. Andererseits spielt der Wohnort eine signifikante Rolle: Großstädter sehen sich eher als „liberal“ als Menschen, die in weniger urbanen Räumen wohnen.

### *National*

Die Zuordnung zur „nationalen“ Position steht einerseits in signifikantem Zusammenhang mit dem Alter der Befragten. Jüngere Menschen bekennen sich wesentlich häufiger zu einer „nationalen“ Einstellung als ältere. Andererseits besteht auch ein Zusammenhang mit der Bildung der Probanden. Je höher der Bildungsgrad, desto unwahrscheinlicher wird eine Selbstbeschreibung als „national“.

### *Sozialdemokratisch*

Die Selbstzuordnung zur Kategorie „sozialdemokratisch“ wird von Frauen signifikant häufiger getroffen als von Männern. Daneben spielt das berufliche Umfeld eine bedeutende Rolle. Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft betrachten sich häufiger als andere Berufsgruppen als „sozialdemokratisch“. Umgekehrt ist es bei Selbständigen, deren Neigung sich als „sozialdemokratisch“ einzuordnen ist signifikant geringer als in anderen Berufsgruppen. Wie bei den „Konservativen“, so steigt auch hier die Wahrscheinlichkeit einer Einordnung als „sozialdemokratisch“ mit der Höhe des Einkommens. Weiters sehen sich Menschen, die in Großstädten leben häufiger als „sozialdemokratisch“, als Menschen, die außerhalb von Großstädten wohnen.

### *Keine der genannten Kategorien trifft zu*

Mit zunehmenden Alter steigt der Anteil von Personen, die sich keiner ihnen vorgelesenen Kategorien zugeordnet haben signifikant an. Umgekehrt sinkt er mit zunehmendem Einkommen, d.h. Menschen mit hohem Einkommen finden sich signifikant häufiger in den zur Auswahl gestellten politischen Kategorien wieder als Menschen mit niedrigem oder keinem Einkommen.

Tabelle. 6: Zusammenhang zwischen soziodemographischen Prädiktoren und der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien anhand der Logit-Regressionen (Appendix B)

Prognostizierte Wahrscheinlichkeit in %, dass sich ein Proband zur jeweiligen politischen Kategorie bekennt, gegeben ein soziodemographisches Merkmal trifft zu.

Politische Selbstzuordnung	Geschlecht		Alter						Arbeiter/ Angestellte		Öffentlicher Dienst		Selbständig		Pensionist		Persönliches monatliches Nettoeinkommen						Höchste abgeschlossene Schulbildung				Großstadt					
	Frau	Mann	Bis 25 Jahre	Bis 35 Jahre	Bis 45 Jahre	Bis 55 Jahre	Bis 65 Jahre	66+ Jahre	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Keines	Bis 1000€	Bis 1500€	Bis 2000€	Bis 2500€	Bis 3000	€ 3000+€	Pflicht- /Hauptschule	Lehre	Fachschule	Matura/Kolleg	Universität/ Fachhochschule	Nein	Ja		
Unpolitisch	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Grün/alternativ	31,08	20,78	33,04	30,43	27,93	25,57	23,34	21,25																								
Konservativ			20,50	23,73	27,29	31,17	35,34	39,73									23,12	26,63	30,47	34,60	38,97	43,53	48,21							33,24	24,10	
Liberal																								22,00	29,58	38,49	48,23	58,12	35,02	43,31		
National			48,55	44,12	39,78	35,60	31,62	27,90																49,82	42,46	35,42	28,96	23,25				
Sozialdemokratisch	59,85	51,99							52,71	64,22			57,66	41,19			50,15	53,20	56,22	59,20	62,12	64,95	67,67							54,45	60,73	
Sozialistisch/kommunistisch	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Keine genannte Kategorie trifft zu			3,86	4,66	5,61	6,75	8,09	9,67									13,83	9,59	6,56	4,43	2,98	1,99	1,32									

Q: Eigene Erhebung, n=1003, ausgewiesen sind nur jene prognostizierten Wahrscheinlichkeiten, die sich aus Koeffizienten ergeben, die statistisch signifikant auf dem 90 %-Niveau sind, Referenzgruppe für die Berufsgruppen: „Andere“.

## Politische Kategorien und Links/Rechts Skala

Mit einem weiteren Logit-Modell wurde der Zusammenhang zwischen der Selbsteinordnung auf der Links/Rechts Skala und der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien untersucht. Die Werte der Links/Rechts Skala wurden zu diesem Zweck in Dummy-Variablen konvertiert, sodass nicht nur die Antworten jener Probanden in die Analyse einbezogen werden konnten, die sich auf der Links/Rechts Skala zugeordnet haben, sondern auch die Antworten der Probanden, die auf „anderes“ bzw. „keine Angabe“ lauteten.

Tabelle 7: Vorhergesagte Wahrscheinlichkeiten der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien in Zusammenhang mit der Einordnung auf der Links/Rechts Skala anhand eines Logit-Modells (Appendix B)

	Links		Eher Links		Eher rechts		Rechts		Anderes/keine Angabe	
	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja	Nein	Ja
Unpolitisch	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Grün/alternativ	24,19	56,32	22,95	44,57	28,62	10,13	--	--	27,75	19,81
Konservativ	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Liberal	37,38	48,80	35,49	52,68	39,95	24,57	--	--	41,60	26,78
National	37,19	18,42	40,40	16,37	34,32	48,32	35,14	51,45	--	--
Sozialdemokratisch	54,46	72,55	52,25	72,50	57,28	42,75	--	--	58,16	46,84
Sozialistisch/kommunistisch	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--
Keine der Kategorien trifft zu	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Q: Eigene Erhebung, n=1003, ausgewiesen sind nur jene prognostizierten Wahrscheinlichkeiten, die sich aus Koeffizienten ergeben, die statistisch signifikant auf dem 95 %-Niveau sind, Referenzgruppe für die Berufsgruppen: Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala „Mitte“.

Nur vier der acht Modelle haben sich als hinreichend spezifiziert erwiesen („grün/alternativ“, „liberal“, „national“ und „sozialdemokratisch“). Nur diese werden hier näher erläutert, alle acht Modelle sind in Appendix B aufgeführt. Die Modelle zeigen einen eindeutigen Zusammenhang zwischen der Einordnung auf der Links/Rechts Skala und der Zuordnung zu politischen Kategorien. So ordnen sich Personen, die „links“ oder „eher links“ sind signifikant häufiger den Kategorien „grün/alternativ“, „liberal“ und „sozialdemokratisch“ zu, als dies Personen tun, die sich als „eher rechts“ einschätzen bzw. Personen, die sich auf der Links/Rechts Skala nicht einordnen („anderes“, „keine Angabe“). Im Falle der Kategorie „national“ sind dagegen „linke“ und „eher linke“ unterrepräsentiert, „rechte“ und „eher rechte“ überrepräsentiert.

## Schlussfolgerungen zur politischen Orientierung und ihren Determinanten

Die politischen Einstellungen der Probanden sind in hohem Maße ausdifferenziert. Soziodemographische Merkmale stehen in signifikantem statistischem Zusammenhang mit der Ausprägungen der politischen Orientierungen, können aber nur einen (bescheidenen) Teil der Unterschiede zwischen den einzelnen Orientierungen erklären, wobei sich selbstverständlich die Frage stellt, ob den Ausprägungen soziodemographischer Variablen an sich Erklärungswert zukommt bzw. inwieweit soziodemographische Variablen latente Phänomene repräsentieren (z.B. Frauendiskriminierung, enger Arbeitsmarkt für schlecht ausgebildete Arbeitskräfte).

Die politischen Orientierungen sind nicht nur stark ausdifferenziert. Sie stehen auch in engem Zusammenhang zueinander. So gibt es eine enge Beziehung zwischen der Selbstzuordnung auf der Links/Rechts Skala und der Einordnung in verschiedene politische Kategorien. Aber auch die politischen Kategorien sind untereinander eng verwoben. Beispielsweise steht die Kategorie „sozialdemokratisch“ durch ihre weite Verbreitung im Zentrum der politischen

Landschaft und ist mit allen anderen politischen Kategorien signifikant korreliert. Die Identifizierung eindeutiger politischer Profile scheint unter diesen Umständen möglicherweise schwierig.

## **KAPITEL 5: Einstellung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen**

Zum Zeitpunkt der Datenerhebung war in Österreich eine heftige innenpolitische Diskussion im Gange, ob, wann und für welche Einkommensgruppen die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt werden sollte und ob eine Absenkung der Mehrwertsteuer (auf bestimmte Produkte) ein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der (damals hohen) Inflation wäre. Um festzustellen, ob die Akzeptanz einer wirtschaftspolitischen Maßnahme durch eine Person von deren Betroffenheit durch eben diese Maßnahme beeinflusst wird, wurden die Befragten in einem ersten Schritt gefragt, welche von zehn verschiedenen politischen Maßnahmen ihnen zur (Gegen-)Finanzierung einer bevorstehenden Reform (Senkung) der Lohn- und Einkommensteuern geeignet erschienen.

In einem zweiten Schritt sollten die befragten Personen einschätzen, ob diese zehn Maßnahmen sich auf sie persönlich nachteilig auswirken würden. Die Fragen nach der Eignung der Maßnahmen sowie nach deren nachteiligen Folgen für die Befragten wurden in zwei getrennten Frageblöcken erhoben, die unabhängig voneinander randomisiert wurden. Folgende Liste an Maßnahmen wurde dabei befragten Personen vorgelesen:

- Erhöhung der Mehrwertsteuer
- Erhöhung der Mineralölsteuer
- Erhöhung der Gewinnsteuern für AG und GmbH
- Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer
- Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt)
- Höhere Verschuldung des Staates
- Kürzung von Sozialleistungen
- Kürzungen für Subventionen für Unternehmen
- Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung

Wenn, wie es einer zentralen Hypothese dieser Studie entspricht, die ideologische Einstellung einer Person die wichtigste Determinante von deren Einstellungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist, sollte kein oder nur ein geringer Zusammenhang zwischen der Einstellung einer Person zu einer wirtschaftspolitischen Maßnahme und deren nachteiliger Auswirkung auf diese Person bestehen, während die ideologische Einstellung einen wesentlich größeren Einfluss haben sollte.

### **Aussagekraft der Antworten**

Sowohl die gestellten Fragen (ist die Maßnahme „geeignet“, würde sie sich „persönlich nachteilig [auf Sie] auswirken“), als auch die verwendeten Kategorien (z.B. Erhöhung der Umweltsteuern für Unternehmen) geben den Befragten natürlich großen Interpretationsspielraum, denn einerseits konnten im gegebenen Rahmen die Maßnahmen nicht im Detail spezifiziert werden (etwa in welcher Höhe eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer eingeführt werden soll). Andererseits blieb es den Teilnehmern überlassen, ob sie die nachteiligen Auswirkungen nur auf direkte Auswirkungen auf sich selbst bezogen, oder ob sie auch mittelbare Folgen bedachten, zum Beispiel niedrigere Unterhaltsleistungen für Studenten, wenn das elterliche Einkommen sinkt. Diese Unschärfen sind bei der Interpretation der Daten natürlich zu beachten, die Autoren dieser Studie gehen aber davon aus, dass die gestellten Fragen grundsätzlich geeignet sind, den Zusammenhang zwischen negativer Betroffenheit und der Zustimmung zu einer Maßnahme zu beleuchten.

## Betroffenheit und Zustimmung zu Maßnahmen

Eine deskriptive Analyse auf aggregiertem Niveau zeigt einen deutlichen Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Zustimmung: eine wirtschaftspolitische Maßnahme wird tendenziell von umso mehr Menschen als geeignet betrachtet (um eine Steuerreform zu finanzieren), je weniger Menschen sich von dieser Maßnahme persönlich nachteilige Auswirkungen erwarten.

Tabelle 8: Zustimmung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen und negative Betroffenheit, Anteile in %

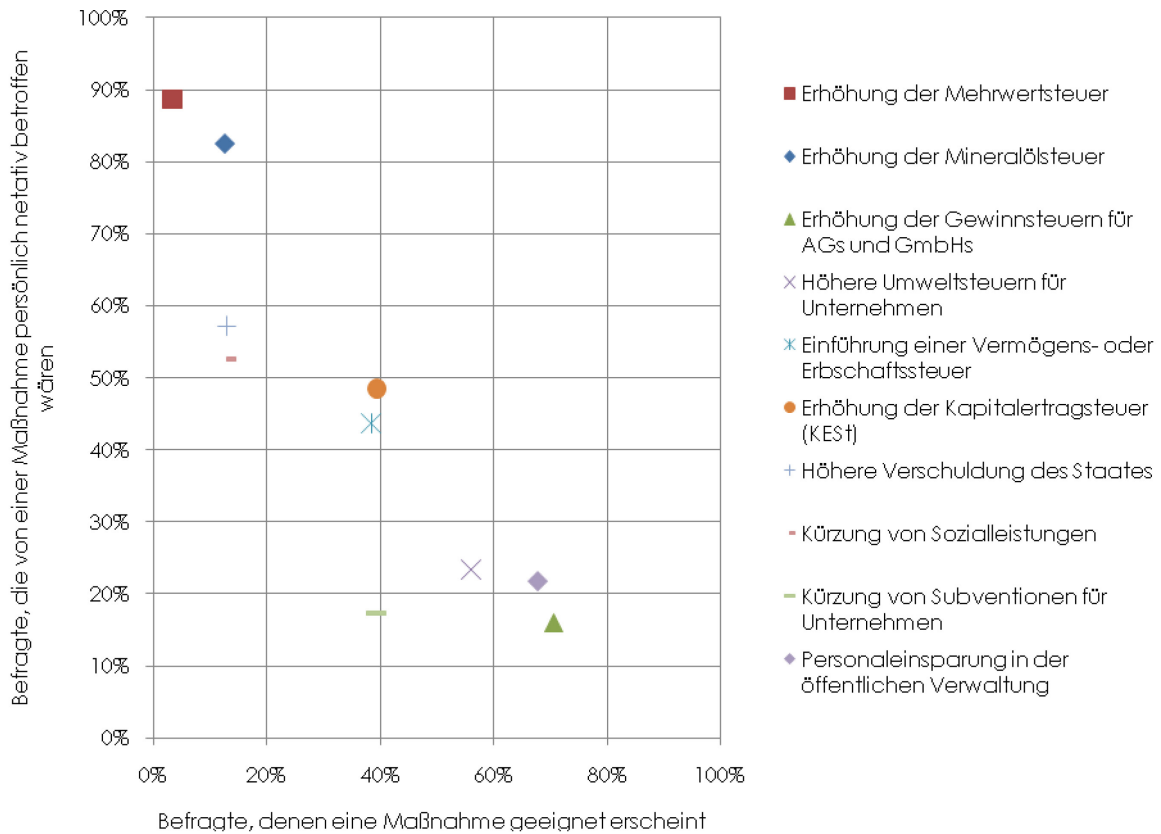
	Maßnahme geeignet zur Finanzierung einer Steuerreform	Persönliche nachteilige Auswirkungen
Erhöhung der Mehrwertsteuer	3	89
Erhöhung der Mineralölsteuer	13	83
Erhöhung der Gewinnsteuern für AGs und GmbHs	71	16
Höhere Umweltsteuern für Unternehmen	56	23
Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer	38	44
Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt)	39	49
Höhere Verschuldung des Staates	13	57
Kürzung von Sozialleistungen	13	53
Kürzung von Subventionen für Unternehmen	39	17
Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	68	22
Korrelationskoeffizient nach Pearson	-0,88**	

Q: Eigene Erhebung, n=1003, \*\* signifikant auf dem 99 %-Niveau.

So sind etwa 71 % der Befragten der Meinung, eine Erhöhung der Unternehmenssteuern wäre geeignet, um eine Reform von Lohn- und Einkommensteuer zu finanzieren und nur 16 % erwarten negative persönliche Auswirkungen von einer solchen Maßnahme. Umgekehrt befürworten nur 3 % eine Erhöhung der Mehrwertsteuer, während gleichzeitig 89 % von negativen persönlichen Auswirkungen ausgehen. Der Pearson'sche Korrelationskoeffizient zeigt mit -0,84 eine sehr große, negative Korrelation an zwischen der Befürwortung einer Maßnahme und der persönlichen Betroffenheit an (Tabelle 8). Auch eine einfache lineare Regression auf Basis der aggregierten Daten zeigt einen starken negativen Zusammenhang zwischen Betroffenheit durch eine Maßnahme und Akzeptanz durch die Befragten. Steigt der Anteil von Personen, auf die eine Maßnahme nachteilige Auswirkungen hätte um 1 %-Punkt, so sinkt der Anteil an Personen, die eben diese Maßnahme zur Finanzierung einer Steuerreform geeignet betrachten um 0,82 %-Punkte, wobei dieses simple Modell bereits 77 % der Varianz erklärt (Abbildung 6).



Abbildung 6: Zusammenhang zwischen der Befürwortung einer wirtschaftspolitischen Maßnahme und der persönlichen negativen Betroffenheit



Q: Eigene Erhebung, n=1003.

Vergleicht man die Zustimmungsraten zu den wirtschaftspolitischen Maßnahmen einerseits für die Gruppe derer, die negative Auswirkungen auf sich persönlich erwarten und andererseits für jene, die keine solchen Auswirkungen erwarten, so zeigt sich, dass die Zustimmungsraten unter den nicht betroffenen immer höher ist als unter denen, die negative Auswirkungen für sich erwarten (Tabelle 9). Die absolute Differenz liegt dabei – je nach Maßnahme – zwischen 1 Prozentpunkt und 25 Prozentpunkten. Relativ betrachtet stimmen nicht negativ betroffene Personen einer Maßnahme zwischen 1,3 und 2,7 Mal häufiger zu als negativ Betroffene. Eine Ausnahme bildet hier nur die „Kürzung von Subventionen für Unternehmen“, bei der praktisch kein Unterschied in der Zustimmung besteht. Auch bei der „Erhöhung der Mehrwertsteuer“ ist der Faktor von 1,3 aufgrund der geringen absoluten Differenz von nur 2 Prozentpunkten mit Vorsicht zu betrachten.

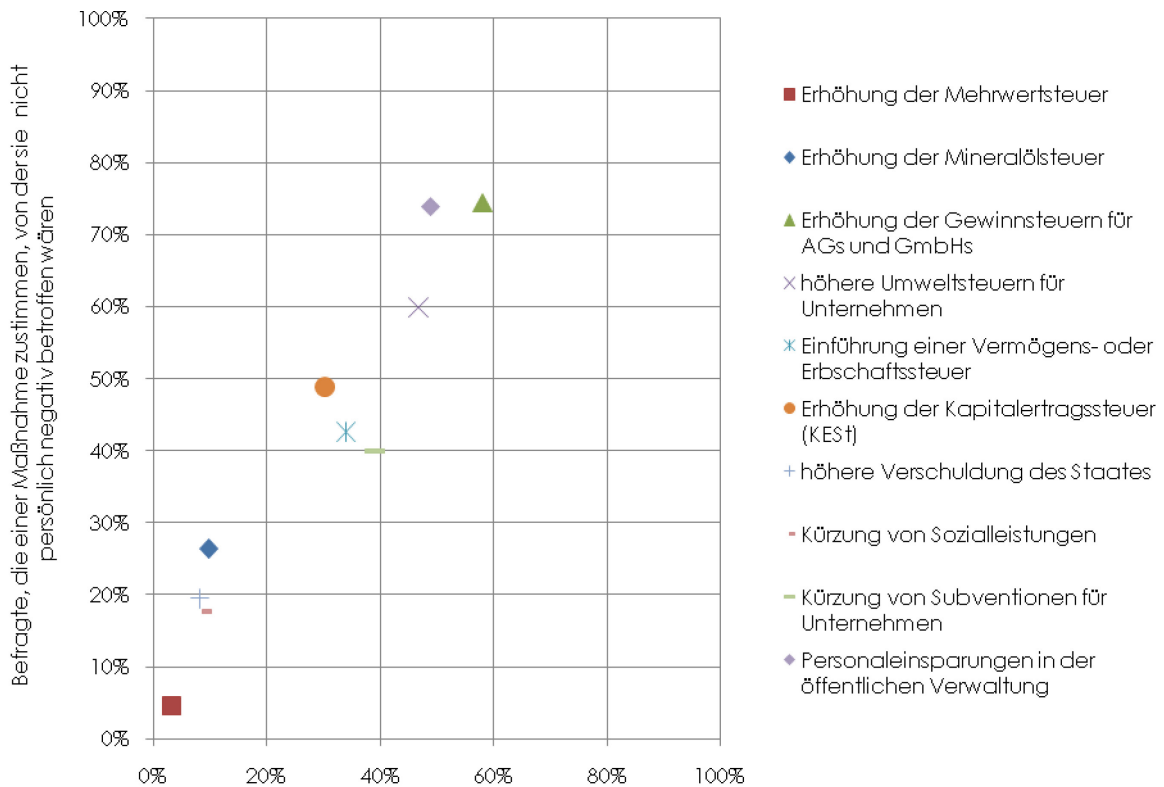
Tabelle 9: Zustimmung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen in Abhängigkeit von der persönlichen negativen Betroffenheit, Anteile in %

	Negativ betroffen	Nicht negativ Betroffen
Erhöhung der Mehrwertsteuer	3	5
Erhöhung der Mineralölsteuer	10	26
Erhöhung der Gewinnsteuern für AGs und GmbHs	58	74
Höhere Umweltsteuern für Unternehmen	47	60
Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer	34	43
Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt)	30	49
Höhere Verschuldung des Staates	8	20
Kürzung von Sozialleistungen	9	18
Kürzung von Subventionen für Unternehmen	39	40
Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	49	74
Pearson'scher Korrelationskoeffizient	0,96**	

Q: Eigene Erhebung, n=1003, \*\* signifikant auf dem 99 %-Niveau.

Festzuhalten ist jedoch, dass die Akzeptanzwerte jener Befragten, die nachteilige Auswirkungen einer Maßnahme befürchten mit den Akzeptanzwerten derer, die keine nachteiligen Auswirkungen erwarten hochgradig korreliert sind (Pearson'scher Korrelationskoeffizient = 0,96; Abbildung 7). Dies bedeutet, dass sich das Akzeptanzverhalten zwischen Personen, die negative Folgen einer Maßnahme für sich selbst erwarten und Personen, bei denen das nicht der Fall ist, stark ähnelt, es allerdings einen generellen Unterschied im Akzeptanzniveau zwischen betroffenen und nicht betroffenen Gruppen gibt.

Abbildung 7: Auswirkungen von und Zustimmung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen



Befragte, die einer Maßnahme zustimmen, von der sie persönlich negativ betroffen sind

Q: Eigene Erhebung.

### Schlussfolgerungen zur Einstellung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen

Es besteht ein ausgeprägter Zusammenhang zwischen der Zustimmung zu einer wirtschaftspolitischen Maßnahme und der Erwartung von negativen Auswirkungen auf die

eigene Person. Grundsätzlich gilt, dass die Bereitschaft einer Maßnahme zuzustimmen bei Personen höher ist, die keine negativen Folgen für sich erwarten. Dies stützt die klassische ökonomische Annahme von nutzenmaximierenden Agenten. Allerdings zeigt sich, dass dadurch nur ein Teil der Zustimmung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen erklärt werden kann. So ist die Zustimmung zu den Maßnahmen zwischen der Gruppe der Betroffenen und der Nicht-Betroffenen hochgradig positiv korreliert, d.h. wenn viele der Nicht-Betroffenen einer Maßnahme zustimmen, erscheint sich auch vielen der negativ betroffenen Personen als geeignet (wenngleich in etwas in geringerem Ausmaß). Dies zeigt, dass neben dem Eigeninteresse noch weitere wichtige Faktoren existieren müssen, welche die Einstellung zu (hypothetischen) wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflussen.

## **KAPITEL 6: Die Determinanten der öffentlichen Meinung**

Im Mittelpunkt der vorliegenden Studie liegt die Untersuchung der Determinanten der öffentlichen Meinung zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Als hypothetische Erklärungsfaktoren werden dabei herangezogen: das Eigeninteresse der befragten Personen, deren ideologische Einstellung und deren Wissen. Die Operationalisierung und die damit verbundene empirische Analyse der jeweiligen Einflussfaktoren werden im Folgenden vielfältig (und damit differenziert) durchgeführt. Im Folgenden werden diese Erklärungsfaktoren und die damit verbundenen Operationalisierungen beschrieben, sowie die methodische Vorgehensweise zur Identifikation der relevanten Determinanten (Schätzstrategie).

### *Operationalisierung Eigeninteresse*

In der vorliegenden Arbeit werden sowohl das subjektive, als auch das objektive Eigeninteresse der befragten Personen berücksichtigt. Zum einen wird (bei den Fragen zu spezifischen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen) die subjektive Betroffenheit erfragt und als Variable in der Analyse verwendet. Zum anderen dient (insbesondere bei den allgemeinen sozial- und wirtschaftspolitischen Themen) als Indikator für das Eigeninteresse der Befragten deren sozialpolitische „Lage“. Diese wiederum drückt sich in einer Reihe von soziodemographischen und sozioökonomischen Variablen aus (wie beispielsweise Beruf, Familienstand, Geschlecht, Alter usw.), welche ebenfalls explizit erfragt wurden. Die Idee dahinter ist, dass bestimmte sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen einen bestimmten Adressatenkreis betreffen (entweder positiv oder negativ) und diese Variablen somit als Indikator für das Eigeninteresse dienen. Es kann beispielsweise vermutet werden, dass Personen mit einem „höheren“ Einkommen und einem „sicheren“ Beruf weniger an staatlichen Sicherungsmaßnahmen interessiert sind und daher auch weniger bereit sind dafür Abgaben zu leisten, als Personen mit einem „geringeren“ Einkommen, welche auch noch häufig in „unsicheren“ (prekären) Beschäftigungsverhältnissen zu finden sind. Es gehört zur gängigen Praxis, dass in Akzeptanzstudien zur Sozial- und Wirtschaftspolitik soziodemographische Variablen hinsichtlich ihres Erklärungsgehalts (mit-)untersucht werden bzw. diese Variablen zumindest als „Kontrollvariablen“ Eingang in die Analyse finden (siehe beispielsweise *Bean und Papadakis, 1998; Fraile und Ferrer, 2005; Gelissen, 2000; Hasenfeld und Rafferty, 1989; Linos und West, 2003*). Für einen Überblick von sozioökonomischen und soziodemographischen Variablen im Zusammenhang mit sozialpolitischen Maßnahmen sei auf *Ullrich (200, S 83ff.)* hingewiesen. Eindeutige empirische Evidenzen für den Einfluss von soziodemographischen Variablen sind konnten jedoch in bisherigen Studien nicht beobachtet werden (*Ullrich, 2000, S. 8*). Durch die Untersuchung sowohl der subjektiven als auch der objektiven Betroffenheit ermöglicht die vorliegende Studie einen Vergleich dieser beiden Ansätze, da bei „mangelndem“ Wissen der befragten Personen durchaus Unterschiede zu erwarten sind.

### *Operationalisierung Ideologie*

Der (potentielle) Erklärungsfaktor „Ideologie“ wird in mehrerer Hinsicht berücksichtigt. Zum einen erfolgt eine Operationalisierung über die traditionelle Links/Rechts Skala auf welcher sich die befragten Personen einordnen konnten. Vor allem wegen der damit verbundenen Probleme wurde die ideologische Einstellung der Befragten zusätzlich über eine Reihe von

politischen Kategorien berücksichtigt (siehe Kapitel 4). In den folgenden Analysen werden die beiden Operationalisierungen der politischen Einstellung getrennt voneinander untersucht um die Problematik von Multikollinearitäten in nicht-linearen Schätzverfahren zu vermeiden. Neben den beiden Operationalisierungen der politischen Einstellung wird in der Analyse auch das Vertrauen der Befragten in Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretungen berücksichtigt, welche wiederum politischen Orientierungen nahe stehen.

### *Operationalisierung Wissen*

Das Wissen der befragten Personen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik wurde auf zweierlei Art erhoben. Zum einen direkt durch zwei Wissensfragen, bei denen davon auszugehen ist, dass die befragten Personen auch mittels (regelmäßiger) Lektüre von Tageszeitungen und anderen Medien die Fragen richtig beantworten konnten, also nicht besonders intensiv mit der Materie vertraut sein mussten. So wurde nach der Höhe der Inflation zum Erhebungszeitpunkt und nach der Abgabenquote gefragt. Zusätzlich wurde das Wissen auch indirekt mit einer Frage nach dem Interessensgrad an Sozial- und Wirtschaftspolitik erfragt, da interessierte Personen besser informiert sein sollten.

Im Folgenden werden die Determinanten Eigennutzen, Ideologie und Wissen hinsichtlich ihrer empirischer Relevanz einer Analyse unterzogen. Eine genaue Beschreibung der Fragen und der Operationalisierung für die empirische Analyse findet sich in Tabelle 29.

### *Schätzstrategie*

Neben den angeführten Determinanten finden auch zahlreiche Kontrollvariablen Eingang in die Schätzungen. Ein Problem bei der Untersuchung einer solchen Fülle an (unabhängigen) Variablen ist, dass eine „Überspezifizierung“ der Schätzgleichungen die Folge sein könnte. Aus diesem Grund wird in der folgenden Analyse die Strategie gewählt, eine „sparsame“ Schätzung und eine „umfangreiche“ Schätzung durchzuführen. In die sparsamen Schätzungen werden lediglich jene Variablen als erklärende aufgenommen, die aus den theoretischen Überlegungen unverzichtbar sind. Die umfangreiche Spezifikation bedient sich dagegen der Vielfalt der zu Verfügung stehenden Variablen (als Kontrollvariablen). Diese Vorgehensweise hat den Vorteil, dass in der sparsamen Spezifikation der Einfluss eigentlich interessierender Variablen nicht durch etwaige Multikollinearitäten mit den Kontrollvariablen „getrübt“ bzw. „überdeckt“ wird und somit identifiziert werden kann. Der Nachteil der sparsamen Spezifikation ist, dass der Einfluss von nicht in das Modell aufgenommenen Einflussgrößen (naturgemäß) nicht berücksichtigt wird. Die Betrachtung der empirischen Ergebnisse auf Grundlage beider Schätzungen ermöglicht somit eine bei Weitem reliablere Analyse der jeweiligen Einflussgrößen.

### **Empirische Ergebnisse: Determinanten der Akzeptanz**

Die empirische Analyse begründet sich auf die Frage der Einstellung zu (bzw. Akzeptanz von) fünf grundsätzlichen (allgemein formulierten) Fragestellungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik und zehn spezifische Fragestellungen, d.h. zehn konkrete sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen (zur Gegenfinanzierung einer Steuerreform). Diese, im Vergleich zu anderen Umfragen relativ, hohe Anzahl an Fragestellungen erlaubt die Analyse eines umfangreichen Spektrums an sozial- und wirtschaftspolitischen Themenbereichen. Insbesondere beinhaltet der „Fragenkatalog“ sowohl Problemstellungen welche unterschiedlich stark in der medialen Diskussion berücksichtigt wurden und über die die Öffentlichkeit daher in unterschiedlichem

Ausmaß Informationen besitzt, als auch Problemstellungen unterschiedlicher Komplexität, d.h. Problemstellungen, die sich hinsichtlich der „Schwierigkeit“ die individuellen Konsequenzen von einer entsprechenden Maßnahme „abzuleiten“ bzw. diese zu antizipieren, unterscheiden. Die fünf allgemeinen Fragen beinhalten ein breites Spektrum der Sozial- und Wirtschaftspolitik und erlauben daher auch eine verlässliche Untersuchung der unterschiedlichsten Determinanten. Es handelt sich dabei um

- (i) eine Frage bezüglich der Abhängigkeit des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen (Hängt in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab? – mit Antwortkategorien: Hängt von der Leistung ab; Sowohl als auch; Hängt nicht von der Leistung ab),
- (ii) eine Frage bezüglich der Aufgabe des Staates um den Einkommensunterschied zu reduzieren (Sind Sie der Meinung, der österreichische Staat sollte ... um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren? – mit (Ergänzungs-) Antwortkategorien: Mehr unternehmen; Gleich viel unternehmen wie bisher; Weniger unternehmen),
- (iii) eine Frage bezüglich der Gewährleistung eines angemessenen Einkommens für alle Bürger (Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen? – mit Antwortkategorien: Ja; Nein),
- (iv) eine Frage bezüglich der Höhe der Einkommensteuer (Sind Sie persönlich der Meinung, dass die Lohn- und Einkommensteuer derzeit in Österreich ...? – mit Antwortkategorien: Zu hoch; Gerade angemessen; Zu niedrig), und
- (v) eine Frage bezüglich der „Begünstigten“ einer Steuerreform (Wer soll von der Einkommensteuerreform profitieren? – mit Antwortkategorien: Vor allem niedrige Einkommen; vor allem mittlere Einkommen; vor allem hohe Einkommen; alle Gruppen in gleichem Ausmaß).

Bei den zehn spezifischen Fragen handelt es sich um (potentielle) Maßnahmen betreffend die Gegenfinanzierung einer Reform der Lohn- und Einkommensteuer. Die Teilnehmer an der Studie wurden gefragt, ob sie die jeweiligen Maßnahmen als geeignet erachten um eine Steuerreform zu finanzieren. Die Respondenten hatten bei jeder Maßnahme die Möglichkeit mit Ja oder Nein zu antworten (oder die Antwort zu verweigern: „Weiß nicht“, „Keine Angabe“). Wie auch bei den allgemeinen Fragen wird mit den zehn spezifischen Fragen bezüglich sozial- und wirtschaftspolitischer Maßnahmen eine Reihe von Themen abgedeckt. Es wurde gefragt ob

- (i) eine Erhöhung der Mehrwertsteuer,
- (ii) eine Erhöhung der Mineralölsteuer,
- (iii) eine Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs,
- (iv) eine Erhöhung von Umweltsteuern für Unternehmen,
- (v) die Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer,
- (vi) die Erhöhung der Kapitalertragssteuer,
- (vii) eine höhere Verschuldung des Staates,
- (viii) eine Kürzung von Sozialleistungen,
- (ix) eine Kürzung von Subventionen für Unternehmen, und
- (x) Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung

als geeignet betrachtet werden um eine Steuerreform zu finanzieren.

Zuerst werden die spezifischen Fragestellungen gemeinsam diskutiert und daran anschließend die fünf allgemeinen Fragestellungen zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Eine genaue Beschreibung der Variablen und der zugrunde liegenden Fragen und Operationalisierungen findet sich in Tabelle 29. Die Ergebnisse zu den 15 Fragestellungen sind in Tabelle 1 bis 15 abgebildet.

### **Die Determinanten der Akzeptanz der spezifischen Maßnahmen**

In den Tabellen 10 bis 19 im Appendix A sind die Ergebnisse der empirischen Analyse der Determinanten der Akzeptanz zu den spezifischen wirtschaftspolitischen Maßnahmen abgebildet. In den Tabellen a sind die Schätzergebnisse der „sparsamen“ und in Tabellen b jene der „umfangreichen“ Spezifikation angegeben. In den jeweiligen Tabellen ist ebenfalls je eine Schätzung mit der Verwendung der Links/Rechts Skala und eine Schätzung mit der Verwendung der differenzierten politischen Kategorien abgebildet. Im Folgenden werden die empirischen Ergebnisse hinsichtlich der Relevanz der einzelnen Einflussgrößen diskutiert.

#### *Die empirische Relevanz des Eigeninteresses anhand der persönlichen Betroffenheit*

Das Eigeninteresse wurde bei den zehn spezifischen Fragen durch die Frage nach der expliziten Betroffenheit berücksichtigt, also durch die Frage, ob sich die jeweilige Maßnahme negativ auf die befragte Person auswirken würde. Die Variable „Betroffenheit“ drückt diese in der Analyse aus. Es ist in Tabellen 10 bis 19 zu erkennen, dass die Betroffenheit eine wichtige Determinante im Akzeptanzverhalten darstellt, da ein signifikanter Einfluss auf die Zustimmung bzw. Ablehnung der jeweiligen Maßnahme bei beinahe allen Fragestellungen (und unabhängig von den unterschiedlichen Schätzstrategien) festzustellen ist. Bei den acht Fragestellungen, bei welchen ein signifikanter Einfluss identifiziert wird, weist das ebenfalls immer negative Vorzeichen des Koeffizienten darauf hin, dass die Maßnahme eine höhere Wahrscheinlichkeit hat, nicht akzeptiert zu werden bzw. als nicht geeignet zur (Gegen-)Finanzierung einer Steuerreform angesehen zu werden, wenn diese sich negativ auf die befragte Person auswirken würde. Eine geringe Einschränkung in der Robustheit dieses Ergebnisses muss lediglich bei der Frage nach höheren Umweltsteuern gemacht werden (Tabelle 13), da in der sparsamen Spezifikation, welche die einzelnen politischen Kategorien an Stelle der Links/Rechts-Skala berücksichtigt, keine Signifikanz der Betroffenheit gegeben ist. Kein Einfluss der Betroffenheit auf das Akzeptanzverhalten ist bei der Frage nach einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (Tabelle 10) gegeben. Dies liegt wohl daran, dass fast alle Befragten eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ablehnen (95 %) und beinahe ebenso viele sich negativ betroffen fühlen (90 %), die beiden Gruppen also de facto identisch sind. Auch die Frage nach einer Kürzung von Subventionen für Unternehmen (Tabelle 18) zeigt keinen signifikanten Einfluss durch die persönliche Betroffenheit.

#### *Die empirische Relevanz der politischen Ideologie*

Anders als bei der Betroffenheit ist ein genereller und stark ausgeprägter Einfluss der politischen Ideologie auf das Akzeptanzverhalten nicht so deutlich zu erkennen. Anhand der Links/Rechts-Skala als Ausdruck der politischen Orientierung ist bei sechs von zehn Maßnahmen kein signifikanter Einfluss gegeben: Erhöhung der Mehrwertsteuer (Tabelle 10), Erhöhung der Kapitalertragssteuer (Tabelle 15), höhere Staatsverschuldung (Tabelle 16), Kürzung von Sozialleistungen (Tabelle 17), Kürzung von Unternehmenssubventionen (Tabelle

18) und Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst (Tabelle 19). Ein signifikanter Einfluss der politischen Einordnung auf der Links/Rechts-Skala zeigt sich hingegen bei der Frage nach einer Erhöhung der Mineralölsteuer (Tabelle 11), der Erhöhung Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften (Tabelle 12), von höheren Umweltsteuern für Unternehmen (Tabelle 13) und bei der Einführung von Vermögens- oder Erbschaftssteuern (Tabelle 14). Einschränkend muss jedoch ebenfalls erwähnt werden, dass die Links/Rechts Orientierung bei den Themen Mineralölsteuer, Umweltsteuern als auch Vermögens- und Erbschaftsteuer nur in der sparsamen Schätzspezifikation signifikant ist. Dies erklärt sich aus Korrelationen der Links/Rechts Orientierung mit anderen Variablen in der umfangreichen Schätzgleichung, insbesondere mit jenen Variablen, die Vertrauen in Arbeitnehmer- bzw. Arbeitgebervertreter in Bezug auf sozial- und Wirtschaftspolitische Fragestellungen zum Ausdruck bringen.

Ein ähnliches Bild wie aus der Links/Rechts Operationalisierung der politischen Ideologie ergibt sich auf den ersten Blick aus der Verwendung der unterschiedlichen politischen Kategorien. Hier ist ebenfalls kein genereller Einfluss bestimmter politischer Orientierungen auf die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erkennen. Wobei jedoch eine spezifische Relevanz politischer Orientierungen identifiziert werden kann. Auffallend ist vor allem, dass die Kategorie „grün/alternativ“ besonders häufig empirisch relevant für das Akzeptanzverhalten ist. Wenig überraschend ist dabei die Relevanz einer grün/alternativen Orientierung bei der Frage nach höheren Umweltsteuern (Tabelle 13).

Weitere, häufig als signifikante Erklärungsfaktoren identifizierte politische Kategorien sind auch sozialdemokratisch, national und sozialistisch. Bei genauerer Betrachtung erweist sich die Verwendung von politischen Kategorien an Stelle der in der Literatur ansonsten zumeist verwendeten Links/Rechts-Skala jedoch als sehr aufschlussreich. Dies wird vor allem dadurch verdeutlicht, dass die Links/Rechts-Skala bei den Fragestellungen zur Kapitalertragssteuer (Tabelle 15), Staatsverschuldung (Tabelle 16), Sozialleistungen (Tabelle 17), Unternehmenssubventionen (Tabelle 18) und Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung (Tabelle 19) als insignifikant identifiziert wurde und damit suggeriert, dass die politische Ideologie keinen (wesentlichen) Einfluss auf das Akzeptanzverhalten hat.

Dass dem nicht so ist, zeigt die Verwendung der politischen Kategorien, welche ein bei weitem differenzierteres Spektrum der politischen Ideologie darstellt. Beispielsweise ist bei der Frage nach der Akzeptanz einer höheren Staatsverschuldung zur Finanzierung einer Steuerreform sowohl bei national orientierten, als auch bei sozialdemokratisch orientierten Personen ein signifikanter Effekt zu bemerken. National orientierte halten diese Maßnahme in deutlich geringerem Ausmaß für geeignet als sozialdemokratisch orientierte Personen. Ebenfalls ist zu erkennen, dass sozialdemokratisch gesinnte Personen in diesem Zusammenhang eher als andere für die Kürzung von Unternehmenssubventionen sind und stärker als andere Gruppen gegen Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst, dies sich aber bei beiden Fragestellungen nicht in der Links/Rechts-Skala manifestiert.

Zusammenfassend kann somit gesagt werden, dass die politische Orientierung sehr wohl bei spezifischen Themenstellungen (spezifischen sozial- und wirtschaftspolitischen) Maßnahmen als relevant für das Akzeptanzverhalten festgestellt werden kann, es jedoch nur sehr schwer möglich ist politischen Orientierungen im Akzeptanzverhalten generell einen systematischen Einfluss zuzuschreiben.



### *Die empirische Relevanz des Wissens, der Wichtigkeit und der Informationsquellen*

Dem Wissen kommt im Paradigma des Homo Oeconomicus eine entscheidende Rolle zu wenn es darum geht, die Konsequenzen des eigenen Handelns „abschätzen“ zu können. Die Operationalisierung des Wissens wurde, wie bereits erwähnt, über zwei Wissensfragen berücksichtigt. Sowohl durch die Frage nach der Höhe der zum Erhebungszeitpunkt aktuellen Inflationsrate als auch nach der Höhe der damals aktuellen Abgabenquote. Die Frage nach der Höhe der Abgabenquote ist im Zusammenhang mit der Gegenfinanzierung einer Steuerreform sicherlich als passender zu erachten, jedoch auch als schwieriger als jene nach der Inflationsrate, welche ungleich häufiger in der medialen Berichterstattung Erwähnung findet. Als Operationalisierung wurde die absolute Abweichung von der tatsächlichen Höhe verwendet. In der „umfangreicheren“ Spezifikation wurden beide Wissensfragen berücksichtigt. In der sparsamen Version der Schätzgleichung wurde der Abgabenquote der Vorzug gegeben, da diese inhaltlich relevanter ist.

Die empirischen Schätzergebnisse zeigen, dass nur in sehr wenigen Fällen eine empirische Relevanz des Wissens festzustellen ist. Das Wissen über die Höhe der Inflationsrate übt bei der Frage nach der Erhöhung von Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften (Tabelle 12b) einen signifikanten Einfluss aus und das Wissen über die Höhe der Abgabenquote bei den Fragen nach der Erhöhung der Kapitalertragssteuer (Tabelle 15a) und nach einer höheren Verschuldung des Staates (Tabelle 16a). Dieser Einfluss ist jedoch keineswegs robust, da er nur in vereinzelten Schätzspezifikationen nachweisbar ist.

Ein ähnliches Ergebnis wie für das Wissen ist auch für das Interesse an der (aktuellen) Sozial- und Wirtschaftspolitik festzustellen. Hier ist ebenfalls nur vereinzelt ein signifikanter Einfluss der Beurteilung des individuellen Interesses an der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf das Akzeptanzverhalten zu beobachten. Beispielsweise ist ein signifikanter Effekt auf die Akzeptanz einer höheren Mineralölsteuer bei Personen festzustellen, welche sich für die Sozial- und Wirtschaftspolitik interessierten (Tabelle 11b). Zu relativieren ist dieses Ergebnis, da der Einfluss lediglich bei jener Spezifikation festgestellt werden kann, welche die politischen Kategorien an Stelle der Links/Rechts-Skala verwendet. Da es nur schwer zu erklären ist warum dies der Fall ist, kann diese identifizierte Signifikanz nicht als reliabel bezeichnet werden. Da bei allen anderen Fragestellungen die Wichtigkeit bzw. das Interesse an der Sozial- und Wirtschaftspolitik nie einen (signifikanten) Einfluss hat, kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass das Interesse an der Sozial- und Wirtschaftspolitik kein Prädiktor des Akzeptanzverhaltens ist.

Ein analoges Bild ergibt sich im Zusammenhang mit der Nutzung von speziellen Informationsquellen und im Vertrauen auf bestimmte Personengruppen bzw. Institutionen mit dem Akzeptanzverhalten. D.h. es wurde untersucht ob die Nutzung von Informationsquellen wie Fernsehen, Zeitungen, Internet und Radio einen Einfluss auf das Akzeptanzverhalten hat bzw. ob das Vertrauen in Politiker, Journalisten, Arbeitnehmervertreter, Experten, Arbeitgebervertreter und Freunde/Bekannte das Akzeptanzverhalten beeinflusst. Auch in diesen Fällen ist kein genereller Zusammenhang feststellbar. Am deutlichsten zu erkennen ist noch ein Einfluss auf die Frage nach der Akzeptanz einer Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs (Tabelle 12b) und höherer Umweltsteuern für Unternehmen (Tabelle 13b). Das Ergebnis zeigt, dass Personen, welche Vertretern von Arbeitgeberverbänden eine hohe Glaubwürdigkeit beimessen, eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit haben, die Erhöhung von Gewinnsteuern zu akzeptieren. Hingegen Befürworter Personen mit höherer Wahrscheinlichkeit eine Erhöhung von Umweltsteuern,

wenn sie Vertretern von Arbeitnehmerverbänden ein großes Vertrauen entgegenbringen. Bei allen anderen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ist jedoch kein robuster Einfluss von Informationsquellen bzw. von bestimmten Personengruppen/Institutionen festzustellen, womit auch hier kein genereller und systematischer Einfluss auf das Akzeptanzverhalten zu konstatieren ist.

### *Die Relevanz des Einkommens*

Das Einkommen ist ebenfalls von entscheidender Relevanz bei einer Analyse des Akzeptanzverhaltens von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, da sich der Großteil von Maßnahmen asymmetrisch auf unterschiedliche Einkommenskategorien auswirkt. So sind von einer Kürzung von Sozialleistung niedrigere Einkommensschichten stärker betroffen als höhere Einkommensschichten. Entsprechend dem Menschenbild des Homo Oeconomicus sollte (zumindest bei bestimmten) sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen ein Einfluss des Einkommens auf das Akzeptanzverhalten erkennbar sein. Wie die empirischen Ergebnisse jedoch zeigen, ist das nicht der Fall. Ein signifikanter Einfluss des Einkommens wird nur sporadisch identifiziert. Insbesondere bei der Frage nach der Kürzung von Sozialleistungen (Tabelle 17) ist kein signifikanter Einfluss feststellbar. Allerdings ist hier festzuhalten, dass auch mittlere und höhere Einkommensschichten Sozial- und Transferleistungen beziehen (etwa Gratisschulbücher, freier Universitätszugang, Wohnbauförderung etc.), wodurch die Bereitschaft zu Einschnitten ins Sozialsystem auch in mittel bis gut situierten Kreisen gedämpft sein könnte.

Bei der Frage nach der Erhöhung der Kapitalertragssteuer (Tabelle 15) ist zwar bei einer der vier abgebildeten Schätzungen ein negativ signifikanter Koeffizient erkennbar, aber da dieser nicht robust gegenüber Änderungen der Schätzgleichung ist, wäre es vermessen einen verlässlichen Einfluss zu folgern. Gleiches ist bei der Frage nach der Erhöhung von Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs (Tabelle 12), bei einer höheren Staatsverschuldung (Tabelle 16), als auch bei Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst (Tabelle 19) zu beobachten. Auch hier ist der empirische Einfluss nicht robust gegenüber Änderungen der Schätzgleichung. Bei all den anderen Fragestellungen ist überhaupt kein signifikanter Einfluss des Einkommens festzustellen. Es kann daher nicht geschlossen werden, dass das Einkommen einen (generellen) Einfluss auf das Akzeptanzverhalten hat. Umgekehrt ist jedoch gerade auch die häufige Insignifikanz bzw. mangelnde „Robustheit“ der Variable „Einkommen“ interessant, da dies den Rückschluss nahe legt, dass Personen nicht (nur) eigennützig handeln. So sind etwa Personen mit einem hohen Einkommen nicht signifikant häufiger gegen eine Vermögens- oder Erbschaftssteuer als Personen in niedrigeren Einkommensgruppen (obwohl gerade Personen mit hohem Einkommen stärker von solchen Steuern betroffen wären). Personen mit höheren Einkommen sind nicht „homogen“ für oder gegen eine Vermögens- und Erbschaftssteuer. Umgekehrt sind auch Personen mit niedrigerem Einkommen nicht „geschlossen“ für oder gegen diese Maßnahme. Dies zeigt, dass ein nicht unbeträchtlicher Anteil von „ärmeren“ Personen, welche indirekt von dieser Steuer eher profitieren würden, gegen diese Maßnahme ist und ein nicht unbeträchtlicher Anteil von „reicherer“ Personen, welche von dieser Steuer eher stärker betroffen sind, für diese Maßnahme ist. In beiden Fällen kann die Erklärung sowohl darin liegen, dass die Befragten möglicherweise nicht (strikt) nutzenmaximierend agieren, als auch darin, dass sie (mangels Wissen) nicht in der Lage sind, die individuellen Konsequenzen der Maßnahme abzuleiten.

### *Die empirische Relevanz anderer soziodemographischer Charakteristika*

Wie schon beim Einfluss des Einkommens, des individuellen Interesses für Sozial- und Wirtschaftspolitik als auch hinsichtlich der Bedeutung von unterschiedlichen Informationsquellen und Personengruppen ergibt sich bei den sonstigen soziodemographischen Charakteristika ein heterogenes Bild. Weder ist betreffend des Alters, des Geschlechts, des Bildungsstands noch des Berufsstandes ein genereller Einfluss festzustellen. Sporadisch aufzufindende Signifikanzen sind nur schwer zu interpretieren. Ein Beispiel dafür ist der signifikante Unterschied im Akzeptanzverhalten von Männern und Frauen hinsichtlich der Akzeptanz einer Erhöhung der Mehrwertsteuer (Tabelle 10b). Im Vergleich zu Frauen ist bei Männern eine signifikant höhere Wahrscheinlichkeit zur Akzeptanz der Erhöhung der Mehrwertsteuer festzustellen. Durchaus plausibel ist hingegen, dass Angestellte im öffentlichen Dienst Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung nicht als geeignetes Mittel zur (Gegen-)Finanzierung einer Steuerreform erachten.

Gerade die Betrachtung der soziodemographischen Charakteristika verdeutlicht auch die Sinnhaftigkeit der Analyse von unterschiedlichen Schätzgleichungen, da diese Aufschluss über die Robustheit der Ergebnisse geben. Sehr viele „Signifikanzen“ von einzelnen soziodemographischen Einflussfaktoren sind nicht robust gegenüber kleinen Änderungen in der Schätzgleichung (wie es insbesondere die Substitution der Links/Rechts-Skala durch die politischen Kategorien darstellt) und damit ist deren Einfluss wenig reliabel. Robuste Einflüsse deren „Signifikanzen“ über die unterschiedlichen Schätzgleichungen stabil bleiben, erlauben hingegen verlässliche Schlussfolgerungen. Diese sind jedoch im Zusammenhang mit soziodemographischen Einflüssen nur bedingt gegeben.

### *Die zeitliche Dimension der Maßnahme und die Intensität der medialen Berichterstattung*

Wie in Kapitel 2 bereits diskutiert ist ein Einfluss auf die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen sowohl durch die zeitliche Aktualität und Wirksamkeit der Maßnahme als auch durch die Intensität der medialen Berichterstattung zur Maßnahme zu erwarten. Die Medienberichterstattung ist deshalb „entscheidend“, weil diese auch die subjektive Relevanz des Themas mitbestimmt. Die Medienberichterstattung ist (mit-)verantwortlich dafür, in welchem Ausmaß (und ob überhaupt) die breite Bevölkerung Wissen über die individuellen Konsequenzen von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen aufbauen kann. Die damit verbundene Hypothese ist, dass bei Themen, die im Zentrum des medialen Interesses stehen, eine Reihe von Determinanten (insbesondere die politische Orientierung aber auch die Bedeutung der Informationsquellen) stärker akzentuiert sind als bei Maßnahmen, welche nicht oder in geringerem Ausmaß Gegenstand der Medienberichterstattung sind. Es ist zu erwarten, dass über die intensivere Auseinandersetzung mit der Maßnahme individuelle Konsequenzen klarer abgeleitet werden können und -entsprechend der Annahme rationalen Handelns- eigennützige Entscheidungen getroffen werden.

Im Folgenden werden Maßnahmen kontrastiert welche in der Medienberichterstattung zum Zeitpunkt der Durchführung der Befragung im Herbst 2008 und kurz davor intensiv diskutiert wurden. Dabei handelt es sich, erstens, um das Thema *Mineralölsteuer* welches auch aufgrund der (stark) gestiegenen Rohölpreise ein stetiger Begleiter der Medienberichterstattung im Jahr 2008 war und zweitens um das Thema *Vermögens- und Erbschaftssteuer*, welches durch die Aufhebung der Erbschaftssteuer häufig und kontroversiell

in den Medien diskutiert wurde. Sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, welche kaum in den Medien Platz gefunden haben waren, erstens, die Erhöhung der *Gewinnsteuern* für Aktiengesellschaften und GesmbHs und, zweitens, die Kürzung von *Subventionen für Unternehmen*.

Ein erstes Indiz für die Relevanz der Intensität der Medienberichterstattung ist, dass bei der Themenstellung Mineralölsteuer lediglich 1 % der befragten Personen die Antwortmöglichkeit „Weiß nicht“ wählte und bei der Themenstellung Erbschaftssteuer lediglich 2 %. Hingegen ist bei den Fragestellungen Gewinnsteuern mit 7 % und bei Subventionen mit 8 % der Anteil an Personen bei weitem höher, welche die Antwortmöglichkeit „Weiß nicht“ gewählt haben. Der Grad an „Sicherheit“ bei der Positionierung zur jeweiligen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahme ist somit bei den Themenstellungen welche intensiv in den Medien diskutiert wurden deutlich höher. Erklärt werden kann dies durch die Informationen über die Konsequenzen der jeweiligen Maßnahmen über die Medien. Daneben könnte aber auch die unterschiedliche persönliche Betroffenheit der Befragten eine Rolle spielen. So betreffen Änderungen der Mineralölsteuer aber auch die Einführung einer Vermögens- bzw. Erbschaftssteuer sehr viele Menschen unmittelbar, während Änderungen bei Gewinnsteuern für Kapitalgesellschaften und Unternehmenssubventionen sich nur auf verhältnismäßig wenige Menschen direkt auswirken. Entsprechend sollten sich mehr Menschen zu Mineralöl-, Vermögens- und Erbschaftssteuern eine Meinung gebildet haben als zu Gewinnsteuern und Unternehmenssubventionen.

Betreffend die Relevanz von Informationsquellen und von politischen Kategorien ergibt sich kein einheitliches Bild. So ist zwar bei der Maßnahme Vermögens- und Erbschaftssteuer die Signifikanz einer Reihe von Gruppierungen gegeben. Beispielsweise nimmt das Vertrauen in Arbeitnehmervertreter, Experten und Arbeitgebervertreter Einfluss auf das Akzeptanzverhalten (Tabelle 14). Dies kann dadurch erklärt werden, dass diese Gruppierungen auch in den Medien präsent waren und dort ihre Meinungen abgegeben haben. Der ebenfalls signifikante Einfluss von Freunden und Bekannten kann wiederum dadurch erklärt werden, dass es durch die intensive Medienberichterstattung auch zu privaten, meinungsbildenden Diskussionen über dieses Thema gekommen ist. Hingegen sind die politischen Variablen beim Thema Vermögens- und Erbschaftssteuer nicht relevant. Die empirische Insignifikanz kann dadurch erklärt werden, dass die mediale Berichterstattung als Substitut für die politische Orientierung dient. Die Ableitung von generellen Schlussfolgerungen wäre jedoch verfehlt, da ein ähnlicher Effekt auch bei der Frage zur Mineralölsteuer zu beobachten sein müsste. Wie Tabelle 10 zeigt, ist jedoch genau das Gegenteil der Fall. D.h. die Informationsquellen üben keinen signifikanten Einfluss aus, während die politische Orientierung sich als (wenn auch nicht absolut robust) signifikant erweist. Beim Thema Gewinnsteuern hingegen wäre zu erwarten, dass die politische Orientierung von Relevanz ist, da dieses Thema zum Zeitpunkt der Durchführung der Umfrage von den Medien kaum thematisiert wurde. Dies ist auch durch (robuste) signifikante Schätzungen der Variable Links/Rechts zu erkennen. Dennoch ist es auch hier schwierig eine Generalisierung zu treffen, da beim Thema Subventionen die politische Einstellung als Determinante des Akzeptanzverhaltens irrelevant ist.

Zusammenfassend kann somit nicht von generellen Trends bei der Relevanz von bestimmten Determinanten der Akzeptanz festgestellt werden. Die überaus „heterogenen“ Ergebnisse der Schätzungen erlauben nicht die Schlussfolgerung, dass mit zunehmender Intensität der Medienberichterstattung über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahme die Relevanz von bestimmten Determinanten dieser zu- oder abnimmt.

In der Literatur zur Akzeptanzforschung wird das Phänomen beschrieben, dass Menschen dazu neigen, langfristige Folgen von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen weniger stark zu gewichten als kurzfristige Folgen. Daher sollen nun Maßnahmen, bei denen eine direkte und baldige Betroffenheit gegeben ist, mit solchen kontrastiert werden, bei denen die Betroffenheit nur indirekt und (stark) verzögert gegeben ist. Eine Maßnahme bei welcher die Betroffenheit erst relativ spät (für den Großteil der Bevölkerung) spürbar wird, ist eine höhere Verschuldung des Staates. Eine höhere Verschuldung des Staates führt nicht sofort zu höheren Steuern, sondern wird erst später (möglicherweise in der „Nachfolgegeneration“) „schlagend“. Andere Maßnahmen, wie insbesondere eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder der Mineralölsteuer würden sich sofort auf die Betroffenen auswirken. Es wäre somit zu erwarten, dass die Zustimmung zu einer höheren Staatsverschuldung im Vergleich zu den anderen Maßnahmen – insbesondere im Vergleich zur Mehrwertsteuer und der Mineralölsteuer – hoch ist. Auch hier ergibt die Befragung jedoch kein klares Bild. 83 % der befragten Personen halten eine höhere Verschuldung des Staates nicht zur Finanzierung einer Steuerreform geeignet. 95 % sind gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer und 85 % gegen eine Erhöhung der Mineralölsteuer. Somit rangiert das Thema Staatsverschuldung nur knapp hinter der Ablehnungsquote einer Erhöhung der Mehrwert- oder Mineralölsteuer. Entsprechend der Hypothese, dass kurzfristige Folgen stärker gewichtet werden als langfristige Folgen sollte eine größere Diskrepanz zwischen dieser Fragestellung erkennbar sein um diese Hypothese anzunehmen.

### **Die Determinanten der Akzeptanz zu allgemeinen Maßnahmen**

Im Gegensatz zu den vorhin diskutierten zehn spezifischen Maßnahmen, für welche die Akzeptanz hinsichtlich ihrer Eignung zur (Gegen-)Finanzierung einer Steuerreform untersucht wurde, handelt es sich bei den folgenden fünf Themenstellungen um sehr allgemeine Maßnahmen (bzw. Fragen) zur Sozial- und Wirtschaftspolitik. Diese allgemeinen Themenstellungen reflektieren somit grundlegende Einstellungen zur Funktion der Sozial- und Wirtschaftspolitik und zur Legitimation des Sozial- bzw. Wohlfahrtsstaates an sich. Die erste Thematik behandelt die Frage nach der Abhängigkeit der Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung. Diese Frage stellt somit eine wesentliche Bedingung für die Legitimation von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen dar. Die Legitimation einer Reihe von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen kann von der Einstellung zu dieser Thematik abgeleitet werden. Beispielsweise ob die Kürzung von Sozialleistungen legitim ist oder nicht. Wer der Ansicht ist, dass das Einkommen von der Leistung abhängt, sollte auch eher bereit sein Kürzungen von Sozialleistungen zu akzeptieren und umgekehrt. Eine ähnliche Themenstellung ist die Frage nach der Aufgabe des Staates betreffend der Verminderung des Einkommensunterschieds. Auch diese Themenstellung ist eng mit der Akzeptanz der Kürzung von Sozialleistungen verbunden, thematisiert jedoch auch eine grundlegende Auffassung über die Aufgaben des (Sozial-)Staates. Selbiges gilt für die Frage ob der Staat für ein angemessenes Einkommen seiner Bürger die Verantwortung übernehmen soll. Eine weitere grundsätzliche Frage betrifft die Höhe der Einkommensteuer. Wird diese als zu hoch, angemessen oder als zu niedrig aufgefasst? Diese Thematik ist auch in einer weiteren Frage adressiert, die danach fragt, wer von einer Steuerreform profitieren soll: die niedrigen, die mittleren oder die hohen Einkommen? All diese Fragen subsumieren somit grundlegende Fragen der Sozial- und Wirtschaftspolitik. Was soll der Staat machen, welche Aufgaben soll er übernehmen? Was ist eine gerechte Besteuerung und wem muss geholfen werden und wem nicht? All diese Fragen sind mit grundlegenden (normativen) Wertorientierungen verbunden.

Ziel der folgenden Analyse ist es, deren Relevanz herauszuarbeiten und im Anschluss daran einen Vergleich mit den konkreten Maßnahmen durchzuführen, welche lediglich konkreter Ausdruck (und mögliche konkrete Durchführung) dieser Themenstellungen sind.

#### *Die empirische Relevanz des Eigeninteresses*

Als Ausdruck der Betroffenheit bzw. des Eigeninteresses wird bei den fünf grundsätzlichen Fragen eine Reihe von soziodemographischen Variablen heran gezogen. Im Zentrum dieser Variablen steht zumeist das Einkommen der befragten Personen, welches Aufschluss über die mögliche Betroffenheit des einzelnen gibt. Dies insbesondere bei den Fragen zur Umverteilung, da hier die Betroffenheit zwischen Personen mit hohen und niedrigen Einkommen unterschiedlich ist. Daneben ermöglichen jedoch auch andere Variablen, wie beispielsweise der Berufstand, Rückschlüsse auf die Betroffenheit.

Bei der Frage ob die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung abhängt, könnte die Höhe des Einkommens zur Beantwortung der Frage dahingehend relevant sein, dass Personen mit höherem Einkommen die Legitimation dessen in einer höheren Leistung suchen und umgekehrt. Tabelle 20 zeigt jedoch, dass bei Personen, die der Auffassung sind, dass die Höhe des Einkommens (im Wesentlichen) von der Leistung abhängt, die Höhe des Einkommens keine Rolle spielt. Mit der Höhe des Einkommens steigt jedoch die Wahrscheinlichkeit, dass eine Person die Meinung vertritt, sowohl die Leistung als auch andere Faktoren spielten eine Rolle bei der Einkommenshöhe<sup>14</sup>. Dagegen steigt mit sinkendem Einkommen die Wahrscheinlichkeit signifikant an, dass eine befragte Person keinen Zusammenhang zwischen der persönlichen Leistung und der Höhe des Einkommens sieht (vergleiche insbesondere Tabelle 20b2). Grundsätzlich ist die Hälfte der Befragten der Meinung, es bestünde kein Zusammenhang zwischen persönlicher Leistung und Einkommen. Zusammenfassend weisen diese Ergebnisse darauf hin, dass die Einstellung hinsichtlich des Zusammenhangs von Leistung und Einkommen vom individuellen Einkommen abhängig ist.

Bei der Frage nach der Aufgabe des Staates bei der Reduktion von Einkommensunterschieden ist ebenfalls die Höhe des individuellen Einkommens von Relevanz. Generell sind vier Fünftel (79 %) der befragten Personen der Auffassung, der Staat solle mehr unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu verringern. Je höher das Einkommen einer Person ist, desto unwahrscheinlicher ist es, dass sie für die Reduzierung von Einkommensunterschieden durch den Staat auftritt (sparsame Spezifikation, Tabelle 21a1). Anders ausgedrückt sind Menschen mit niedrigem Einkommen eher der Ansicht, dass der Staat mehr tun soll um die Einkommensunterschiede zu reduzieren als Personen mit hohem Einkommen. Bei Personen die meinen, der Staat solle gleich viel wie bisher (Tabelle 21b) oder weniger unternehmen um den Einkommensunterschied zu reduzieren (Tabelle 21c), zeigt sich jedoch kein signifikanter Einfluss des Einkommens. Auch in diesem Fall kann jedoch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass das Eigeninteresse (die Betroffenheit) ein möglicher Prädiktor der Einstellung ist.

---

<sup>14</sup> Dabei handelte es sich um eine spontane Antwortkategorie (die den Befragten nicht vorgelesen wurde). Die Befragten Personen mussten also von sich aus diese Kategorie nennen. Daher ist es durchaus möglich, dass der Grund für die mit dem Einkommen ansteigende Wahrscheinlichkeit in diese Gruppe zu fallen nicht im höheren Einkommen an sich liegt, sondern eine Folge des mit dem Einkommen zusammen hängenden, höheren Sozialprestiges darstellt, welches in stärkerem Selbstbewusstsein und einer damit einher gehenden, gesteigerten Bereitschaft, von vorgegeben Antwortschablonen abzuweichen, Ausdruck finden könnte.

Die Frage ob der Staat allen Bürgern ein angemessenes Einkommen ermöglichen soll ist insofern interessant, als diese Frage der vorigen Frage (Einkommensunterschied durch Staat reduzieren) in gewisser Weise ähnlich ist. Beide Fragen können (auch) so verstanden werden, dass sie auf eine Einkommens- und Vermögensumverteilung durch den Staat abzielen. Jedoch bezieht sich insbesondere die Frage nach der staatlichen Verantwortung für ein angemessenes Einkommen keineswegs nur auf den Umverteilungsaspekt (etwa durch ein Grundeinkommen), sondern umfasst etwa auch die Frage, ob der Staat Mindestlöhne festlegen soll bzw. ob er dafür sorgen soll, dass jeder die Chance auf adäquat bezahlte Arbeit hat. Rund drei Viertel der Befragten (73 %) sind der Meinung, es sei die Aufgabe des Staates für ein angemessenes Einkommen zu sorgen. Die Ergebnisse in Tabelle 22 zeigen, dass die Höhe des Einkommens in keiner der vier Modellvarianten einen signifikanten Koeffizienten des Einkommens aufweist. Die Höhe des Einkommens der befragten Personen ist somit nicht relevant betreffend die Auffassung ob der Staat allen Bürgern ein angemessenes Einkommen ermöglichen soll.

Die nächste Frage betrifft die Akzeptanz der Höhe der derzeitigen Lohn- und Einkommensteuer (Tabelle 23). Auffallend ist, dass die Mehrheit der befragten Personen die Auffassung vertritt, dass die Einkommensteuer zu hoch ist (65 %). Die Auffassung, dass diese zu niedrig sei wurde fast nie als Antwort gewählt. Wie in Tabelle 23a zu erkennen ist, ist die persönliche Einkommenshöhe ein signifikanter Prädiktor. Je höher das eigene Einkommen, desto höher die Wahrscheinlichkeit, dass die derzeitige Besteuerung von Löhnen und Einkommen als zu hoch angesehen wird. Bei der Beantwortung dieser Frage folgen somit die Personen ihrem Eigeninteresse.

Die anschließende Frage nach den Personen, welche von einer (etwaigen) Reform der Lohn- und Einkommensteuer profitieren sollten, weist starke Ähnlichkeiten mit der Frage zuvor auf und dient somit als Kontrolle der Robustheit. Es wurde gefragt ob vor allem niedrige, mittlere oder hohe Einkommen von einer Steuerreform profitieren sollten, oder ob alle Einkommensschichten gleich stark profitieren sollten. Auch hier weisen die Ergebnisse (Tabelle 24) darauf hin, dass sich die Antworten an der Einkommenshöhe orientieren. So zeigen die negativen Koeffizienten der Variable Einkommen, dass mit niedrigem individuellen Einkommen die Wahrscheinlichkeit steigt, dass die befragten Personen auch der Auffassung sind, niedrige Einkommen sollten von einer Steuerreform profitieren (Tabelle 24a). Bei den Personen, welche geantwortet haben, dass vor allem mittlere Einkommen profitieren sollen, erweist sich die individuelle Einkommenshöhe nicht als Prädiktor des Antwortverhaltens. Praktisch keine der befragten Personen sprach sich dafür aus, dass (vor allem) hohe Einkommensschichten von einer Steuerreform profitieren sollen. Bei Personen mit einem hohen Einkommen wäre (in Einklang mit dem Bild des Homo Oeconomicus) zu erwarten, dass diese angeben, dass höhere Einkommen profitieren sollen. Allerdings ist zu beachten, dass nur 4 % der Befragten über ein Einkommen von mehr als 2.500,- € netto im Monat verfügen und gar nur 3 Befragte angaben, mehr als 3.000,- € netto im Monat zu verdienen, de facto also keine Personen mit „hohem“ Einkommen – auch aufgrund der Seltenheit solcher Einkommen - in der Stichprobe enthalten sind. Besonders interessant ist vor diesem Hintergrund jedoch die Betrachtung der Ergebnisse hinsichtlich Personen, die die der Meinung sind, dass alle Einkommensgruppen in gleichem Ausmaß von einer Steuerreform profitieren sollen (Tabelle 24c): Je höher das Einkommen, desto wahrscheinlicher auch die Zustimmung zu dieser Antwortoption. Dies könnte bedeuten, dass Personen mit höherem Einkommen ihre Interessen zu camouflieren versuchen, indem sie Steuererleichterungen „für alle“ fordern und wäre somit ein klares Indiz für sozial erwünschtes Antwortverhalten. Zusammenfassend kann somit auch

hier der Rückschluss gemacht werden, dass bei der Beantwortung der Frage nach den „Profiteuren“ einer Steuerreform die Betroffenheit bzw. das Eigeninteresse von hoher Relevanz ist.

Neben dem Einkommen geben bei den fünf grundsätzlichen Fragen auch weitere (soziodemographische) Variablen Auskunft über die Relevanz des Eigeninteresses bei der Beantwortung der Fragen. Beispielsweise, der Berufsstand, das Alter und das Geschlecht, wenn davon ausgegangen wird, dass diese auch Unterschiede im Einkommen reflektieren. D.h. es ist möglich, dass diese Variablen mit dem Einkommen korreliert sind. Aus diesem Grund wurde, wie auch schon bei den zehn spezifischen Fragen, die empirischen Analysen in einer „umfangreichen“ und einer „sparsamen“ Version durchgeführt. In der sparsamen Schätzspezifikation wurde auf die anderen soziodemographischen Variablen verzichtet um die Relevanz des Einkommens „unverzerrt“ untersuchen zu können. Ohne auf jede einzelne Variable bei jeder Themenstellung genauer eingehen zu können, kann jedoch die Schlussfolgerung gezogen werden, dass deren Einfluss als Prädiktoren der Einstellung nur begrenzt geben ist. Es sind keine systematischen Einflüsse von soziodemographischen Variablen – abseits des Einkommens - zu erkennen.

#### *Die empirische Relevanz der politischen Ideologie*

Da die fünf grundsätzlichen Fragestellung zur Sozial- und Wirtschaftspolitik auch sehr stark mit normativen Vorstellungen über die Funktionsweise des „Marktes“ und die Rolle des Staates verbunden sind, wäre zu erwarten, dass gerade der Einfluss der politischen Orientierung der befragten Personen als Prädiktor der Einstellung zu beobachten ist. Dies vor allem auch deshalb, da die persönliche Betroffenheit häufig nicht direkt abzuleiten ist. Gerade wenn die Betroffenheit nicht direkt zuordenbar ist, kann die Orientierung an politischen Kategorien als „Richtschnur“ für die Akzeptanz verwendet werden. Es wäre somit zu erwarten, dass die politische Orientierung sich bei der Analyse als relevant für das Akzeptanzverhalten herausstellt. Wie die Ergebnisse in Tabellen 20 bis 24 zeigen, ist dem auch so.

Bei der Frage ob das Einkommen von der persönlichen Leistung abhängt, zeigt sich, dass die Links/Rechts-Skala signifikante Koeffizienten bei der Schätzung aufweist. Je weiter Links sich Personen einordnen, desto unwahrscheinlicher ist es, dass diese die Meinung vertreten, dass das Einkommen von der Leistung abhängt. Je rechter sich die Personen kategorisieren, desto wahrscheinlicher ist es umgekehrt, dass die Leistung auch das Einkommen bestimmt (Tabelle 20a). Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Verwendung von politischen Kategorien als Operationalisierung. Hier sind es vermehrt Personen die sich als konservativ, grün und sozialdemokratisch einordnen jene, die der Meinung sind, dass das Einkommen sowohl von der persönlichen Leistung als auch von anderen Faktoren abhängt (Tabelle 20b). Wobei einschränkend sicherlich die nur schwach ausgeprägte Robustheit gegenüber den unterschiedlichen Schätzspezifikationen wirkt.

Bei der Frage ob der Staat mehr tun soll um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren zeigt sich ebenfalls, dass die politische Orientierung stark auf das Antwortverhalten Einfluss nimmt. So ist die Wahrscheinlichkeit höher, dass Personen angeben, der Staat solle mehr unternehmen, wenn sie sich links im politischen Spektrum einordnen. Dieses Resultat ist konsistent mit den Schätzergebnissen auf Basis der politischen Kategorien. Bei Personen, welche sich als sozialdemokratisch bezeichnen, ist die Wahrscheinlichkeit höher als bei anderen Personen, dass sie der Auffassung sind, der Staat solle mehr unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen



Menschen zu reduzieren. Bei Personen die sich als konservativ bezeichnen ist es gerade umgekehrt. Diese sind in geringerem Umfang der Meinung, dass der Staat den Einkommensunterschied reduzieren soll (Tabelle 21a), dennoch vertreten auch unter den Konservativen 75% diese Auffassung. Dieses Ergebnis ist ebenfalls robust hinsichtlich der zwei unterschiedlichen Schätzansätze. Unterstrichen wird dieses Ergebnis (und damit auch die Robustheit der Ergebnisse) dadurch, dass bei den Personen, die meinen, der Staat solle weniger oder lediglich gleich viel wie bisher unternehmen um den Einkommensunterschied zu reduzieren, sich genau „spiegelverkehrte“ Resultate ergeben (Tabellen 21b und c). Bei Personen, welche sich als sozialdemokratisch einordnen, ist die Wahrscheinlichkeit deutlich geringer, dass sie der Auffassung sind, dass der Staat (nur) gleich viel oder weniger unternehmen soll um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren.

Bei der Frage ob der Staat allen Bürgern ein angemessenes Einkommen ermöglichen soll, ist bei Personen, die dem zustimmen, zwar die Links/Rechts-Skala kein empirisch relevanter (signifikanter) Prädiktor, aber in der umfangreichen Spezifikation stellen sich die politischen Kategorien „konservativ“ und „national“ als signifikante Prädiktoren heraus (Tabelle 22a und b). Vor allem bei konservativ orientierten Personen ist die Wahrscheinlichkeit vergleichsweise hoch, dass sie eine Verantwortlichkeit des Staates für angemessene Einkommen allen Bürgern zurückweisen (33 % aller Befragten, die sich als konservativ einordnen).

Hinsichtlich der Einstellungen zur Höhe der Einkommensteuer erweist sich die Links/Rechts-Skala, dass diese sich nicht als signifikanter Prädiktor des Antwortverhaltens eignet (Tabelle 23). In Summe ist hier auch bei den politischen Kategorien kein systematischer Einfluss auf das Antwortverhalten festzustellen. Lediglich Personen mit einer sozialistischen/kommunistischen Orientierung tendieren etwas stärker dazu, die Lohn- und Einkommensteuer nicht als zu hoch (Tabelle 23a1), sondern gerade angemessen zu betrachten (Tabelle 23b1). Daneben neigen auch Konservative neigen ein wenig häufiger als andere zur Auffassung, die Steuerhöhe wäre angemessen.

Bei der Frage welche Personengruppe bzw. Einkommensgruppe von einer Steuerreform profitieren soll, ist der Einfluss der politischen Orientierung auf das Antwortverhalten ebenfalls „gemischt“. So sind beispielsweise „Liberale“ – wenn man für soziodemographische Merkmale kontrolliert- in geringerem Ausmaß als andere Gruppen der Auffassung, dass vor allem niedrige Einkommen profitieren sollen (Tabelle 24b1). Die Links/Rechts-Skala erweist sich als signifikanter Prädiktor lediglich bei der Antwortoption ob mittlere Einkommen profitieren sollen. Die Schätzungen in Tabelle 24b2 zeigen, dass je „rechter“ sich Personen kategorisieren es desto wahrscheinlicher wird, dass sie für eine Steuererleichterung für mittlere Einkommen plädieren. Ansonsten scheint die politische Orientierung der Befragten in diesem Zusammenhang keinen Einfluss auf das Antwortverhalten zu nehmen.

Zusammenfassend kann somit konstatiert werden, dass sehr wohl bei einzelnen Fragen und bei einzelnen Themengebieten der Einfluss der politischen Orientierung bei den fünf grundlegenden Fragen zu beobachten ist, dieser jedoch nicht generalisierbar ist. Im Vergleich zum Einkommen als Prädiktor des Antwortverhaltens, scheint die politische Orientierung weniger relevant zu sein.

Die empirische Relevanz des Wissens, der Wichtigkeit und der Informationsquellen

Die Relevanz der individuellen Wichtigkeit über Sozial- und Wirtschaftspolitik informiert zu sein und auch die Relevanz unterschiedlicher Informationsquellen ist bei den grundsätzlichen Themen ähnlich stark akzentuiert wie bei den spezifischen Fragestellungen. Auch hier ist nur „vereinzelt“ ein signifikanter Einfluss des Interesses an der Sozial- und Wirtschaftspolitik auf das Akzeptanzverhalten zu beobachten. Das Interesse an sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen ist bei keiner der fünf grundsätzlichen Fragestellungen signifikant, d.h. erweist sich somit nicht als Prädiktor einer Zustimmung oder Ablehnung. Bei der Relevanz (bzw. Nutzung) von speziellen Informationsquellen und auch im Vertrauen auf bestimmte Personengruppen (bzw. Institutionen welche sich mit der Sozial- und Wirtschaftspolitik beschäftigen) für das Akzeptanzverhalten sind lediglich vereinzelt signifikante Koeffizienten zu beobachten.

Bezüglich der Relevanz des Wissens sind - mit Ausnahme des Themas „Höhe der Lohn- und Einkommensteuer“ - ebenfalls keine signifikanten Ergebnisse zu beobachten. Gerade aber die Ergebnisse zur Höhe der Lohn- und Einkommensteuer sind interessant. Hier ist zu beobachten, dass Personen, welche über ein hohes Wissen über die Besteuerung (Höhe der Abgabenquote) verfügen, in geringerem Umfang als andere der Meinung sind, dass die Besteuerung zu hoch ist. Je genauer ein Befragter die Abgabenquote „geschätzt“ hat, desto wahrscheinlicher ist es, dass er der Meinung ist, dass die Lohn- und Einkommenssteuer nicht zu hoch ist (Tabelle 25a). Mehr noch, je besser das Wissen über die Abgabenquote ist, desto wahrscheinlicher auch, dass als Antwort auf die Frage ob die Besteuerung angemessen ist die Antwort „Ja“ gefolgt ist (Tabelle 25b). Dieses Ergebnis ist außerdem robust hinsichtlich der unterschiedlichen Schätzspezifikationen. Somit drängt sich die Schlussfolgerung auf, dass Personen, die die Besteuerung als zu hoch empfinden, über das Thema Besteuerung in Österreich (hier ausgedrückt durch das Wissen über die Abgabenquote) tendenziell weniger gut Bescheid wissen und auf der Basis von subjektivem Empfinden urteilen.

#### *Kontrastierung der Konkretheit der Maßnahme*

Wie bereits ausführlich diskutiert, wird in der Akzeptanzforschung das Phänomen beobachtet, dass sich die „Konkretheit“ der Formulierung von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf das Akzeptanzverhalten auswirkt. Gerade bei sozialpolitischen Maßnahmen, bzw. bei Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Wohlfahrtsstaat ist dieses Phänomen besonders stark zu bemerken. Allgemeine Maßnahmen, die auf Solidarität abzielen, finden einen hohen Grad an Akzeptanz in der Bevölkerung, wenn jedoch eine spezifische Maßnahme betrachtet wird, fällt die Akzeptanz weit geringer aus. Dieses Phänomen wird sehr häufig durch den unterschiedlichen „Grad an Betroffenheit“ erklärt. D.h. beispielsweise, dass Personen sehr wohl „Umverteilung“ und „Sozialpolitik“ befürworten, da sie ja möglicherweise davon profitieren könnten – in welcher Form und durch welche konkrete Maßnahme auch immer. Wenn es jedoch um eine spezifische Maßnahme geht – bzw. nach deren Akzeptanz gefragt wird – ist die Akzeptanz nicht so hoch, da die Befragten ihre individuelle Betroffenheit relativ gut abschätzen können. Entsprechend der Relevanz von bestimmten (hypothetischen) Einflussfaktoren auf die Akzeptanz könnte somit die Schlussfolgerung gezogen werden, dass vor allem das Wissen um die persönliche Betroffenheit eine große Rolle bei der Zustimmung oder Ablehnung von bestimmten Maßnahmen spielt, aber auch damit verbunden die Relevanz der politischen Orientierung, welche als Substitut für fehlendes Wissen über konkrete politische Entscheidungslagen interpretiert werden kann. Wie jedoch die Ergebnisse bei den zehn konkreten und den fünf grundsätzlichen Themenstellungen zeigen, sind die Schätzungen

überaus heterogen. D.h., dass sowohl die Relevanz des Wissens als auch der politischen Orientierungen sich bezogen auf die beiden Kategorien von Fragen nicht in ihrer „Heterogenität“ unterscheiden. Es ist somit nicht möglich einen generellen Trend in der Akzeptanz bzw. in der Relevanz einzelner Determinanten der Akzeptanz, zwischen den beiden Kategorien von Fragen- bzw. Themenstellungen auszumachen.

## **KAPITEL 7: Die Determinanten der Einstellung bei Experten**

Ziel dieses Abschnittes der Studie ist es die Determinanten für die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen aus der Sicht von Wirtschaftsexperten zu untersuchen. Welchen Paradigmen folgen die Experten bei der Meinungsbildung und wie unterscheiden sie sich im Vergleich zur Bevölkerung. Die Relevanz von Effizienzüberlegungen, Fairness und Werthaltungen der Experten werden im Vergleich zur Bevölkerung untersucht. Wesentliche Punkte sind weiters die Vorstellung der Experten vom Meinungsbildungsprozess in der Bevölkerung und die Einschätzung der Experten, welche Meinung die Bevölkerung bei bestimmten Maßnahmen vertritt. In der Analyse werden dafür die Determinanten der Meinungsbildung der Bevölkerung aus der Sicht der Experten berücksichtigt. Die Ergebnisse des Deutungswissens der Experten werden dann den Ergebnissen der Telefonbefragung gegenübergestellt. Mögliche Differenzen zwischen Experten- und Laienmeinung können damit aufgezeigt werden.

Am Beginn dieses Kapitels wird der Begriff des Experten und dessen Rolle bei politischen Entscheidungsfindungen über sozial- und wirtschaftspolitische Maßnahmen, die einer großen Unsicherheit unterliegen, bestimmt. Wie sind Experten an der Herstellung von Entscheidungssicherheit im politischen System beteiligt? Wie unterscheiden sich Experten von Laien? Der Begriff des Experten bzw. Expertenwissens ist eng mit dem Begriff der Beratung verbunden. Wenn wissenschaftliche Beratung dazu beitragen soll die Unsicherheit der Entscheidungen zu reduzieren, dann muss das Wissen, welches die Experten vermitteln, sich von dem sonstigen Wissen im politischen System unterscheiden. Im Anschluss folgt die Beschreibung der Untersuchungsmethode, der Sampleauswahl, sowie der Ergebnisse der Expertenbefragung.

### **Experten**

Der Begriff des Expertenwissens ist in der Wissenssoziologie ausgearbeitet worden und wird als spezialisiertes Sonderwissen verstanden (*Sprondel, 1979*). Menschen, die über Wissen verfügen, das wir selber nicht haben und auf das wir angewiesen sind, wenn wir mit Fragestellungen oder Problemen konfrontiert sind, die unsere persönlichen Kompetenzen übersteigen, werden als Experten bezeichnet (*Znanięcki, 1940*). Wissen, das Experten gegenüber Nicht-Experten (Laien) abgrenzt, wird formal erworben. Weiters zeichnen sich Experten durch eine sachliche Expertensprache aus (*Hitzler, 1994, S 15*). Vor allem das Kriterium zertifizierte Bildung führt zu einer spezifisch modernen Bestimmung des Experten, die durch Erfüllung der formalen Anforderungen erreicht werden kann. Kennzeichnend für Experten ist deren institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit. Experten befinden sich im Besitz von spezialisiertem Wissen mit dem strukturell bedeutsame soziale Beziehungen konstituiert werden, die Einfluss auf die Entwicklung der Gesellschaft nehmen (*Sprondel, 1979; Bogner und Menz, 2005*). Eine wichtige Bedingung des Expertenwissens ist seine Offenheit, d.h. die Möglichkeit neues Wissen zu entwickeln.

An den Expertenstatus ist das Deutungsmonopol für den ausgewiesenen Fachbereich gebunden. Als Experten gelten folglich solche Akteure, die über relative Produktions- und Deutungsmonopole für Expertisen verfügen. Kompetenz in einem Bereich bedeutet noch nicht automatisch, dass die Expertisen umgesetzt werden. Im umgekehrten Fall bedeutet es aber auch nicht, dass Entscheidungsträger, weil sie Maßnahmen umsetzen, automatisch kompetent sind. Der Konkurrenzdruck unter Entscheidungsträgern um die Deutungsmacht

von Problemen führt dazu, dass anerkannte Experten konsultiert werden. Entscheidungsträger nutzen das Sonderwissen der Experten in Form von Gutachten und Expertisen. Dabei werden vorzugsweise Experten beigezogen, welche die Interessen der Entscheidungsträger unterstützen (Hitzler, 1994, S 17). Hitzler bezeichnet dies als die parteiisch interessierte Nachfrage nach Experten. Die Nachfrage nach wissenschaftlichem Wissen wird mit der Befähigung des Experten zur Expertise begründet (Weingart, 2006b). Die objektive Sichtweise von Problemen durch die Experten und deren Lösungskompetenz wird für die Legitimation von Maßnahmen, die von den Entscheidungsträgern angestrebt werden, gezielt eingesetzt. Der Bedarf nach Politikberatung wird üblicherweise mit der unsicheren Entscheidungslage begründet. Die Beziehung von Interessengruppen wird oft damit legitimiert, dass die politischen Entscheidungsträger aufgrund der komplexen Handlungsfelder auf das spezifische Wissen dieser Gruppen oder Unternehmen angewiesen sind, um praktikable Lösungen zu finden.

Der Expertenstatus ist in der vorliegenden Untersuchung an die Berufsfunktion - Wirtschafts-, Sozial- oder Steuerexperte - gekoppelt. Experten charakterisiert die soziale Relevanz ihres Wissens. Für die Untersuchung wurden deshalb Ökonomen von Universitäten und außer-universitären Forschungseinrichtungen, sowie Wirtschaftsexperten der Interessensvertretungen und politischen Parteien interviewt. Die Vertreter letzterer Gruppe sind nicht alle ausgewiesene Ökonomen, unter diesen befinden sich auch Betriebswirte, Juristen und Politologen, die innerhalb der Organisation die Funktion des Wirtschaftsexperten innehaben. Der Expertenstatus ist hier an die Bekleidung der formalen Position innerhalb der Organisation geknüpft. Das Sonderwissen dieser Wirtschaftsexperten ist an die Ausübung ihrer Funktion in der Organisation gebunden. Einerseits verfügen sie einen privilegierten Zugang zu Informationen, andererseits über implizites Wissen um den Meinungsbildungsprozess innerhalb der Organisation auf dem das Sonderwissen basiert. Aufgrund der praktischen Tätigkeit bezieht der Experte Informationen über interne Handlungsabläufe, Interaktionsroutinen und organisationale Konstellationen. Das Prozesswissen ist in erster Linie praktisches Erfahrungswissen (Bogner und Menz, 2005, S 43). Experten von Interessensvertretungen müssen in ihren Positionen institutionelle Maximen und Regeln befolgen und mögliche Effekte ihres Handelns für Zielgruppen, d.h. Betroffene, antizipieren. Für die Meinungsbildung werden von den Interessensvertretungen ausgewiesene Experten für ein Problemfeld beigezogen.

Für die Untersuchung bedeutet dies, dass das Sonderwissen der Experten im Verhältnis zum Laien gegründet ist und auf dem zertifizierten Wissen der Profession basiert, während das Sonderwissen der Wirtschaftsexperten, das in den Interviews abgefragt wird gewissermaßen die Position der Organisation darstellt der ein Prozess der Meinungsbildung vorangegangen ist, bei dem das Problemfeld mit den Zielsetzungen, Werten und Bedürfnissen der Organisation in Einklang gebracht wurde. Weiters werden in den Interviews die Experten nach den Determinanten der Meinungsbildung in der Bevölkerung befragt. Deutungswissen bezieht sich im Vergleich zu Sonderwissen auf subjektive Erklärungsmuster, Sichtweisen und Interpretationen des Experten. Deutungswissen konstituiert im Allgemeinen keinen Wissensvorsprung des Experten gegenüber Laien.

#### *Abgrenzung des Experten zum Laien*

Experte ist ein relationaler Begriff, d.h. Experten verstehen sich im Verhältnis zum Laien. Laien werden mit politischen Entscheidungen konfrontiert, politische Entscheidungsträger sind in Bezug zum Inhalt von Entscheidungen ebenfalls vielfach Laien. Politische Entscheidungsträger erscheinen im Verhältnis zum politischen Beobachter (der Bevölkerung) als Experten, da sie

für ihre Entscheidungen auf spezialisiertes Wissen zurückgreifen, z.B. den Ablauf von Parlamentssitzungen oder die Möglichkeit der Einbindung von politischen Gegnern in Entscheidungsprozesse (Kusche 2008, S 55). Damit wird klar, dass die Unterscheidung zwischen Laien und Experten nicht immer mit der Unterscheidung zwischen jedermann zugänglichem Allgemeinwissen und spezialisiertem Sonderwissen zusammenfällt. Hitzler (1994) betont die Bedeutung des Berufes bzw. der Profession im Wettbewerb um Ressourcen und Deutungsmonopole zwischen verschiedenen Experten(-gruppen), um den Begriff des Experten nicht zu eng an ein vorhandenes Sonderwissen zu koppeln unterscheidet er zwischen Experten und Spezialisten. Spezialisten besitzen ebenfalls ein Sonderwissen das ihnen klar definierte Kompetenzen verschafft, die für die Ausübung ihrer Aufgaben Voraussetzung sind, aber im Vergleich zum Experten verfügen Spezialisten nicht um technische Spezialkenntnisse die sie zu Expertisen oder Prognosen befähigen.

### **Laien**

Unterschiede zwischen Laien und Experten werden in der sozialpsychologischen Literatur anhand der unterschiedlichen Problemlösungsstrategien erklärt. Laien verfügen im Vergleich zum Experten über weniger und verschiedenes (anderes) Wissen. Während Laien sich an konkreten Fakten orientieren, die sie aufgrund ihrer Erfahrung und Kenntnisse für praktisch und angemessen halten, entwickeln Experten für ein Problem Hypothesen und nutzen ihr Wissen über Modelle und Theorien systematisch um Problemlösungsstrategien zu entwickeln (Hitzler 1994, S 23). Im Vergleich zur wissenschaftlich methodischen Vorgehensweise der Experten berufen sich Laien auf alltagspraktische Erfahrungen. Laien machen sich schneller und weniger systematisiert eine Vorstellung von einem Problem (Champagne et al., 1983) während bei Experten eine qualitative Analyse des Problems der quantitativen Lösung (Modell, Gleichung) des Problems vorangeht (Larking et al., 1980).

### **Expertenwissen und wissenschaftliche Beratung**

Trotz Konkurrenz um Deutungs- und Geltungsansprüche eines pluralisierten Expertenwissens steht die Bedeutung von Expertenwissen für die Wahrnehmung und Definition von Problemen und der Strukturierung möglicher Lösungsansätze außer Frage (Bogner und Menz, 2005). Wenn wissenschaftliche Methodik und Modellbildung die Rationalität politischer Entscheidungen nicht gewährleisten können (z.B. Dissens und Pluralität der Expertenmeinung) gilt es Expertisen zu demokratisieren (Weingart, 2006a). Das bedeutet für die Politik, dass nicht nur die Wissenschaft sondern auch Interessensgruppen in die Politikberatung einbezogen werden (Kusche, 2008). Wahlkampf-, Medien- und Prozessberatung sind weitere Varianten der Politikberatung, denen neben den Experten und Interessengruppen eine bedeutende Rolle zukommt (Bösch, 2004). Eine Gleichsetzung der Politikberatung mit der wissenschaftlichen Beratung ist damit nicht mehr möglich.

In der Politikwissenschaft ist die Unterscheidung zwischen *policy* und *politics* bei der Gliederung der Politikberatung üblich (Falk et al., 2006). Damit wird eine grundlegende Differenzierung zwischen wissenschaftlicher Politikberatung und anderen Formen der Politikberatung vorgenommen. Unter wissenschaftlicher Beratung wird die Beratung zu inhaltlichen politischen Konzepten –*policies*– verstanden, im Vergleich dazu werden Beratungsinhalte, die die Durchsetzung dieser *policies* und die Vermittlung derer Inhalte betreffen, der Beratung zur Gestaltung des politischen Prozesses –*politics*– zugeordnet (Kusche, 2008, S: 13). Bei der *policy*-Perspektive geht es darum, die Differenz zwischen

gegenwärtigen und gewünschten Zuständen aufzuheben, d.h. entsprechende Lösungen dafür zu finden, während bei der Politics-Perspektive der Machterwerb und Machterhalt das Ziel der Politik sind. Die Folgen politischer Maßnahmen für die bestehende Machtverteilung stehen hier im Vordergrund während bei der Problemlösung die mögliche Reaktion der Konkurrenten und die Unterscheidbarkeit der Position im Vordergrund stehen (Tils, 2005). Für die politischen Akteure gilt es somit die für sie günstigen Themen zu identifizieren. Interessensgruppen und Politiker nutzen die Medien um in der Öffentlichkeit Konflikte auszutragen und so Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen. Indem Interessensgruppen ihre Forderungen in den Medien formulieren, informieren sie damit gleichzeitig ihre Mitglieder über ihre Position und Präferenzen der Gruppe. Die Medien nehmen eine wichtige Funktion als Gatekeeper ein, über deren massenmediale Berichterstattung politische Themen kommuniziert werden.

### **Kommunikation des Expertenwissens und die Rolle der Medien**

Politik in einer demokratischen Gesellschaft besteht zu einem großen Teil aus der Regulierung unterschiedlicher Interessen. Ein sozialer Konflikt liegt immer dann vor, wenn mehrere Personen oder Gruppen in einer Gesellschaft unterschiedlicher Auffassung darüber sind, wie die Verteilung oder Erzeugung von knappen Gütern erfolgen soll (Giesen, 1983). Um die Aufmerksamkeit der Wähler zu erreichen werden von den politischen Entscheidungsträgern die Präferenzen einer Gruppe als Forderungen artikuliert. Wenn diese mit den Präferenzen anderer Gruppen konkurrieren, liefert dieser Interessenskonflikt den Inhalt für einen gesellschaftlichen Themenstrukturierungsprozess (Cobb und Elder, 1983, S 18). Interessensgruppen nutzen die Medien, um in der Öffentlichkeit Konflikte auszutragen und so Einfluss auf politische Entscheidungsträger zu nehmen. Die Ebenen der *policy-Perspektive* und *politics-Perspektive* sind eng miteinander verknüpft. Für die Durchsetzung von politischen Programmen muss eine breite Zustimmung zu den Maßnahmen erzeugt werden, umgekehrt können Vorschläge mit dem Ziel entwickelt werden, bestehende Machtverhältnisse abzusichern oder die Machtposition auszubauen (Rhohe, 1994, S 64). Die Inhalte der Medien tragen zur Strukturierung der öffentlichen Meinung bei (Lazarsfeld et al., 1944) und diese beeinflusst die Handlungsstrategien der politischen Entscheidungsträger (Eichhorn, 2005, S 118).

Der Agenda-Setting-Ansatz (Cohen, 1963) geht von der Annahme aus, dass Medien einen nicht unerheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung nehmen. Massenmedien entscheiden nicht darüber was wir denken, sondern worüber wir nachdenken (ebenda). Agenda-Setting untersucht die Wirkungen der Massenmedien auf die Auswahl der politischen Themen die öffentlich diskutiert werden. Studien zeigen, dass Medien einen bedeutenden Einfluss darauf nehmen können, welche Themen für die Bevölkerung von Relevanz sind (McCombs und Shaw, 1972; Hill, 1995; Burstein, 2003). Die wichtigste intervenierende Variable beim Agenda-Setting ist die Mediennutzung. Dabei ist weniger die Häufigkeit der Nutzung als die Art des Mediums entscheidend. Ein Individuum das konzentriert die Zeitung liest ist dabei anfälliger für Agenda-Setting, als eine Person, die sich abgespannt vor dem Fernseher berieseln lässt. Das Fernsehen hat eher einen „spotlighting effect“, d.h. Individuen werden nur kurz angesprochen und die Inhalte sind meist stark komprimiert (McCombs, 1977). Das Fernsehen besitzt bei nationalen Themen Dominanz, während Zeitungen eher bei lokalen Themen dominieren. Die Definition eines Themas entscheidet über seinen Erfolg (Cobb und Elder, 1983).

## **Untersuchungsmethode - Experteninterviews**

Experteninterviews sind in der empirischen Sozialforschung eine weit verbreitete Methode um das Wissen, der für den Forschungsgegenstand relevanten Akteure, zu erheben (Meuser und Nagel, 1991, 1994; Bogner et al., 2005). Die Stärken des Experteninterviews sind: Kontextspezifität, Situationsadäquanz, und Subjektrelevanz. Sie sind deshalb besonders in der Arbeitsmarkt- und Parteienforschung verbreitet (Trinczek, 1995; Brinkmann et al., 1995; Schmid, 1995). Wirtschaftsexperten sind die Zielgruppe dieser Untersuchung, sie sollen erstens in Abhängigkeit ihrer Funktion und Stellung ihre Position zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen darstellen und die Modelle, auf denen diese basieren, erläutern. Zweitens stellt neben dem Fachwissen die Erschließung der subjektiven Dimension des Expertenwissens eine wichtige Komponente der Untersuchung dar. Das Deutungswissen des Experten, d.h. dessen subjektive Sinnkonstruktion, wird ebenfalls erhoben. Bei den Experteninterviews interessiert der Befragte nicht als Person, sondern in seiner Eigenschaft als Experte für ein bestimmtes Handlungsfeld. Experten, auf die sich das Forschungsinteresse bezieht, sind in der Regel Vertreter einer Organisation mit einer ganz bestimmten Funktion und Erfahrungswissen. Indem dieses Deutungswissen in deren Funktion als Repräsentanten von Institutionen abgefragt wird, kann dieses nicht unabhängig von deren Funktion gedacht werden, sondern als implizites Wissen, das nur im professionellen Kontext von Relevanz ist (Bogner und Menz, 2005, S. 45).

Experteninterviews werden in der Regel als Leitfaden-Interviews durchgeführt (Liebold und Trinczek, 2002, S 33). Experteninterviews werden abhängig von der Forschungsfrage unterschiedlich stark vorstrukturiert, unterschiedlich offen geführt und verschieden aufbereitet, ausgewertet und interpretiert (Bogner et al., 2005, S 35). In der vorliegenden Untersuchung wurden semi-strukturierte Leitfadeninterviews für die Datenerhebung eingesetzt. Der Leitfaden strukturiert einerseits den Interviewverlauf und ermöglicht andererseits den systematischen Vergleich der Interviews. Das Experteninterview als Datenerhebungsverfahren ist besonders geeignet, wenn die Untersuchung auf Inhalte und Varianten des Expertenwissens in einem Problemfeld bei Vertretern unterschiedlicher Organisationen in einer vergleichenden Perspektive abzielt (Flick, 2005, S. 217). In der Untersuchung wurden Experten, die verschiedenen Organisationen angehören, befragt. Die Experten wurden ebenfalls befragt, wie sie glauben, dass die Bevölkerung sich eine Meinung zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet und von welchen Kriterien diese beeinflusst wird. Damit sollte festgestellt werden, ob die Meinungen der Experten und der Laien bei konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen variieren und inwieweit von den Experten die Vorstellung von der Meinung der Bevölkerung bei der Erstellung von Expertisen antizipiert wird. Für die Untersuchung werden dafür entsprechende Personen ausgewählt und ausreichend Interviews durchgeführt um Vergleiche zwischen Experten der verschiedenen Organisationen durchführen zu können.

### *Interviewanalyse*

Die Analyse der Interviews zielt darauf ab, die Aussagen der Experten und deren Konzepte zu vergleichen und homogene Handlungstypen zu bilden. Ziel ist es, mögliche systematische Unterschiede in den Konzepten und Einstellungen zwischen den Expertengruppen im Kontext ihrer Funktion und Stellung herauszuarbeiten. Die einzelnen Arbeitsschritte der Interviewanalyse betreffen die Transkription der elektronisch aufgezeichneten Interviews und deren Anonymisierung, danach folgt die Paraphrase und Zusammenfassung der Untersuchungsdimensionen und deren thematischer Vergleich (Meuser und Nagel, 2005,



S. 71ff.). Im Rahmen der Analyse werden die einzelnen Dimensionen der leitfadenorientierten Experteninterviews innerhalb und zwischen den Expertengruppen verglichen und auf systematische Unterschiede hin untersucht. Die Auswertung der Experteninterviews konzentriert sich v.a. auf die Analyse und den Vergleich des Expertenwissens in konkreten Handlungskontexten oder Problemstellungen.

### **Sample Auswahl**

In der Untersuchung sind die Experten eine zur Bevölkerung (Laien) komplementäre Einheit. Die Auswahl der Experten erfolgt in Abhängigkeit von der Fragestellung und dem interessierenden Untersuchungsfeld. „Experten werden befragt, weil ihre Handlungsorientierungen, ihr Wissen und ihre Einschätzungen die Handlungsbedingungen der anderen Akteure in entscheidender Weise mitstrukturieren und damit das Expertenwissen die Dimension sozialer Relevanz aufweist“ (Bogner und Menz, 2005, S. 45).

Ein weiteres Kriterium für die Auswahl der Experten und Expertinnen ist die Vergleichbarkeit ihrer Funktion und ihres Erfahrungswissens. Mit der Auswahl der Experten wird eine möglichst umfassende Berücksichtigung der Akteure der österreichischen Wirtschaftspolitik angestrebt. Für die Untersuchung wurden Experten bzw. Ökonomen von (1.) Universitäten, (2.) außeruniversitären Forschungseinrichtungen, (3.) Interessensvertretungen<sup>15</sup> und (4.) politischen Parteien<sup>16</sup> befragt. Das Sample umfasst insgesamt 20 Experten:

Diese Auswahl wurde vorgenommen, um im Vergleich zwischen den Expertengruppen Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Wissensbestände und Interpretationen herauszuarbeiten. Ziel der Interviewführung ist es, das Praxiswissen der Experten in Bezug auf konkrete wirtschaftspolitische Maßnahmen abzufragen. Die Auswahl der Experten an Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Parteien erfolgte anhand der Profession und Forschungsschwerpunkte (Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik) der Interviewpartner. Im Vergleich dazu wurden die Wirtschaftsexperten der Interessensvertretungen, die im Rahmen der Untersuchung interviewt wurden, von den Institutionen denen sie angehören, für das Interview bestimmt. Für die Untersuchung bedeutet dies, dass wir die von der Organisation ausgewiesene Person, die für Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Fragen zuständig ist, interviewt haben.

### **Empirische Analyse**

Wie bisherige empirische Untersuchungen der Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigen, bestehen große Unterschiede in der Einschätzung der Maßnahmen zwischen Experten und der Bevölkerung. Auch in dieser Studie ergeben sich Unterschiede in der Expertenmeinung und in der Meinung der Öffentlichkeit. Entweder ist es Experten nicht möglich ihre Meinung in die Öffentlichkeit zu transportieren oder die Expertenmeinung wird mittels Medienberichterstattung verzerrt an die Öffentlichkeit vermittelt. Die Irrelevanz bzw. die unsystematische empirische Evidenz betreffend den Einfluss von Expertenmeinungen (aber auch jene anderer Informationsquellen) in der Bevölkerung lassen nur schwer den

---

<sup>15</sup> Experten folgender Interessensvertretungen wurden im Rahmen der Untersuchung interviewt: Arbeiterkammer, Gewerkschaft, Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung und Landwirtschaftskammer.

<sup>16</sup> Mit Ausnahme des BZÖ haben die Wirtschaftsexperten der im Parlament vertretenen Parteien an der Untersuchung teilgenommen.

Schluss nahe, dass die Expertenmeinung in der Öffentlichkeit „aufgenommen“ wird. Ansonsten ist es nur schwer zu erklären, warum beispielsweise ungefähr 70 % der Öffentlichkeit (Laien) der Ansicht wäre die Erhöhung der Gewinnsteuern für Unternehmen sinnvoll wäre eine Lohn- und Einkommensteuerreform zu finanzieren, aber lediglich 47 % der Experten dieser Meinung sind. Ein weiteres Beispiel verdeutlicht dies sogar noch stärker. Nur 3 % der befragten Personen aus der Bevölkerung sind der Ansicht, dass die Erhöhung der Mehrwertsteuer eine geeignete Maßnahme wäre. Bei den Experten ist der Anteil mit 15 % deutlich höher. Auch bei den anderen Themenstellungen ergeben sich deutliche Unterschiede in der Auffassung über geeignete Maßnahmen zur Finanzierung einer Steuerreform.

In der Auswertung der Interviews geht es darum, die Präferenzen der Experten, die unterschiedlichen Organisationen und Institutionen angehören, zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen herauszuarbeiten und zu vergleichen. Die Äußerungen der Experten erhalten in ihrem institutionell-organisatorischen Handlungskontext ihre Bedeutung. Ziel ist es herauszufinden, welche Bedeutung Effizienzüberlegungen oder Ideologie bei der Meinungsbildung von Experten haben und ob Unterschiede zwischen Experten der verschiedenen Interessensgruppen beobachtet werden können.

#### *Quantitative Analyse der Expertenmeinung*

Vor der qualitativen Analyse der Experteninterviews wird die Relevanz bestimmter Determinanten der Expertenmeinungen mittels einer Regressionsanalyse untersucht. Die dabei eingesetzte Spezifikation ist weitgehend identisch mit jener, die auch zur Analyse des Akzeptanzverhaltens der Öffentlichkeit eingesetzt wurde (siehe Kapitel 6). Aufgrund der geringeren Fallzahl ist diese quantitative Analyse mit einigen Problemen konfrontiert. Aus diesem Grund wird - anders als bei der Untersuchung der Öffentlichkeit - bei allen Themenstellungen (sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen) nur eine „sparsame“ Modellspezifikation durchgeführt. Die Schätzgleichungen sind bei allen Fragestellungen (sowohl bei den zehn spezifischen als auch bei den fünf grundlegenden) gleich. Die geringe Fallzahl erlaubte es ebenfalls nicht die Vielzahl an politischen Kategorien mit in die Schätzung aufzunehmen. Die Analysen beschränken sich somit auf die Verwendung der Links/Rechts-Skala. Ebenfalls fehlt eine Variable welche das Wissen der befragten Experten reflektiert. Wenig überraschend war bei den Experten das Wissen sehr hoch. Sowohl bei der Frage zur Abgabenquote als auch zur Inflation erreichten alle Experten einen sehr guten Näherungswert. In den Schätzgleichungen fehlt bei der Analyse einiger Fragestellung die Variable Betroffenheit. Der Grund dafür ist, dass bei bestimmten Fragestellungen alle Experten sich als betroffen bezeichnet haben. Dies beispielsweise bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Diese selbstverständliche Homogenität im Antwortverhalten macht die Berücksichtigung dieser Variable in der Analyse obsolet. Ebenfalls war bei der Variable „Einkommen“, welche berücksichtigt war, ein relativ hoher Grad an Homogenität zu beobachten. Alle befragten Experten sind den oberen Einkommenskategorien zuzuordnen. Zusätzlich wurde das „Geschlecht“ bei den Experten mit in die Analyse aufgenommen. Die Ergebnisse der Analysen zu den einzelnen sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind in den Tabellen 25 bis 37 abgebildet.

Bei der Betrachtung der zehn spezifischen Maßnahmen fällt auf, dass kaum signifikante Schätzkoeffizienten vorzufinden sind. Lediglich beim Thema Mineralölsteuer ist die Betroffenheit signifikant (Tabelle 26), beim Thema Kürzung von Subventionen ist das Einkommen signifikant (Tabelle 32) und beim Thema Personaleinsparungen im öffentlichen Dienst die Links/Rechts-Skala (Tabelle 33). Diese Signifikanzen sind vor allem vor dem

Hintergrund der geringen Fallzahl beachtlich. Der negative Koeffizient der Betroffenheit bei der Mineralölsteuer sagt aus, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Experte nicht für die Maßnahme ist in Abhängigkeit seiner (gegebenen) Betroffenheit ist, d.h., dass die Wahrscheinlichkeit hoch ist, dass ein Experte gegen eine Erhöhung der Mineralölsteuer ist wenn er davon negativ betroffen ist. Die Experten handeln somit bei dieser Fragestellung „klassisch“ eigennützig.

Bei der Betrachtung der grundsätzlichen Fragen sticht sofort ins Auge, dass bei den Experten die politische Orientierung ausschlaggebend für ihre Meinung ist. Bei beinahe allen Fragestellungen ist die Links/Rechts-Skala signifikant. Bemerkenswert ist dies vor allem auch deshalb, da keine andere Variable einen signifikanten Einfluss hat. Beim Thema wie viel der Staat unternehmen soll um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren zeigt sich, dass je weiter links im politischen Spektrum sich die Experten einordnen, die Wahrscheinlichkeit umso höher ist, dass sie der Meinung sind, dass der Staat mehr tun solle (Tabelle 34). Ein analoges Bild ergibt sich bei der Frage ob der Staat seinen Bürgern ein angemessenes Einkommen ermöglichen soll (Tabelle 35). Auch hier ist die Zustimmung bei Personen umso höher je weiter diese in ihrer politischen Orientierung im linken Spektrum zu finden sind. Bei der Themenstellung zum Personenkreis, welcher von einer Steuerreform profitieren soll, ist ebenfalls ein Einfluss der Links/Rechts Orientierung bei den Experten festzustellen (Tabelle 37). Je weiter links die Experten einzuordnen sind, desto wahrscheinlicher deren Antwort, dass niedrige Einkommensschichten von einer Steuerreform profitieren sollen. Umgekehrt weisen die Ergebnisse darauf hin, dass die Wahrscheinlichkeit, dass ein Experte der Auffassung ist, dass alle Einkommensschichten gleich von einer Steuerreform profitieren sollen mit seiner Positionierung nach rechts im Zusammenhang steht.

Da auch bei der Frage nach der Angemessenheit der Lohn- und Einkommensteuer ein signifikanter Einfluss der politischen Orientierung der Experten zu finden ist, kann die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die politische Orientierung bei den Experten von wesentlicher Bedeutung bei deren Meinungsäußerung ist. Überraschend ist sogar, dass diese Akzentuierung stärker ausgeprägt ist als bei den Laien (d.h. als in der Öffentlichkeit) - zumindest bei den grundsätzlichen Fragen. Wobei Ausdruck der stärkeren Ausprägungen die häufigere Signifikanz der Variable Links/Rechts ist. Erklärt werden kann dieses „Phänomen“ der stärker Ausgeprägten Relevanz der politischen Orientierung bei den Experten dadurch, dass die sonstigen Unterschiede bei den Experten gering sind. Wie bereits erwähnt sind sich die Experten hinsichtlich ihres Wissens als auch hinsichtlich ihrer Betroffenheit (auch beim Einkommen) sehr ähnlich. Wenn also eine unterschiedliche Meinung vorzufinden ist, bleibt als Erklärung nur noch die politische Ideologie. Nichtsdestotrotz veranschaulicht dieses Ergebnis sehr klar, dass die Expertenmeinung nicht (nur) vom Eigeninteresse abhängt, sondern stark von der politischen Ideologie „getrieben“ ist. Somit ist aus methodischer Sicht die quantitative Analyse der Experten von grundlegender Bedeutung. Diese erlaubt es den Einfluss „sonstiger“ Variablen „konstant“ zu halten. Wie bereits erwähnt, sind das Einkommen, das Wissen und das Eigeninteresse bei den Experten weitgehend „homogen“ und somit „konstant“. Dies legt die Schlussfolgerung nahe dass - ceteris paribus - Unterschiede im Akzeptanzverhalten der Experten durch deren Ideologie bestimmt sind. Dass dieser Effekt sogar stärker ausgeprägt ist als bei den Laien ist jedoch überraschend.

Die folgende qualitative Analyse thematisiert diese „Überraschung“ genauer. Obwohl die folgende qualitative Analyse tiefere Schlussfolgerungen erlaubt, ermöglicht die quantitative Analyse einen direkten Vergleich der Relevanz bestimmter Determinanten zwischen der Öffentlichkeit und den Experten.

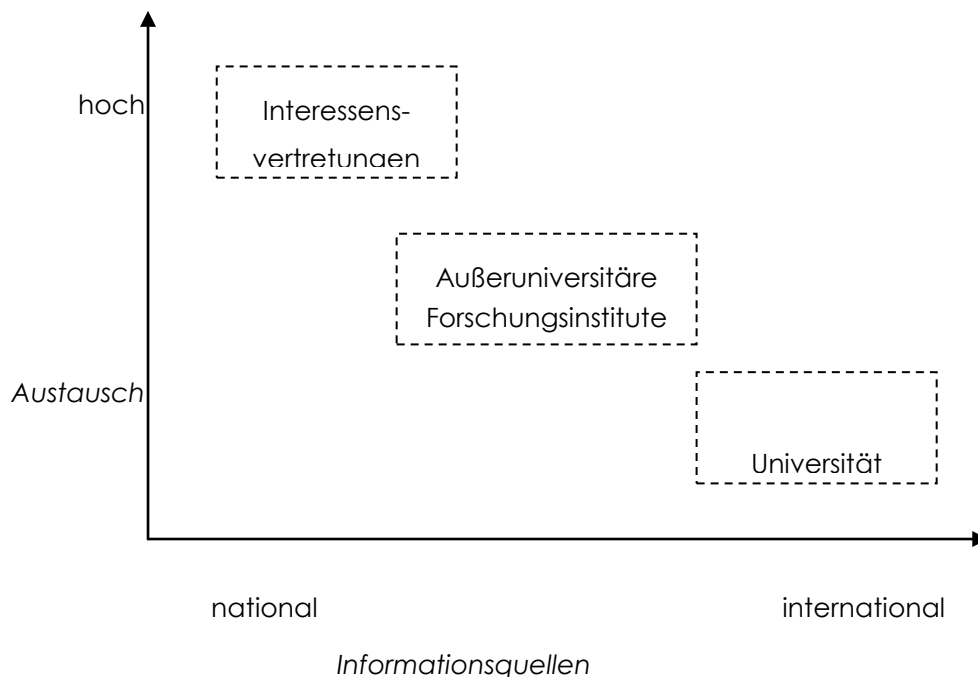
## Auswertung der Experteninterviews

Die Untersuchungsdimensionen der Expertenbefragung orientieren sich an den Dimensionen, der Telefonbefragung für Laien.<sup>17</sup> Für die Expertenbefragung wurden zwei Beispiele für wirtschaftspolitische Maßnahmen ausgewählt. Die Auswahl beinhaltet eine allgemeine wirtschaftspolitische Maßnahme und eine konkrete politische Maßnahme. Diese Auswahl wurde vorgenommen, um die relative Bedeutung von Ideologie, Fairness und Wertehaltungen im Vergleich zu Eigennutzen bei Entscheidungen zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen untersuchen zu können. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Experteninterviews entlang der Untersuchungsdimensionen dargestellt und Differenzen oder Übereinstimmungen zwischen den Experten der verschiedenen Organisationen herausgearbeitet. Inwieweit das erwartete Antwortverhalten der Laien, d.h. die Deutung der Antworten der Laien durch die Experten, mit den tatsächlichen Ergebnissen der Telefonbefragung übereinstimmt wird im Anschluss an die Expertenmeinung dargestellt. Im Anschluss werden die Untersuchungsdimensionen der Befragung und die Antworten der Experten ausgeführt. Neben dem Informationsverhalten und der Meinung der Experten zu sozial- und wirtschaftspolitischen Fragen werden die Experten auch über das mögliche Antwortverhalten der Laien (Bevölkerung) befragt.

### 1. Wie informieren Sie sich über die aktuelle Wirtschaftspolitik?

Ergebnis der qualitativen Erhebung ist, dass Experten an Universitäten, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Experten der Interessensvertretungen sich erstens in der nationalen bzw. internationalen Ausrichtung der von ihnen gewählten Informationsquellen, und zweitens beim Austausch mit Fachkollegen, stark unterscheiden.

Abbildung 8: Informationsquellen und Informationsaustausch zwischen Experten



<sup>17</sup> Der vollständige Leitfaden der Expertenbefragung ist im Anhang beigefügt.

Experten von Universitäten informieren sich über die aktuelle Wirtschaftspolitik mittels internationaler Zeitschriften, Zeitungen und wissenschaftlichen Journalen. Der Austausch mit Experten erfolgt informell und spontan, d.h. der Austauschprozess ist nicht formalisiert und findet überwiegend mit Experten statt, die ebenfalls Universitäten angehören. Im Vergleich dazu informieren sich Experten in außeruniversitären Forschungseinrichtungen anhand nationaler und internationaler Medien über Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Nationale Quellen dominieren die Informationsbeschaffung und werden durch internationale Zeitungen und Zeitschriften ergänzt. Neben den Printmedien werden von den Experten in außeruniversitären Einrichtungen Rundfunk, Fernsehen und Internet ebenfalls für die Informationsbeschaffung genutzt. Im Vergleich zu den Experten an Universitäten gibt es in den untersuchten außeruniversitären Forschungseinrichtungen einen formalisierten Austausch zwischen Experten innerhalb der Organisationen. Die Experten der verschiedenen Interessensvertretungen (Sozialpartner und Parteien) informieren sich anhand nationaler Quellen über Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Für die Informationsbeschaffung werden alle verfügbaren nationalen Printmedien und elektronischen Medien genutzt. Im Vergleich zu den Experten an Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen findet nicht nur ein intensiver Austausch der Experten innerhalb der Interessensvertretung sondern auch zwischen den Interessensvertretungen statt. Dabei werden Informationen nicht nur von den Interessensvertretungen nachgefragt, z.B. die Position einer Institution zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, sondern auch die eigene Position an diese weitergeleitet.

*2. Wie glauben Sie, informiert sich die Bevölkerung über die aktuelle Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen?*

Einig sind sich die Experten in ihrer Annahme, dass der Anteil der Personen in der Bevölkerung, der sich aktiv um Informationen bemüht, sehr niedrig ist und sich die Bevölkerung in erster Linie passiv, via Rundfunk und Fernsehen, über Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen informiert. Weiters glauben Experten, dass neben Rundfunk und Fernsehen nationalen Tageszeitungen und - abhängig vom Bildungsgrad - Zeitschriften, sowie das Internet, regelmäßig für die Informationsbeschaffung verwendet werden.

**Ergebnis der Telefonbefragung:**

Über Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen informiert sich die Bevölkerung am häufigsten in Fernsehen, Tageszeitungen, Zeitschriften und Radio. Je jünger die Befragten sind oder je höher das Einkommen und die Bildung der Personen sind, desto häufiger wird das Internet zur Informationsgewinnung genutzt.

*2a. Wovon hängt es Ihrer Meinung ab, ob sich die Leute über die aktuelle Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen informieren?*

Unterschiede innerhalb der Bevölkerung in Bezug auf das Interesse für Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen wird von den Experten der verschiedenen Einrichtungen auf unterschiedliche Ursachen zurückgeführt. Die Experten von Universitäten führen Unterschiede im Interesse auf die Bildung zurück, während Experten an außeruniversitären Einrichtungen neben der Bildung die Ursache für Unterschiede in der Informationsnachfrage im Beruf, z.B. ob Personen in der Privatwirtschaft oder im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, begründet sehen. Im Vergleich dazu sind nach Meinung der Experten in den verschiedenen Interessensvertretungen die persönliche Betroffenheit und die allgemeine wirtschaftliche

Lage die zentralen Motive ob sich die Bevölkerung für Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen interessiert und informiert.

*2b. Wovon hängt es Ihrer Meinung ab, wie die Leute über die aktuelle Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen denken?*

Die Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird aus Sicht der Experten wesentlich von den Quellen, die die Bevölkerung zur Informationsgewinnung nutzt beeinflusst. Experten an Universitäten glauben, dass die Medien und die Politik bzw. Politiker durch deren Präsenz in den Medien Einfluss auf die Meinung nehmen. Im Vergleich dazu wird von Experten in außeruniversitären Einrichtungen den Interessensvertretungen eine große und aktive Rolle bei der Meinungsbildung zugewiesen. Die Rolle des Berufes und der damit verbundenen unterschiedliche Betroffenheit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird von Experten der Interessensvertretungen als wichtiges Merkmal für die Meinung der Bevölkerung betont.

#### **Ergebnis der Telefonbefragung:**

Das Vertrauen der Bevölkerung in Informationen zu Wirtschaftspolitik und wirtschaftspolitische Maßnahmen variiert abhängig von der Quelle aus der die Informationen stammen. Am höchsten ist das Vertrauen der Bevölkerung in Informationen von Wirtschaftsexperten und Wirtschaftsforschern. Hohes Vertrauen besteht auch in die Wirtschaftskompetenz der Interessensvertretungen: Arbeiterkammer, Gewerkschaften, sowie Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung. Besonders junge unselbständig Erwerbstätige vertrauen den Gewerkschaften und der Arbeitskammer, während das Vertrauen der Selbständigen in die Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung geringfügig niedriger ist als das der unselbständig Erwerbstätigen(!). Am wenigsten vertrauenswürdig beurteilt die Bevölkerung Politiker, niedrig ist auch das Vertrauen in Journalisten. Innerhalb der Bevölkerung können große Unterschiede im Vertrauen in die Institutionen, abhängig von der Bildung der Personen, beobachtet werden. Allgemein gilt: je höher die Bildung ist, desto größer ist das Vertrauen in Experten und desto niedriger ist das Vertrauen in Politiker und je geringer die Bildung ist, desto niedriger ist das Vertrauen in Wirtschaftsexperten und desto größer ist das Vertrauen in Politiker. Das Vertrauen in Journalisten steigt mit der Bildung der Bevölkerung an. Dies ist kein Kompliment bei der von den Experten als sehr gering eingestuften Wirtschaftskompetenz der Journalisten. Es bestätigt am ehesten, dass das Wissen um wirtschaftliche Zusammenhänge in der Bevölkerung sehr niedrig ist.

#### **Originalzitate von Ökonomen zur Frage: ‚Ist Ihrer Meinung nach die Bevölkerung über wirtschaftspolitische Maßnahmen gut informiert?‘**

*„Aber das Wissen ist sehr, sehr gering, das weiß ich. Man weiß, dass das Wissen extrem gering ist, v.a. um die Zusammenhänge, (...) aber ob das nur in Österreich so ist oder anderswo auch weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen.“ (IP\_U3).*

*„Man kann mit den Informationen nichts anfangen, wenn man nicht irgendeinen Rahmen hat in den man sie einordnen kann. Ich kann den Anstieg der Preise als das Ergebnis der Gewinnsucht betrachten oder ich kann den Anstieg der Preise als den Anstieg der Löhne interpretieren, also Informationen also solche haben überhaupt keine Aussagekraft, nicht für Ökonomen, (...). Es fehlt den Leuten, also was ich ihnen nicht vorwerfen will, es fehlt ihnen einen Rahmen indem sie das Interpretieren können.“ (IP\_U3)*

„Ich glaube ganz generell, dass der Informationsstand der österreichischen Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Fragestellungen äußerst schwach ist. Das liegt zum einen daran, dass die österreichischen Medien eine schlechte wirtschaftspolitische Berichterstattung haben (...) und das liegt daran, dass es an Differenzierung fehlt, es wird polemisiert, es wird pauschal abgehandelt, es wird politisch agitiert (...) und mit Eifer den Leuten etwas einzureden versucht, aber das sind alles ideologische Turnübungen und im Grunde genommen fehlt es an einer fachlich präzisen Berichterstattung.“ (IP\_U7)

„Ich habe nicht den Eindruck, (...) für den Großteil der Bevölkerung ist die Wirtschaftspolitik eine schwer bis unverständliche Sache, wobei, so ganz ohne Verständnis sind die Leute dabei nicht, sie sehen was vorgeht, aber das volkswirtschaftliche Wissen über die Zusammenhänge sind an und für sich etwas, was nicht so einfach ist und durch die Terminologie abschreckend vermittelt wird. Und die Bevölkerung informiert sich dann halt über die Hauptmedien in einer Weise wo dann halt sehr einseitige Aspekte zum Thema gemacht werden (...).“ (IP\_15)

„Ich glaube Wirtschaft ist ein zu abstrakter Begriff, wenn man die Leute fragt, ob es ihnen wichtig ist zu wissen wie es ihrer Firma geht oder wie es der Branche geht, dann ist es nicht mehr abstrakt, weil dann hat es unmittelbar mit ihrem Leben zu tun oder der Firma die ihr direktes Umfeld ist, wenn es eine persönliche Betroffenheit gibt, dann steigert es sicher das Interesse weil es direkt Einfluss auf das Leben hat. Wie es der Weltökonomie geht ist für viele unbedeutend, aber wenn es um ihren Arbeitsplatz geht ist es von ihrem Interesse.“ (IP\_19)

„Ich glaube, dass in der Wirtschaftspolitik die Medien nicht so bedeutend sind. Es mag für Wahlen oder allgemeine Positionierungen wichtig sein, für die Wirtschaftspolitik selbst, nachdem die Medien die Details nicht wirklich berichten, würde ich das nicht so stark sehen.“ (IP\_U1)

„Ja es spielt eine gewisse Rolle, wobei ich sagen muss, dass ich die Medien, die in Österreich zur Verfügung stehen, für sehr schlecht halte. Diese sind uninformativ und andererseits von nicht sehr kompetenten Leuten geschrieben. Ich schau, was die Medien betrifft, relativ stark auf internationale Medien (...). Das Fernsehen ist vollkommen uninformativ.“ (IP\_113)

### 3. Ist es für Sie als Experte wichtig zu wissen wie die Bevölkerung sich eine Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet?

Die Bedeutung der Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen wird von den Experten in den verschiedenen Einrichtungen unterschiedlich beurteilt. Experten an Universitäten glauben, dass es für sie nicht wichtig ist, die Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu kennen. Experten an außeruniversitären Einrichtungen, betonen, dass es am ehesten bei der Prognoseforschung wichtig ist, über die Meinung der Bevölkerung informiert zu sein, wobei wissenschaftliche Argumente die Expertise bestimmen sollen, um eine Bevorzugung von Interessen zu verhindern. Im Vergleich dazu ist es für Experten der Interessensvertretungen sehr wichtig die Meinung der Mitglieder zu kennen. Die Meinung der Mitglieder oder Bevölkerung wird in Umfragen gezielt erhoben.

#### 3a. Soll der Experte etwas dazu beitragen, wie die Bevölkerung sich eine Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet?

Die Experten wurden befragt ob und in welchem Rahmen Experten zur wirtschaftspolitischen Meinungsbildung in der Bevölkerung beitragen sollen. Experten an Universitäten sind der Meinung, dass komplexe Sachverhalte nicht einfach und allgemein verständlich kommuniziert werden können ohne verfälscht zu werden. Experten von Universitäten sind

deshalb überwiegend der Meinung, dass Experten diese Aufgabe den Medien überlassen sollen, wobei in den Interviews betont wird, dass dafür eine qualifizierte Wirtschaftsberichterstattung Voraussetzung ist (die in Österreich vermisst wird). Im Vergleich dazu betonen Experten von außeruniversitären Forschungseinrichtungen, sowie der Interessensvertretungen, die große Bedeutung der Experten bei der Information und Meinungsbildung der Bevölkerung. Während außeruniversitäre Experten die sachliche Information der gesamten Bevölkerung betonen, richten sich die Informationen der Interessensvertretung an die Mitglieder. Meinungsbildung wird von den Interessensvertretungen auch in den Ministerien, Kabinetten, Sozialpartnern und den Medien betrieben. Für den Meinungsbildungsprozess werden dafür persönliche Kontakte und institutionalisierte Kanäle, z.B. Gremien, Kommissionen, in denen Experten vertreten sind und alle Medien eingesetzt.

#### *4. Wer nimmt Ihrer Meinung nach in Österreich wesentlich Einfluss auf die Wirtschaftspolitik?*

Einig sind sich die Experten darüber, dass in Österreich die Sozialpartner die österreichische Wirtschaftspolitik maßgebend beeinflussen. Wobei Experten von der Universität den nationalen Spielraum bei wirtschaftspolitischen Fragen aufgrund der EU-Mitgliedschaft und der Tatsache, dass Österreich eine kleine, offene Volkswirtschaft darstellt, als gering einschätzen. Experten, die außeruniversitären Forschungseinrichtungen angehören, betonen den geringen Einfluss von unabhängigen Experten auf die österreichische Wirtschaftspolitik. Die Rolle der Regierung bzw. Kanzler und Minister und Staatssekretäre, sowie großer Unternehmen und dem Bankensektor wird von Experten der Interessensvertretungen betont.

#### *4a. Welche Bedeutung haben in Österreich Ökonomen für die Wirtschaftspolitik?*

Die Bedeutung der Ökonomen für die österreichische Wirtschaftspolitik wird allgemein als gering eingeschätzt. Experten bzw. Ökonomen von Universitäten betonen die fehlenden formalen Strukturen für die Einbindung von Universitäten bei der Entwicklung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Experten von außeruniversitären Einrichtungen beurteilen den Einfluss der Ökonomen dann als erfolgsversprechend, wenn diese in Gremien vertreten sind und die Entwicklung und Umsetzung wirtschaftspolitischer Maßnahmen begleiten. Der Einfluss wird aber von den Experten selbst als gering beurteilt. Experten werden oft nur zur Legitimation von Maßnahmen ‚zitiert‘. Am ehesten können langjährige Referenten und die Leitung der Forschungsinstitute, die in die Sozialpartner eingebunden sind, Einfluss auf die Wirtschaftspolitik nehmen. Experten der Interessensvertretungen betonen die geringe Bedeutung der Ökonomen im Vergleich zu den Sozialpartnern. Ausgewiesene Experten werden beigezogen, um die möglichen Effekte von wirtschaftspolitischen Maßnahmen für die Bevölkerung bzw. Interessensgruppen festzustellen.



### 5. Beispiel I:

*Sind sie der Meinung der österreichische Staat sollte...?*

*mehr unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren*

*gleich viel unternehmen wie bisher oder*

*er sollte weniger unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren*

#### 5a. Beispiel I: Was denkt der Experte?

Experten der Universitäten vertreten die Meinung, dass der Staat nur dann eingreifen soll, wenn die Märkte nicht funktionieren. Experten von außeruniversitären Einrichtungen betonen den guten Ausbau des Sozialstaates und die Notwendigkeit, die Verteilungsgerechtigkeit und den Zugang zu den Ressourcen zu verbessern. Eine bedeutende Rolle wird dem Staat bei der Unterstützung einkommensschwacher Bevölkerungsgruppen zugeschrieben.

Entsprechend der Meinung der Wirtschaftsexperten der Arbeitnehmervertretungen kommt dem Staat eine bedeutende Rolle bei der Reduktion der Einkommensungleichheit zu. „Der Staat ist für die Umverteilung von den hohen zu den niedrigen Einkommen zuständig.“ (IP\_7) Experten der Arbeitgeberseite sind der Meinung, dass der Staat möglichst wenig eingreifen sollte, d.h. der Staat sollte die Ausgaben reduzieren und es sollte stärker kontrolliert werden, wofür die Mittel eingesetzt werden. Diese Experten betonen, dass der Staat aus Kostengründen nicht mehr unternehmen soll. Im Vergleich dazu steht bei den Interessensvertretungen der Arbeitnehmer die Verteilungsgerechtigkeit im Vordergrund.

Experten der politischen Parteien –unterscheiden sich erwartungsgemäß in ihrer Meinung über die Rolle des Staates. Während Vertreter der Parteien, die sich dem linken Spektrum zuordnen lassen, der Meinung sind der Staat soll mehr Unternehmen, mit dem Ziel die Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern, betonen Wirtschaftsexperten der anderen Parteien die aktuelle Situation als ausreichend und richtig und sind generell der Meinung ist, der Staat soll so wenig wie möglich eingreifen. Die Experten begründen ihre Position mit dem Kostenargument. „Ausgaben einschränken bedeutet Steuereinnahmen einschränken, und die Klientel weniger belasten“ (IP\_17, 18)

#### 5b. Beispiel I: Wie glauben Experten haben die Personen in den Interviews auf diese Frage (Frage 5) geantwortet?

Die Experten der verschiedenen Organisationen sind sich darüber einig, dass die Bevölkerung wünscht, dass der Staat mehr unternehmen soll, um Ungleichheit zu reduzieren. Als mögliche Gründe werden von den Experten der Universität die Wirtschaftslage und der allgemeine Wunsch nach mehr Gleichheit genannt. Experten von außeruniversitären Einrichtungen sind ebenfalls der Meinung, dass weniger die persönliche Betroffenheit als die Ideologie darüber entscheiden ob die Bevölkerung einen Abbau der Ungleichheit wünscht. Im Vergleich dazu glauben Experten der Interessensvertretungen, dass die Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die den Abbau der Ungleichheit betreffen, stärker vom Eigennutzen geleitet wird. Die Wirtschaftsexperten der befragten Parteien sind sich darin einig, dass die Bevölkerung möchte, dass der Staat mehr unternimmt, um die Einkommensungleichheit zu reduzieren. Die Experten sind der Meinung, dass sich die

Bevölkerung erstens nicht zu den Reichen zählt und damit von einer Reduktion der Ungleichheit profitieren würde und zweitens mehr Gleichheit dem allgemeinem Gerechtigkeitsempfinden der Bevölkerung entspricht.

**Ergebnis der Telefonbefragung:**

80 % der Befragten sind der Meinung der Staat sollte mehr unternehmen, um Ungleichheit zu reduzieren. Die Zustimmung variiert zwischen Arbeiter/Angestellten, Beschäftigten im öffentlichen Dienst und Pensionisten nicht signifikant, geringfügig niedriger ist die Zustimmung bei den Selbständigen.

6. *Beispiel II: ,In Österreich ist eine Lohn- und Einkommenssteuersenkung geplant, wie soll diese Lohn- und Einkommenssteuersenkung ihrer Meinung nach gestaltet sein?*

*Den Personen wurden folgende Antwortmöglichkeiten vorgelesen:*

*vor allem niedrige Einkommen sollen profitieren*

*vor allem mittlere Einkommen sollen profitieren,*

*vor allem hohe Einkommen sollen profitieren, oder*

*alle Einkommensgruppen sollen gleich von der Reform profitieren.*

6a *Beispiel II: Was denkt der Experte?*

Experten der Universitäten sind der Meinung, dass die Steuern für die durchschnittliche Bevölkerung zu hoch sind und betonen die Bedeutung der Kaufkraft. Experten von außeruniversitären Einrichtungen sind der Meinung, dass Einkommensgruppen mit einer hohen Konsumneigung entlastet werden sollen. Experten der Interessensvertretungen betonen, dass nur Einkommensgruppen von einer Steuerreform profitieren können, die auch Steuern bezahlen, dies sind die mittleren und hohen Einkommen. Die Reduktion der Steuern wird von den Experten der verschiedenen Interessensvertretungen einerseits mit dem Ziel den Konsum zu stärken oder andererseits Leistungsträger zu entlasten argumentiert.

Die befragten Wirtschaftsexperten der Arbeitnehmerseite wollen die kleinen und mittleren Einkommen entlasten, um damit den Konsum zu stärken. Im Vergleich dazu, betonen Vertreter der Arbeitnehmervvertretungen die Wichtigkeit, alle Steuerzahler zu entlasten. Die Wirtschaftsexperten eher links einzuordnender Parteien sind der Meinung, dass die unteren Einkommen mit einer hohen Konsumneigung von der Steuerreform profitieren sollen. Im Vergleich dazu wollen die Experten eher konservativer Parteien die Leistungsträger (die Steuerzahler) entlasten.

6b *Beispiel II: Wie glauben Experten haben die Personen in den Interviews auf diese Frage geantwortet?*

Alle Interviewpartner glauben, dass sich die Bevölkerung wünscht, dass die unteren und mittleren Einkommen von der Steuerreform profitieren sollen. Experten der Universität glauben, dass dies weniger in der eigenen Betroffenheit begründet ist, sondern von der Mehrheit als fair angesehen wird. Experten von außeruniversitären Einrichtungen sind der Meinung, dass persönliche Betroffenheit von Maßnahmen und der erwartete Eigennutzen die

Einstellung beeinflussen. Wenig Bedeutung wird der politischen Zuordnung für die Einstellung der Bevölkerung bei dieser Frage beigemessen.

Experten der Interessensvertretungen betonen die große Bedeutung des Eigennutzens für die Meinung der Bevölkerung zur Frage, wer von der Steuerreform profitieren soll. Die Experten der Arbeitnehmervertreter sind der Meinung, dass die Bevölkerung eine stärkere Entlastung der unteren und mittleren Einkommen wünscht. Begründet wird diese Annahme mit dem Wunsch der Bevölkerung nach einer gerechteren, d.h. weniger ungleichen Einkommensverteilung. Die Experten der Arbeitgeberseite sind ebenfalls der Meinung, dass die Bevölkerung sich eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen wünscht. Von der Entlastung profitierte somit die Mehrheit der Bevölkerung, das meinungsbildende Motiv ist der individuelle Nutzen aus der Maßnahme.

Bei den Experten der politischen Parteien überwiegt das Nutzenargument. Mit einer Ausnahme gehen deren Wirtschaftsexperten davon aus, dass die Bevölkerung generell eine stärkere Entlastung der unteren Einkommen wünscht (Gerechtigkeitsargument). Alle Experten glauben, dass die befragten Personen aus der Bevölkerung für die Entlastung der Bevölkerungsgruppe stimmen, der sie sich jeweils zuordnen. Da sich die Bevölkerung in der Regel nicht den Reichen zuordnet, glauben die Experten, dass die Bevölkerung wünscht, dass die unteren und mittleren Einkommen von der Steuerreform profitieren sollen.

#### **Ergebnis der Telefonbefragung:**

Beschäftigte im öffentlichen Dienst, Selbständige und Pensionisten sind der Meinung untere Einkommen sollen von einer Steuerreform profitieren. Bei den Arbeitern und Angestellten ist die Zustimmung in der Kategorie mittleres Einkommen am höchsten. Differenziert nach Bildung ist bei Maturanten und Universitäts- bzw. Fachhochschulabsolventen die Zustimmung in der Kategorie mittleres Einkommen am höchsten. Im Vergleich dazu dominiert bei Personen mit Pflichtschul- oder Lehrabschluss die Kategorie niedrige Einkommen.

#### **Zusammenfassung**

Entsprechend der Rational-Choice Theorie ist nur der persönliche nicht aber der gesellschaftliche Nutzen einer wirtschaftspolitischen Maßnahme ein Grund dieser zuzustimmen. Rational handelnde Personen werden dann solange wirtschaftspolitische Maßnahmen unterstützen solange nicht sie, sondern andere Gruppe von diesen (nachteilig) betroffen sind. *Enste et al. (2009)* haben gezeigt, dass Ökonomen bei der Lösung von wirtschaftspolitischen Problemstellungen den Paradigmen der neoklassischen Theorie folgen. Ergebnis der Experteninterviews ist, dass bei Ökonomen von Universitäten allgemeine Effizienzüberlegungen überwiegen, während bei Wirtschaftsexperten der Interessensvertretungen und der politischen Parteien die Interessen und der Nutzen der Mitglieder/Klientel im Vordergrund steht. Das Beiziehen von Ökonomen für die Entwicklung und Beurteilung der Effekte von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und deren Einfluss wird in diesem Zusammenhang von den Experten nicht erwähnt.

Der Bevölkerung werden von den Experten bei der Zustimmung und Ablehnung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen Eigennutzenüberlegungen zugeschrieben. Die empirische Untersuchung hat diese Annahme bestätigt. Für den Einfluss der Medien auf die Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen würde dies bedeuten, dass Medien weniger Einfluss auf die Meinung der Bevölkerung nehmen als allenfalls darauf, worüber die Menschen nachdenken, wie dies im Agenda-Setting-Ansatz (*Cohen, 1963*) betont wird.

Expertenurteile sind für die politische Entscheidungsfindung von großer Bedeutung, aber der überwiegende Teil der Bevölkerung ist auf die einfach zugänglichen Informationen in den Medien (Tagesszeitungen, Rundfunk und Fernsehen) angewiesen. Die Experteninterviews haben gezeigt, dass die Informationen der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger über Maßnahmen und deren Effekte weniger an die Bevölkerung als an die von ihnen vertretene Interessensgruppe gerichtet sind und somit wesentlich von deren Eigeninteressen geleitet werden? Generell gilt, dass Experten bzw. Institutionen ihren ‚Einfluss‘ nutzen um ihre Themen in der Öffentlichkeit zu diskutieren. Die Möglichkeiten der Einflussnahme variieren stark zwischen den verschiedenen Expertengruppen und hängen zu einem nicht unwesentlichen Anteil von den persönlichen Kontakten (zu den Medien und Politik bzw. Entscheidungsträgern allgemein) und der formalen Einbindung in die Entwicklung und Umsetzung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab. Das Fehlen formaler Strukturen für die Einbindung von Ökonomen an Universitäten wurde von ebendiesen betont.

In der Studie konnten Differenzen in den Expertenmeinungen beobachtet werden, während sich die Experten darüber einig sind, wie die Bevölkerung über wirtschaftspolitische Maßnahmen denkt. Ein Beispiel für Differenzen der Expertenmeinungen ist die Vorstellung darüber, welche Rolle der Staat bei Verteilungsfragen einnehmen soll. Die größte Differenz zwischen der Expertenmeinung und der Meinung der Laien besteht zwischen Ökonomen von Universitäten und der Bevölkerung. Während erstere die fehlenden Anreize zur Eigeninitiative in den Vorschlägen für wirtschaftspolitische Maßnahmen kritisieren, ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung der Meinung, dass es die zentrale Aufgabe des Staates ist für ein angemessenes Einkommen zu sorgen oder den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren. Experten von außeruniversitären Einrichtungen betonen die Rolle des Staates bei der Unterstützung einkommensschwacher Gruppen und Sicherung der Verteilungsgerechtigkeit bzw. Zugang zu Ressourcen. Die Experten glauben beispielsweise, dass die Mehrheit der Bevölkerung der Meinung ist, dass die unteren und mittleren Einkommen steuerlich entlastet werden sollen. Die Experten begründen dies damit, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieser Gruppen angehört und von der Maßnahme profitieren würde. Eigennutzenargumente werden von den Wirtschaftsexperten der Arbeitnehmervertretungen als Motiv nicht angeführt, sie befürworten eine Entlastung der unteren und mittleren Einkommen mit dem Argument die Verteilungsgerechtigkeit zu verbessern und den Konsum zu stärken. Im Vergleich dazu befürworten die Wirtschaftsexperten der Arbeitgebervertreterinstitutionen eine Entlastung der Leistungsträger der Gesellschaft (Steuerzahler und Unternehmen).

Unterschiede in der Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen werden von Ökonomen an Universitäten auf den Einfluss der Medien und Politiker zurückgeführt, außeruniversitäre Experten betonen weiters die Bedeutung der Interessensvertretungen bei der Meinungsbildung. Im Vergleich dazu vertreten die Wirtschaftsexperten der verschiedenen Interessensvertretungen die Meinung, dass die individuelle Betroffenheit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die je nach Beruf und Berufsfeld variiert, maßgebend Einfluss auf die Meinungsbildung der Bevölkerung nimmt.

## KAPITEL 8: Schlussfolgerungen

Die vorliegende Arbeit untersucht Determinanten der Einstellungen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Bevölkerung und unter Wirtschaftsexperten. Ausgehend von der Arbeit von *Blinder und Krueger (2004)* wird das Akzeptanzverhalten zu einer Reihe von unterschiedlichen sozial- und wirtschaftspolitischen Fragestellungen (bzw. Maßnahmen) untersucht. Zentral sind dabei das Wissen, die individuelle Betroffenheit (sprich der Eigennutzen und das Selbstinteresse) und die individuelle Wertorientierung welche sich durch ideologisch-politische Anschauungen manifestiert.

Entgegen anderen neueren Studien, welche die Rolle der politischen Orientierung für die Akzeptanz wirtschafts- und sozialpolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung betonen, zeigt die vorliegende Studie überraschende Ergebnisse. Diese sind vor allem durch Verbesserungen im Forschungsdesign zu erklären. Zum einen konnte gezeigt werden, dass das Eigeninteresse eine zentrale Determinante der Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen in der Bevölkerung ist. Dies drückt sich besonders dadurch aus, dass die Antizipation negativer persönlicher Auswirkungen („subjektive Betroffenheit“) durch die befragten Personen deren Akzeptanz von Maßnahmen signifikant negativ beeinflusst. Die „objektive“ Betroffenheit, operationalisiert über soziodemographische Stellvertretervariablen, wie Einkommen oder Bildung, ist zwar weniger stark ausgeprägt als die subjektive, tritt aber bei weitem klarer zu Tage als in anderen Studien. Insbesondere das persönliche Einkommen beeinflusst die Einstellung zu wirtschaftspolitischen Themen und unterstützt die These einer am Eigennutz orientierten Meinungsbildung in der Bevölkerung. Die Bedeutung der politischen Einstellung für die Akzeptanz wirtschaftspolitischer Maßnahmen in der Bevölkerung tritt der individuellen Nutzenmaximierung gegenüber in den Hintergrund und lässt sich nicht systematisch feststellen. Alternative Erklärungsansätze zur Akzeptanz von wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen wie das Wissen der Befragten über wirtschaftspolitische Fakten (Inflationsrate, Abgabenquote), ihr Interesse an Wirtschaftspolitik, aber auch Framingeffekte (z.B. Konkretheit einer Maßnahme, früher oder später Eintritt von Konsequenzen) haben zu keinen eindeutigen Befunden geführt.

Auffallend ist die starke Fragmentierung der politischen Orientierung in der Bevölkerung. Während die herkömmliche Operationalisierung anhand der Links/Rechts Skala (methodisch bedingt) ein weitgehend homogenes politisches Spektrum anzeigt, ergibt eine Analyse mittels nicht disjunkter politischer Kategorien, ein äußerst vielfältiges Panorama politischer Einstellungen in der Bevölkerung. Im Gegensatz zu dieser Vielfalt in ihren ideologischen Ausrichtungen zeigt sich die Bevölkerung erstaunlich homogen in ihren Einstellungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen. So variieren die Meinungen zwar teilweise signifikant über ideologische und auch objektive Grenzen - wie etwa Einkommens- oder Bildungsklassen - hinweg, in Summe sind diese Unterschiede allerdings nur geringfügig.

Die Erweiterungen der Studie im Vergleich zu bisherigen Studien haben klar gezeigt, dass in der Bevölkerung das Eigeninteresse, klar in den Vordergrund tritt wenn es um die Akzeptanz von sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen geht. Die Schlussfolgerung die daraus gezogen werden kann ist, dass Menschen stärker von ihrem Eigeninteresse als von ideologischen Orientierungen beeinflusst werden. Das in den letzten Jahren häufig kritisierte Paradigma des „Homo Oeconomicus“ erhält durch die vorliegende Untersuchung des Akzeptanzverhaltens in der Öffentlichkeit empirische Unterstützung.

Die Untersuchung der wirtschaftspolitischen Meinungsbildung unter Experten hat ergeben, dass diese hauptsächlich durch ihre berufliche Position bestimmt ist. Während im akademischen Umfeld überwiegend dem „unverfälschten Markt“ das Wort geredet wird, steigt mit zunehmender Praxisnähe die Bedeutung von Gerechtigkeitsüberlegungen, die wiederum je nach ideologischer und beruflicher Position zu Gunsten der „niedrigen Einkommen“ oder der „Leistungsträger“ ausfallen. Interessanterweise gehen akademische Ökonomen stärker davon aus, dass die Bevölkerung in ihrer Meinungsbildung ideologisch getrieben ist, während die Wirtschaftsexperten der politischen Parteien und Interessensvertretungen die Bevölkerung in viel größerem Ausmaß als Nutzenmaximierer betrachten.

Im Unterschied zur Bevölkerung ist bei den Experten die ideologische Orientierung für die Akzeptanz von wirtschaftspolitischen Maßnahmen die zentrale Determinante. Die Bedeutung des Eigennutzens steht im Hintergrund, nur in wenigen Fällen ist dieser für Einstellungen der Experten von Bedeutung. Bei allgemeinen Fragen zu sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen zeigt sich, dass bei Experten die politische Orientierung ausschlaggebend für ihre Meinung ist. Dies ist vor allem auch deshalb interessant, da keine andere Variable einen signifikanten Einfluss auf die Einstellung nimmt. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass die Experten hinsichtlich ihrer soziodemographischen Merkmale weitgehend homogen sind, wodurch die ideologischen Unterschiede bei der Meinungsbildung in den Vordergrund treten. Die Einstellungen von Experten in Parteien und Interessensvertretungen zu Maßnahmen und deren Effekte orientieren sich weniger an der Bevölkerung als Gesamtheit, sondern an den von ihnen vertretenen Interessensgruppen. Auch dies könnte man als eine Form des Eigeninteresses interpretieren.

## Literatur

- Aalberg, T. (1998): Founding the welfare state: comparative public opinion on taxes and redistribution of income. Luxembourg Income Study Working Paper Series 180.
- Alber, J. (1986): Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise. Eine Bilanz der Sozialpolitik in der Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren. Politische Vierteljahresschrift 27, S. 28-60.
- Ai, C., Norton, E.C., (2003): Interaction terms in logit and probit models, Economics Letters 80, S. 123-129.
- Arts, W., Gelissen, J. (2001): Welfare states, solidarity and justice principles: does the type really matter? Acta Sociologica 44, S. 283-299.
- Bacher, J., Stelzer-Orthofer, C. (1997): Das Ende des wohlfahrtsstaatlichen Konsenses? Eine theoretische und empirische Annäherung. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 26,S. 165-178.
- Banducci, S.A., Karp, J.A., Loedl, P.H. (2009): Economic interest and public support for the Euro. Journal of European Public Policy 16(4), S. 564-581.
- Baron, J., Ritov, I. (2004): Omission bias, individual differences, and normality. Organizational Behaviour and Human Decision Processes 94, S. 74-85.
- Bean, C., Papadakis, E. (1989): A comparison of mass attitudes towards the welfare state in different institutional regimes, 1985-1990. International Journal of Public Opinion Research 10, S. 211-236.
- Beedle, P., Taylor-Gooby, P. (1983): Ambivalence and altruism: public opinion about taxation and welfare. Policy and Politics 11(1), S. 15-39.
- Binossek, C., Betz, D., Fetchenhauer, D., Lungen, M. (2007): Fairness ohne Eigennutz. Handlungsannahmen in der ökonomischen Theorie und Auswirkungen auf Reformoptionen. Sozialer Fortschritt 9, S. 252-258.
- Blasey, C.M., Kraemer, H.C. (2004): Centring in regression analysis: a strategy to prevent errors in statistical inference. International Journal of Methods in Psychiatric Research 13, S. 141-151.
- Blekesaune, M., Quadagno, J. (2004): Public attitudes towards welfare state policies: a comparative analysis of 24 nations. European Sociological Review 19, S. 415-427.
- Blendon, R., Benson, J., Brodie, M., Morin, R., Altman, D., Gitterman, D., Brossard, M., James, M. (1997): Bridging the gap between the public's and economists' views of the economy. Journal of Economic Perspectives 11, S. 105-188.
- Blinder, A.S., Krueger, A.B. (2004): What does the public know about economic policy, and how does it know it? NBER Working Paper 10787, National Bureau of Economic Research.
- Boeri, T., Tabellini, G. (2005): Does information increase political support for pension reform? CEPR Discussion Papers 5319, Centre for Economic Policy Research.
- Bösch, F. (2004): Werbefirmen, Meinungsforscher, Professoren. Die Professionalisierung der Politikberatung im Wahlkampf (1949-1972), in: Fisch, S., Rudloff, W. (Hrsg.), Experten und Politik: Wissenschaftliche Politikberatung in geschichtlicher Perspektive, Duncker & Humblot, . S. 309-327
- Brandl, B. (2009): Perceptions about decent work: the role of self interest, ideology and moral sentiments. Erscheint in: Sedmak, C., Neumaier, O. (Hrsg.): Decent work and decent unemployment, LIT-Verlag.

- Brennan, G., Lomansky, L. (1993): *Democracy and decisions: the pure theory of electoral preference*. Cambridge University Press.
- Brettschneider, F. (1994): *Agenda-Setting. Forschungsstand und politische Konsequenzen*. In: Jäckel, M.; Winterhoff-Spurk, P. (Hrsg.) *Politik und Medien: Analysen zur Entwicklung der politischen Kommunikation*, Vistas, S. 211-229
- Brinkmann, Ch., Deeke, A., Völkel, B. (1995): *Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen. Beiträge zur Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 191*, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit.
- Brooks, C., Manza, J. (2007): *Why Welfare States Persist: The Importance of Public Opinion in Democracies*, University of Chicago Press.
- Buchanan, J.M: (2005): *Afraid to be free: Dependency as desideratum*. *Public Choice*, Vol. 124, S. 19-31.
- Burstein, P. (2003): *The impact of public opinion on public policy: a review and an agenda*. *Political Research Quarterly* 56(1), S. 29-40.
- Caplan, B. (2001): *What makes people think like economists? Evidence from the Survey of Americans and economists on the economy*. *Journal of Law and Economics* 44, S. 395-426.
- Caplan, B. (2002): *Sociotropes, systematic bias, and political failure: Reflections on the Survey of Americans and economists on the economy*. *Social Science Quarterly* 83, S. 416-435.
- Caplan, B. (2006): *How do voters form positive economic beliefs? Evidence from the Survey of Americans and economists on the economy*. *Public Choice* 128, S. 367-381.
- Caplan, B. (2007): *The myth of the rational voter. Why democracies choose bad policies*, Princeton University Press.
- Citrin, J. (1979): *Do people want something for nothing: public opinion on taxes and government spending*. *National Tax Journal* 32, S. 113-129.
- Citrin, J., Green, D. (1990): *The self-interest motive in American public opinion*. In: Long, S. (Hrsg.) *Research in Micropolitics*, S. 1-28.
- Cobb, R.W.; Ross J.K.; Ross, M.H. (1976): *Agenda building as a comparative political process*. *The American political science review*, Vol. 70, No. 1, S.126-138.
- Cobb, R.W.; Elder, C.D. (1983): *Participation in American Politics. The Dynamics of Agenda Building*, Johns Hopkins Univ. Press.
- Cohen, B.C. (1963): *The press and foreign policy*, Princeton.
- Cook, F.L., Barrett, E.J. (1992): *Support for the American welfare state: the views of congress and the public*, Columbia University Press.
- Coughlin, R.M. (1979): *Social policy and ideology: public opinion in eight rich nations*. *Comparative Social Research* 2, S. 3-40.
- Conover, P.J., Feldman, S. (1986): *Emotional reactions to the economy: I'm mad as hell and I'm not going to take it anymore*. *American Journal of Political Science* 30, S. 50-78.
- Dallinger, U. (2008): *Sozialstaatliche Umverteilung und ihre Akzeptanz im internationalen Vergleich: Eine Mehrebenenanalyse*. *Zeitschrift für Soziologie* 37(2), S. 137-157.
- Dehlinger, E., Brennecke, R. (1992): *Die Akzeptanz der sozialen Sicherung in der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland*. *Zeitschrift für Gesundheitswesen* 54, S. 229-243.



- Derks, A. (2004): Are the underprivileged really that economically „leftist“? Attitudes towards economic redistribution and the welfare state in Flanders. *European Journal of Political Research* 43, S. 509-521.
- Diekmann, A. (2001): *Empirische Sozialforschung, Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, 7. Auflage, Rowohlt Taschenbuch Verlag.
- Douglas, M. (1996): *Thought styles*, Sage.
- Edlund, J. (1999): Progressive Taxation Farewell? Attitudes to Income Redistribution and Taxation in Sweden, Great Britain and the United States. In: Svallfors, S., Taylor-Gooby, P. (Hrsg.) *The End of the Welfare State? Public Responses to State Retrenchment*, Routledge.
- Edlund, J. (2003): Attitudes toward taxation: ignorant and incoherent? *Scandinavian Political Studies* 26:2, S.145-167.
- Eichhorn, W. (2005): *Agenda-Setting-Prozesse. Eine theoretische Analyse individueller und gesellschaftlicher Themenstrukturierungen*, 2. Auflage, <http://epub.ub.uni-muenchen.de/734/1/AgendaSettingProzesse.pdf>
- Enste, D.H., Haferkamp, A., Fechtenhauer, D.(2009): Unterschiede im Denken zwischen Ökonomen und Laien – Erklärungsansätze zur Verbesserung wirtschaftspolitischer Beratung. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 10 (1); S. 60-78.
- Falk, S.; Rehfeld, D.; Römmele, A.; Thunert, M. (2006): *Politikberatung in Deutschland*, VS-Verlag.
- Fehr, E., Fischbacher, U., Kosfeld, M. (2005): Neuroeconomic foundations of trust and social preferences: initial evidence. *American Economic Review* 95:2, S. 346-351.
- Feldman, S., Zaller, J. (1992): The political culture of ambivalence: ideological responses to the welfare state. *American Journal of Political Science* 36, S. 268-301.
- Fechtenhauer, D., Haferkamp, A. (2006): Fairness, economic efficiency, and self-interest with regard to political reform measures – How sure are students of economics about their own estimations and how relevant are these estimations for the acceptance of the reform measures? Mimeo, Universität Köln.
- Flick, U. (2007): *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung, vollständig überarbeitete und erweiterte Neuauflage*, Rowohlts Enzyklopädie.
- Fraille, M., Ferrer, M. (2005): Explaining the determinants of public supports for cuts in unemployment benefits spending across OECD countries. *International Sociology* 20, S. 459-481.
- Fuchs, V.R., Krueger, A.B., Poterba, J.M. (1998): Economists' view about parameters, values, and policies: Survey results in Labor and Public Economics. *Journal of Economic Literature* 36, S. 1387-1425.
- Gangl, M. (1997): Ansprüche an den Wohlfahrtsstaat in den alten und neuen Bundesländern. In: Walter Müller (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit: neue Befunde zu Strukturen, Bewusstsein und Politik*, Opladen, S. 169-204.
- Giesen, B. (1983): Moralische Unternehmer und öffentliche Diskussion. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 35, S. 230-254
- Hainmueller, J., Hiscox, M.J. (2006): Learning to love globalization: education and individual attitudes towards international trade. *International Organization* 60, S. 469-498.
- Hainmueller, J., Hiscox, M.J. (2007): Educated preferences: explaining attitudes towards immigration in Europe. *International Organization* 61, S. 399-442.

- Haferkamp, A. (2008): Die Psycho-Logik der Akzeptanz von Wirtschafts- und Sozialreformen. Dissertation, Universität Köln.
- Haferkamp, A., Fetchenhauer, D. (2006): Economists' and the publics' view on the welfare state – Different concepts of efficiency and fairness considerations. Mimeo.
- Hammersley, M. (1995): The politics of social research. Sage.
- Hasenfeld, Y., Rafferty, J.A. (1989): The determinants of public attitudes toward the welfare state. *Social Forces* 67, S. 1027-1048.
- Heinemann, F., Jonas, E., Frey, D. (2007): Psychologie, Wachstum und Reformfähigkeit, Forschungsbericht 15/05 des Bundesministeriums der Finanzen.
- Hill, K.Q., Hinton-Anderson, A. (1995): Pathways of representation: a causal analysis of public opinion-policy linkages, *American Journal of Political Science*, Vol. 39, No.4, S. 924-935
- Hitzler, R. (1994): Wissen und Wesen des Experten. Ein Annäherungsversuch – zur Einleitung. In: Hitzler, R., Honer, A., Maeder, Ch. (Hrsg.) *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zu Konstruktion von Wirklichkeit*, Westdeutscher Verlag Opladen, S. 13-29.
- Holbrook, T., Garand, J. (1996): Homo economus? Economic information and economic voting. *Political Research Quarterly* 49, S. 351-375.
- Inglehart, R., Klingemann, H.D. (1976): Party identification, ideological preferences and the left-right dimension among western Publics. In: Budge, I., Crewe, I. und Farlie, d. (Hrsg.) *Party identification and beyond. Representations of voting and party competition*, John Wiley & Sons. S. 243-273.
- Integral (2009), Austrian Internet Monitor (AIM), 1. Quartal 2009, zitiert nach: [http://mediaresearch.orf.at/c\\_internet/console/console.htm?y=5&z=1](http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=5&z=1)
- Jacoby, W.G. (1994) Public attitudes towards government spending. *American Journal of Political Science* 38, S. 336-361.
- Jaeger, M.M. (2006): What makes people support public responsibility for welfare provision: self-interest or political ideology?: A longitudinal approach. *Acta Sociologica* 49, S. 321-338.
- Jaeger, M.M. (2007): Does subjective left-right position have a causal effect on support for redistribution? A comparative analysis of Sweden, Germany, and Norway. Research Department of Social Policy and Welfare. Working Paper 04, 2007.
- Kahneman, D., Knetsch, J. L., Thaler, R. H. (1986): Fairness as a constraint on profit seeking: entitlements in the market. *American Economic Review*, 76, S. 728-741.
- Kahnemann, D., Krueger. A.B. (2006): Developments in the measurement of subjective well-being. *Journal of Economic Perspectives* 20, S. 3-24.
- Kahnemann, D., Thaler R.H. (2006): Anomalies, utility maximization and experienced utility. *Journal of Economic Perspectives* 20, S. 221-234.
- Kangas, O.E. (1997): Self-Interest and the Common Good. The Impact of Norms, Selfishness and Context in Social Policy Opinions. *Journal of Socio-Economics* 26 (5), S.475-494.
- Kemp, S. (2008): Lay attitudes to trade with low-wage countries. *Judgment and Decision Making Journal* 3:4, S. 335-343.
- Kenworthy, L. (2009): The effect of public opinion on social policy generosity. *Socio-Economic Review* 7, S. 727-740.
- Kinder, D., Mebane, W. (1983): Politics and economics in everyday life. In: Monroe, K. (ed.). *The Political Process and Economic Change*, Agathon Press, S. 141-180.

- Kirchgässner, G. (1992): Towards a theory of low-cost decisions. *European Journal of Political Economy* 8, S. 305-320.
- Kirchgässner, G. (2005): (Why) Are Economists Different? CESifo Working Paper 1396.
- Kirchgässner, G., Pommerehne, W.W. (1993): Low-cost decisions as a challenge to Public Choice. *Public Choice* 77, S. 107-115.
- Knutsen, O. (1998): The strength of partisan component of left-right identity. *Party Politics* 4, S. 5-31.
- Krause, G. (1997): Voters, information heterogeneity, and the dynamics of aggregate economic expectations. *American Journal of Political Science* 41, S. 1170-1200.
- Kumlin, S. (2004): Ideology-driven opinion formation in Europe: The case of attitudes towards the third sector in Sweden. *European Journal of Political Research* 39, S. 487-518.
- Kusche, I. (2008): Politikberatung und Herstellung von Entscheidungssicherheit im politischen System, 1. Auflage, VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Larkin, J., McDermott, J., Simon, P., Simon, H. (1980): Expert and novice voice performance in solving physics problems. *Science*, 208, S. 1335-1342
- Lazarsfeld, P.F., Berelson, B., Gaudet, H. (1944): The people's choice. How the voter makes up his mind in a presidential campaign.
- Lewis, A. (1978): Perceptions of Tax Rates. *British Tax Review* 6, S. 358-366.
- Lewis, A. (1982): The Psychology of Taxation. Martin Robertson.
- Liebold, R., Trinczek, R. (2002): Experteninterview, in: Kühl, St. Strodtholz, P. (Hrsg.): *Methoden der Organisationsforschung – Ein Handbuch*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, S.33-71.
- Linos, K., West, M. (2003): Self-interest, social beliefs, and attitudes to redistribution: readdressing the issue of cross-national variation. *European Sociological Review* 19, S. 393-409.
- Lippl, B. (1998): Justice ideologies, income justice, and the welfare state: A comparison of justice ideologies and the perceived justice of income in the United States, West Germany, and the Netherlands. *Arbeitsbericht Nr. 47: International Social Justice Project*.
- Lu, C.L., Tian, Y. (2008): Popular support for economic internationalism in Mainland China: A six-cities public opinion survey, *International Political Science Review* 29:4, S. 391-409.
- Lupia, A., M. McCubbins, M. (1998): *The Democratic Dilemma: Can Citizens Learn What They Need to Know?*, Cambridge University Press.
- MacKuen, M., Erikson, R., Stimson, J. (1992): Peasants or bankers? The American electorate and the U.S. economy, *American Political Science Review* 86, S. 597-611.
- Mansbridge, J. ed. (1990): *Beyond Self-Interest*. Chicago University Press.
- Marcus, G., Hanson R., eds., (1993): *Reconsidering the Democratic Public*, Pennsylvania State University Press.
- Mau, S. (1997): Ideologischer Konsens und Dissens im Wohlfahrtsstaat. Zur Binnenvariation von Einstellungen zu sozialer Ungleichheit in Schweden, Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. *Soziale Welt* 48: S. 17-38.
- Mau, S. (1998): Zwischen Moralität und Eigeninteresse. Einstellungen zum Wohlfahrtsstaat in internationaler Perspektive. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 34/35: S. 27-37.
- Mayda, A.M., Rodrik, D. (2005): Why are some people (and countries) more protectionist than others? *European Economic Review* 49, S. 1393-1430.

- McCombs, M.E. (1977): Agenda setting function of mass media. *Public Relations Review*, 3, S. 89-95
- McCombs, M., Shaw, D.L. (1972): The Agenda-Setting Role of Mass media in the shaping of public opinion. *Public Opinion Quarterly*, Vol. 36, S. 176-187.
- Meuser, M., Nagel, U. (1991): Experteninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion, in: Garz, D., Kraimer, K. (Hrsg.): *Qualitativ-empirische Sozialforschung. Konzepte, Methoden, Analysen*, Opladen, S. 441-471
- Meuser, M., Nagel, U. (1994): Expertenwissen und Experteninterview, in: Hitzler, R., Honer, H., Maeder, C. (Hrsg.): *Expertenwissen. Die institutionalisierte Kompetenz zur Konstruktion von Wirklichkeit*, Opladen, S. 180-192
- Meuser, M., Nagel, U. (1997): Das Experteninterview – Wissenssoziologische Voraussetzungen und methodische Durchführung, in: Friebertshäuser, B., Prengel, A. (Hrsg.): *Handbuch Qualitative Forschungsmethoden in der Erziehungswissenschaft*, Juventa Verlag, S. 481-491
- Musgrave, R. A., Musgrave, P. B., Kullmer, L. (1994): *Die öffentlichen Finanzen in Theorie und Praxis*. Tübingen: Mohr Siebeck.
- Mutz, D.C. (1992): Mass Media and the depoliticization of personal experience, *American Journal of Political Science*, Vol. 36, No.2, S. 483-508.
- Mutz, D.C. (1993): Direct and indirect routes to politicizing personal experience: does knowledge make a difference? *Public Opinion Quarterly* 57, S. 483-502.
- Norden, G. (1986): Bestimmungsgründe der Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse einer Untersuchung über die Determinanten der Akzeptanz wohlfahrtsstaatlicher Maßnahmen in Österreich. *Angewandte Sozialforschung* 14, S. 43-54.
- Olson, M. (1971): *The logic of collective action: public goods and the theory of groups*, Harvard University Press.
- O'Rourke, K.H., Sinnott, R. (2002): The determinants of individual trade policy preferences: international survey evidence. In D. Rodrik und S. Collins (Hrsg.), *Brookings Institution Press*.
- Page, B.I., Shapiro, R.Y. (1983): Effects of public opinion on policy. *American Political Science Review* 77, S. 175-190.
- Page, B.I., Shapiro, R.Y., Dempsey G.R. (1987): What moves public opinion? *The American Political Science Review*, Vol. 81, No.1, S. 23-43
- Papadakis, E. und Bean, C. (1993): Popular Support for the Welfare State: A comparison between institutional regimes. *Journal of Public Policy* 13, S. 227-254.
- Pöntinen, S. und Uusitalo, H. (1986): The Legitimacy of the Welfare State: Social Security Opinions in Finland 1975-1985. *Suomen Gallup Oy Report* 15.
- Prisching, M. (1996): *Bilder des Wohlfahrtsstaates*. Metropolis.
- Profeta, P. (2006): Political support and tax reforms with an application to Italy. *Public Choice* 131, S. 141-155.
- Quiring, O. (2004): *Wirtschaftsberichterstattung und Wahlen*, UVK Verlagsgesellschaft.
- Roberts, M., Hite, P., Bradley, C. (1994): Understanding attitudes toward progressive taxation. *Public Opinion Quarterly* 58, S. 165-190.
- Rohe, K. (1994): *Politik. Begriffe und Wirklichkeiten*. 2., völlig überarbeitete und erweiterte Auflage, Kohlhammer.

- Roller, E. (1992): Einstellungen der Bürger zum Wohlfahrtsstaat der Bundesrepublik Deutschland. Westdeutscher Verlag Opladen.
- Samuelson, W., Zeckhauser, R. (1988): Status quo bias in decision making. *Journal of Risk and Uncertainty* 1, S. 7-59.
- Schmid, J. (1995): Expertenbefragungen und Informationsgespräch in der Parteienforschung: Wie föderalistisch ist die CDU? In: Alemann, U. (Hrsg.) *Politikwissenschaftliche Methoden. Grundriss zum Studium und Forschung*, Opladen, S. 293-326
- Sears, D., Funk, C. (1990): Self-interest in Americans' political opinions. In: Mansbridge, J. (ed.). *Beyond Self-Interest*. Chicago University Press, S. 147-170.
- Shapiro, R.Y., Young, J.T. (1989): Public Opinion and the Welfare State: The United States in Comparative Perspective. *Political Science Quarterly* 104, S. 59-89.
- Scheepers, P., Grotenhuis, M.T. (2005): Who cares for the poor in Europe? Micro and macro determinants for alleviating poverty in 15 European countries. *European Sociological Review* 21, S. 453-465.
- Scheve, K.F., Slaughter, M.J. (2001): What determines individual trade-policy preferences? *Journal of International Economics* 54, S. 267-292.
- Sihvo, T., Uusitalo, H. (1995): Economic Crises and Support for the Welfare State in Finland 1975-1993. *Acta Sociologica* 38, S. 251-262.
- Skocpol, T. (1991): Targeting with Universalism: Politically Viable Policies to Combat Poverty in the United States. In: Jencks, C., Peterson, P.E. (Hrsg.): *The Urban Underclass*. Washington, D.C.: The Brookings Institution. S. 411-436.
- Sprondel, W.M. (1979): Experte und Laie: Zur Entwicklung von Typenbegriffen in der Wissenssoziologie. In: Sprondel, W.M. (Hrsg.): *Alfred Schütz und die Idee des Alltags in den Sozialwissenschaften*, Enke, S. 140-154
- Statistik Österreich (2002), Volkszählung Hauptergebnisse I – Österreich, 2002.
- Österreichischer Integrationsfonds, Statistik Austria, Bundesministerium für Inneres, Zahlen und Fakten 2009, Bildungsstand der Bevölkerung,  
[http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen\\_und\\_fakten\\_2009/sprache\\_und\\_bildung/bildungsstand\\_der\\_zuwanderer/](http://www.integrationsfonds.at/wissen/zahlen_und_fakten_2009/sprache_und_bildung/bildungsstand_der_zuwanderer/)
- Steinmo, S. (1993): *Taxation and Democracy*. Yale University Press.
- Steinmo, S. (1998): *Tax Policy*, Edward Elgar.
- Stigler, G. (1986): Economics, or Ethics? In: Leube, K., Moore, T.G. (Hrsg.). *The Essence of Stigler*, Hoover Institution Press, Stanford, S. 303-336.
- Svallfors, S. (1997): Worlds of Welfare and Attitudes to Redistribution: A Comparison of Eight Western nations. *European Sociological Review* 13, S. 283-304.
- Taylor-Gooby, P. (1995): Who wants the welfare state? Support for state welfare in European countries. In: Svallfors, S. (Hrsg.) *In the Eye of the Beholder*, Impello.
- Tils R. (2005): *Politische Strategieanalyse. Konzeptionelle Grundlagen und Anwendung in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik*, VS Verlag
- Tourangeau, R., Rips, L.J., Rasinski, K. (2002): *The Psychology of Survey Response*, Cambridge University Press.
- Tridimas, G. (2005): Judges and taxes: Judicial review, judicial independence and the size of government. *Constitutional Political Economy* 16, S. 5-30.

- Trinczek, R. (1995): Experteninterviews mit Managern: Methodische und methodologische Hintergründe. In: Brinkmann, C.; Deeke, A., Völkel, B. (Hg.) Experteninterviews in der Arbeitsmarktforschung. Diskussionsbeiträge zu methodischen Fragen und praktischen Erfahrungen, Nürnberg, Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung, S. 59-67.
- Ullrich, C.G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates: Anmerkungen zum Forschungsstand. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Arbeitspapiert Nr. 22.
- Ullrich, C.G. (2008): Die Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Präferenzen, Konflikte, Deutungsmuster. Westdeutscher Verlag.
- Walstad, W. (1997): The effect of economic knowledge on public opinion of economic issues. *Journal of Economic Education* 28, S. 195-205.
- Washington Post, Kaiser Family Foundation, Harvard University (1996): Survey of Americans and Economists on the Economy (1996).
- Weede, E. (2003): Mensch, Markt und Staat. Plädoyer für eine Wirtschaftsordnung für unvollkommene Menschen, Lucius und Lucius.
- Weingart, P. (2006a): Demokratisierung der wissenschaftlichen Politikberatung: Eine Antwort auf die Legitimationsdilemmata im Verhältnis von Wissenschaft und Politik? In: Heidelberger Akademie der Politikberatung (Hrsg.) Politikberatung in Deutschland, VS-Verlag, S. 73-84
- Weingart, P. (2006b): Erst denken dann handeln? Wissenschaftliche Politikberatung aus der Perspektive der Wissen(schafts)soziologie. In: Falk, S. et al. (Hrsg.) Handbuch Politikberatung, VS-Verlag, S. 34-44
- Weinstein, N. D. (1980): Unrealistic optimism about future life events. *Journal of Personality and Social Psychology* 39, S. 806-820.
- Williamson, M. R., Wearing, A. J. (1996): Lay people's cognitive models of the economy. *Journal of Economic Psychology*, 17, S. 3-38.
- Znaniecki, F. (1940): The social role of the man of knowledge. Cambridge University Press.

## APPENDIX A: DETERMINANTEN DER AKZEPTANZ

Tabelle 10a: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung der Mehrwertsteuer

Abhängige Variable: Erhöhung der Mehrwertsteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,012	,024	,257	,612	1,012	,018	,024	,564	,453	1,018
Einkommen	-,243	,213	1,299	,254	,784	-,067	,213	,098	,754	,935
Links/Rechts	-,095	,209	,208	,648	,909					
Unpolitisch						-,355	,665	,284	,594	,702
Grün/Alternativ						<b>-1,620</b>	<b>,795</b>	<b>4,150</b>	<b>,042</b>	<b>,198</b>
Konservativ						-,221	,567	,152	,697	,802
Liberal						,302	,528	,328	,567	1,353
National						-,348	,551	,399	,527	,706
Sozialdemokratisch						,689	,572	1,452	,228	1,992
Sozialistisch						-,689	,790	,762	,383	,502
Betroffenheit	-,676	,661	1,044	,307	,509	-,552	,688	,643	,423	,576
Konstante	-1,635	1,139	2,060	,151	,195	<b>-2,613</b>	<b>1,093</b>	<b>5,709</b>	<b>,017</b>	<b>,073</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 10b: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung der Mehrwertsteuer

Abhängige Variable: Erhöhung der Mehrwertsteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform										
Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,087	,770	,013	,910	,917	-,686	,901	,580	,446	,503
Medien:										
Fernsehen	-1,440	,972	2,194	,139	,237	<b>-2,537</b>	<b>1,354</b>	<b>3,509</b>	<b>,061</b>	<b>,079</b>
Zeitungen	18,039	5508	,000	,997	6,82E+7	17,342	4861	,000	,997	3,40E+7
Internet	-,830	1,082	,589	,443	,436	,095	1,084	,008	,930	1,100
Radio	-,408	,857	,226	,634	,665	,343	1,101	,097	,755	1,409
Politiker	-,192	1,008	,036	,849	,826	-1,010	1,203	,705	,401	,364
Journalisten	-,653	,884	,545	,460	,521	-,265	,902	,086	,769	,767
Arbeitnehmervertreter	1,300	,904	2,068	,150	3,668	1,050	1,039	1,021	,312	2,857
Experten	18,474	5320	,000	,997	1,05E+8	21,337	4509	,000	,996	1,84E+8
Arbeitgebervertreter	,093	,824	,013	,910	1,098	,176	,867	,041	,839	1,192
Freunde/Bekannte	,380	,851	,200	,655	1,463	,105	,835	,016	,900	1,111
Betroffenheit	-,849	,997	,726	,394	,428	-,743	1,082	,471	,492	,476
Wissen:										
Inflation	,046	,116	,156	,693	1,047	,123	,111	1,231	,267	1,131
Abgabenquote	,024	,041	,342	,559	1,024	-,007	,042	,028	,867	,993
Geschlecht	<b>2,442</b>	<b>1,348</b>	<b>3,282</b>	<b>,070</b>	<b>11,494</b>	<b>2,289</b>	<b>1,387</b>	<b>2,723</b>	<b>,099</b>	<b>9,863</b>
Alter	-,531	,444	1,425	,233	,588	,002	,529	,000	,997	1,002
Angestellt (Priv)	<b>-2,558</b>	<b>1,462</b>	<b>3,061</b>	<b>,080</b>	<b>,077</b>	-1,110	1,357	,669	,414	,330
Angestellt (Öff.)	-2,611	1,995	1,714	,190	,073	,167	1,533	,012	,913	1,182
Selbstständig	-19,317	6303	,000	,998	,000	-18,418	6222	,000	,998	,000
Freier Dienstnehmer	,512	2,195	,054	,816	1,668	1,524	1,952	,610	,435	4,592
Schüler	-22,941	40192	,000	1,000	,000	-20,529	28043	,000	,999	,000
Student	-2,404	2,297	1,096	,295	,090	-,253	2,533	,010	,920	,776
Lehrling	-22,258	27093	,000	,999	,000	-19,637	27560	,000	,999	,000
Hausfrau	-17,736	15875	,000	,999	,000	-16,424	15489	,000	,999	,000
Pensionist	-16,853	9629	,000	,999	,000	-16,665	10043	,000	,999	,000
Arbeitslos	1,128	1,692	,445	,505	3,090	<b>3,689</b>	<b>2,095</b>	<b>3,099</b>	<b>,078</b>	<b>39,996</b>
Sonstiges	-17,740	9362	,000	,998	,000	-18,930	8676	,000	,998	,000
Einkommen	-,297	,476	,389	,533	,743	-,490	,530	,857	,355	,612
Haushalt	-,208	,336	,383	,536	,812	-,133	,392	,116	,734	,875
Bildung	-,018	,355	,002	,960	,982	,221	,359	,377	,539	1,247
Politische Kategorien:										
Links/Rechts	-,160	,323	,244	,621	,852					
Unpolitisch						1,236	1,017	1,477	,224	3,440
Grün/Alternativ						-2,374	1,546	2,357	,125	,093
Konservativ						-1,299	1,252	1,077	,299	,273
Liberal						-,215	,847	,065	,799	,807
National						,430	1,264	,116	,734	1,537
Sozialdemokratisch						-,372	1,084	,118	,731	,689
Sozialistisch						,542	1,159	,219	,640	1,719
Konstante	-34,342	7658	,000	,996	,000	-38,490	6631	,000	,995	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).



Tabelle 11a: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung der Mineralölsteuer

Abhängige Variable: Erhöhung der Mineralölsteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,001	,015	,007	,934	,999	-,004	,015	,078	,781	,996
Einkommen	-,184	,119	2,377	,123	,832	-,136	,121	1,269	,260	,873
Links/Rechts	<b>,300</b>	<b>,115</b>	<b>6,824</b>	<b>,009</b>	<b>1,350</b>					
Unpolitisch						,418	,345	1,468	,226	1,520
Grün/Alternativ						<b>1,183</b>	<b>,312</b>	<b>14,346</b>	<b>,000</b>	<b>3,265</b>
Konservativ						,065	,316	,042	,838	1,067
Liberal						,150	,297	,257	,612	1,162
National						,059	,312	,036	,850	1,061
Sozialdemokratisch						-,400	,309	1,679	,195	,670
Sozialistisch						,411	,364	1,273	,259	1,508
Betroffenheit	<b>-1,411</b>	<b>,305</b>	<b>21,362</b>	<b>,000</b>	<b>,244</b>	<b>-1,203</b>	<b>,317</b>	<b>14,431</b>	<b>,000</b>	<b>,300</b>
Konstante	<b>-1,107</b>	<b>,645</b>	<b>2,945</b>	<b>,086</b>	<b>,330</b>	-,817	,576	2,013	,156	,442

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 11b: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung der Mineralölsteuer

Abhängige Variable: Erhöhung der Mineralölsteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	1,028	,378	7,407	,006	2,794	<b>1,034</b>	<b>,412</b>	<b>6,296</b>	<b>,012</b>	<b>2,812</b>
Fernsehen	-,700	,579	1,461	,227	,497	-,948	,608	2,429	,119	,388
Zeitungen	,440	,679	,420	,517	1,553	,578	,714	,655	,418	1,782
Internet	-,388	,546	,505	,478	,679	-,527	,616	,733	,392	,590
Radio	-,391	,473	,686	,408	,676	-,519	,518	1,007	,316	,595
Politiker	-,536	,537	,997	,318	,585	-,069	,555	,016	,900	,933
Journalisten	,434	,492	,777	,378	1,543	,581	,504	1,327	,249	1,788
Arbeitnehmervertreter	-,292	,465	,393	,531	,747	-,210	,537	,153	,696	,810
Experten	1,079	,875	1,519	,218	2,941	,897	1,000	,804	,370	2,452
Arbeitgebervertreter	-,240	,476	,253	,615	,787	-,640	,555	1,331	,249	,527
Freunde/Bekannte	-,332	,458	,526	,468	,717	-,221	,496	,199	,656	,801
Inflation	-,026	,057	,205	,651	,975	-,034	,064	,279	,598	,967
Abgabenquote	-,004	,026	,021	,884	,996	-,006	,029	,048	,827	,994
Geschlecht	,691	,536	1,660	,198	1,995	,403	,565	,508	,476	1,496
Alter	<b>-,482</b>	<b>,263</b>	<b>3,352</b>	<b>,067</b>	<b>,617</b>	<b>-,513</b>	<b>,297</b>	<b>2,980</b>	<b>,084</b>	<b>,599</b>
Angestellt (Priv)	<b>-2,068</b>	<b>,873</b>	<b>5,615</b>	<b>,018</b>	<b>,126</b>	<b>-2,354</b>	<b>,959</b>	<b>6,028</b>	<b>,014</b>	<b>,095</b>
Angestellt (Öff.)	,167	,828	,041	,840	1,182	-,019	,887	,000	,983	,981
Selbstständig	-,006	,922	,000	,994	,994	-,289	,941	,094	,759	,749
Freier Dienstnehmer	<b>2,762</b>	<b>1,254</b>	<b>4,851</b>	<b>,028</b>	<b>15,838</b>	<b>4,041</b>	<b>1,457</b>	<b>7,693</b>	<b>,006</b>	<b>56,886</b>
Schüler	-20,539	40192	,000	1,000	,000	1,103	2,070	,284	,594	3,012
Student	-,440	1,247	,125	,724	,644	,391	1,331	,086	,769	1,479
Lehrling	-18,700	28148	,000	,999	,000	-18,042	28352	,000	,999	,000
Hausfrau	-18,837	17676	,000	,999	,000	-20,119	15703	,000	,999	,000
Pensionist	-1,582	1,664	,904	,342	,206	-2,425	1,730	1,964	,161	,089
Arbeitslos	<b>1,963</b>	<b>,997</b>	<b>3,879</b>	<b>,049</b>	<b>7,123</b>	1,567	1,086	2,082	,149	4,792
Sonstiges	1,374	,895	2,358	,125	3,951	1,357	,904	2,256	,133	3,886
Einkommen	-,170	,229	,551	,458	,844	,084	,236	,128	,720	1,088
Haushalt	,012	,170	,005	,943	1,012	,087	,195	,197	,657	1,091
Bildung	,291	,208	1,963	,161	1,338	<b>,501</b>	<b>,255</b>	<b>3,875</b>	<b>,049</b>	<b>1,650</b>
Links/Rechts	,282	,194	2,108	,147	1,326					
Unpolitisch						<b>1,637</b>	<b>,585</b>	<b>7,840</b>	<b>,005</b>	<b>5,141</b>
Grün/Alternativ						<b>1,819</b>	<b>,560</b>	<b>10,562</b>	<b>,001</b>	<b>6,168</b>
Konservativ						,055	,528	,011	,917	1,057
Liberal						,226	,520	,189	,664	1,253
National						<b>,973</b>	<b>,572</b>	<b>2,892</b>	<b>,089</b>	<b>2,645</b>
Sozialdemokratisch						-,593	,574	1,068	,301	,552
Sozialistisch						-,089	,727	,015	,902	,915
Betroffenheit	<b>-1,912</b>	<b>,521</b>	<b>13,473</b>	<b>,000</b>	<b>,148</b>	<b>-1,865</b>	<b>,614</b>	<b>9,217</b>	<b>,002</b>	<b>,155</b>
Konstante	-1,822	2,233	,666	,415	,162	-3,181	2,369	1,803	,179	,042

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 12a: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs

Abhängige Variable: Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,009	,013	,456	,500	,991	-,012	,013	,841	,359	,988
Einkommen	-,028	,101	,079	,779	,972	-,031	,103	,094	,760	,969
Links/Rechts	<b>,290</b>	<b>,110</b>	<b>7,002</b>	<b>,008</b>	<b>1,337</b>					
Unpolitisch						,112	,321	,123	,726	1,119
Grün/Alternativ						-,212	,285	,556	,456	,809
Konservativ						-,116	,268	,189	,664	,890
Liberal						,093	,258	,131	,717	1,098
National						,191	,273	,488	,485	1,210
Sozialdemokratisch						<b>,532</b>	<b>,263</b>	<b>4,075</b>	<b>,044</b>	<b>1,702</b>
Sozialistisch						,480	,382	1,579	,209	1,617
Betroffenheit	<b>-1,242</b>	<b>,279</b>	<b>19,892</b>	<b>,000</b>	<b>,289</b>	<b>-1,200</b>	<b>,284</b>	<b>17,904</b>	<b>,000</b>	<b>,301</b>
Konstante	,830	,548	2,290	,130	2,293	<b>1,393</b>	<b>,478</b>	<b>8,493</b>	<b>,004</b>	<b>4,028</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 12b: Determinanten der Akzeptanz – Erhöhung Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs

Abhängige Variable: Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,031	,274	,012	,911	,970	,094	,278	,114	,736	1,098
Fernsehen	,697	,481	2,101	,147	2,008	,474	,488	,941	,332	1,606
Zeitungen	,436	,498	,767	,381	1,546	,643	,524	1,507	,220	1,903
Internet	,179	,381	,220	,639	1,196	,048	,400	,015	,904	1,050
Radio	,290	,351	,683	,409	1,337	,127	,358	,126	,722	1,136
Politiker	-,023	,412	,003	,956	,978	-,049	,412	,014	,906	,952
Journalisten	,118	,351	,114	,736	1,126	,455	,361	1,590	,207	1,576
Arbeitnehmervertreter	,530	,344	2,371	,124	1,699	,505	,355	2,032	,154	1,658
Experten	,297	,515	,333	,564	1,346	,196	,536	,134	,714	1,217
Arbeitgebervertreter	<b>-1,084</b>	<b>,454</b>	<b>5,693</b>	<b>,017</b>	<b>,338</b>	<b>-,915</b>	<b>,454</b>	<b>4,063</b>	<b>,044</b>	<b>,400</b>
Freunde/Bekannte	-,293	,345	,721	,396	,746	-,221	,359	,379	,538	,802
Inflation	<b>-,062</b>	<b>,034</b>	<b>3,390</b>	<b>,066</b>	<b>,940</b>	<b>-,073</b>	<b>,035</b>	<b>4,228</b>	<b>,040</b>	<b>,930</b>
Abgabenquote	-,007	,020	,104	,747	,993	-,002	,020	,010	,920	,998
Geschlecht	,360	,393	,837	,360	1,433	,570	,399	2,038	,153	1,768
Alter	<b>,336</b>	<b>,180</b>	<b>3,474</b>	<b>,062</b>	<b>1,399</b>	,295	,186	2,506	,113	1,343
Angestellt (Priv)	,164	,559	,085	,770	1,178	,008	,555	,000	,989	1,008
Angestellt (Öff.)	<b>2,344</b>	<b>,939</b>	<b>6,228</b>	<b>,013</b>	<b>10,427</b>	<b>2,718</b>	<b>,948</b>	<b>8,220</b>	<b>,004</b>	<b>15,150</b>
Selbstständig	,089	,636	,019	,889	1,093	-,158	,646	,060	,807	,854
Freier Dienstnehmer	1,275	1,258	1,026	,311	3,577	,463	1,309	,125	,724	1,589
Schüler	19,717	40192	,000	1,000	3,65E+8	19,405	40192	,000	1,000	2,67 E+8
Student	-,560	1,114	,253	,615	,571	-,219	1,103	,040	,842	,803
Lehrling	-,933	1,818	,263	,608	,393	-1,159	1,807	,411	,521	,314
Hausfrau	-1,258	1,433	,770	,380	,284	-,114	1,419	,006	,936	,893
Pensionist	,975	,872	1,250	,264	2,652	,540	,915	,348	,555	1,716
Arbeitslos	-,372	,917	,164	,685	,690	-,246	,879	,078	,779	,782
Sonstiges	-,035	,819	,002	,966	,965	,091	,817	,012	,911	1,095
Einkommen	<b>-,279</b>	<b>,166</b>	<b>2,816</b>	<b>,093</b>	<b>,757</b>	-,237	,164	2,084	,149	,789
Haushalt	,053	,131	,166	,683	1,055	,041	,142	,084	,772	1,042
Bildung	<b>-,408</b>	<b>,155</b>	<b>6,909</b>	<b>,009</b>	<b>,665</b>	<b>-,352</b>	<b>,159</b>	<b>4,912</b>	<b>,027</b>	<b>,703</b>
Links/Rechts	<b>,374</b>	<b>,164</b>	<b>5,214</b>	<b>,022</b>	<b>1,453</b>					
Unpolitisch						,023	,440	,003	,958	1,023
Grün/Alternativ						-,203	,396	,264	,607	,816
Konservativ						-,317	,380	,698	,404	,728
Liberal						-,027	,366	,005	,942	,974
National						-,035	,395	,008	,930	,966
Sozialdemokratisch						,448	,393	1,296	,255	1,565
Sozialistisch						,437	,518	,711	,399	1,548
Betroffenheit	<b>-1,526</b>	<b>,396</b>	<b>14,859</b>	<b>,000</b>	<b>,217</b>	<b>-1,535</b>	<b>,394</b>	<b>15,218</b>	<b>,000</b>	<b>,215</b>
Konstante	,130	1,696	,006	,939	1,139	,660	1,564	,178	,673	1,936

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 13a: Determinanten der Akzeptanz - Höhere Umweltsteuern

Abhängige Variable: Höhere Umweltsteuern geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Abgabenquote	,007	,011	,435	,509	1,007	,005	,011	,195	,659	1,005
Einkommen	-,058	,082	,496	,481	,944	-,016	,087	,033	,856	,984
Links/Rechts	<b>,168</b>	<b>,086</b>	<b>3,869</b>	<b>,049</b>	<b>1,183</b>					
Unpolitisch						-,369	,258	2,040	,153	,691
Grün/Alternativ						<b>,849</b>	<b>,244</b>	<b>12,153</b>	<b>,000</b>	<b>2,338</b>
Konservativ						-,358	,221	2,619	,106	,699
Liberal						,282	,213	1,751	,186	1,326
National						,006	,219	,001	,978	1,006
Sozialdemokratisch						-,004	,224	,000	,986	,996
Sozialistisch						,273	,285	,917	,338	1,314
Betroffenheit	<b>-,512</b>	<b>,229</b>	<b>5,006</b>	<b>,025</b>	<b>,599</b>	-,308	,242	1,615	,204	,735
Konstante	,004	,448	,000	,992	1,004	,185	,402	,212	,645	1,203

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 13b: Determinanten der Akzeptanz - Höhere Umweltsteuern

Abhängige Variable: Höhere Umweltsteuern geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	-,349	,227	2,358	,125	,705	-,217	,243	,800	,371	,805
Fernsehen	,208	,423	,242	,623	1,231	,299	,465	,414	,520	1,349
Zeitungen	-,463	,424	1,194	,274	,629	,225	,477	,222	,637	1,252
Internet	,046	,306	,022	,881	1,047	-,086	,329	,068	,794	,918
Radio	-,424	,295	2,062	,151	,654	-,240	,313	,589	,443	,787
Politiker	-,071	,324	,048	,827	,931	,084	,347	,059	,808	1,088
Journalisten	,205	,284	,519	,471	1,227	,292	,305	,917	,338	1,339
Arbeitnehmersvertreter	<b>,472</b>	<b>,286</b>	<b>2,724</b>	<b>,099</b>	<b>1,603</b>	<b>,575</b>	<b>,314</b>	<b>3,351</b>	<b>,067</b>	<b>1,777</b>
Experten	-,132	,419	,100	,752	,876	-,416	,462	,811	,368	,660
Arbeitgebervertreter	-,482	,326	2,182	,140	,617	<b>-,666</b>	<b>,356</b>	<b>3,495</b>	<b>,062</b>	<b>,514</b>
Freunde/Bekannte	-,318	,279	1,304	,254	,727	-,418	,296	1,992	,158	,658
Inflation	-,039	,031	1,580	,209	,961	-,011	,034	,103	,748	,989
Abgabenquote	,021	,016	1,777	,183	1,022	,013	,016	,673	,412	1,013
Geschlecht	<b>-,775</b>	<b>,319</b>	<b>5,891</b>	<b>,015</b>	<b>,461</b>	-,725	,343	4,478	,034	,484
Alter	-,145	,151	,932	,334	,865	-,019	,156	,015	,903	,981
Angestellt (Priv)	-,454	,463	,962	,327	,635	-,550	,479	1,318	,251	,577
Angestellt (Öff.)	,531	,601	,781	,377	1,700	,489	,610	,642	,423	1,630
Selbstständig	-,304	,574	,281	,596	,738	-,005	,601	,000	,993	,995
Freier Dienstnehmer	-,646	1,032	,392	,531	,524	,360	1,191	,092	,762	1,434
Schüler	20,886	40192	,000	1,000	1,17E+9	21,087	28396	,000	,999	1,43E+9
Student	1,587	1,289	1,517	,218	4,890	<b>2,373</b>	<b>1,326</b>	<b>3,202</b>	<b>,074</b>	<b>10,732</b>
Lehrling	-1,405	1,715	,671	,413	,245	-1,214	1,693	,514	,473	,297
Hausfrau	1,127	1,267	,791	,374	3,087	-1,221	1,191	1,051	,305	,295
Pensionist	-,622	,722	,744	,389	,537	-,321	,831	,150	,699	,725
Arbeitslos	,217	,751	,084	,772	1,242	-,131	,767	,029	,865	,877
Sonstiges	,872	,745	1,370	,242	2,392	,408	,714	,327	,568	1,504
Einkommen	,037	,138	,071	,790	1,038	,066	,149	,200	,655	1,069
Haushalt	,013	,107	,015	,902	1,013	,029	,115	,062	,804	1,029
Bildung	,185	,118	2,459	,117	1,203	,099	,130	,580	,446	1,104
Links/Rechts	,125	,125	1,008	,315	1,133					
Unpolitisch						-,160	,364	,194	,660	,852
Grün/Alternativ						<b>1,001</b>	<b>,351</b>	<b>8,112</b>	<b>,004</b>	<b>2,720</b>
Konservativ						<b>-,669</b>	<b>,321</b>	<b>4,341</b>	<b>,037</b>	<b>,512</b>
Liberal						,324	,301	1,157	,282	1,382
National						,312	,325	,924	,336	1,367
Sozialdemokratisch						,013	,328	,002	,969	1,013
Sozialistisch						,574	,426	1,818	,177	1,775
Betroffenheit	<b>-,758</b>	<b>,332</b>	<b>5,211</b>	<b>,022</b>	<b>,469</b>	<b>-,632</b>	<b>,358</b>	<b>3,109</b>	<b>,078</b>	<b>,532</b>
Konstante	1,776	1,418	1,568	,210	5,905	,763	1,384	,304	,581	2,145

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 14a: Determinanten der Akzeptanz – Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer

Abhängige Variable: Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,003	,010	,071	,790	1,003	,005	,010	,208	,648	1,005
Einkommen	-,015	,081	,033	,856	,985	-,016	,083	,038	,845	,984
Links/Rechts	<b>,204</b>	<b>,085</b>	<b>5,797</b>	<b>,016</b>	<b>1,226</b>					
Unpolitisch						-,308	,258	1,416	,234	,735
Grün/Alternativ						,246	,228	1,167	,280	1,279
Konservativ						-,201	,218	,851	,356	,818
Liberal						,110	,208	,282	,595	1,117
National						<b>-,536</b>	<b>,215</b>	<b>6,215</b>	<b>,013</b>	<b>,585</b>
Sozialdemokratisch						,174	,216	,650	,420	1,190
Sozialistisch						,401	,271	2,185	,139	1,493
Betroffenheit	<b>-,435</b>	<b>,194</b>	<b>5,062</b>	<b>,024</b>	<b>,647</b>	<b>-,367</b>	<b>,200</b>	<b>3,372</b>	<b>,066</b>	<b>,693</b>
Konstante	-,541	,446	1,471	,225	,582	,090	,395	,052	,819	1,094

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 14b: Determinanten der Akzeptanz – Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer

Abhängige Variable: Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	-,043	,221	,038	,845	,958	,141	,228	,378	,538	1,151
Fernsehen	-,134	,407	,108	,742	,875	,317	,418	,576	,448	1,374
Zeitungen	,024	,415	,003	,955	1,024	,236	,447	,278	,598	1,266
Internet	-,004	,295	,000	,989	,996	,138	,310	,200	,655	1,148
Radio	-,092	,288	,102	,749	,912	,084	,293	,081	,775	1,087
Politiker	-,183	,322	,324	,569	,833	-,016	,330	,002	,961	,984
Journalisten	,320	,273	1,372	,241	1,377	,398	,284	1,969	,161	1,489
Arbeitnehmersvertreter	<b>,581</b>	<b>,286</b>	<b>4,127</b>	<b>,042</b>	<b>1,788</b>	,151	,301	,251	,616	1,163
Experten	<b>,749</b>	<b>,420</b>	<b>3,184</b>	<b>,074</b>	<b>2,116</b>	,590	,439	1,803	,179	1,804
Arbeitgebervertreter	<b>-,833</b>	<b>,319</b>	<b>6,826</b>	<b>,009</b>	<b>,435</b>	<b>-,695</b>	<b>,329</b>	<b>4,451</b>	<b>,035</b>	<b>,499</b>
Freunde/Bekannte	<b>-,525</b>	<b>,273</b>	<b>3,701</b>	<b>,054</b>	<b>,592</b>	<b>-,600</b>	<b>,281</b>	<b>4,556</b>	<b>,033</b>	<b>,549</b>
Inflation	,014	,031	,219	,640	1,014	-,005	,030	,023	,880	,996
Abgabenquote	,001	,015	,008	,927	1,001	,012	,015	,730	,393	1,012
Geschlecht	,458	,310	2,190	,139	1,582	,133	,317	,175	,676	1,142
Alter	-,197	,150	1,711	,191	,822	<b>-,331</b>	<b>,155</b>	<b>4,574</b>	<b>,032</b>	<b>,718</b>
Angestellt (Priv)	-,082	,451	,033	,857	,922	-,045	,464	,010	,922	,956
Angestellt (Öff.)	,347	,551	,396	,529	1,414	,220	,553	,158	,691	1,246
Selbstständig	-,878	,587	2,233	,135	,416	<b>-,1036</b>	<b>,622</b>	<b>2,775</b>	<b>,096</b>	<b>,355</b>
Freier Dienstnehmer	,338	,955	,125	,724	1,401	,446	1,082	,170	,680	1,563
Schüler	-22,264	40192	,000	1,000	,000	-1,392	1,655	,707	,400	,249
Student	-1,102	,961	1,315	,251	,332	-1,084	,981	1,221	,269	,338
Lehrling	-,619	1,640	,142	,706	,539	-,812	1,685	,233	,630	,444
Hausfrau	-1,499	1,214	1,525	,217	,223	<b>-,2053</b>	<b>1,235</b>	<b>2,760</b>	<b>,097</b>	<b>,128</b>
Pensionist	-,992	,714	1,930	,165	,371	-,754	,754	1,000	,317	,471
Arbeitslos	,087	,757	,013	,909	1,090	-,289	,736	,154	,695	,749
Sonstiges	-,333	,640	,271	,603	,717	-,835	,675	1,528	,216	,434
Einkommen	-,151	,138	1,191	,275	,860	-,097	,143	,465	,495	,907
Haushalt	,075	,105	,509	,476	1,078	,001	,109	,000	,993	1,001
Bildung	,137	,116	1,394	,238	1,147	,112	,124	,810	,368	1,118
Links/Rechts	,161	,122	1,724	,189	1,174					
Unpolitisch						-,197	,362	,296	,586	,821
Grün/Alternativ						,135	,316	,184	,668	1,145
Konservativ						-,177	,307	,331	,565	,838
Liberal						-,335	,286	1,376	,241	,715
National						<b>-,602</b>	<b>,308</b>	<b>3,829</b>	<b>,050</b>	<b>,548</b>
Sozialdemokratisch						,022	,313	,005	,943	1,023
Sozialistisch						,275	,393	,490	,484	1,317
Betroffenheit	<b>-,674</b>	<b>,270</b>	<b>6,218</b>	<b>,013</b>	<b>,510</b>	<b>-,554</b>	<b>,277</b>	<b>3,994</b>	<b>,046</b>	<b>,575</b>
Konstante	,182	1,367	,018	,894	1,200	,948	1,278	,551	,458	2,581

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).



Tabelle 15a: Determinanten der Akzeptanz –Erhöhung Kapitalertragssteuer (KESt)

Abhängige Variable: Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt) geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Abgabenquote	,015	,011	1,882	,170	1,015	,011	,010	1,048	,306	1,011
Einkommen	-,052	,083	,394	,530	,949	,011	,087	,017	,895	1,011
Links/Rechts	,016	,085	,036	,849	1,016					
Unpolitisch						,015	,260	,003	,953	1,015
Grün/Alternativ						<b>,420</b>	<b>,232</b>	<b>3,275</b>	<b>,070</b>	<b>1,523</b>
Konservativ						-,043	,222	,037	,847	,958
Liberal						-,216	,212	1,042	,307	,806
National						-,001	,218	,000	,996	,999
Sozialdemokratisch						,203	,222	,838	,360	1,225
Sozialistisch						,367	,274	1,786	,181	1,443
Betroffenheit	<b>-,969</b>	<b>,198</b>	<b>24,004</b>	<b>,000</b>	<b>,380</b>	<b>-1,002</b>	<b>,206</b>	<b>23,700</b>	<b>,000</b>	<b>,367</b>
Konstante	,292	,459	,405	,524	1,339	-,036	,410	,008	,931	,965

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 15b: Determinanten der Akzeptanz –Erhöhung Kapitalertragssteuer (KESt)

Abhängige Variable: Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt) geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	e <sup><math>\beta</math></sup>	$\beta$	SF	Wald	Sig.	e <sup><math>\beta</math></sup>
Wichtigkeit	-,203	,222	,836	,361	,816	-,200	,226	,785	,376	,818
Fernsehen	,056	,409	,019	,891	1,058	,099	,417	,057	,812	1,104
Zeitungen	-,234	,417	,313	,576	,792	-,328	,450	,532	,466	,720
Internet	,293	,296	,979	,323	1,340	,339	,305	1,232	,267	1,403
Radio	,303	,290	1,093	,296	1,354	,282	,292	,934	,334	1,326
Politiker	-,141	,323	,189	,664	,869	-,062	,329	,035	,851	,940
Journalisten	<b>,545</b>	<b>,276</b>	<b>3,886</b>	<b>,049</b>	<b>1,725</b>	<b>,516</b>	<b>,283</b>	<b>3,325</b>	<b>,068</b>	<b>1,676</b>
Arbeitnehmersvertreter	-,331	,287	1,329	,249	,718	-,459	,304	2,277	,131	,632
Experten	-,056	,409	,019	,891	,946	,095	,429	,049	,825	1,099
Arbeitgebervertreter	-,239	,316	,576	,448	,787	-,224	,325	,475	,491	,799
Freunde/Bekannte	-,285	,275	1,075	,300	,752	-,176	,278	,403	,526	,838
Inflation	,032	,033	,968	,325	1,033	,005	,030	,025	,874	1,005
Abgabenquote	<b>,030</b>	<b>,015</b>	<b>3,747</b>	<b>,053</b>	<b>1,030</b>	,021	,015	2,072	,150	1,021
Geschlecht	,162	,308	,275	,600	1,175	,046	,313	,022	,883	1,047
Alter	-,003	,149	,000	,984	,997	-,023	,151	,024	,878	,977
Angestellt (Priv)	,549	,455	1,458	,227	1,732	,389	,460	,714	,398	1,475
Angestellt (Öff.)	,228	,545	,175	,675	1,257	,156	,544	,082	,774	1,169
Selbstständig	-,443	,581	,583	,445	,642	-,783	,610	1,647	,199	,457
Freier Dienstnehmer	-1,439	1,232	1,365	,243	,237	-1,499	1,303	1,323	,250	,223
Schüler	22,523	40192	,000	1,000	6,04E+9	,126	1,731	,005	,942	1,134
Student	,053	,993	,003	,958	1,054	-,119	,986	,015	,904	,888
Lehrling	,720	1,641	,192	,661	2,054	,720	1,662	,188	,665	2,054
Hausfrau	-,470	1,092	,185	,667	,625	-1,536	1,283	1,434	,231	,215
Pensionist	-,415	,686	,367	,545	,660	-,138	,724	,036	,848	,871
Arbeitslos	,125	,847	,022	,882	1,133	-,326	,809	,162	,687	,722
Sonstiges	,407	,651	,391	,532	1,502	,360	,648	,309	,578	1,434
Einkommen	<b>-,257</b>	<b>,141</b>	<b>3,338</b>	<b>,068</b>	<b>,773</b>	-,190	,144	1,741	,187	,827
Haushalt	,007	,105	,005	,945	1,007	-,034	,109	,097	,755	,966
Bildung	<b>,284</b>	<b>,120</b>	<b>5,648</b>	<b>,017</b>	<b>1,329</b>	<b>,260</b>	<b>,127</b>	<b>4,166</b>	<b>,041</b>	<b>1,297</b>
Links/Rechts	,096	,127	,575	,448	1,101					
Unpolitisch						,185	,356	,270	,604	1,203
Grün/Alternativ						,223	,312	,511	,475	1,250
Konservativ						-,274	,304	,810	,368	,760
Liberal						-,274	,282	,945	,331	,760
National						,130	,304	,182	,670	1,138
Sozialdemokratisch						-,069	,310	,049	,825	,934
Sozialistisch						,614	,385	2,547	,111	1,848
Betroffenheit	<b>-,785</b>	<b>,271</b>	<b>8,423</b>	<b>,004</b>	<b>,456</b>	<b>-,828</b>	<b>,277</b>	<b>8,964</b>	<b>,003</b>	<b>,437</b>
Konstante	-,322	1,367	,055	,814	,725	,296	1,272	,054	,816	1,344

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 16a: Determinanten der Akzeptanz –Höhere Verschuldung des Staates

Abhängige Variable: Höhere Verschuldung des Staates geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	<b>,028</b>	<b>,014</b>	<b>4,188</b>	<b>,041</b>	<b>1,029</b>	,020	,014	2,125	,145	1,020
Einkommen	-,067	,124	,292	,589	,935	<b>-,225</b>	<b>,126</b>	<b>3,191</b>	<b>,074</b>	<b>,799</b>
Links/Rechts	,105	,123	,730	,393	1,111					
Unpolitisch						-,681	,419	2,646	,104	,506
Grün/Alternativ						-,040	,324	,015	,901	,961
Konservativ						,192	,320	,361	,548	1,212
Liberal						,366	,304	1,449	,229	1,443
National						<b>-,769</b>	<b>,335</b>	<b>5,271</b>	<b>,022</b>	<b>,463</b>
Sozialdemokratisch						<b>,704</b>	<b>,335</b>	<b>4,415</b>	<b>,036</b>	<b>2,023</b>
Sozialistisch						,008	,371	,000	,983	1,008
Betroffenheit	<b>-,729</b>	<b>,291</b>	<b>6,263</b>	<b>,012</b>	<b>,482</b>	<b>-,865</b>	<b>,291</b>	<b>8,860</b>	<b>,003</b>	<b>,421</b>
Konstante	-1,937	,673	8,280	,004	,144	<b>-1,091</b>	<b>,589</b>	<b>3,438</b>	<b>,064</b>	<b>,336</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 16b: Determinanten der Akzeptanz –Höhere Verschuldung des Staates

Abhängige Variable: Höhere Verschuldung des Staates geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	-,410	,321	1,629	,202	,663	-,405	,335	1,465	,226	,667
Fernsehen	,362	,620	,340	,560	1,436	,357	,653	,299	,585	1,429
Zeitungen	<b>-1,226</b>	<b>,490</b>	<b>6,252</b>	<b>,012</b>	<b>,294</b>	<b>-1,534</b>	<b>,550</b>	<b>7,771</b>	<b>,005</b>	<b>,216</b>
Internet	,446	,460	,942	,332	1,562	,370	,488	,577	,448	1,448
Radio	-,277	,419	,437	,508	,758	-,272	,434	,393	,531	,762
Politiker	,575	,466	1,525	,217	1,778	,419	,480	,764	,382	1,521
Journalisten	-,308	,399	,596	,440	,735	-,290	,429	,459	,498	,748
Arbeitnehmersvertreter	-,166	,424	,154	,695	,847	-,303	,458	,438	,508	,739
Experten	-,467	,593	,621	,431	,627	-,348	,639	,296	,586	,706
Arbeitgebervertreter	-,120	,466	,067	,796	,887	-,135	,477	,081	,777	,873
Freunde/Bekannte	-,408	,398	1,050	,306	,665	-,371	,421	,777	,378	,690
Inflation	-,032	,039	,691	,406	,968	-,044	,042	1,073	,300	,957
Abgabenquote	,025	,021	1,456	,228	1,025	,018	,021	,777	,378	1,018
Geschlecht	-,583	,419	1,941	,164	,558	-,379	,438	,750	,387	,684
Alter	,080	,217	,135	,714	1,083	,101	,222	,206	,650	1,106
Angestellt (Priv)	<b>1,300</b>	<b>,666</b>	<b>3,804</b>	<b>,051</b>	<b>3,668</b>	<b>1,564</b>	<b>,687</b>	<b>5,190</b>	<b>,023</b>	<b>4,779</b>
Angestellt (Öff.)	,590	,803	,539	,463	1,803	1,203	,810	2,206	,138	3,330
Selbstständig	-,978	1,210	,653	,419	,376	-1,104	1,284	,739	,390	,331
Freier Dienstnehmer	1,751	1,120	2,443	,118	5,761	,765	1,391	,302	,583	2,148
Schüler	-17,344	40192	,000	1,000	,000	-17,088	28252	,000	1,000	,000
Student	-,534	1,591	,113	,737	,586	-1,309	1,700	,593	,441	,270
Lehrling	-19,223	28203	,000	,999	,000	-18,969	28383	,000	,999	,000
Hausfrau	,823	1,364	,364	,547	2,277	1,403	1,381	1,031	,310	4,066
Pensionist	-,770	1,315	,343	,558	,463	-,659	1,436	,211	,646	,517
Arbeitslos	-19,301	13351	,000	,999	,000	-,759	1,326	,328	,567	,468
Sonstiges	1,111	,740	2,251	,134	3,037	<b>1,732</b>	<b>,791</b>	<b>4,795</b>	<b>,029</b>	<b>5,651</b>
Einkommen	-,335	,204	2,690	,101	,715	<b>-,561</b>	<b>,221</b>	<b>6,414</b>	<b>,011</b>	<b>,571</b>
Haushalt	,039	,155	,062	,803	1,040	-,036	,165	,046	,830	,965
Bildung	,190	,175	1,174	,279	1,209	,234	,187	1,561	,211	1,263
Links/Rechts	,124	,176	,493	,483	1,132					
Unpolitisch						<b>-1,007</b>	<b>,593</b>	<b>2,884</b>	<b>,089</b>	<b>,365</b>
Grün/Alternativ						-,760	,473	2,583	,108	,468
Konservativ						-,256	,464	,303	,582	,774
Liberal						,227	,428	,282	,595	1,255
National						-,606	,465	1,696	,193	,546
Sozialdemokratisch						,453	,475	,910	,340	1,573
Sozialistisch						,097	,532	,034	,855	1,102
Betroffenheit	<b>-,744</b>	<b>,396</b>	<b>3,525</b>	<b>,060</b>	<b>,475</b>	<b>-,703</b>	<b>,416</b>	<b>2,856</b>	<b>,091</b>	<b>,495</b>
Konstante	-,051	1,977	,001	,980	,951	1,468	1,905	,594	,441	4,340

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 17a: Determinanten der Akzeptanz – Kürzung von Sozialleistungen

Abhängige Variable: Kürzung von Sozialleistungen geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,000	,016	,001	,982	1,000	,001	,016	,002	,967	1,001
Einkommen	,016	,120	,017	,896	1,016	,073	,130	,318	,573	1,076
Links/Rechts	-,131	,126	1,081	,298	,877					
Unpolitisch						<b>,976</b>	<b>,336</b>	<b>8,460</b>	<b>,004</b>	<b>2,654</b>
Grün/Alternativ						-,108	,391	,076	,783	,898
Konservativ						,388	,312	1,551	,213	1,475
Liberal						-,464	,324	2,057	,151	,629
National						<b>,978</b>	<b>,313</b>	<b>9,735</b>	<b>,002</b>	<b>2,658</b>
Sozialdemokratisch						-,298	,328	,825	,364	,742
Sozialistisch						,480	,393	1,492	,222	1,616
Betroffenheit	<b>-,745</b>	<b>,297</b>	<b>6,283</b>	<b>,012</b>	<b>,475</b>	<b>-,839</b>	<b>,317</b>	<b>6,993</b>	<b>,008</b>	<b>,432</b>
Konstante	<b>-1,192</b>	<b>,643</b>	<b>3,435</b>	<b>,064</b>	<b>,304</b>	<b>-2,338</b>	<b>,627</b>	<b>13,899</b>	<b>,000</b>	<b>,097</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 17b: Determinanten der Akzeptanz – Kürzung von Sozialleistungen

Abhängige Variable: Kürzung von Sozialleistungen geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	B	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	,358	,340	1,105	,293	1,430	,305	,358	,724	,395	1,356
Fernsehen	-,817	,534	2,345	,126	,442	-,613	,621	,974	,324	,542
Zeitungen	1,152	,762	2,285	,131	3,166	,467	,785	,354	,552	1,596
Internet	-,024	,478	,003	,960	,976	,176	,531	,110	,740	1,193
Radio	-,494	,444	1,238	,266	,610	-,344	,483	,505	,477	,709
Politiker	-,094	,517	,033	,856	,910	-,199	,607	,107	,743	,820
Journalisten	,228	,434	,275	,600	1,256	,004	,464	,000	,992	1,004
Arbeitnehmersvertreter	-,590	,438	1,816	,178	,554	-,668	,530	1,589	,207	,513
Experten	-,596	,593	1,008	,315	,551	-,038	,711	,003	,957	,963
Arbeitgebervertreter	-,306	,482	,402	,526	,737	-,226	,568	,158	,691	,798
Freunde/Bekannte	,017	,417	,002	,968	1,017	-,433	,468	,857	,355	,649
Inflation	,008	,041	,040	,841	1,008	-,027	,052	,281	,596	,973
Abgabenquote	-,023	,027	,745	,388	,977	-,003	,026	,014	,907	,997
Geschlecht	-,159	,519	,094	,759	,853	,164	,596	,076	,783	1,179
Alter	<b>-,503</b>	<b>,225</b>	<b>4,977</b>	<b>,026</b>	<b>,605</b>	<b>-,407</b>	<b>,237</b>	<b>2,954</b>	<b>,086</b>	<b>,666</b>
Angestellt (Priv)	,046	,777	,003	,953	1,047	,133	,817	,027	,871	1,142
Angestellt (Öff.)	,133	,892	,022	,881	1,143	-,032	,925	,001	,972	,968
Selbstständig	,491	,833	,348	,555	1,634	-,127	,941	,018	,892	,880
Freier Dienstnehmer	<b>2,271</b>	<b>1,228</b>	<b>3,420</b>	<b>,064</b>	<b>9,685</b>	<b>3,245</b>	<b>1,393</b>	<b>5,423</b>	<b>,020</b>	<b>25,652</b>
Schüler	-21,356	40192	,000	1,000	,000	-20,758	27924	,000	,999	,000
Student	-1,096	1,546	,502	,478	,334	-,788	1,610	,240	,625	,455
Lehrling	-19,356	28353	,000	,999	,000	-19,479	28331	,000	,999	,000
Hausfrau	,508	1,392	,133	,715	1,662	,881	1,524	,334	,563	2,413
Pensionist	,363	1,035	,123	,726	1,437	-,096	1,320	,005	,942	,909
Arbeitslos	-,378	1,189	,101	,751	,685	-,060	1,248	,002	,962	,942
Sonstiges	-18,928	10584	,000	,999	,000	-18,993	10530	,000	,999	,000
Einkommen	,179	,196	,835	,361	1,196	,190	,217	,764	,382	1,209
Haushalt	-,029	,145	,039	,843	,972	-,028	,158	,031	,859	,972
Bildung	<b>-,311</b>	<b>,186</b>	<b>2,802</b>	<b>,094</b>	<b>,733</b>	-,133	,204	,426	,514	,875
Links/Rechts	-,216	,192	1,266	,261	,806					
Unpolitisch						<b>,901</b>	<b>,530</b>	<b>2,893</b>	<b>,089</b>	<b>2,463</b>
Grün/Alternativ						,205	,572	,129	,720	1,228
Konservativ						,340	,508	,448	,503	1,405
Liberal						-,371	,483	,591	,442	,690
National						<b>1,284</b>	<b>,511</b>	<b>6,318</b>	<b>,012</b>	<b>3,610</b>
Sozialdemokratisch						-,285	,516	,306	,580	,752
Sozialistisch						,059	,678	,008	,931	1,061
Betroffenheit	<b>-,798</b>	<b>,437</b>	<b>3,330</b>	<b>,068</b>	<b>,450</b>	<b>-,843</b>	<b>,477</b>	<b>3,131</b>	<b>,077</b>	<b>,430</b>
Konstante	1,740	2,014	,746	,388	5,695	-,756	1,954	,150	,699	,469

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 18a: Determinanten der Akzeptanz – Kürzung von Subventionen für Unternehmen

Abhängige Variable: Kürzung von Subventionen für Unternehmen geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	B	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,006	,011	,351	,553	1,006	,000	,010	,000	,999	1,000
Einkommen	,107	,082	1,690	,194	1,112	,083	,085	,962	,327	1,086
Links/Rechts	,077	,083	,858	,354	1,080					
Unpolitisch						,167	,257	,422	,516	1,181
Grün/Alternativ						,296	,229	1,664	,197	1,344
Konservativ						,212	,220	,925	,336	1,236
Liberal						-,105	,210	,252	,616	,900
National						,021	,217	,009	,924	1,021
Sozialdemokratisch						,319	,220	2,097	,148	1,376
Sozialistisch						,249	,269	,858	,354	1,283
Betroffenheit	,157	,263	,359	,549	1,171	,104	,272	,147	,702	1,110
Konstante	<b>-,864</b>	<b>,442</b>	<b>3,819</b>	<b>,051</b>	<b>,422</b>	<b>-,855</b>	<b>,400</b>	<b>4,563</b>	<b>,033</b>	<b>,425</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 18b: Determinanten der Akzeptanz – Kürzung von Subventionen für Unternehmen

Abhängige Variable: Kürzung von Subventionen für Unternehmen geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	,200	,221	,813	,367	1,221	,372	,231	2,587	,108	1,451
Fernsehen	-,432	,405	1,140	,286	,649	-,500	,414	1,455	,228	,607
Zeitungen	-,294	,415	,501	,479	,745	-,046	,449	,011	,918	,955
Internet	,436	,293	2,219	,136	1,547	,435	,309	1,974	,160	1,544
Radio	,220	,289	,579	,447	1,246	,188	,298	,397	,529	1,207
Politiker	-,434	,314	1,913	,167	,648	-,443	,325	1,861	,172	,642
Journalisten	,167	,272	,375	,540	1,181	,029	,287	,010	,919	1,030
Arbeitnehmervertreter	-,145	,283	,262	,609	,865	-,058	,305	,036	,849	,944
Experten	-,154	,400	,148	,700	,857	,085	,425	,040	,842	1,089
Arbeitgebervertreter	-,136	,307	,197	,657	,873	-,352	,323	1,186	,276	,703
Freunde/Bekannte	-,395	,267	2,184	,139	,674	-,367	,277	1,746	,186	,693
Inflation	,002	,032	,005	,941	1,002	-,012	,032	,138	,711	,988
Abgabenquote	,012	,015	,679	,410	1,012	,002	,014	,029	,864	1,002
Geschlecht	,207	,301	,473	,492	1,230	,059	,310	,037	,848	1,061
Alter	<b>,268</b>	<b>,151</b>	<b>3,134</b>	<b>,077</b>	<b>1,307</b>	<b>,337</b>	<b>,158</b>	<b>4,535</b>	<b>,033</b>	<b>1,401</b>
Angestellt (Priv)	,555	,455	1,486	,223	1,741	,448	,468	,917	,338	1,565
Angestellt (Öff.)	,188	,541	,121	,728	1,207	,025	,549	,002	,964	1,025
Selbstständig	<b>1,010</b>	<b>,564</b>	<b>3,206</b>	<b>,073</b>	<b>2,747</b>	<b>1,194</b>	<b>,585</b>	<b>4,159</b>	<b>,041</b>	<b>3,301</b>
Freier Dienstnehmer	<b>2,611</b>	<b>1,219</b>	<b>4,591</b>	<b>,032</b>	<b>13,613</b>	<b>2,654</b>	<b>1,266</b>	<b>4,399</b>	<b>,036</b>	<b>14,213</b>
Schüler	23,337	40192	,000	1,000	1,36E+10	23,304	40192,970	,000	1,000	1,32E+10
Student	-,486	1,075	,204	,651	,615	-,416	1,088	,146	,702	,660
Lehrling	-	28420	,000	,999	,000	-	28290	,000	,999	,000
Hausfrau	<b>2,353</b>	<b>1,224</b>	<b>3,695</b>	<b>,055</b>	<b>10,518</b>	<b>2,454</b>	<b>1,252</b>	<b>3,843</b>	<b>,050</b>	<b>11,633</b>
Pensionist	-,304	,690	,195	,659	,738	-,1219	,874	1,944	,163	,295
Arbeitslos	,207	,730	,080	,777	1,230	-,010	,704	,000	,988	,990
Sonstiges	-,126	,674	,035	,852	,882	-,164	,693	,056	,813	,849
Einkommen	,075	,136	,305	,581	1,078	,043	,141	,091	,763	1,043
Haushalt	-,029	,106	,075	,784	,971	-,033	,110	,088	,766	,968
Bildung	,050	,114	,197	,657	1,052	,130	,124	1,099	,295	1,139
Links/Rechts	,153	,119	1,645	,200	1,166					
Unpolitisch						-,012	,349	,001	,973	,988
Grün/Alternativ						,039	,317	,015	,903	1,039
Konservativ						,256	,307	,699	,403	1,292
Liberal						-,150	,287	,275	,600	,860
National						,418	,309	1,830	,176	1,519
Sozialdemokratisch						<b>,604</b>	<b>,318</b>	<b>3,619</b>	<b>,057</b>	<b>1,830</b>
Sozialistisch						,143	,378	,142	,706	1,153
Betroffenheit	,212	,388	,297	,586	1,236	,145	,399	,132	,716	1,156
Konstante	<b>-2,321</b>	<b>1,371</b>	<b>2,866</b>	<b>,090</b>	<b>,098</b>	<b>-2,937</b>	<b>1,331</b>	<b>4,869</b>	<b>,027</b>	<b>,053</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koefizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).



Tabelle 19a: Determinanten der Akzeptanz – Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung

Abhängige Variable: Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,012	,012	1,083	,298	,988	-,012	,012	,993	,319	,988
Einkommen	<b>,225</b>	<b>,098</b>	<b>5,250</b>	<b>,022</b>	<b>1,252</b>	<b>,261</b>	<b>,105</b>	<b>6,160</b>	<b>,013</b>	<b>1,298</b>
Links/Rechts	-,023	,100	,053	,817	,977					
Unpolitisch						<b>,714</b>	<b>,343</b>	<b>4,330</b>	<b>,037</b>	<b>2,043</b>
Grün/Alternativ						,366	,286	1,644	,200	1,442
Konservativ						,320	,274	1,362	,243	1,377
Liberal						,292	,256	1,302	,254	1,339
National						<b>,496</b>	<b>,268</b>	<b>3,415</b>	<b>,065</b>	<b>1,642</b>
Sozialdemokratisch						-,253	,274	,854	,355	,777
Sozialistisch						<b>-,761</b>	<b>,297</b>	<b>6,565</b>	<b>,010</b>	<b>,467</b>
Betroffenheit	<b>-,932</b>	<b>,260</b>	<b>12,848</b>	<b>,000</b>	<b>,394</b>	<b>-,942</b>	<b>,279</b>	<b>11,378</b>	<b>,001</b>	<b>,390</b>
Konstante	,840	,514	2,673	,102	2,317	,397	,461	,744	,388	1,488

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 19b: Determinanten der Akzeptanz – Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung

Abhängige Variable: Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung geeignet zur Finanzierung der Steuerreform

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	,339	,299	1,280	,258	1,403	,487	,321	2,307	,129	1,628
Fernsehen	,652	,461	2,002	,157	1,920	<b>1,158</b>	<b>,506</b>	<b>5,243</b>	<b>,022</b>	<b>3,184</b>
Zeitungen	<b>1,304</b>	<b>,510</b>	<b>6,543</b>	<b>,011</b>	<b>3,685</b>	<b>1,279</b>	<b>,564</b>	<b>5,155</b>	<b>,023</b>	<b>3,595</b>
Internet	,409	,407	1,012	,314	1,506	,426	,443	,924	,337	1,531
Radio	-,281	,383	,538	,463	,755	-,407	,419	,947	,331	,665
Politiker	-,055	,425	,017	,897	,947	-,116	,456	,064	,800	,891
Journalisten	,587	,361	2,643	,104	1,799	<b>,731</b>	<b>,399</b>	<b>3,359</b>	<b>,067</b>	<b>2,076</b>
Arbeitnehmervertreter	<b>-,742</b>	<b>,385</b>	<b>3,710</b>	<b>,054</b>	<b>,476</b>	-,509	,433	1,378	,240	,601
Experten	,611	,514	1,413	,235	1,842	,867	,568	2,328	,127	2,380
Arbeitgebervertreter	,352	,399	,776	,378	1,421	,280	,441	,403	,526	1,323
Freunde/Bekannte	,238	,357	,447	,504	1,269	,207	,388	,283	,595	1,229
Inflation	-,011	,035	,111	,739	,989	-,019	,038	,258	,611	,981
Abgabenquote	,004	,018	,039	,844	1,004	,008	,019	,179	,672	1,008
Geschlecht	,254	,381	,443	,506	1,289	,325	,416	,611	,434	1,384
Alter	,270	,207	1,702	,192	1,310	,336	,232	2,102	,147	1,400
Angestellt (Priv)	-,186	,616	,091	,763	,830	-,192	,678	,080	,777	,826
Angestellt (Öff.)	<b>-1,519</b>	<b>,698</b>	<b>4,733</b>	<b>,030</b>	<b>,219</b>	<b>-1,800</b>	<b>,766</b>	<b>5,524</b>	<b>,019</b>	<b>,165</b>
Selbstständig	1,194	1,022	1,367	,242	3,302	2,023	1,441	1,971	,160	7,564
Freier Dienstnehmer	-,988	1,123	,773	,379	,372	-,906	1,288	,495	,482	,404
Schüler	20,551	40192	,000	1,000	8,41E+8	-1,156	1,829	,399	,527	,315
Student	-,632	1,130	,313	,576	,532	-,104	1,246	,007	,934	,902
Lehrling	-,108	1,874	,003	,954	,898	-,178	2,041	,008	,930	,837
Hausfrau	20,151	17537	,000	,999	5,64E+8	19,672	17043,223	,000	,999	3,49E+8
Pensionist	2,336	1,498	2,432	,119	10,344	1,918	1,633	1,379	,240	6,809
Arbeitslos	19,776	12571	,000	,999	3,87E+8	19,718	1,19E+4	,000	,999	3,6 E+8
Sonstiges	<b>-1,515</b>	<b>,664</b>	<b>5,208</b>	<b>,022</b>	<b>,220</b>	<b>-1,551</b>	<b>,774</b>	<b>4,016</b>	<b>,045</b>	<b>,212</b>
Einkommen	,302	,189	2,542	,111	1,352	<b>,471</b>	<b>,214</b>	<b>4,849</b>	<b>,028</b>	<b>1,601</b>
Haushalt	,231	,146	2,522	,112	1,260	,164	,152	1,151	,283	1,178
Bildung	-,012	,157	,006	,941	,988	,014	,176	,006	,939	1,014
Links/Rechts	-,072	,153	,221	,638	,931					
Unpolitisch						,860	,526	2,676	,102	2,364
Grün/Alternativ						<b>1,009</b>	<b>,468</b>	<b>4,648</b>	<b>,031</b>	<b>2,743</b>
Konservativ						-,204	,427	,228	,633	,816
Liberal						-,331	,395	,704	,402	,718
National						,427	,452	,892	,345	1,533
Sozialdemokratisch						<b>-,807</b>	<b>,464</b>	<b>3,023</b>	<b>,082</b>	<b>,446</b>
Sozialistisch						-,573	,469	1,487	,223	,564
Betroffenheit	<b>-,952</b>	<b>,404</b>	<b>5,561</b>	<b>,018</b>	<b>,386</b>	<b>-1,181</b>	<b>,453</b>	<b>6,806</b>	<b>,009</b>	<b>,307</b>
Konstante	-3,639	1,844	3,894	,048	,026	-5,202	1,948	7,136	,008	,006

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 20a1: Abhängigkeit der Höhe des Einkommens von persönlicher Leistung

Abhängige Variable:	Hängt in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab:														
	Hängt von der Leistung ab					Sowohl als auch					Hängt nicht von der Leistung ab				
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,010	,011	,807	,369	,990	-,009	,016	,354	,552	,991	<b>,019</b>	<b>,010</b>	<b>3,369</b>	<b>,066</b>	<b>1,019</b>
Einkommen	,096	,082	1,391	,238	1,101	,109	,110	,980	,322	1,115	-,076	,079	,923	,337	,927
Links/Rechts	<b>-,161</b>	<b>,086</b>	<b>3,452</b>	<b>,063</b>	<b>,852</b>	<b>,240</b>	<b>,112</b>	<b>4,595</b>	<b>,032</b>	<b>1,271</b>	,032	,081	,158	,691	1,033
Konstante	-,292	,441	,438	,508	,747	<b>-2,909</b>	<b>,621</b>	<b>21,961</b>	<b>,000</b>	<b>,055</b>	-,149	,421	,125	,724	,862

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 20a2: Abhängigkeit der Höhe des Einkommens von persönlicher Leistung

Variable	Hängt in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab:														
	Hängt von der Leistung ab					Sowohl als auch					Hängt nicht von der Leistung ab				
	B	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>	β	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>	β	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>
Wichtigkeit	,029	,229	,016	,900	1,029	,172	,340	,257	,612	1,188	-,183	,226	,658	,417	,833
Fernsehen	,375	,419	,800	,371	1,455	,596	,690	,745	,388	1,814	-,381	,404	,892	,345	,683
Zeitungen	,106	,418	,064	,800	1,112	,244	,711	,118	,731	1,276	-,244	,399	,373	,542	,784
Internet	,327	,305	1,144	,285	1,386	-,588	,437	1,812	,178	,556	-,003	,295	,000	,992	,997
Radio	,306	,294	1,083	,298	1,358	,282	,431	,429	,512	1,326	-,393	,285	1,908	,167	,675
Politiker	<b>,587</b>	<b>,318</b>	<b>3,400</b>	<b>,065</b>	<b>1,799</b>	,144	,439	,108	,743	1,155	-,463	,317	2,128	,145	,629
Journalisten	,042	,277	,023	,878	1,043	<b>1,036</b>	<b>,409</b>	<b>6,430</b>	<b>,011</b>	<b>2,818</b>	-,424	,272	2,434	,119	,654
Arbeitnehmervertreter	,046	,285	,026	,873	1,047	-,450	,411	1,198	,274	,637	,081	,278	,084	,772	1,084
Experten	-,390	,419	,867	,352	,677	,883	,721	1,500	,221	2,418	,109	,407	,072	,789	1,115
Arbeitgebervertreter	,085	,322	,070	,791	1,089	,493	,503	,960	,327	1,637	-,090	,309	,085	,770	,914
Freunde/Bekannte	,010	,273	,001	,972	1,010	-,294	,400	,540	,462	,745	,140	,265	,278	,598	1,150
Inflation	-,027	,035	,602	,438	,973	-,120	,122	,968	,325	,887	,044	,034	1,637	,201	1,045
Abgabenquote	,007	,016	,216	,642	1,007	-,009	,023	,164	,685	,991	,006	,015	,169	,681	1,006
Geschlecht	<b>1,024</b>	<b>,322</b>	<b>10,089</b>	<b>,001</b>	<b>2,784</b>	-,377	,433	,758	,384	,686	<b>-,704</b>	<b>,297</b>	<b>5,604</b>	<b>,018</b>	<b>,495</b>
Alter	-,039	,152	,067	,795	,961	,347	,239	2,115	,146	1,415	-,091	,150	,372	,542	,913
Angestellt (Priv)	-,638	,473	1,814	,178	,529	,242	,679	,127	,722	1,273	,518	,456	1,289	,256	1,678
Angestellt (Öff.)	<b>-1,004</b>	<b>,573</b>	<b>3,072</b>	<b>,080</b>	<b>,366</b>	1,134	,757	2,241	,134	3,107	,416	,542	,590	,442	1,516
Selbstständig	-,159	,554	,082	,774	,853	,632	,802	,621	,431	1,882	-,241	,577	,174	,676	,786
Freier Dienstnehmer	-2,039	1,274	2,561	,110	,130	-19,368	14662	,000	,999	,000	<b>2,410</b>	<b>1,248</b>	<b>3,727</b>	<b>,054</b>	<b>11,130</b>
Schüler	-21,035	40192	,000	1,000	,000	-16,331	40192	,000	1,000	,000	20,913	40192	,000	1,000	1,20E+9
Student	-,022	,941	,001	,982	,979	2,586	1,607	2,588	,108	13,272	-,1296	,958	1,832	,176	,274
Lehrling	-21,358	28172	,000	,999	,000	-15,769	27847	,000	1,000	,000	20,739	27784	,000	,999	1,01E+9
Hausfrau	-20,113	17884	,000	,999	,000	1,712	1,392	1,513	,219	5,542	-,097	1,028	,009	,925	,907
Pensionist	-,339	,653	,270	,603	,712	-,110	,917	,014	,905	,896	,426	,650	,428	,513	1,531
Arbeitslos	-1,106	,851	1,686	,194	,331	-18,962	13110	,000	,999	,000	<b>1,729</b>	<b>,857</b>	<b>4,075</b>	<b>,044</b>	<b>5,637</b>
Sonstiges	-1,027	,801	1,643	,200	,358	,378	,860	,193	,661	1,459	,872	,647	1,816	,178	2,391
Einkommen	,032	,141	,053	,819	1,033	<b>,447</b>	<b>,199</b>	<b>5,037</b>	<b>,025</b>	<b>1,563</b>	-,207	,139	2,228	,136	,813
Haushalt	,152	,105	2,097	,148	1,164	,026	,168	,025	,875	1,027	-,172	,107	2,596	,107	,842
Bildung	,136	,118	1,338	,247	1,146	,027	,177	,023	,880	1,027	-,109	,116	,879	,348	,897
Links/Rechts	<b>-,320</b>	<b>,132</b>	<b>5,861</b>	<b>,015</b>	<b>,726</b>	,253	,183	1,910	,167	1,288	<b>,233</b>	<b>,122</b>	<b>3,678</b>	<b>,055</b>	<b>1,263</b>
Konstante	-1,298	1,374	,892	,345	,273	<b>-8,352</b>	<b>2,357</b>	<b>12,557</b>	<b>,000</b>	<b>,000</b>	<b>2,343</b>	<b>1,357</b>	<b>2,983</b>	<b>,084</b>	<b>10,414</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 20b1: Abhängigkeit der Höhe des Einkommens von persönlicher Leistung

Abhängige Variable: Hängt in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab:

Variable	Hängt von der Leistung ab					Sowohl als auch					Hängt nicht von der Leistung ab				
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,007	,011	,465	,495	,993	-,019	,016	1,349	,246	,981	<b>,020</b>	<b>,010</b>	<b>3,693</b>	<b>,055</b>	<b>1,020</b>
Einkommen	,059	,084	,491	,483	1,061	,177	,117	2,281	,131	1,193	-,087	,082	1,120	,290	,917
Unpolitisch	-,165	,260	,402	,526	,848	<b>,706</b>	<b>,329</b>	<b>4,620</b>	<b>,032</b>	<b>2,026</b>	-,277	,250	1,229	,268	,758
Grün/Alternativ	-,123	,233	,278	,598	,884	<b>,605</b>	<b>,309</b>	<b>3,841</b>	<b>,050</b>	<b>1,831</b>	-,308	,224	1,898	,168	,735
Konservativ	,338	,215	2,457	,117	1,402	<b>,517</b>	<b>,298</b>	<b>3,014</b>	<b>,083</b>	<b>1,676</b>	<b>-,522</b>	<b>,213</b>	<b>5,972</b>	<b>,015</b>	<b>,594</b>
Liberal	,105	,210	,249	,618	1,111	-,067	,292	,053	,817	,935	-,131	,203	,416	,519	,877
National	,157	,217	,525	,469	1,170	-,168	,309	,296	,586	,845	-,019	,209	,008	,927	,981
Sozialdemokratisch	-,307	,216	2,019	,155	,736	<b>,524</b>	<b>,318</b>	<b>2,718</b>	<b>,099</b>	<b>1,689</b>	,135	,212	,405	,524	1,144
Sozialistisch	-,453	,292	2,411	,120	,636	-,068	,377	,033	,856	,934	,342	,264	1,682	,195	1,408
Konstante	-,628	,388	2,616	,106	,534	<b>-3,038</b>	<b>,586</b>	<b>26,896</b>	<b>,000</b>	<b>,048</b>	,255	,376	,459	,498	1,291

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 20b2: Abhängigkeit der Höhe des Einkommens von persönlicher Leistung

Abhängige Variable: Hängt in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab:

Variable	Hängt von der Leistung ab					Sowohl als auch					Hängt nicht von der Leistung ab				
	B	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>	β	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>	β	SF	Wald	Sig.	e <sup>β</sup>
Wichtigkeit	,063	,230	,076	,783	1,065	,322	,350	,846	,358	1,380	-,166	,230	,518	,472	,847
Fernsehen	,323	,416	,604	,437	1,382	,850	,716	1,408	,235	2,339	-,507	,419	1,463	,226	,603
Zeitungen	-,724	,443	2,674	,102	,485	<b>2,171</b>	<b>1,151</b>	<b>3,560</b>	<b>,059</b>	<b>8,771</b>	,039	,443	,008	,930	1,040
Internet	,483	,323	2,240	,134	1,621	-,709	,467	2,306	,129	,492	-,169	,312	,294	,587	,844
Radio	,309	,300	1,056	,304	1,361	,425	,451	,887	,346	1,529	-,478	,297	2,591	,107	,620
Politiker	<b>,803</b>	<b>,326</b>	<b>6,076</b>	<b>,014</b>	<b>2,232</b>	,142	,469	,092	,762	1,152	<b>-,789</b>	<b>,336</b>	<b>5,506</b>	<b>,019</b>	<b>,454</b>
Journalisten	,170	,285	,358	,549	1,186	<b>,901</b>	<b>,423</b>	<b>4,545</b>	<b>,033</b>	<b>2,462</b>	<b>-,452</b>	<b>,284</b>	<b>2,532</b>	<b>,112</b>	<b>,636</b>
Arbeitnehmervertreter	,038	,302	,016	,899	1,039	-,370	,462	,643	,423	,691	,117	,297	,156	,693	1,124
Experten	-,450	,434	1,075	,300	,637	1,415	,893	2,511	,113	4,117	,228	,438	,271	,603	1,256
Arbeitgebervertreter	-,013	,334	,002	,968	,987	-,002	,521	,000	,997	,998	,159	,326	,238	,626	1,172
Freunde/Bekannte	,046	,282	,027	,870	1,047	-,056	,422	,018	,894	,945	,137	,277	,246	,620	1,147
Inflation	-,017	,032	,298	,585	,983	-,141	,152	,859	,354	,869	,036	,032	1,269	,260	1,037
Abgabenquote	,004	,015	,086	,769	1,004	-,025	,025	1,004	,316	,975	,012	,015	,621	,431	1,012
Geschlecht	<b>1,098</b>	<b>,333</b>	<b>10,835</b>	<b>,001</b>	<b>2,997</b>	-,481	,451	1,138	,286	,618	<b>-,758</b>	<b>,311</b>	<b>5,927</b>	<b>,015</b>	<b>,468</b>
Alter	-,070	,153	,211	,646	,932	,247	,252	,964	,326	1,281	-,043	,151	,080	,777	,958
Angestellt (Priv)	-,730	,483	2,284	,131	,482	-,500	,728	,472	,492	,606	<b>,833</b>	<b>,465</b>	<b>3,215</b>	<b>,073</b>	<b>2,301</b>
Angestellt (Öff.)	<b>-1,081</b>	<b>,564</b>	<b>3,674</b>	<b>,055</b>	<b>,339</b>	,554	,806	,473	,492	1,740	,889	,550	2,614	,106	2,433
Selbstständig	-,778	,601	1,676	,195	,460	,166	,820	,041	,840	1,180	,531	,602	,778	,378	1,700
Freier Dienstnehmer	-1,939	1,338	2,100	,147	,144	-18,782	16410	,000	,999	,000	<b>2,376</b>	<b>1,312</b>	<b>3,281</b>	<b>,070</b>	<b>10,758</b>
Schüler	-,420	1,649	,065	,799	,657	-16,113	27373	,000	1,000	,000	,431	1,704	,064	,800	1,539
Student	-,376	,937	,161	,688	,687	2,145	1,655	1,680	,195	8,545	-,726	,950	,585	,445	,484
Lehrling	-21,271	2,78E+4	,000	,999	,000	-15,426	27726	,000	1,000	,000	20,737	27214	,000	,999	1,01E+9
Hausfrau	-20,348	1,75E+4	,000	,999	,000	-18,701	17480	,000	,999	,000	1,414	1,244	1,292	,256	4,113
Pensionist	-,243	,732	,110	,740	,785	-,136	,988	,019	,891	,873	,188	,722	,068	,794	1,207
Arbeitslos	-,644	,767	,704	,401	,525	-19,184	11776	,000	,999	,000	<b>1,241</b>	<b>,753</b>	<b>2,715</b>	<b>,099</b>	<b>3,460</b>
Sonstiges	-,560	,717	,610	,435	,571	,080	,937	,007	,932	1,083	,664	,678	,960	,327	1,943
Einkommen	,091	,143	,401	,526	1,095	<b>,528</b>	<b>,210</b>	<b>6,335</b>	<b>,012</b>	<b>1,695</b>	<b>-,282</b>	<b>,143</b>	<b>3,881</b>	<b>,049</b>	<b>,755</b>
Haushalt	,322	,770	,175	,676	1,379	,128	,184	,486	,486	1,137	-,176	,110	2,570	,109	,838
Bildung	,075	,128	,341	,559	1,078	-,067	,197	,116	,733	,935	-,007	,126	,003	,954	,993
Unpolitisch	-,074	,359	,043	,836	,929	<b>1,096</b>	<b>,494</b>	<b>4,920</b>	<b>,027</b>	<b>2,993</b>	-,478	,356	1,811	,178	,620
Grün/Alternativ	,378	,326	1,342	,247	1,459	<b>1,111</b>	<b>,448</b>	<b>6,162</b>	<b>,013</b>	<b>3,039</b>	<b>-,945</b>	<b>,335</b>	<b>7,983</b>	<b>,005</b>	<b>,389</b>
Konservativ	,253	,306	,682	,409	1,288	,342	,445	,591	,442	1,408	-,439	,309	2,020	,155	,645
Liberal	,083	,289	,082	,775	1,086	,036	,412	,008	,930	1,037	-,167	,288	,335	,563	,846
National	<b>,611</b>	<b>,315</b>	<b>3,756</b>	<b>,053</b>	<b>1,842</b>	-,265	,469	,319	,572	,767	-,513	,313	2,694	,101	,599
Sozialdemokratisch	<b>-,723</b>	<b>,318</b>	<b>5,167</b>	<b>,023</b>	<b>,485</b>	,587	,476	1,518	,218	1,799	<b>,522</b>	<b>,315</b>	<b>2,752</b>	<b>,097</b>	<b>1,685</b>
Sozialistisch	-,326	,417	,612	,434	,722	,169	,588	,082	,774	1,184	,342	,387	,783	,376	1,408
Konstante	-1,148	1,252	,841	,359	,317	<b>-10,266</b>	<b>2,673</b>	<b>14,754</b>	<b>,000</b>	<b>,000</b>	<b>2,778</b>	<b>1,291</b>	<b>4,633</b>	<b>,031</b>	<b>16,089</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 21a2: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat mehr tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Antwort: Der Staat soll MEHR tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,254	,253	1,011	,315	,776	-,087	,258	,112	,737	,917
Fernsehen	,669	,426	2,464	,117	1,952	,479	,433	1,228	,268	1,615
Zeitungen	-,185	,476	,151	,698	,831	,277	,515	,288	,591	1,319
Internet	,180	,350	,263	,608	1,197	,066	,367	,032	,857	1,068
Radio	,221	,334	,439	,508	1,248	,251	,343	,533	,465	1,285
Politiker	-,066	,376	,031	,861	,936	-,033	,384	,007	,932	,968
Journalisten	,113	,317	,128	,721	1,120	,032	,323	,010	,921	1,033
Arbeitnehmersvertreter	<b>,620</b>	<b>,324</b>	<b>3,671</b>	<b>,055</b>	<b>1,859</b>	,352	,338	1,085	,298	1,422
Experten	,161	,473	,116	,733	1,175	,109	,494	,049	,825	1,115
Arbeitgebervertreter	-,066	,370	,032	,859	,936	,121	,388	,098	,754	1,129
Freunde/Bekannte	-,012	,315	,001	,970	,988	,179	,323	,307	,580	1,196
Inflation	<b>,127</b>	<b>,070</b>	<b>3,277</b>	<b>,070</b>	<b>1,135</b>	,093	,058	2,559	,110	1,098
Abgabenquote	-,013	,018	,551	,458	,987	<b>-,028</b>	<b>,017</b>	<b>2,836</b>	<b>,092</b>	<b>,972</b>
Geschlecht	-,525	,376	1,947	,163	,592	-,452	,384	1,382	,240	,637
Alter	,279	,171	2,674	,102	1,322	,278	,170	2,664	,103	1,321
Angestellt (Priv)	,793	,553	2,053	,152	2,210	,616	,550	1,252	,263	1,851
Angestellt (Öff.)	,681	,659	1,068	,301	1,975	,767	,639	1,442	,230	2,153
Selbstständig	,436	,626	,485	,486	1,546	,270	,630	,184	,668	1,311
Freier Dienstnehmer	,681	1,269	,288	,592	1,976	,431	1,319	,107	,744	1,539
Schüler	21,735	40192	,000	1,000	2,75E+9	20,289	26728	,000	,999	6,47E+9
Student	,092	1,035	,008	,929	1,097	,601	1,030	,341	,559	1,824
Lehrling	21,368	28323	,000	,999	1,90E+9	21,354	28055	,000	,999	1,87E+9
Hausfrau	19,477	17731	,000	,999	2,87E+8	-,240	1,365	,031	,860	,786
Pensionist	-,010	,761	,000	,989	,990	-,818	,824	,985	,321	,441
Arbeitslos	20,263	13123	,000	,999	6,31E+8	20,096	12446	,000	,999	5,34E+8
Sonstiges	1,014	1,084	,876	,349	2,757	1,081	1,123	,926	,336	2,948
Einkommen	-,211	,156	1,822	,177	,810	-,243	,160	2,317	,128	,784
Bildung	,029	,137	,046	,831	1,030	,045	,147	,094	,760	1,046
Links/Rechts	<b>,475</b>	<b>,158</b>	<b>9,023</b>	<b>,003</b>	<b>1,608</b>					
Unpolitisch						-,254	,394	,414	,520	,776
Grün/Alternativ						-,116	,373	,096	,756	,891
Konservativ						<b>-,603</b>	<b>,347</b>	<b>3,010</b>	<b>,083</b>	<b>,547</b>
Liberal						-,417	,328	1,622	,203	,659
National						-,025	,359	,005	,945	,975
Sozialdemokratisch						<b>,999</b>	<b>,357</b>	<b>7,834</b>	<b>,005</b>	<b>2,717</b>
Sozialistisch						,048	,483	,010	,922	1,049
Konstante	-1,571	1,541	1,039	,308	,208	-,310	1,439	,047	,829	,733

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 21a1: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat mehr tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Antwort: Der Staat soll MEHR tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	B	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,006	,013	,202	,654	1,006	-,004	,012	,116	,733	,996
Einkommen	<b>-,176</b>	<b>,094</b>	<b>3,511</b>	<b>,061</b>	<b>,838</b>	<b>-,163</b>	<b>,098</b>	<b>2,770</b>	<b>,096</b>	<b>,850</b>
Links/Rechts	<b>,328</b>	<b>,107</b>	<b>9,472</b>	<b>,002</b>	<b>1,389</b>					
Unpolitisch						-,325	,287	1,280	,258	,723
Grün/Alternativ						,359	,283	1,606	,205	1,432
Konservativ						<b>-,489</b>	<b>,248</b>	<b>3,884</b>	<b>,049</b>	<b>,613</b>
Liberal						-,259	,246	1,109	,292	,772
National						,282	,261	1,166	,280	1,326
Sozialdemokratisch						<b>,702</b>	<b>,251</b>	<b>7,806</b>	<b>,005</b>	<b>2,018</b>
Sozialistisch						,205	,357	,331	,565	1,228
Konstante	,737	,514	2,057	,152	2,089	<b>1,612</b>	<b>,452</b>	<b>12,685</b>	<b>,000</b>	<b>5,010</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).



Tabelle 21b2: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat gleich viel tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Soll der Staat GLEICH VIEL tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren										
Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	B	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	,161	,273	,348	,555	1,174	,050	,278	,032	,858	1,051
Fernsehen	-,367	,459	,639	,424	,693	-,041	,480	,007	,932	,960
Zeitungen	,061	,514	,014	,906	1,063	-,206	,555	,137	,711	,814
Internet	-,290	,380	,582	,446	,748	-,336	,393	,732	,392	,715
Radio	-,306	,359	,725	,394	,736	-,197	,365	,290	,590	,822
Politiker	,088	,396	,050	,824	1,092	,071	,404	,031	,861	1,073
Journalisten	,116	,343	,115	,735	1,123	,140	,344	,165	,684	1,150
Arbeitnehmervertreter	-,322	,359	,804	,370	,725	-,088	,368	,057	,811	,916
Experten	,525	,610	,740	,390	1,690	,525	,626	,703	,402	1,690
Arbeitgebervertreter	,172	,416	,172	,679	1,188	,047	,431	,012	,914	1,048
Freunde/Bekannte	-,414	,347	1,418	,234	,661	-,493	,353	1,947	,163	,611
Inflation	-,186	,139	1,788	,181	,831	-,126	,110	1,306	,253	,882
Abgabenquote	,016	,019	,677	,411	1,016	,023	,017	1,747	,186	1,023
Geschlecht	,443	,408	1,179	,278	1,557	,381	,412	,858	,354	1,464
Alter	-,141	,183	,593	,441	,868	-,157	,183	,736	,391	,854
Angestellt (Priv)	-,495	,591	,701	,402	,610	-,322	,586	,302	,583	,725
Angestellt (Öff.)	-,179	,701	,065	,799	,836	-,335	,686	,238	,625	,716
Selbstständig	-,076	,660	,013	,908	,927	,137	,658	,043	,835	1,147
Freier Dienstnehmer	-19,571	15199	,000	,999	,000	-19,427	17387	,000	,999	,000
Schüler	-21,196	40192	,000	1,000	,000	-19,965	26784	,000	,999	,000
Student	,722	1,077	,450	,502	2,059	,350	1,067	,107	,743	1,418
Lehrling	-20,788	28238	,000	,999	,000	-20,904	27830	,000	,999	,000
Hausfrau	-19,074	17329	,000	,999	,000	,356	1,400	,065	,799	1,428
Pensionist	,322	,770	,175	,676	1,379	,786	,834	,887	,346	2,194
Arbeitslos	-19,708	13152	,000	,999	,000	-19,633	12561	,000	,999	,000
Sonstiges	-,874	1,112	,618	,432	,417	-,871	1,150	,573	,449	,419
Einkommen	,065	,171	,147	,702	1,068	,091	,171	,282	,595	1,095
Bildung	-,029	,147	,039	,844	,971	-,006	,157	,001	,970	,994
Links/Rechts	<b>-,358</b>	<b>,174</b>	<b>4,254</b>	<b>,039</b>	<b>,699</b>					
Unpolitisch						,124	,429	,083	,773	1,132
Grün/Alternativ						,087	,391	,049	,824	1,091
Konservativ						,251	,372	,454	,500	1,285
Liberal						,395	,349	1,279	,258	1,484
National						-,012	,382	,001	,976	,988
Sozialdemokratisch						<b>-,723</b>	<b>,385</b>	<b>3,525</b>	<b>,060</b>	<b>,485</b>
Sozialistisch						-,349	,553	,399	,528	,705
Konstante	-,022	1,680	,000	,989	,978	-1,208	1,559	,600	,438	,299

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 21b1: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat gleich viel tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Soll der Staat GLEICH VIEL tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,006	,015	,168	,682	,994	,007	,014	,273	,602	1,007
Einkommen	,082	,106	,604	,437	1,086	,053	,108	,236	,627	1,054
Links/Rechts	<b>-,255</b>	<b>,118</b>	<b>4,688</b>	<b>,030</b>	<b>,775</b>					
Unpolitisch						,155	,324	,229	,632	1,168
Grün/Alternativ						-,192	,309	,389	,533	,825
Konservativ						<b>,513</b>	<b>,277</b>	<b>3,425</b>	<b>,064</b>	<b>1,670</b>
Liberal						,355	,274	1,679	,195	1,427
National						-,388	,297	1,710	,191	,678
Sozialdemokratisch						<b>-,487</b>	<b>,280</b>	<b>3,024</b>	<b>,082</b>	<b>,615</b>
Sozialistisch						-,379	,415	,835	,361	,685
Konstante	<b>-1,050</b>	<b>,573</b>	<b>3,357</b>	<b>,067</b>	<b>,350</b>	<b>-1,786</b>	<b>,501</b>	<b>12,737</b>	<b>,000</b>	<b>,168</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 21c2: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat weniger tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Soll der Staat WENIGER tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren										
Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	B	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	<b>1,417</b>	<b>,629</b>	<b>5,072</b>	<b>,024</b>	<b>4,123</b>	1,687	,776	4,723	,030	5,402
Fernsehen	1,803	1,288	1,960	,162	6,070	,752	1,225	,377	,539	2,122
Zeitungen	2,225	1,665	1,784	,182	9,250	,260	1,413	,034	,854	1,297
Internet	-,629	,945	,442	,506	,533	1,723	1,538	1,254	,263	5,600
Radio	-1,452	,917	2,508	,113	,234	-4,376	1,966	4,953	,026	,013
Politiker	,353	,986	,128	,721	1,423	2,149	1,465	2,153	,142	8,576
Journalisten	,389	,799	,237	,627	1,475	1,559	1,125	1,921	,166	4,754
Arbeitnehmersvertreter	<b>-3,707</b>	<b>1,320</b>	<b>7,883</b>	<b>,005</b>	<b>,025</b>	-4,466	1,717	6,763	,009	,011
Experten	,171	1,167	,021	,884	1,186	-,996	1,562	,407	,524	,369
Arbeitgebervertreter	-,867	,955	,824	,364	,420	-1,071	1,216	,777	,378	,343
Freunde/Bekannte	<b>1,578</b>	<b>,934</b>	<b>2,854</b>	<b>,091</b>	<b>4,844</b>	,319	1,260	,064	,800	1,376
Inflation	-,041	,097	,180	,671	,960	-,411	,202	4,160	,041	,663
Abgabenquote	,042	,046	,839	,360	1,043	,171	,082	4,356	,037	1,186
Geschlecht	18,372	3031	,000	,995	9,52E+7	19,755	2515	,000	,994	3,79 E+7
Alter	<b>-,959</b>	<b>,418</b>	<b>5,279</b>	<b>,022</b>	<b>,383</b>	-1,909	,735	6,749	,009	,148
Angestellt (Priv)	-1,371	1,355	1,023	,312	,254	-1,880	1,636	1,320	,251	,153
Angestellt (Öff.)	-	4772	,000	,997	,000	-3,782	2,149	3,095	,079	,023
Selbstständig	<b>-3,213</b>	<b>1,831</b>	<b>3,079</b>	<b>,079</b>	<b>,040</b>	-4,772	2,278	4,389	,036	,008
Freier Dienstnehmer	1,514	2,161	,491	,483	4,547	1,692	4,148	,166	,683	5,428
Schüler	-	40192	,000	1,000	,000	-	27427	,000	,999	,000
Student	-	9268	,000	,998	,000	-	7799	,000	,997	,000
Lehrling	-	25646	,000	,999	,000	-	25065	,000	1,000	,000
Hausfrau	,985	16744	,000	1,000	2,677	3,084	14293	,000	1,000	21,854
Pensionist	-	8167	,000	,998	,000	-	8367	,000	,999	,000
Arbeitslos	-	10496	,000	,998	,000	-	8954	,000	,998	,000
Sonstiges	-	7995	,000	,998	,000	-	8447	,000	,999	,000
Einkommen	,818	,507	2,607	,106	2,266	1,263	,654	3,734	,053	3,538
Bildung	-,119	,356	,111	,739	,888	-,335	,515	,423	,515	,715
Links/Rechts	-,675	,433	2,434	,119	,509					
Unpolitisch						<b>3,550</b>	<b>1,553</b>	<b>5,225</b>	<b>,022</b>	<b>34,807</b>
Grün/Alternativ						1,952	1,623	1,447	,229	7,046
Konservativ						<b>2,683</b>	<b>1,272</b>	<b>4,447</b>	<b>,035</b>	<b>14,625</b>
Liberal						-,182	1,075	,029	,866	,834
National						1,415	1,352	1,094	,296	4,115
Sozialdemokratisch						<b>-2,852</b>	<b>1,502</b>	<b>3,608</b>	<b>,058</b>	<b>,058</b>
Sozialistisch						<b>3,242</b>	<b>1,781</b>	<b>3,313</b>	<b>,069</b>	<b>25,588</b>
Konstante	-21,94	3031	,000	,994	,000	-22,79	2515	,000	,993	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 21c1: Determinanten der Akzeptanz – Soll Staat weniger tun um Einkommensunterschied zu reduzieren

Soll der Staat WENIGER tun um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren										
Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Abgabenquote	-,007	,027	,064	,801	,993	-,006	,029	,040	,841	,994
Einkommen	,198	,185	1,140	,286	1,219	<b>,380</b>	<b>,209</b>	<b>3,326</b>	<b>,068</b>	<b>1,463</b>
Links/Rechts	-,346	,219	2,482	,115	,708					
Unpolitisch						,586	,570	1,056	,304	1,796
Grün/Alternativ						-,480	,687	,489	,484	,619
Konservativ						,205	,529	,150	,698	1,228
Liberal						-,123	,525	,055	,815	,885
National						,323	,538	,361	,548	1,382
Sozialdemokratisch						-,847	,561	2,283	,131	,429
Sozialistisch						,445	,703	,401	,527	1,561
Konstante	<b>-2,610</b>	<b>1,030</b>	<b>6,418</b>	<b>,011</b>	<b>,074</b>	<b>-4,380</b>	<b>1,045</b>	<b>17,560</b>	<b>,000</b>	<b>,013</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 22a2: Determinanten der Akzeptanz – Soll der Staat ein angemessenes Einkommen ermöglichen

Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu Ermöglichen. Antwort JA

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	,139	,226	,378	,539	1,149	,226	,234	,934	,334	1,254
Fernsehen	,150	,399	,141	,707	1,162	,277	,424	,425	,515	1,319
Zeitungen	-,249	,441	,320	,571	,779	,085	,475	,032	,858	1,089
Internet	-,065	,311	,043	,835	,937	-,021	,333	,004	,950	,979
Radio	-,156	,298	,272	,602	,856	-,248	,313	,625	,429	,781
Politiker	<b>,848</b>	<b>,362</b>	<b>5,506</b>	<b>,019</b>	<b>2,336</b>	<b>,965</b>	<b>,382</b>	<b>6,379</b>	<b>,012</b>	<b>2,626</b>
Journalisten	,121	,284	,181	,670	1,129	,148	,299	,245	,620	1,160
Arbeitnehmersvertreter	<b>,572</b>	<b>,285</b>	<b>4,038</b>	<b>,044</b>	<b>1,771</b>	<b>,637</b>	<b>,307</b>	<b>4,306</b>	<b>,038</b>	<b>1,891</b>
Experten	-,149	,432	,119	,730	,861	-,288	,465	,383	,536	,750
Arbeitgebervertreter	,189	,327	,336	,562	1,209	-,051	,354	,021	,884	,950
Freunde/Bekannte	,216	,284	,578	,447	1,241	,158	,295	,287	,592	1,171
Inflation	,051	,042	1,472	,225	1,053	,084	,054	2,445	,118	1,088
Abgabenquote	,013	,016	,656	,418	1,013	,008	,016	,259	,611	1,008
Geschlecht	-,251	,321	,613	,434	,778	-,238	,341	,486	,486	,788
Alter	-,005	,150	,001	,974	,995	-,027	,155	,031	,860	,973
Angestellt (Priv)	-,275	,471	,341	,559	,760	-,331	,484	,469	,493	,718
Angestellt (Öff.)	,405	,604	,450	,502	1,500	,357	,608	,345	,557	1,430
Selbstständig	-,835	,560	2,227	,136	,434	-,726	,591	1,512	,219	,484
Freier Dienstnehmer	-,996	,996	1,000	,317	,369	-1,240	1,091	1,292	,256	,289
Schüler	20,298	40192	,000	1,000	6,53E+8	19,148	26508	,000	,999	2,06 E+8
Student	-,070	,937	,006	,940	,932	,132	,971	,018	,892	1,141
Lehrling	-1,130	1,666	,461	,497	,323	-1,178	1,723	,467	,494	,308
Hausfrau	20,229	17788	,000	,999	6,09E+8	19,721	17302,241	,000	,999	3,66E+8
Pensionist	-,496	,675	,541	,462	,609	-,641	,786	,665	,415	,527
Arbeitslos	1,237	1,125	1,208	,272	3,445	1,367	1,120	1,489	,222	3,924
Sonstiges	,163	,709	,053	,819	1,177	,118	,727	,027	,871	1,126
Einkommen	,106	,139	,575	,448	1,111	,135	,150	,811	,368	1,145
Bildung	-,127	,121	1,098	,295	,880	-,135	,136	,986	,321	,874
Links/Rechts	,090	,128	,494	,482	1,094					
Unpolitisch						-,332	,361	,846	,358	,718
Grün/Alternativ						,531	,345	2,369	,124	1,701
Konservativ						-,514	,319	2,596	,107	,598
Liberal						-,437	,298	2,153	,142	,646
National						-,050	,326	,024	,877	,951
Sozialdemokratisch						,131	,329	,158	,691	1,140
Sozialistisch						,173	,429	,163	,687	1,189
Konstante	,055	1,332	,002	,967	1,056	,331	1,294	,065	,798	1,392

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 22a1: Determinanten der Akzeptanz – Soll der Staat ein angemessenes Einkommen ermöglichen

Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu Ermöglichen. Antwort JA

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,013	,012	1,179	,278	1,013	,010	,012	,760	,383	1,010
Einkommen	-,061	,086	,510	,475	,941	-,007	,090	,006	,937	,993
Links/Rechts	,098	,091	1,159	,282	1,102					
Unpolitisch						-,398	,264	2,273	,132	,672
Grün/Alternativ						,377	,255	2,193	,139	1,458
Konservativ						<b>-,615</b>	<b>,231</b>	<b>7,108</b>	<b>,008</b>	<b>,541</b>
Liberal						<b>-,497</b>	<b>,226</b>	<b>4,833</b>	<b>,028</b>	<b>,609</b>
National						,103	,234	,191	,662	1,108
Sozialdemokratisch						,025	,235	,012	,914	1,026
Sozialistisch						-,054	,295	,034	,854	,947
Konstante	,670	,465	2,073	,150	1,954	<b>1,265</b>	<b>,421</b>	<b>9,035</b>	<b>,003</b>	<b>3,542</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 22b2: Determinanten der Akzeptanz – Soll der Staat ein angemessenes Einkommen ermöglichen

Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu Ermöglichen. Antwort NEIN

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,200	,232	,741	,389	,819	-,312	,238	1,708	,191	,732
Fernsehen	-,149	,408	,133	,715	,862	-,356	,426	,700	,403	,700
Zeitungen	,403	,469	,738	,390	1,496	,009	,486	,000	,986	1,009
Internet	,029	,319	,008	,927	1,030	-,029	,342	,007	,932	,971
Radio	,137	,305	,202	,653	1,147	,143	,316	,204	,652	1,153
Politiker	<b>-,659</b>	<b>,361</b>	<b>3,335</b>	<b>,068</b>	<b>,517</b>	<b>-,783</b>	<b>,380</b>	<b>4,242</b>	<b>,039</b>	<b>,457</b>
Journalisten	-,087	,289	,091	,763	,916	-,228	,303	,565	,452	,796
Arbeitnehmersvertreter	<b>-,767</b>	<b>,292</b>	<b>6,871</b>	<b>,009</b>	<b>,465</b>	<b>-,714</b>	<b>,312</b>	<b>5,260</b>	<b>,022</b>	<b>,489</b>
Experten	,342	,453	,572	,450	1,408	,369	,478	,595	,440	1,446
Arbeitgebervertreter	-,090	,334	,072	,788	,914	,033	,359	,008	,927	1,033
Freunde/Bekannte	-,113	,289	,152	,696	,893	-,184	,300	,378	,539	,832
Inflation	-,068	,051	1,817	,178	,934	-,075	,051	2,109	,146	,928
Abgabenquote	-,013	,017	,633	,426	,987	-,010	,016	,417	,518	,990
Geschlecht	,094	,328	,082	,775	1,098	,107	,345	,096	,757	1,113
Alter	-,037	,154	,058	,809	,963	-,032	,158	,042	,838	,968
Angestellt (Priv)	,132	,481	,076	,783	1,141	,116	,493	,055	,814	1,123
Angestellt (Öff.)	-,437	,613	,509	,476	,646	-,436	,615	,503	,478	,647
Selbstständig	,630	,568	1,231	,267	1,878	,591	,592	,999	,318	1,806
Freier Dienstnehmer	-,130	1,195	,012	,913	,878	,117	1,237	,009	,925	1,124
Schüler	-20,134	40192	,000	1,000	,000	-19,297	26398	,000	,999	,000
Student	,155	,952	,026	,871	1,167	-,247	,980	,063	,801	,782
Lehrling	-19,962	28317	,000	,999	,000	-20,255	28061	,000	,999	,000
Hausfrau	-20,149	17699	,000	,999	,000	-19,820	17389	,000	,999	,000
Pensionist	,126	,695	,033	,857	1,134	,705	,776	,825	,364	2,023
Arbeitslos	-1,053	1,111	,898	,343	,349	-1,265	1,119	1,276	,259	,282
Sonstiges	-,073	,715	,010	,919	,930	,000	,728	,000	1,000	1,000
Einkommen	-,073	,142	,268	,605	,929	-,109	,151	,520	,471	,897
Bildung	,122	,124	,976	,323	1,130	,178	,138	1,667	,197	1,195
Links/Rechts	-,022	,130	,030	,863	,978					
Unpolitisch						,372	,365	1,038	,308	1,450
Grün/Alternativ						-,377	,347	1,178	,278	,686
Konservativ						,497	,323	2,364	,124	1,644
Liberal						,352	,304	1,340	,247	1,422
National						,189	,330	,328	,567	1,208
Sozialdemokratisch						-,169	,334	,256	,613	,845
Sozialistisch						,041	,430	,009	,924	1,042
Konstante	-,335	1,358	,061	,805	,715	-,041	1,314	,001	,975	,960

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 22b1: Determinanten der Akzeptanz – Soll der Staat ein angemessenes Einkommen ermöglichen

Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu Ermöglichen. Antwort NEIN

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	-,015	,013	1,485	,223	,985	-,012	,012	1,018	,313	,988
Einkommen	,087	,088	,965	,326	1,091	,049	,093	,275	,600	1,050
Links/Rechts	-,030	,093	,106	,745	,970					
Unpolitisch						,366	,271	1,821	,177	1,442
Grün/Alternativ						-,316	,262	1,453	,228	,729
Konservativ						<b>,651</b>	<b>,236</b>	<b>7,638</b>	<b>,006</b>	<b>1,917</b>
Liberal						,357	,232	2,375	,123	1,429
National						-,098	,241	,166	,684	,906
Sozialdemokratisch						-,047	,242	,038	,845	,954
Sozialistisch						,054	,305	,031	,860	1,055
Konstante	<b>-1,095</b>	<b>,481</b>	<b>5,173</b>	<b>,023</b>	<b>,335</b>	<b>-1,460</b>	<b>,435</b>	<b>11,275</b>	<b>,001</b>	<b>,232</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).



Tabelle 23a2: Determinanten der Akzeptanz – Höhe der Einkommenssteuer

Sind Sie der Meinung, dass die Lohn- und Einkommenssteuer derzeit in Österreich ZU HOCH ist?

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,209	,236	,787	,375	,811	-,076	,242	,098	,754	,927
Fernsehen	<b>,774</b>	<b>,397</b>	<b>3,797</b>	<b>,051</b>	<b>2,169</b>	<b>,774</b>	<b>,416</b>	<b>3,458</b>	<b>,063</b>	<b>2,168</b>
Zeitungen	<b>,930</b>	<b>,404</b>	<b>5,309</b>	<b>,021</b>	<b>2,534</b>	<b>1,389</b>	<b>,450</b>	<b>9,521</b>	<b>,002</b>	<b>4,011</b>
Internet	,236	,326	,524	,469	1,266	,050	,346	,021	,885	1,051
Radio	-,263	,316	,696	,404	,769	-,251	,323	,606	,436	,778
Politiker	,446	,356	1,571	,210	1,562	,367	,369	,989	,320	1,443
Journalisten	-,114	,301	,142	,706	,893	-,068	,310	,048	,827	,934
Arbeitnehmervertreter	-,172	,306	,315	,575	,842	-,122	,328	,138	,710	,885
Experten	-,590	,471	1,568	,211	,555	<b>-,945</b>	<b>,535</b>	<b>3,127</b>	<b>,077</b>	<b>,389</b>
Arbeitgebervertreter	-,254	,341	,557	,455	,776	-,195	,361	,290	,590	,823
Freunde/Bekannte	-,143	,294	,236	,627	,867	-,154	,309	,250	,617	,857
Inflation	-,045	,031	2,139	,144	,956	-,035	,030	1,312	,252	,966
Abgabenquote	<b>-,037</b>	<b>,016</b>	<b>5,785</b>	<b>,016</b>	<b>,963</b>	<b>-,033</b>	<b>,015</b>	<b>4,873</b>	<b>,027</b>	<b>,967</b>
Geschlecht	-,192	,331	,339	,561	,825	-,066	,341	,038	,845	,936
Alter	-,085	,159	,283	,595	,919	-,108	,162	,447	,504	,898
Angestellt (Priv)	,198	,495	,161	,688	1,220	,059	,501	,014	,907	1,060
Angestellt (Öff.)	-,698	,568	1,509	,219	,498	-,887	,575	2,378	,123	,412
Selbstständig	-,229	,610	,141	,708	,795	-,004	,651	,000	,995	,996
Freier Dienstnehmer	-,256	1,040	,061	,805	,774	-,312	1,097	,081	,776	,732
Schüler	20,217	40192	,000	1,000	6,02E+8	-,759	1,693	,201	,654	,468
Student	-1,552	1,032	2,264	,132	,212	-1,060	1,009	1,102	,294	,347
Lehrling	-,140	1,666	,007	,933	,869	-,270	1,679	,026	,872	,763
Hausfrau	,159	1,076	,022	,883	1,172	,611	1,263	,234	,629	1,842
Pensionist	1,587	1,088	2,128	,145	4,889	1,474	1,187	1,541	,214	4,366
Arbeitslos	,758	1,137	,444	,505	2,133	,783	1,139	,473	,492	2,188
Sonstiges	-,326	,690	,224	,636	,722	-,162	,748	,047	,828	,850
Einkommen	<b>,254</b>	<b>,152</b>	<b>2,784</b>	<b>,095</b>	<b>1,289</b>	<b>,338</b>	<b>,160</b>	<b>4,449</b>	<b>,035</b>	<b>1,402</b>
Bildung	,022	,127	,030	,864	1,022	-,096	,137	,485	,486	,909
Links/Rechts	,094	,131	,519	,471	1,099					
Unpolitisch						,202	,379	,285	,593	1,224
Grün/Alternativ						,098	,347	,081	,776	1,103
Konservativ						-,142	,334	,180	,671	,868
Liberal						,030	,305	,010	,922	1,031
National						-,253	,334	,573	,449	,777
Sozialdemokratisch						,333	,340	,962	,327	1,396
Sozialistisch						-,367	,421	,759	,384	,693
Konstante	,371	1,411	,069	,793	1,449	,448	1,339	,112	,738	1,564

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 23a1: Determinanten der Akzeptanz – Höhe der Einkommenssteuer

Variable	Sind Sie der Meinung, dass die Lohn- und Einkommenssteuer derzeit in Österreich ZU HOCH ist?									
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	<b>-,042</b>	<b>,011</b>	<b>14,361</b>	<b>,000</b>	<b>,959</b>	<b>-,042</b>	<b>,011</b>	<b>15,024</b>	<b>,000</b>	<b>,959</b>
Einkommen	<b>,266</b>	<b>,091</b>	<b>8,439</b>	<b>,004</b>	<b>1,304</b>	<b>,275</b>	<b>,094</b>	<b>8,545</b>	<b>,003</b>	<b>1,317</b>
Links/Rechts	,053	,090	,353	,553	1,055					
Unpolitisch						,006	,274	,000	,983	1,006
Grün/Alternativ						-,197	,247	,638	,424	,821
Konservativ						-,253	,236	1,154	,283	,776
Liberal						,206	,227	,827	,363	1,229
National						,213	,234	,824	,364	1,237
Sozialdemokratisch						,270	,236	1,309	,253	1,309
Sozialistisch						<b>-,501</b>	<b>,285</b>	<b>3,100</b>	<b>,078</b>	<b>,606</b>
Konstante	,211	,464	,206	,650	1,234	,305	,413	,546	,460	1,356

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 23b2: Determinanten der Akzeptanz – Höhe der Einkommenssteuer

Sind Sie der Meinung, dass die Lohn- und Einkommenssteuer derzeit in Österreich GERADE ANGEMESSEN ist?										
Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^{\beta}$
Wichtigkeit	,249	,248	1,006	,316	1,283	,181	,259	,487	,485	1,198
Fernsehen	-,231	,417	,308	,579	,793	-,062	,454	,019	,891	,940
Zeitungen	-,356	,432	,680	,410	,701	<b>-,869</b>	<b>,470</b>	<b>3,422</b>	<b>,064</b>	<b>,419</b>
Internet	-,458	,338	1,837	,175	,633	-,223	,363	,378	,538	,800
Radio	-,014	,320	,002	,964	,986	-,106	,333	,101	,750	,899
Politiker	-,559	,372	2,262	,133	,572	-,537	,390	1,899	,168	,584
Journalisten	,420	,315	1,782	,182	1,522	,514	,327	2,467	,116	1,671
Arbeitnehmersvertreter	,075	,315	,057	,811	1,078	,001	,341	,000	,998	1,001
Experten	,387	,495	,611	,434	1,472	,737	,572	1,659	,198	2,089
Arbeitgebervertreter	,348	,364	,913	,339	1,416	,417	,394	1,119	,290	1,517
Freunde/Bekannte	-,041	,307	,018	,893	,960	-,048	,321	,022	,881	,953
Inflation	,032	,031	1,057	,304	1,032	,021	,032	,434	,510	1,021
Abgabenquote	<b>,031</b>	<b>,016</b>	<b>3,852</b>	<b>,050</b>	<b>1,031</b>	<b>,032</b>	<b>,016</b>	<b>4,096</b>	<b>,043</b>	<b>1,032</b>
Geschlecht	,293	,341	,741	,389	1,341	,187	,359	,272	,602	1,206
Alter	,128	,166	,597	,440	1,137	,142	,171	,693	,405	1,153
Angestellt (Priv)	,110	,512	,046	,830	1,116	,219	,522	,176	,675	1,245
Angestellt (Öff.)	,914	,592	2,382	,123	2,495	<b>1,071</b>	<b>,603</b>	<b>3,160</b>	<b>,075</b>	<b>2,918</b>
Selbstständig	,440	,626	,495	,482	1,553	,264	,673	,154	,695	1,302
Freier Dienstnehmer	-,017	1,218	,000	,989	,984	-,031	1,259	,001	,981	,970
Schüler	-	40192	,000	1,000	,000	-	28402	,000	,999	,000
Student	1,150	1,008	1,302	,254	3,157	,838	1,031	,660	,416	2,312
Lehrling	,794	1,688	,221	,638	2,212	,869	1,710	,258	,611	2,384
Hausfrau	-	17697	,000	,999	,000	-	17702	,000	,999	,000
Pensionist	-,917	,925	,983	,321	,400	-,684	,975	,492	,483	,505
Arbeitslos	-,589	1,140	,267	,606	,555	-,700	1,169	,359	,549	,497
Sonstiges	,610	,653	,875	,350	1,841	,520	,699	,554	,457	1,682
Einkommen	-,190	,158	1,445	,229	,827	-,253	,167	2,318	,128	,776
Bildung	,024	,130	,034	,853	1,025	,114	,143	,627	,429	1,120
Links/Rechts	-,189	,139	1,834	,176	,828					
Unpolitisch						-,444	,415	1,143	,285	,642
Grün/Alternativ						-,401	,369	1,181	,277	,670
Konservativ						,144	,340	,180	,672	1,155
Liberal						-,046	,319	,021	,885	,955
National						,277	,348	,634	,426	1,319
Sozialdemokratisch						-,440	,357	1,514	,219	,644
Sozialistisch						,597	,428	1,942	,163	1,816
Konstante	-1,652	1,477	1,252	,263	,192	-2,230	1,449	2,370	,124	,108

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^{\beta}$ ).

Tabelle 23b1: Determinanten der Akzeptanz – Höhe der Einkommenssteuer

Sind Sie der Meinung, dass die Lohn- und Einkommenssteuer derzeit in Österreich GERADE ANGEMESSEN ist?

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	<b>,035</b>	<b>,011</b>	<b>9,586</b>	<b>,002</b>	<b>1,035</b>	<b>,032</b>	<b>,011</b>	<b>8,577</b>	<b>,003</b>	<b>1,033</b>
Einkommen	-,097	,095	1,039	,308	,908	-,132	,099	1,776	,183	,877
Links/Rechts	-,100	,096	1,080	,299	,905					
Unpolitisch						-,215	,303	,502	,478	,807
Grün/Alternativ						,122	,265	,213	,644	1,130
Konservativ						<b>,501</b>	<b>,246</b>	<b>4,167</b>	<b>,041</b>	<b>1,651</b>
Liberal						-,222	,243	,839	,360	,801
National						,043	,247	,030	,862	1,044
Sozialdemokratisch						-,217	,252	,743	,389	,805
Sozialistisch						<b>,494</b>	<b>,299</b>	<b>2,722</b>	<b>,099</b>	<b>1,638</b>
Konstante	<b>-,880</b>	<b>,494</b>	<b>3,173</b>	<b>,075</b>	<b>,415</b>	<b>1,178</b>	<b>,445</b>	<b>6,999</b>	<b>,008</b>	<b>,308</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 24a2: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: NIEDRIGE Einkommen sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,034	,224	,023	,880	,967	-,094	,232	,166	,684	,910
Fernsehen	,150	,383	,152	,696	1,161	,009	,401	,000	,983	1,009
Zeitungen	,309	,396	,611	,435	1,362	,649	,434	2,243	,134	1,914
Internet	-,349	,298	1,379	,240	,705	-,142	,315	,203	,652	,868
Radio	,131	,285	,211	,646	1,140	,075	,297	,064	,800	1,078
Politiker	,231	,321	,516	,473	1,259	,169	,339	,247	,619	1,184
Journalisten	,322	,277	1,347	,246	1,379	,426	,293	2,118	,146	1,531
Arbeitnehmervertreter	,297	,277	1,150	,284	1,346	,469	,302	2,409	,121	1,599
Experten	,201	,416	,233	,629	1,222	,220	,449	,241	,624	1,246
Arbeitgebervertreter	-,432	,323	1,787	,181	,649	-,405	,347	1,362	,243	,667
Freunde/Bekannte	-,078	,272	,083	,774	,925	-,142	,286	,247	,619	,867
Inflation	,007	,031	,049	,824	1,007	-,013	,031	,163	,686	,987
Abgabenquote	,022	,016	1,817	,178	1,022	,023	,017	1,926	,165	1,023
Geschlecht	-,112	,309	,132	,717	,894	-,387	,327	1,398	,237	,679
Alter	,095	,144	,434	,510	1,099	,129	,145	,790	,374	1,137
Angestellt (Priv)	-,158	,455	,121	,728	,854	-,195	,466	,175	,676	,823
Angestellt (Öff.)	,899	,570	2,486	,115	2,457	,726	,574	1,598	,206	2,066
Selbstständig	-,612	,543	1,269	,260	,543	-,826	,574	2,072	,150	,438
Freier Dienstnehmer	-1,260	1,016	1,537	,215	,284	-1,131	1,112	1,034	,309	,323
Schüler	20,711	40192	,000	1,000	9,87E+8	19,644	28066	,000	,999	3,39E+8
Student	-,310	,923	,113	,737	,733	-,353	,934	,143	,706	,703
Lehrling	-,917	1,652	,308	,579	,400	-1,830	1,664	1,210	,271	,160
Hausfrau	,107	1,229	,008	,931	1,113	-1,090	1,079	1,020	,312	,336
Pensionist	-,487	,654	,554	,456	,615	-,384	,725	,280	,597	,681
Arbeitslos	1,172	,889	1,737	,187	3,229	1,268	,900	1,984	,159	3,554
Sonstiges	1,902	1,071	3,157	,076	6,703	1,844	1,094	2,843	,092	6,322
Einkommen	-,168	,136	1,530	,216	,845	<b>-,238</b>	<b>,143</b>	<b>2,777</b>	<b>,096</b>	<b>,788</b>
Bildung	-,190	,116	2,668	,102	,827	-,175	,127	1,917	,166	,839
Links/Rechts	,137	,124	1,218	,270	1,146					
Unpolitisch						,034	,364	,008	,927	1,034
Grün/Alternativ						-,500	,325	2,367	,124	,606
Konservativ						-,149	,314	,226	,634	,861
Liberal						-,285	,289	,977	,323	,752
National						,003	,316	,000	,992	1,003
Sozialdemokratisch						-,157	,329	,228	,633	,855
Sozialistisch						-,412	,388	1,126	,289	,663
Konstante	,258	1,304	,039	,843	1,295	1,324	1,251	1,121	,290	3,759

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 24a1: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: NIEDRIGE Einkommen sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,012	,011	1,259	,262	1,012	,004	,010	,164	,685	1,004
Einkommen	<b>-,170</b>	<b>,081</b>	<b>4,463</b>	<b>,035</b>	<b>,843</b>	<b>-,147</b>	<b>,083</b>	<b>3,107</b>	<b>,078</b>	<b>,863</b>
Links/Rechts	,124	,084	2,169	,141	1,132					
Unpolitisch						,302	,262	1,337	,248	1,353
Grün/Alternativ						-,278	,224	1,538	,215	,757
Konservativ						-,131	,216	,364	,546	,878
Liberal						<b>-,378</b>	<b>,206</b>	<b>3,363</b>	<b>,067</b>	<b>,685</b>
National						,059	,215	,076	,783	1,061
Sozialdemokratisch						,044	,217	,042	,838	1,045
Sozialistisch						,019	,269	,005	,945	1,019
Konstante	,492	,434	1,284	,257	1,636	<b>1,140</b>	<b>,389</b>	<b>8,596</b>	<b>,003</b>	<b>3,128</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 24b2: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: MITTLERE Einkommen sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,161	,223	,521	,470	,851	-,029	,224	,016	,899	,972
Fernsehen	,332	,387	,733	,392	1,393	,308	,391	,620	,431	1,360
Zeitungen	-,031	,412	,006	,939	,969	,443	,420	1,110	,292	1,557
Internet	-,218	,306	,504	,478	,804	-,011	,308	,001	,972	,989
Radio	,073	,291	,063	,802	1,076	-,037	,291	,016	,900	,964
Politiker	<b>,862</b>	<b>,342</b>	<b>6,366</b>	<b>,012</b>	<b>2,368</b>	<b>,733</b>	<b>,342</b>	<b>4,603</b>	<b>,032</b>	<b>2,082</b>
Journalisten	,153	,278	,301	,583	1,165	,172	,281	,372	,542	1,187
Arbeitnehmervertreter	-,081	,286	,081	,776	,922	-,121	,294	,170	,680	,886
Experten	-,499	,443	1,269	,260	,607	-,298	,443	,452	,501	,742
Arbeitgebervertreter	,385	,314	1,506	,220	1,470	,315	,325	,942	,332	1,370
Freunde/Bekannte	<b>,461</b>	<b>,279</b>	<b>2,722</b>	<b>,099</b>	<b>1,585</b>	,273	,279	,960	,327	1,314
Inflation	<b>-,052</b>	<b>,030</b>	<b>2,996</b>	<b>,083</b>	<b>,949</b>	-,048	,029	2,683	,101	,953
Abgabenquote	-,024	,015	2,557	,110	,977	-,013	,014	,792	,373	,987
Geschlecht	-,079	,312	,064	,801	,924	-,115	,315	,135	,714	,891
Alter	,191	,151	1,618	,203	1,211	<b>,254</b>	<b>,147</b>	<b>2,982</b>	<b>,084</b>	<b>1,289</b>
Angestellt (Priv)	,515	,467	1,218	,270	1,674	,485	,462	1,104	,293	1,625
Angestellt (Öff.)	,452	,555	,665	,415	1,572	,211	,535	,155	,694	1,234
Selbstständig	-,832	,570	2,129	,145	,435	-,381	,572	,442	,506	,683
Freier Dienstnehmer	-,860	,994	,748	,387	,423	-,004	1,094	,000	,997	,996
Schüler	21,664	40192	,000	1,000	2,56E+9	21,929	28345	,000	,999	3,33E+9
Student	,616	,926	,442	,506	1,851	,702	,920	,581	,446	2,017
Lehrling	,865	1,644	,276	,599	2,374	1,081	1,647	,430	,512	2,946
Hausfrau	21,334	17232	,000	,999	1,84E+9	1,302	1,257	1,073	,300	3,678
Pensionist	-,344	,668	,266	,606	,709	-,426	,716	,354	,552	,653
Arbeitslos	-,301	,808	,139	,709	,740	-,066	,768	,007	,931	,936
Sonstiges	,210	,685	,094	,759	1,233	,214	,687	,097	,756	1,238
Einkommen	,066	,140	,219	,640	1,068	,013	,140	,009	,923	1,014
Bildung	,183	,118	2,409	,121	1,201	,140	,124	1,260	,262	1,150
Links/Rechts	<b>-,238</b>	<b>,122</b>	<b>3,787</b>	<b>,052</b>	<b>,789</b>					
Unpolitisch						-,333	,345	,931	,335	,717
Grün/Alternativ						-,022	,315	,005	,943	,978
Konservativ						-,103	,306	,113	,736	,902
Liberal						-,409	,280	2,130	,144	,664
National						-,087	,303	,083	,773	,916
Sozialdemokratisch						,252	,309	,667	,414	1,287
Sozialistisch						-,292	,379	,596	,440	,747
Konstante	-,123	1,318	,009	,926	,884	-1,330	1,233	1,163	,281	,264

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 24b1: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: MITTLERE Einkommen sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	<b>-,022</b>	<b>,010</b>	<b>4,220</b>	<b>,040</b>	<b>,979</b>	<b>-,017</b>	<b>,010</b>	<b>2,707</b>	<b>,100</b>	<b>,984</b>
Einkommen	,087	,082	1,136	,287	1,091	,078	,084	,854	,355	1,081
Links/Rechts	<b>-,091</b>	,083	1,207	,272	,913					
Unpolitisch						<b>-,233</b>	,250	,873	,350	,792
Grün/Alternativ						,033	,230	,021	,886	1,033
Konservativ						<b>-,004</b>	,218	,000	,985	,996
Liberal						<b>-,256</b>	,208	1,513	,219	,774
National						<b>-,115</b>	,214	,288	,592	,891
Sozialdemokratisch						,319	,217	2,166	,141	1,376
Sozialistisch						<b>-,133</b>	,271	,240	,624	,876
Konstante	<b>,735</b>	<b>,435</b>	<b>2,854</b>	<b>,091</b>	<b>2,085</b>	,504	,385	1,719	,190	1,656

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).



Tabelle 24c2: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: ALLE GRUPPEN IN GLEICHEM AUSMASS sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Wichtigkeit	-,157	,274	,328	,567	,855	-,248	,291	,727	,394	,780
Fernsehen	-,318	,450	,499	,480	,728	-,280	,477	,345	,557	,756
Zeitungen	-,218	,504	,187	,665	,804	<b>-,878</b>	<b>,522</b>	<b>2,821</b>	<b>,093</b>	<b>,416</b>
Internet	,043	,391	,012	,913	1,043	-,205	,416	,241	,623	,815
Radio	<b>-,603</b>	<b>,362</b>	<b>2,779</b>	<b>,096</b>	<b>,547</b>	-,588	,380	2,392	,122	,555
Politiker	<b>-1,010</b>	<b>,480</b>	<b>4,433</b>	<b>,035</b>	<b>,364</b>	<b>-1,000</b>	<b>,502</b>	<b>3,963</b>	<b>,047</b>	<b>,368</b>
Journalisten	,014	,359	,002	,968	1,014	-,113	,379	,089	,765	,893
Arbeitnehmersvertreter	-,158	,359	,194	,660	,854	-,194	,392	,244	,621	,824
Experten	-,006	,580	,000	,992	,994	-,077	,587	,017	,895	,926
Arbeitgebervertreter	,407	,430	,899	,343	1,503	,305	,454	,451	,502	1,356
Freunde/Bekannte	,139	,349	,160	,689	1,150	,140	,375	,138	,710	1,150
Inflation	,032	,033	,924	,336	1,032	,037	,035	1,132	,287	1,037
Abgabenquote	,017	,019	,741	,389	1,017	,005	,019	,079	,778	1,005
Geschlecht	-,318	,404	,620	,431	,727	-,041	,432	,009	,925	,960
Alter	-,276	,181	2,340	,126	,759	<b>-,332</b>	<b>,190</b>	<b>3,065</b>	<b>,080</b>	<b>,718</b>
Angestellt (Priv)	,110	,608	,033	,856	1,117	,236	,631	,140	,708	1,266
Angestellt (Öff.)	-,441	,742	,354	,552	,643	-,128	,733	,031	,861	,880
Selbstständig	,728	,673	1,171	,279	2,071	,408	,731	,312	,577	1,503
Freier Dienstnehmer	1,774	1,095	2,626	,105	5,895	1,545	1,251	1,525	,217	4,686
Schüler	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	19,499	40192	,000	1,000	,000	18,794	26979	,000	,999	,000
Student	,309	1,105	,078	,780	1,361	,345	1,130	,094	,760	1,413
Lehrling	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	20,354	27524	,000	,999	,000	19,855	28260	,000	,999	,000
Hausfrau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	18,756	17573	,000	,999	,000	,637	1,545	,170	,680	1,892
Pensionist	,353	,761	,215	,643	1,424	,456	,892	,261	,609	1,578
Arbeitslos	-,706	1,177	,359	,549	,494	-,665	1,180	,318	,573	,514
Sonstiges	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	19,675	10549	,000	,999	,000	19,482	10526	,000	,999	,000
Einkommen	<b>,322</b>	<b>,162</b>	<b>3,938</b>	<b>,047</b>	<b>1,380</b>	<b>,386</b>	<b>,171</b>	<b>5,119</b>	<b>,024</b>	<b>1,471</b>
Bildung	,186	,152	1,510	,219	1,205	,265	,167	2,512	,113	1,303
Links/Rechts	-,052	,160	,104	,747	,950					
Unpolitisch						,384	,467	,677	,411	1,468
Grün/Alternativ						,414	,410	1,017	,313	1,513
Konservativ						,044	,409	,011	,915	1,044
Liberal						,269	,380	,499	,480	1,308
National						,426	,417	1,043	,307	1,530
Sozialdemokratisch						-,506	,417	1,471	,225	,603
Sozialistisch						,603	,474	1,620	,203	1,828
Konstante	-1,279	1,574	,660	,416	,278	-1,243	1,559	,636	,425	,289

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 24c1: Determinanten der Akzeptanz – Wer soll von der Einkommenssteuerreform profitieren

Antwort: ALLE GRUPPEN IN GLEICHEM AUSMASS sollen von der Einkommenssteuerreform profitieren

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Abgabenquote	,018	,013	1,934	,164	1,018	,015	,012	1,506	,220	1,015
Einkommen	<b>,213</b>	<b>,101</b>	<b>4,447</b>	<b>,035</b>	<b>1,238</b>	<b>,177</b>	<b>,103</b>	<b>2,959</b>	<b>,085</b>	<b>1,193</b>
Links/Rechts	-,097	,108	,801	,371	,908					
Unpolitisch						,150	,311	,231	,631	1,161
Grün/Alternativ						,132	,281	,219	,640	1,141
Konservativ						-,008	,271	,001	,978	,992
Liberal						,422	,258	2,671	,102	1,525
National						,087	,269	,105	,746	1,091
Sozialdemokratisch						-,359	,267	1,799	,180	,699
Sozialistisch						,057	,340	,028	,866	1,059
Konstante	<b>2,117</b>	<b>,559</b>	<b>14,359</b>	<b>,000</b>	<b>,120</b>	<b>2,363</b>	<b>,492</b>	<b>23,107</b>	<b>,000</b>	<b>,094</b>

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 25: Determinanten der Akzeptanz (Experten) - Mehrwertsteuer

<i>Variable</i>	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,549	,788	,486	,486	,577
Einkommen	2,358	1,599	2,174	,140	10,570
Links/Rechts	,345	,585	,347	,556	1,411
Konstante	-13,821	9,393	2,165	,141	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 26: Determinanten der Akzeptanz (Experten) - Mineralölsteuer

<i>Variable</i>	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	,067	,481	,020	,889	1,070
Einkommen	1,163	1,352	,739	,390	3,199
Links/Rechts	,498	,616	,655	,418	1,646
Betroffenheit	<b>-2,457</b>	<b>1,431</b>	<b>2,951</b>	<b>,086</b>	<b>,086</b>
Konstante	-6,938	8,566	,656	,418	,001

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 27: Determinanten der Akzeptanz (Experten) - Gewinnsteuern

<i>Variable</i>	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,662	,525	1,592	,207	,516
Einkommen	-1,317	1,474	,798	,372	,268
Links/Rechts	,010	,629	,000	,987	1,010
Betroffenheit	-23,087	28169,345	,000	,999	,000
Konstante	10,061	10,323	,950	,330	23405,044

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 28: Determinanten der Akzeptanz (Experten) - Umweltsteuern

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-1,286	,845	2,320	,128	,276
Sonstiges	-1,205	1,575	,585	,444	,300
Links/Rechts	,108	,705	,023	,879	1,114
Betroffenheit	-1,919	1,893	1,028	,311	,147
Konstante	11,391	11,029	1,067	,302	88482,208

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 29: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Erbschaftssteuer

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	17,982	5758,197	,000	,998	6,44E+7
Einkommen	-19,021	16268,333	,000	,999	,000
Links/Rechts	45,394	11164,341	,000	,997	5,17E+19
Betroffenheit	-8,766	9149,306	,000	,999	,000
Konstante	-113,240	103052,060	,000	,999	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 30: Determinanten der Akzeptanz (Experten) –Erhöhung Kapitalertragssteuer

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,328	,435	,568	,451	,721
Einkommen	,576	1,101	,274	,601	1,779
Links/Rechts	,168	,554	,092	,761	1,183
Betroffenheit	-,499	1,296	,148	,700	,607
Konstante	-2,403	6,805	,125	,724	,090

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 31: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Staatsschulden

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	,796	,775	1,056	,304	2,217
Einkommen	22,913	12033,825	,000	,998	8,93+E9
Links/Rechts	1,002	1,114	,810	,368	2,725
Betroffenheit	-23,124	12033,825	,000	,998	,000
Konstante	-122,048	60169,127	,000	,998	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 32: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Subventionen

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,165	,482	,116	,733	,848
Einkommen	<b>2,512</b>	<b>1,451</b>	<b>2,995</b>	<b>,084</b>	<b>12,324</b>
Links/Rechts	,604	,607	,989	,320	1,829
Betroffenheit	-1,105	1,993	,307	,579	,331
Konstante	-14,109	9,014	2,450	,118	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 33: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Personaleinsparungen öffentlicher Dienst

Variable	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,560	,660	,718	,397	,571
Einkommen	-,866	1,601	,292	,589	,421
Links/Rechts	<b>-2,672</b>	<b>1,157</b>	<b>5,337</b>	<b>,021</b>	<b>,069</b>
Betroffenheit	-,325	1,730	,035	,851	,722
Konstante	17,122	10,856	2,487	,115	2,73+E7

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 34: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Wieviel soll der Staat unternehmen

Variable	Mehr					Gleich					Weniger				
	$\beta$	SF	Wld	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wld	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wld	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	,287	,507	,321	,571	1,333	,176	,587	,090	,765	1,192	-,292	,516	,321	,571	,747
Einkommen	-,372	1,150	,104	,747	,690	1,422	1,407	1,021	,312	4,144	-1,011	1,320	,587	,444	,364
Links/Rechts	<b>1,551</b>	<b>,724</b>	<b>4,586</b>	<b>,032</b>	<b>4,714</b>	-,548	,612	,800	,371	,578	<b>-1,372</b>	<b>,762</b>	<b>3,245</b>	<b>,072</b>	<b>,254</b>
Konstante	-3,762	6,925	,295	,587	,023	-8,334	8,955	,866	,352	,000	9,319	8,182	1,297	,255	1,1+E4

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wld), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 35: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Angemessenes Einkommen

Variable	JA				
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	,923	,625	2,178	,140	2,517
Einkommen	,645	1,224	,278	,598	1,906
Links/Rechts	<b>1,183</b>	<b>,662</b>	<b>3,191</b>	<b>,074</b>	<b>3,263</b>
Konstante	-9,428	7,365	1,639	,201	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 36: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Höhe Einkommensteuer

Variable	Zu hoch					Angemessen				
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-1,068	,708	2,274	,132	,344	1,068	,708	2,274	,132	2,909
Einkommen	-,989	1,382	,512	,474	,372	,989	1,382	,512	,474	2,688
Links/Rechts	<b>-1,419</b>	<b>,798</b>	<b>3,159</b>	<b>,075</b>	<b>,242</b>	<b>1,419</b>	<b>,798</b>	<b>3,159</b>	<b>,075</b>	<b>4,134</b>
Konstante	15,547	10,184	2,331	,127	5,6E+6	-15,547	10,184	2,331	,127	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 37: Determinanten der Akzeptanz (Experten) – Steuerreform profitieren

Variable	Niedrige					Mittlere					Alle				
	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$	$\beta$	SF	Wald	Sig.	$e^\beta$
Geschlecht	-,275	,624	,195	,659	,759	,362	,414	,765	,382	1,436	,991	,732	1,833	,176	2,693
Einkommen	-3,001	2,349	1,632	,201	,050	-,042	,966	,002	,965	,959	2,169	1,706	1,617	,203	8,750
Links/Rechts	<b>2,841</b>	<b>1,386</b>	<b>4,204</b>	<b>,040</b>	<b>17,139</b>	-,531	,464	1,307	,253	,588	<b>-,118</b>	<b>,659</b>	<b>,032</b>	<b>,857</b>	<b>,888</b>
Konstante	6,186	11,026	,315	,575	485,79	,661	5,753	,013	,909	1,937	-17,275	12,042	2,058	,151	,000

Anmerkung: Signifikante Variablen ( $\alpha \leq 10\%$ ) sind fett dargestellt. Koeffizient ( $\beta$ ), Standardfehler (SF), Wald coefficient test (Wald), Signifikanzwert bzw. p-Wert (Sig), Odds Ratio ( $e^\beta$ ).

Tabelle 29: Beschreibung der verwendeten Variablen

<i>Variable</i>	<i>Beschreibung</i>
<b>Wichtigkeit</b>	Frage: Wie wichtig ist es für Sie persönlich, über die aktuelle Wirtschaftspolitik informiert zu sein? Antwortkategorien: Sehr wichtig = 1 Eher wichtig = 2 Eher unwichtig = 3 Völlig unwichtig = 4
<b>Fernsehen</b>	Frage: Welche der folgenden Medien nutzen Sie regelmäßig um über die aktuelle Wirtschaftspolitik informiert zu sein? Ja = 1, Nein = 0
<b>Zeitungen</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Internet</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Radio</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Politiker</b>	Frage: Welche der folgenden Personengruppen sind Ihrer Meinung nach vertrauenswürdig, wenn es um Themen der Wirtschaftspolitik geht? Ja = 1, Nein = 0
<b>Journalisten</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Arbeitnehmervertreter</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Gewerkschaften und Arbeiterkammer)
<b>Experten</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Wirtschaftsexperten und Wirtschaftsforscher)
<b>Arbeitgebervertreter</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung)
<b>Freunde/Bekannte</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Inflation</b>	Frage: Was schätzen Sie: wie hoch ist die offizielle Inflationsrate in Österreich derzeit ungefähr? Absolute Abweichung vom Referenzwert 2,3 % (Basis: Verbraucherpreisindex, Jahresinflation, monatliche Werte für November 2008), Quelle: Statistik Austria.
<b>Abgabenquote</b>	Frage: Was schätzen Sie: wie hoch ist die Steuer- und Abgabenquote in Österreich derzeit ungefähr? Absolute Abweichung vom Referenzwert 44,4 % (Basis: Steuern und Tatsächliche Sozialbeiträge (Sektoren S.13 + S.212 ESVG95) plus imputierte Sozialbeiträge sowie abzüglich uneinbringlicher Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP), Quelle: Statistik Austria.
<b>Geschlecht</b>	Männer = 1, Frauen = 0
<b>Alter</b>	Bis 25 Jahre = 1 Bis 35 Jahre = 2 Bis 45 Jahre = 3 Bis 55 Jahre = 4 Bis 65 Jahre = 5 Älter als 65 Jahre = 6
<b>Angestellt (Priv)</b>	Berufliche Tätigkeit: Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Arbeiter(in)/Angestellte(r) in der Privatwirtschaft)
<b>Angestellt (Öff.)</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Beamte(r), Vertragsbedienstet(r))



<b>Selbstständig</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Freier Dienstnehmer</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Freie(r) Dienstnehmer(in)/Werkvertragnehmer(in))
<b>Schüler</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Student</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Lehrling</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Hausfrau</b>	Ja = 1, Nein = 0 (bzw. Hausfrau/Hausmann)
<b>Pensionist</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Arbeitslos</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Sonstiges</b>	Ja = 1, Nein = 0
Frage: Wie hoch ist Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen ungefähr?	
<b>Einkommen</b>	Kein Einkommen = 1 Unter 1000 € = 2 Bis 1500 € = 3 Bis 2000 € = 4 Bis 2500 € = 5 Bis 3000 € = 6 Mehr als 3000 € = 7
Frage: Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt (Sie eingerechnet)? Absolute Zahlen	
Frage: Was ist Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung?	
<b>Bildung</b>	Pflicht bzw. Hauptschule = 1 Lehre = 2 Fachschule = 3 Matura bzw. Kolleg = 4 Universität bzw. Fachhochschule = 5
Frage: Wenn Sie sich politisch einordnen: würden Sie sagen, sie sind ...?	
<b>Links/Rechts</b>	Rechts = 1 Eher rechts = 2 Mitte = 3 Eher links = 4 Links = 5
Frage: Ich lese Ihnen einige politische Kategorien vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder, ob diese auf Sie zutrifft oder nicht.	
<b>Unpolitisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Grün/Alternativ</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Konservativ</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Liberal</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>National</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Sozialdemokratisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
<b>Sozialistisch</b>	Ja = 1, Nein = 0
Frage: Bitte, sagen Sie mir zu jeder dieser Maßnahmen, ob sich diese auf Sie persönlich nachteilig auswirken würde.	

---

**Betroffenheit**

Erhöhung der Mehrwertsteuer: Ja = 1, Nein = 0

Erhöhung der Mineralölsteuer: Ja = 1, Nein = 0

Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs: Ja = 1, Nein = 0

Höhere Umweltsteuern für Unternehmen: Ja = 1, Nein = 0

Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftsteuer: Ja = 1, Nein = 0

Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt): Ja = 1, Nein = 0

Höhere Verschuldung des Staates: Ja = 1, Nein = 0

Kürzung von Sozialleistungen: Ja = 1, Nein = 0

Kürzung von Subventionen für Unternehmen: Ja = 1, Nein = 0

Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung: Ja = 1, Nein = 0

In Abhängigkeit der zu erklärenden Variablen (beispielsweise Akzeptanz einer Erhöhung der Mehrwertsteuer) wird die entsprechende erklärende Variable (beispielsweise die Betroffenheit von einer Erhöhung der Mehrwertsteuer) in die Analyse aufgenommen.

---

## Appendix B: ORDERD LOGIT-MODELLE ZUR POLITISCHEN SELBSTZUORDNUNG

### TEIL 1: Ordered Logit-Modell: Determinanten der Selbstzuordnung auf der Links/Rechts-Skala

Verwendeter Datensatz: M32\_mit\_Labels-korrigiert - ZENTRIERT.dta

S8 ... Politische Orientierung (ordinal, -2 rechts, -1 eher rechts, 0 Mitte, 1 eher links, 2 links)

S1 ... Mann (Dummy)  
 S2 ... Alter (ordinal, aufsteigend)  
 S3\_1 ... Arbeiter(in)/Angestellte(r) (Dummy)  
 S3\_2 ... Öffentlicher Dienst (Dummy)  
 S3\_3 ... Selbständige(r) (Dummy)  
 S3\_4 ... Pensionist(in) (Dummy)  
 S4 ... Einkommen (ordinal, aufsteigend)  
 S7 ... Schulbildung (ordinal, aufsteigend)  
 GrStadt ... Großstadt mit 100.000+ Einwohnern (Dummy)

. collin S1 S2 S3\_1 S3\_2 S3\_3 S3\_4 S4 S7 GrStadt

Collinearity Diagnostics

Variable	VIF	SQRT VIF	Tolerance	R- Squared
S1	1.21	1.10	0.8234	0.1766
S2	2.49	1.58	0.4017	0.5983
S3_1	2.40	1.55	0.4169	0.5831
S3_2	1.79	1.34	0.5577	0.4423
S3_3	1.67	1.29	0.5997	0.4003
S3_4	3.89	1.97	0.2568	0.7432
S4	1.70	1.31	0.5869	0.4131
S7	1.27	1.13	0.7865	0.2135
GrStadt	1.07	1.04	0.9304	0.0696
Mean VIF	1.95			

	Eigenval	Cond Index
1	3.0147	1.0000
2	2.0380	1.2162
3	1.2942	1.5262
4	1.0835	1.6680
5	0.7643	1.9861
6	0.6905	2.0895
7	0.4730	2.5245
8	0.3705	2.8526
9	0.2359	3.5751
10	0.0354	9.2311

Condition Number 9.2311

Eigenvalues & Cond Index computed from scaled raw sscp (w/ intercept)

Det(correlation matrix) 0.0924



. linktest

Iteration 0: log likelihood = -966.83493  
Iteration 1: log likelihood = -939.45206  
Iteration 2: log likelihood = -939.09127  
Iteration 3: log likelihood = -939.09107

Ordered logistic regression

Number of obs = 743  
LR chi2(2) = 55.49  
Prob > chi2 = 0.0000  
Pseudo R2 = 0.0287

Log likelihood = -939.09107

S8	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]	
_hat	1.037461	.1409951	7.36	0.000	.7611161	1.313807
_hatsq	.2736298	.2252525	1.21	0.224	-.1678571	.7151166
/cut1	-3.062524	.180681			-3.416652	-2.708395
/cut2	-1.591537	.1181948			-1.823195	-1.35988
/cut3	.8850078	.1048187			.679567	1.090449
/cut4	2.426893	.1516306			2.129703	2.724084

## TEIL 12 Logit-Modelle: Determinanten der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien

Verwendeter Datensatz: M32\_mit\_Labels-korrigiert - ZENTRIERT.dta

S9\_1dep ... Unpolitisch  
 S9\_2dep ... Grün/alternativ  
 S9\_3dep ... Konservativ  
 S9\_4dep ... Liberal  
 S9\_5dep ... National  
 S9\_6dep ... Sozialdemokratisch  
 S9\_7dep ... Sozialistisch/kommunistisch  
 S9\_0dep ... Keine dieser politischen Kategorien trifft zu

S1 ... Mann (Dummy)  
 S2 ... Alter (ordinal, aufsteigend)  
 S3\_1 ... Arbeiter(in)/Angestellte(r) (Dummy)  
 S3\_2 ... Öffentlicher Dienst (Dummy)  
 S3\_3 ... Selbständige(r) (Dummy)  
 S3\_4 ... Pensionist(in) (Dummy)  
 S4 ... Einkommen (ordinal, aufsteigend)  
 S7 ... Schulbildung (ordinal, aufsteigend)  
 GrStadt ... Großstadt mit 100.000+ Einwohnern (Dummy)

. collin S1 S2 S3\_1 S3\_2 S3\_3 S3\_4 S4 S7 GrStadt

Collinearity Diagnostics

Variable	VIF	SQRT VIF	Tolerance	R- Squared
S1	1.21	1.10	0.8234	0.1766
S2	2.49	1.58	0.4017	0.5983
S3_1	2.40	1.55	0.4169	0.5831
S3_2	1.79	1.34	0.5577	0.4423
S3_3	1.67	1.29	0.5997	0.4003
S3_4	3.89	1.97	0.2568	0.7432
S4	1.70	1.31	0.5869	0.4131
S7	1.27	1.13	0.7865	0.2135
GrStadt	1.07	1.04	0.9304	0.0696

Mean VIF 1.95

	Eigenval	Cond Index
1	3.0147	1.0000
2	2.0380	1.2162
3	1.2942	1.5262
4	1.0835	1.6680
5	0.7643	1.9861
6	0.6905	2.0895
7	0.4730	2.5245
8	0.3705	2.8526
9	0.2359	3.5751
10	0.0354	9.2311

Condition Number 9.2311

Eigenvalues & Cond Index computed from scaled raw sscp (w/ intercept)

Det(correlation matrix) 0.0924

```
. logit S9_1dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt
```

```
Iteration 0: log likelihood = -497.30742
Iteration 1: log likelihood = -484.95297
Iteration 2: log likelihood = -484.78079
Iteration 3: log likelihood = -484.78071
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(9)   =      25.05
                        Prob > chi2   =      0.0029
Log likelihood = -484.78071  Pseudo R2   =      0.0252
```

S9_1dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	.1677108	.1777015	0.94	0.345	-.1805776 .5159993
S2	.1003687	.0763919	1.31	0.189	-.0493566 .250094
S3_1	.2848268	.2784277	1.02	0.306	-.2608814 .830535
S3_2	.6484184	.3438232	1.89	0.059	-.0254627 1.322299
S3_3	.320144	.3684397	0.87	0.385	-.4019845 1.042272
S3_4	-.0200794	.3319704	-0.06	0.952	-.6707293 .6305705
S4	-.1973755	.0919215	-2.15	0.032	-.3775383 -.0172126
S7	-.2167456	.0684702	-3.17	0.002	-.3509448 -.0825464
GrStadt	.3908394	.1807957	2.16	0.031	.0364863 .7451925
_cons	-.7848346	.3321164	-2.36	0.018	-1.435771 -.1338984

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -497.30742
Iteration 1: log likelihood = -485.01353
Iteration 2: log likelihood = -484.56502
Iteration 3: log likelihood = -484.56233
Iteration 4: log likelihood = -484.56233
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(2)   =      25.49
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -484.56233  Pseudo R2   =      0.0256
```

S9_1dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	.309113	1.077216	0.29	0.774	-1.802191 2.420417
_hatsq	-.2748223	.4219629	-0.65	0.515	-1.101854 .5522098
_cons	-.3930968	.6561896	-0.60	0.549	-1.679205 .8930111

```
. estat gof, group(10)
```

```
Logistic model for S9_1dep, goodness-of-fit test
```

```
(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)
```

```
number of observations =      942
number of groups      =      10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =      9.35
Prob > chi2           =      0.3138
```

```
. logit S9_2dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt

Iteration 0: log likelihood = -559.72911
Iteration 1: log likelihood = -514.54279
Iteration 2: log likelihood = -513.49484
Iteration 3: log likelihood = -513.49274

Logistic regression              Number of obs =          942
                                LR chi2(9) =           92.47
                                Prob > chi2 =          0.0000
Log likelihood = -513.49274      Pseudo R2 =          0.0826
```

S9_2dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	-.5419159	.1693123	-3.20	0.001	-.873762 - .2100699
S2	-.1206924	.0715641	-1.69	0.092	-.2609554 .0195706
S3_1	.0813645	.2452688	0.33	0.740	-.3993535 .5620825
S3_2	.262127	.3062751	0.86	0.392	-.3381611 .8624151
S3_3	.127088	.3387085	0.38	0.708	-.5367684 .7909444
S3_4	-.2705616	.3215131	-0.84	0.400	-.9007156 .3595924
S4	-.1173529	.0802021	-1.46	0.143	-.2745461 .0398402
S7	.3956554	.0659292	6.00	0.000	.2664366 .5248742
GrStadt	.1496837	.1719157	0.87	0.384	-.1872649 .4866323
_cons	-.8795378	.3046513	-2.89	0.004	-1.476643 - .2824322

```
. linktest

Iteration 0: log likelihood = -559.72911
Iteration 1: log likelihood = -513.67962
Iteration 2: log likelihood = -512.47238
Iteration 3: log likelihood = -512.46863
Iteration 4: log likelihood = -512.46863

Logistic regression              Number of obs =          942
                                LR chi2(2) =           94.52
                                Prob > chi2 =          0.0000
Log likelihood = -512.46863      Pseudo R2 =          0.0844
```

S9_2dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1.333537	.2591906	5.15	0.000	.825533 1.841541
_hatsq	.1889009	.1305262	1.45	0.148	-.0669257 .4447275
_cons	.0548054	.1276894	0.43	0.668	-.1954613 .3050722

```
. estat gof, group(10)

Logistic model for S9_2dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)

number of observations =          942
number of groups =          10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =          7.20
Prob > chi2 =          0.5157
```



```
. logit S9_3dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt

Iteration 0: log likelihood = -584.76735
Iteration 1: log likelihood = -566.78999
Iteration 2: log likelihood = -566.65494
Iteration 3: log likelihood = -566.65492

Logistic regression               Number of obs =      942
                                LR chi2(9) =      36.22
                                Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -566.65492      Pseudo R2 =      0.0310
```

S9_3dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	.1810685	.1580105	1.15	0.252	-.1286264 .4907633
S2	.1877235	.0705229	2.66	0.008	-.0495012 .3259457
S3_1	-.2421236	.2520394	-0.96	0.337	-.7361119 .2518646
S3_2	-.0668082	.3086521	-0.22	0.829	-.6717551 .5381387
S3_3	.173754	.3212514	0.54	0.589	-.4558873 .8033952
S3_4	-.2671036	.3013727	-0.89	0.375	-.8577833 .323576
S4	.1883423	.0750988	2.51	0.012	-.0411513 .3355332
S7	.0725285	.0617307	1.17	0.240	-.0484615 .1935185
GrStadt	-.4500489	.1706872	-2.64	0.008	-.7845896 -.1155082
_cons	-.9252497	.3032885	-3.05	0.002	-1.519684 -.3308151

```
. linktest

Iteration 0: log likelihood = -584.76735
Iteration 1: log likelihood = -566.41081
Iteration 2: log likelihood = -566.22833
Iteration 3: log likelihood = -566.22826

Logistic regression               Number of obs =      942
                                LR chi2(2) =      37.08
                                Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -566.22826      Pseudo R2 =      0.0317
```

S9_3dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1.387547	.4545227	3.05	0.002	.4966993 2.278396
_hatsq	.2590124	.2786925	0.93	0.353	-.287215 .8052397
_cons	.0986184	.1839528	0.54	0.592	-.2619223 .4591592

```
. estat gof, group(10)

Logistic model for S9_3dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)
```

```
number of observations =      942
number of groups =      10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =      5.81
Prob > chi2 =      0.6682
```

```
. logit S9_4dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt
```

```
Iteration 0: log likelihood = -626.53772
Iteration 1: log likelihood = -589.59349
Iteration 2: log likelihood = -589.36968
Iteration 3: log likelihood = -589.36962
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(9)   =      74.34
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -589.36962  Pseudo R2   =      0.0593
```

S9_4dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	.1823264	.1534175	1.19	0.235	-.1183665 .4830192
S2	-.040728	.0675386	-0.60	0.546	-.1731012 .0916453
S3_1	.1517489	.2356091	0.64	0.520	-.3100364 .6135342
S3_2	-.1535035	.2970557	-0.52	0.605	-.735722 .428715
S3_3	-.1320719	.3215476	-0.41	0.681	-.7622936 .4981498
S3_4	.0915138	.2998521	0.31	0.760	-.4961856 .6792131
S4	.0103025	.0735559	0.14	0.889	-.1338644 .1544693
S7	.3982458	.0604513	6.59	0.000	.2797636 .5167281
GrStadt	.3492391	.1567909	2.23	0.026	.0419346 .6565436
_cons	-.4610629	.2915605	-1.58	0.114	-1.032511 .1103852

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -626.53772
Iteration 1: log likelihood = -588.54666
Iteration 2: log likelihood = -588.39087
Iteration 3: log likelihood = -588.39082
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(2)   =      76.29
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -588.39082  Pseudo R2   =      0.0609
```

S9_4dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1.253644	.2208067	5.68	0.000	.820871 1.686417
_hatsq	.2765335	.1978304	1.40	0.162	-.1112069 .6642739
_cons	-.0348235	.0922098	-0.38	0.706	-.2155513 .1459044

```
. estat gof, group(10)
```

```
Logistic model for S9_4dep, goodness-of-fit test
```

```
(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)
```

```
number of observations =      942
number of groups      =      10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =      13.10
Prob > chi2           =      0.1086
```

```
. logit S9_5dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt
```

```
Iteration 0: log likelihood = -620.98059
Iteration 1: log likelihood = -594.98094
Iteration 2: log likelihood = -594.82491
Iteration 3: log likelihood = -594.82487
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(9)   =      52.31
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -594.82487  Pseudo R2   =      0.0421
```

S9_5dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	.2123522	.1532963	1.39	0.166	-.088103 .5128075
S2	-.1783176	.0673242	-2.65	0.008	-.3102706 -.0463646
S3_1	.2204124	.2334427	0.94	0.345	-.2371268 .6779517
S3_2	.2343642	.2991917	0.78	0.433	-.3520407 .8207691
S3_3	.167101	.3162011	0.53	0.597	-.4526418 .7868439
S3_4	.1415974	.2953171	0.48	0.632	-.4372135 .7204083
S4	-.0308353	.0760125	-0.41	0.685	-.179817 .1181464
S7	-.2967346	.0599294	-4.95	0.000	-.4141942 -.1792751
GrStadt	-.2265779	.1638516	-1.38	0.167	-.5477212 .0945653
_cons	-.4432581	.2890494	-1.53	0.125	-1.009785 .1232684

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -620.98059
Iteration 1: log likelihood = -594.68075
Iteration 2: log likelihood = -594.52137
Iteration 3: log likelihood = -594.52128
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(2)   =      52.92
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -594.52128  Pseudo R2   =      0.0426
```

S9_5dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1.196942	.2917717	4.10	0.000	.6250798 1.768804
_hatsq	.1844349	.2358196	0.78	0.434	-.2777631 .6466329
_cons	.0088761	.1008622	0.09	0.930	-.1888102 .2065624

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_5dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)

```
number of observations =      942
number of groups       =      10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =      15.39
Prob > chi2            =      0.0521
```

```
. logit S9_6dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt
```

```
Iteration 0: log likelihood = -646.02962
Iteration 1: log likelihood = -629.27197
Iteration 2: log likelihood = -629.24761
Iteration 3: log likelihood = -629.24761
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(9)   =     33.56
                        Prob > chi2   =     0.0001
Log likelihood = -629.24761  Pseudo R2   =     0.0260
```

S9_6dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]	
S1	-.3195335	.1480971	-2.16	0.031	-.6097985	-.0292686
S2	-.0683347	.0644942	-1.06	0.289	-.194741	.0580716
S3_1	.4763386	.2266701	2.10	0.036	.0320733	.9206039
S3_2	-.1276578	.2832974	-0.45	0.652	-.6829105	.427595
S3_3	-.6649401	.3082815	-2.16	0.031	-1.269161	-.0607194
S3_4	.1406989	.2789559	0.50	0.614	-.4060446	.6874424
S4	.122161	.0724654	1.69	0.092	-.0198686	.2641907
S7	-.0272005	.0568947	-0.48	0.633	-.138712	.0843111
GrStadt	.2572821	.1552571	1.66	0.097	-.0470162	.5615803
_cons	.0754335	.2785889	0.27	0.787	-.4705908	.6214578

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -646.02962
Iteration 1: log likelihood = -628.72144
Iteration 2: log likelihood = -628.70386
Iteration 3: log likelihood = -628.70386
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(2)   =     34.65
                        Prob > chi2   =     0.0000
Log likelihood = -628.70386  Pseudo R2   =     0.0268
```

S9_6dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]	
_hat	1.1321	.2214284	5.11	0.000	.6981085	1.566092
_hatsq	-.3308559	.3180581	-1.04	0.298	-.9542383	.2925266
_cons	.0343149	.0858007	0.40	0.689	-.1338514	.2024811

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_6dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)

```
number of observations =      942
number of groups      =       10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =       7.17
Prob > chi2           =       0.5181
```

```
. logit S9_7dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt
```

```
Iteration 0: log likelihood = -417.92934
Iteration 1: log likelihood = -415.66711
Iteration 2: log likelihood = -415.65517
Iteration 3: log likelihood = -415.65517
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(9) =      4.55
                        Prob > chi2 =      0.8718
Log likelihood = -415.65517      Pseudo R2 =      0.0054
```

S9_7dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	.0238868	.1957259	0.12	0.903	-.3597289 .4075025
S2	-.0942464	.0855014	-1.10	0.270	-.2618261 .0733332
S3_1	-.0240475	.2914323	-0.08	0.934	-.5952442 .5471493
S3_2	-.2076515	.3852639	-0.54	0.590	-.9627547 .5474518
S3_3	-.3185947	.4217774	-0.76	0.450	-1.145263 .5080738
S3_4	.0613568	.374873	0.16	0.870	-.6733808 .7960943
S4	.0272955	.0958675	0.28	0.776	-.1606012 .2151923
S7	-.0409842	.0753404	-0.54	0.586	-.1886487 .1066803
GrStadt	-.2132607	.2115822	-1.01	0.313	-.6279542 .2014328
_cons	-1.926515	.3747261	-5.14	0.000	-2.660964 -1.192065

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -417.92934
Iteration 1: log likelihood = -415.6712
Iteration 2: log likelihood = -415.64781
Iteration 3: log likelihood = -415.6478
```

```
Logistic regression      Number of obs =      942
                        LR chi2(2) =      4.56
                        Prob > chi2 =      0.1021
Log likelihood = -415.6478      Pseudo R2 =      0.0055
```

S9_7dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1.748728	6.164999	0.28	0.777	-10.33445 13.8319
_hatsq	.2276131	1.868215	0.12	0.903	-3.43402 3.889247
_cons	.6076214	5.048673	0.12	0.904	-9.287595 10.50284

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_7dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)

```
number of observations =      942
number of groups =      10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =      5.04
Prob > chi2 =      0.7532
```

```
. logit S9_0dep S1 S2 S3_1 S3_2 S3_3 S3_4 S4 S7 GrStadt

Iteration 0:  log likelihood = -241.66066
Iteration 1:  log likelihood = -235.94466
Iteration 2:  log likelihood = -235.64268
Iteration 3:  log likelihood = -235.64131
Iteration 4:  log likelihood = -235.64131

Logistic regression               Number of obs   =       942
                                LR chi2(9)       =       12.04
                                Prob > chi2        =       0.2111
Log likelihood = -235.64131      Pseudo R2       =       0.0249
```

S9_0dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S1	-.1403564	.2919006	-0.48	0.631	-.7124712 .4317583
S2	-.1960623	.1176053	-1.67	0.095	-.4265645 .0344398
S3_1	-.5774273	.432462	-1.34	0.182	-1.425037 .2701826
S3_2	-.1761777	.6120266	-0.29	0.773	-1.375728 1.023372
S3_3	-.2793922	.6010156	-0.46	0.642	-1.457361 .8985767
S3_4	.1081471	.5023186	0.22	0.830	-.8763794 1.092673
S4	.4135347	.161208	2.57	0.010	.0975728 .7294966
S7	-.0238307	.1089589	-0.22	0.827	-.2373862 .1897247
GrStadt	.1419801	.3097898	0.46	0.647	-.4651968 .749157
_cons	2.365258	.5355839	4.42	0.000	1.315533 3.414983

```
. linktest

Iteration 0:  log likelihood = -241.66066
Iteration 1:  log likelihood = -235.7499
Iteration 2:  log likelihood = -235.06432
Iteration 3:  log likelihood = -235.05805
Iteration 4:  log likelihood = -235.05804

Logistic regression               Number of obs   =       942
                                LR chi2(2)       =       13.21
                                Prob > chi2        =       0.0014
Log likelihood = -235.05804      Pseudo R2       =       0.0273
```

S9_0dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	3.271526	1.980825	1.65	0.099	-.6108191 7.153871
_hatsq	-.4348885	.3705387	-1.17	0.241	-1.161131 .2913541
_cons	-2.873854	2.602189	-1.10	0.269	-7.97405 2.226342

```
. estat gof, group(10)

Logistic model for S9_0dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)

number of observations =       942
number of groups       =        10
Hosmer-Lemeshow chi2(8) =       12.69
Prob > chi2            =       0.1230
```

### TEIL 3: Logit-Modell: Determinanten der Selbstzuordnung zu politischen Kategorien anhand der Selbstzuordnung auf der Links/Rechts-Skala

Verwendeter Datensatz: M32\_mit\_Labels-korrigiert - ZENTRIERT.dta

```
S9_1dep ... Unpolitisch
S9_2dep ... Grün/alternativ
S9_3dep ... Konservativ
S9_4dep ... Liberal
S9_5dep ... National
S9_6dep ... Sozialdemokratisch
S9_7dep ... Sozialistisch/kommunistisch
S9_0dep ... Keine dieser politischen Kategorien trifft zu
```

```
S8_1 ... Rechts
S8_2 ... Eher rechts
S8_3 ... Eher links
S8_4 ... Links
S8_5 ... Anderes/keine Angabe
```

```
. logit S9_1dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -521.23137
Iteration 1: log likelihood = -509.27445
Iteration 2: log likelihood = -509.0246
Iteration 3: log likelihood = -509.02447
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
                                   LR chi2(5)          =      24.41
                                   Prob > chi2         =      0.0002
Log likelihood = -509.02447        Pseudo R2         =      0.0234
```

S9_1dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	.2373231	.3708743	0.64	0.522	-.4895772 .9642234
S8_2	-.5078732	.2956466	-1.72	0.086	-1.08733 .0715834
S8_3	-.5481974	.2592066	-2.11	0.034	-1.056233 -.0401619
S8_4	-.6544766	.3969404	-1.65	0.099	-1.432466 .1235123
S8_5	.4770836	.1881736	2.54	0.011	.1082701 .8458971
_cons	-1.771485	.3683192	-4.81	0.000	-2.493378 -1.049593

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -521.23137
Iteration 1: log likelihood = -509.27439
Iteration 2: log likelihood = -509.0246
Iteration 3: log likelihood = -509.02447
Iteration 4: log likelihood = -509.02447
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
                                   LR chi2(2)          =      24.41
                                   Prob > chi2         =      0.0000
Log likelihood = -509.02447        Pseudo R2         =      0.0234
```

S9_1dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	1.565708	0.64	0.523	-2.068731 4.068731
_hatsq	1.38e-07	.5897943	0.00	1.000	-1.155975 1.155976
_cons	1.78e-07	.9735619	0.00	1.000	-1.908146 1.908147

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_1dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 4 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups      =         4
Hosmer-Lemeshow chi2(2) =         0.00
Prob > chi2           =         1.0000
```

```
. fitstat
```

Measures of Fit for logit of S9\_1dep

```
Log-Lik Intercept Only:      -521.231    Log-Lik Full Model:      -509.024
D(997):                      1018.049    LR(5):                   24.414
                               Prob > LR:         0.000
McFadden's R2:               0.023      McFadden's Adj R2:      0.012
ML (Cox-Snell) R2:           0.024      Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.037
McKelvey & Zavoina's R2:     0.044      Efron's R2:             0.024
```

```
Variance of y*:          3.441  Variance of error:          3.290
Count R2:                0.786  Adj Count R2:          0.000
AIC:                    1.027  AIC*n:                1030.049
BIC:                   -5871.970 BIC':                  10.140
BIC used by Stata:      1059.513 AIC used by Stata:     1030.049
```

```
. logit S9_2dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -592.98599
Iteration 1: log likelihood = -547.64123
Iteration 2: log likelihood = -545.8749
Iteration 3: log likelihood = -545.857
Iteration 4: log likelihood = -545.85699
```

```
Logistic regression          Number of obs =      1003
                             LR chi2(5) =      94.26
                             Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -545.85699   Pseudo R2 =      0.0795
```

S9_2dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	-.4032478	.4088618	-0.99	0.324	-1.204602 .3981066
S8_2	-1.268864	.3502244	-3.62	0.000	-1.955291 -.5824371
S8_3	.9930274	.1951638	5.09	0.000	.6105134 1.375541
S8_4	1.396493	.2797227	4.99	0.000	.8482461 1.944739
S8_5	-.4412538	.2065704	-2.14	0.033	-.8461243 -.0363833
_cons	-.9055941	.3535021	-2.56	0.010	-1.598446 -.2127427

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -592.98599
Iteration 1: log likelihood = -547.65358
Iteration 2: log likelihood = -545.87168
Iteration 3: log likelihood = -545.85699
Iteration 4: log likelihood = -545.85699
```

```
Logistic regression          Number of obs =      1003
                             LR chi2(2) =      94.26
                             Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -545.85699   Pseudo R2 =      0.0795
```

S9_2dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	.240224	4.16	0.000	.5291696 1.470831
_hatsq	5.27e-08	.1349801	0.00	1.000	-.264556 .2645561
_cons	-1.08e-08	.1216478	-0.00	1.000	-.2384254 .2384253

```
. estat gof, group(10)
```

```
Logistic model for S9_2dep, goodness-of-fit test
```

```
(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)
(There are only 5 distinct quantiles because of ties)
```

```
number of observations =      1003
number of groups =      5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =      0.00
Prob > chi2 =      1.0000
```

```
. fitstat
```

```
Measures of Fit for logit of S9_2dep
```

```
Log-Lik Intercept Only:      -592.986  Log-Lik Full Model:      -545.857
D(997):                    1091.714  LR(5):                  94.258
                             Prob > LR:      0.000
McFadden's R2:              0.079  McFadden's Adj R2:      0.069
ML (Cox-Snell) R2:          0.090  Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.129
McKelvey & Zavoina's R2:    0.133  Efron's R2:             0.096
Variance of y*:             3.796  Variance of error:      3.290
Count R2:                   0.733  Adj Count R2:          0.039
AIC:                        1.100  AIC*n:                 1103.714
BIC:                        -5798.305 BIC':                  -59.704
BIC used by Stata:          1133.178 AIC used by Stata:     1103.714
```



```
. logit S9_3dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -624.95484
Iteration 1: log likelihood = -590.0717
Iteration 2: log likelihood = -589.40333
Iteration 3: log likelihood = -589.40131
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(5) =      71.11
                        Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -589.40131  Pseudo R2 =      0.0569
```

S9_3dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	-.5603866	.348394	-1.61	0.108	-1.243226 .1224531
S8_2	-.2544771	.2197153	-1.16	0.247	-.6851112 .1761571
S8_3	-1.527821	.2466897	-6.19	0.000	-2.011324 -1.044318
S8_4	-1.311389	.3465716	-3.78	0.000	-1.990656 -.6321208
S8_5	-1.045894	.1911884	-5.47	0.000	-1.420617 -.671172
_cons	-2.591944	.3267507	-7.93	0.000	-3.232363 -1.951524

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -624.95484
Iteration 1: log likelihood = -590.07411
Iteration 2: log likelihood = -589.40318
Iteration 3: log likelihood = -589.40131
Iteration 4: log likelihood = -589.40131
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(2) =      71.11
                        Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -589.40131  Pseudo R2 =      0.0569
```

S9_3dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	.9999999	.6825557	1.47	0.143	-.3377847 2.337784
_hatsq	-7.64e-08	.3677568	-0.00	1.000	-.7207902 .72079
_cons	-2.70e-08	.206082	-0.00	1.000	-.4039133 .4039132

```
. estat gof, group(10)
```

```
Logistic model for S9_3dep, goodness-of-fit test
```

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 5 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups =      5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =      0.00
Prob > chi2 =      1.0000
```

```
. fitstat
```

```
Measures of Fit for logit of S9_3dep
```

```
Log-Lik Intercept Only:      -624.955  Log-Lik Full Model:      -589.401
D(997):                      1178.803  LR(5):                    71.107
                               Prob > LR:      0.000
McFadden's R2:                0.057  McFadden's Adj R2:      0.047
ML (Cox-Snell) R2:            0.068  Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.096
McKelvey & Zavoina's R2:     0.101  Efron's R2:             0.068
Variance of y*:               3.661  Variance of error:      3.290
Count R2:                     0.685  Adj Count R2:           0.000
AIC:                          1.187  AIC*n:                  1190.803
BIC:                          -5711.216  BIC':                   -36.553
BIC used by Stata:            1220.267  AIC used by Stata:      1190.803
```

```
. logit S9_4dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -669.31527
Iteration 1: log likelihood = -640.60164
Iteration 2: log likelihood = -640.48064
Iteration 3: log likelihood = -640.48062
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(5)   =      57.67
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -640.48062  Pseudo R2   =      0.0431
```

S9_4dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	-.6632828	.3651584	-1.82	0.069	-1.37898 .0524144
S8_2	-.713827	.2406989	-2.97	0.003	-1.185588 -.2420658
S8_3	.704943	.1902487	3.71	0.000	.3320624 1.077824
S8_4	.4681193	.2716797	1.72	0.085	-.064363 1.000602
S8_5	-.6666143	.183064	-3.64	0.000	-1.025413 -.3078155
_cons	-.80814	.3063851	-2.64	0.008	-1.408644 -.2076363

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -669.31527
Iteration 1: log likelihood = -640.60109
Iteration 2: log likelihood = -640.48064
Iteration 3: log likelihood = -640.48062
Iteration 4: log likelihood = -640.48062
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(2)   =      57.67
                        Prob > chi2   =      0.0000
Log likelihood = -640.48062  Pseudo R2   =      0.0431
```

S9_4dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	.2762869	3.62	0.000	.4584876 1.541512
_hatsq	2.67e-08	.2944848	0.00	1.000	-.5771795 .5771796
_cons	-1.89e-09	.0920117	-0.00	1.000	-.1803397 .1803397

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_4dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 5 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups =      5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =      0.00
Prob > chi2 =      1.0000
```

```
. fitstat
```

Measures of Fit for logit of S9\_4dep

```
Log-Lik Intercept Only:  -669.315  Log-Lik Full Model:      -640.481
D(997):                  1280.961  LR(5):                   57.669
                        Prob > LR:      0.000
McFadden's R2:           0.043  McFadden's Adj R2:      0.034
ML (Cox-Snell) R2:       0.056  Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.076
McKelvey & Zavoina's R2: 0.071  Efron's R2:             0.057
Variance of y*:          3.542  Variance of error:      3.290
Count R2:                0.642  Adj Count R2:           0.075
AIC:                     1.289  AIC*n:                  1292.961
BIC:                    -5609.057  BIC':                   -23.116
BIC used by Stata:       1322.426  AIC used by Stata:      1292.961
```

```
. logit S9_5dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -660.33915
Iteration 1: log likelihood = -628.85012
Iteration 2: log likelihood = -628.25106
Iteration 3: log likelihood = -628.24907
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
                                LR chi2(5)      =      64.18
                                Prob > chi2     =      0.0000
Log likelihood = -628.24907        Pseudo R2      =      0.0486
```

S9_5dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	.6706743	.3277424	2.05	0.041	.0283111 1.313038
S8_2	.5818431	.2158386	2.70	0.007	.1588073 1.004879
S8_3	-1.241713	.2371251	-5.24	0.000	-1.70647 -0.7769565
S8_4	-.9640814	.3272854	-2.95	0.003	-1.605549 -0.3226139
S8_5	-.1713185	.1721357	-1.00	0.320	-.5086983 .1660614
_cons	-.94529	.3113468	-3.04	0.002	-1.555519 -0.3350614

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -660.33915
Iteration 1: log likelihood = -628.85196
Iteration 2: log likelihood = -628.2509
Iteration 3: log likelihood = -628.24907
Iteration 4: log likelihood = -628.24907
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
                                LR chi2(2)      =      64.18
                                Prob > chi2     =      0.0000
Log likelihood = -628.24907        Pseudo R2      =      0.0486
```

S9_5dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	.3056556	3.27	0.001	.4009261 1.599074
_hatsq	2.97e-08	.1942223	0.00	1.000	-.3806686 .3806687
_cons	-8.27e-09	.1012014	-0.00	1.000	-.1983511 .1983511

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_5dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 6 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups      =         6
Hosmer-Lemeshow chi2(4) =         0.00
Prob > chi2           =         1.0000
```

```
. fitstat
```

Measures of Fit for logit of S9\_5dep

```
Log-Lik Intercept Only:      -660.339   Log-Lik Full Model:      -628.249
D(997):                      1256.498   LR(5):                   64.180
                                Prob > LR:                0.000
McFadden's R2:                0.049     McFadden's Adj R2:      0.040
ML (Cox-Snell) R2:            0.062     Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.085
McKelvey & Zavoina's R2:      0.090     Efron's R2:              0.061
Variance of y*:                3.614     Variance of error:       3.290
Count R2:                      0.648     Adj Count R2:            0.046
AIC:                            1.265     AIC*n:                   1268.498
BIC:                          -5633.520    BIC':                     -29.626
BIC used by Stata:             1297.963    AIC used by Stata:       1268.498
```

```
. logit S9_6dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -689.72053
Iteration 1: log likelihood = -662.04015
Iteration 2: log likelihood = -661.90291
Iteration 3: log likelihood = -661.90286
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(5) =      55.64
                        Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -661.90286      Pseudo R2 =      0.0403
```

S9_6dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	.0855222	.3273393	0.26	0.794	-.556051 .7270953
S8_2	-.5851522	.2174914	-2.69	0.007	-1.011427 -.1588769
S8_3	.8796453	.2083347	4.22	0.000	.4713168 1.287974
S8_4	.7932682	.3008179	2.64	0.008	.2036759 1.38286
S8_5	-.4557627	.1680418	-2.71	0.007	-.7851185 -.1264068
_cons	.5609203	.2984549	1.88	0.060	-.0240406 1.145881

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -689.72053
Iteration 1: log likelihood = -662.03975
Iteration 2: log likelihood = -661.9029
Iteration 3: log likelihood = -661.90286
Iteration 4: log likelihood = -661.90286
```

```
Logistic regression      Number of obs =      1003
                        LR chi2(2) =      55.64
                        Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -661.90286      Pseudo R2 =      0.0403
```

S9_6dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	.2564596	3.90	0.000	.4973485 1.502651
_hatsq	-3.93e-08	.294683	-0.00	1.000	-.577568 .5775679
_cons	5.89e-09	.0783759	0.00	1.000	-.153614 .153614

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_6dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 5 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups =      5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =      0.00
Prob > chi2 =      1.0000
```

```
. fitstat
```

Measures of Fit for logit of S9\_6dep

```
Log-Lik Intercept Only:      -689.721      Log-Lik Full Model:      -661.903
D(997):      1323.806      LR(5):      55.635
                        Prob > LR:      0.000
McFadden's R2:      0.040      McFadden's Adj R2:      0.032
ML (Cox-Snell) R2:      0.054      Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2:      0.072
McKelvey & Zavoina's R2:      0.069      Efron's R2:      0.054
Variance of y*:      3.535      Variance of error:      3.290
Count R2:      0.601      Adj Count R2:      0.109
AIC:      1.332      AIC*n:      1335.806
BIC:      -5566.213      BIC':      -21.082
BIC used by Stata:      1365.270      AIC used by Stata:      1335.806
```

```
. logit S9_7dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -438.52657
Iteration 1: log likelihood = -420.73533
Iteration 2: log likelihood = -418.25736
Iteration 3: log likelihood = -418.25709
```

```
Logistic regression          Number of obs =      1003
                             LR chi2(5) =      40.54
                             Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -418.25709   Pseudo R2 =      0.0462
```

S9_7dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	.7609536	.4073369	1.87	0.062	-.037412 1.559319
S8_2	.1245829	.3259556	0.38	0.702	-.5142783 .7634442
S8_3	.9446747	.2419784	3.90	0.000	.4704057 1.418944
S8_4	1.641526	.3013718	5.45	0.000	1.050848 2.232204
S8_5	.0402184	.2609076	0.15	0.877	-.4711511 .551588
_cons	-.3042586	.3832944	-0.79	0.427	-1.055502 .4469847

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -438.52657
Iteration 1: log likelihood = -420.73534
Iteration 2: log likelihood = -418.25735
Iteration 3: log likelihood = -418.25709
Iteration 4: log likelihood = -418.25709
```

```
Logistic regression          Number of obs =      1003
                             LR chi2(2) =      40.54
                             Prob > chi2 =      0.0000
Log likelihood = -418.25709   Pseudo R2 =      0.0462
```

S9_7dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	.9999998	.9393022	1.06	0.287	-.8409987 2.840998
_hatsq	-8.84e-08	.3443886	-0.00	1.000	-.6749893 .6749892
_cons	-8.87e-08	.5525328	-0.00	1.000	-1.082944 1.082944

```
. estat gof, group(10)
```

```
Logistic model for S9_7dep, goodness-of-fit test
```

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
(There are only 5 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups =      5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =      0.00
Prob > chi2 =      1.0000
```

```
. fitstat
```

```
Measures of Fit for logit of S9_7dep
```

```
Log-Lik Intercept Only:      -438.527   Log-Lik Full Model:      -418.257
D(997):                      836.514   LR(5):                   40.539
                             Prob > LR:      0.000
McFadden's R2:                0.046   McFadden's Adj R2:      0.033
ML (Cox-Snell) R2:            0.040   Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.068
McKelvey & Zavoina's R2:     0.069   Efron's R2:             0.047
Variance of y*:               3.532   Variance of error:      3.290
Count R2:                     0.841   Adj Count R2:           0.000
AIC:                          0.846   AIC*n:                  848.514
BIC:                          -6053.504   BIC':                   -5.985
BIC used by Stata:            877.979   AIC used by Stata:      848.514
```

```
. logit S9_0dep S8_1 S8_2 S8_3 S8_4 S8_5
```

```
Iteration 0: log likelihood = -283.88337
Iteration 1: log likelihood = -263.94266
Iteration 2: log likelihood = -257.5746
Iteration 3: log likelihood = -257.46815
Iteration 4: log likelihood = -257.46772
Iteration 5: log likelihood = -257.46772
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
LR chi2(5)                        =      52.83
Prob > chi2                       =      0.0000
Log likelihood = -257.46772        Pseudo R2          =      0.0931
```

S9_0dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
S8_1	-.6311695	.6511773	-0.97	0.332	-1.907454 .6451146
S8_2	-1.085906	.3981104	-2.73	0.006	-1.866188 -.3056236
S8_3	.0360022	.488163	0.07	0.941	-.9207798 .9927842
S8_4	.9310155	1.039801	0.90	0.371	-1.106957 2.968988
S8_5	-1.798525	.3056187	-5.88	0.000	-2.397527 -1.199523
_cons	1.921828	.7509405	2.56	0.010	.4500114 3.393644

```
. linktest
```

```
Iteration 0: log likelihood = -283.88337
Iteration 1: log likelihood = -263.57808
Iteration 2: log likelihood = -257.57605
Iteration 3: log likelihood = -257.46796
Iteration 4: log likelihood = -257.46772
Iteration 5: log likelihood = -257.46772
```

```
Logistic regression                Number of obs =      1003
LR chi2(2)                        =      52.83
Prob > chi2                       =      0.0000
Log likelihood = -257.46772        Pseudo R2          =      0.0931
```

S9_0dep	Coef.	Std. Err.	z	P> z	[95% Conf. Interval]
_hat	1	1.306061	0.77	0.444	-1.559833 3.559833
_hatsq	1.66e-08	.276688	0.00	1.000	-.5422985 .5422985
_cons	-5.12e-08	1.362998	-0.00	1.000	-2.671428 2.671427

```
. estat gof, group(10)
```

Logistic model for S9\_0dep, goodness-of-fit test

(Table collapsed on quantiles of estimated probabilities)  
 (There are only 5 distinct quantiles because of ties)

```
number of observations =      1003
number of groups      =         5
Hosmer-Lemeshow chi2(3) =         0.00
Prob > chi2           =         1.0000
```

```
. fitstat
```

Measures of Fit for logit of S9\_0dep

```
Log-Lik Intercept Only:      -283.883   Log-Lik Full Model:      -257.468
D(997):                      514.935   LR(5):                  52.831
                               Prob > LR:                0.000
McFadden's R2:               0.093     McFadden's Adj R2:      0.072
ML (Cox-Snell) R2:           0.051     Cragg-Uhler(Nagelkerke) R2: 0.119
McKelvey & Zavoina's R2:     0.173     Efron's R2:             0.058
Variance of y*:              3.977     Variance of error:      3.290
Count R2:                    0.918     Adj Count R2:           0.000
AIC:                         0.525     AIC*n:                  526.935
BIC:                         -6375.083   BIC':                   -18.278
BIC used by Stata:           556.400   AIC used by Stata:     526.935
```

## **Appendix C: LEITFADEN – EXPERTENINTERVIEW**

### Kurze Vorstellung des Projektes:

Das Projekt wird gemeinsam vom Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt und untersucht in einer Umfrage wie wichtig es für die Bevölkerung ist über wirtschaftspolitischen Maßnahmen informiert zu sein, wie sie sich informieren und fragt auch die Meinung der Bevölkerung zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab. Ergänzt wird diese Umfrage mit Experteninterviews.

### Kurze Erklärung des Interviewablaufs:

Gleich wie bei der telefonischen Befragung möchten wir das Interview damit beginnen, wie sie sich über aktuelle Wirtschaftspolitik informieren, dann möchten wir auch gerne wissen, wie sie glauben, dass sich die Bevölkerung informiert, abschließend möchten wir sie noch zu einer konkreten wirtschaftspolitische Maßnahme befragen.

Wenn sie sich bitte kurz vorstellen: ihre Funktion und Aufgabe ... in der Institution X

Beginnen wir mit ....

**Wie informieren sie sich über die aktuelle Wirtschaftspolitik?** (Regelmäßige Information über wirtschaftspolitische Maßnahmen)

→ nachhaken, wenn nicht bereits erwähnt ...

- welche Quellen nutzen sie? (national, international)
- welche Bedeutung haben Kollegen, Ökonomen allg.
- die Medien ...?

**Wie glauben sie informiert sich die Bevölkerung über aktuelle Wirtschaftspolitik bzw. wirtschaftspolitische Maßnahmen?** (Welche Medien nutzt sie, Bedeutung von Freunden und Bekannten, etc.)

→ nachhaken, wenn nicht bereits erwähnt ...

- Welche Quellen nutzt die Bevölkerung ihrer Meinung nach?
- Wovon hängt es ihrer Meinung nach ab, ob es für die Bevölkerung wichtig ist informiert zu sein (Betroffenheit, Interesse, Bildung etc.)?
- Gibt es ihrer Meinung nach Unterschiede zwischen (Bevölkerungs-)Gruppen, wenn ja wovon hängt das ihrer Meinung nach ab, ob bestimmte Gruppen gut/wenig interessiert und informiert sind und welche Merkmale unterscheidet die Gruppen (z.B. Bildung, Alter etc.)
- Ist ihrer Meinung nach die Bevölkerung über wirtschaftspolitische Maßnahmen gut informiert?
- Wovon hängt die Meinung der Bevölkerung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen ab? (...von den Informationsquellen, individuelle Situation/Betroffenheit, Umfeld der Personen...?)

**Ist es für sie als Experte wichtig zu wissen wie die Bevölkerung sich eine Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet?**

→ nachhaken ....

- Ist es für Experten wichtig zu wissen, wie die Bevölkerung sich eine Meinung bildet?
- Ist es für Experten wichtig zu wissen, was die Bevölkerung zu Maßnahmen denkt?
- Soll der Experte etwas dazu beitragen, wie die Bevölkerung sich eine Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet?
- Wenn ja, was und wie?
- Könnten sie sich vorstellen in Medien (Zeitung, Fernsehen ...) die viele Menschen erreichen einen Beitrag zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu platzieren?



**Wer nimmt ihrer Meinung nach in Österreich wesentlich Einfluss auf die Wirtschaftspolitik?** (z.B. Experten, Politik, Medien, andere)

→ nachhaken, ...

- Wovon hängt das ihrer Meinung nach ab ob Experten Einfluss haben? (z.B. Politik, Medien, was wie diskutiert wird, den Problemen, d.h. welche und wie diese definiert werden oder ...?)
- Welche Funktion haben Experten bei der Entwicklung von wirtschaftspolitischen Maßnahmen
- Welchen Einfluss haben Experten (Ökonomen) in Österreich?
- Welche Experten haben Einfluss –Experten allgemein oder sind das bestimmte?

**Wer nimmt wesentlich Einfluss auf die Wirtschaftspolitik ihrer Institution?**

- Welche Funktion haben Sie dabei?
- Wer nimmt (sonst) noch Einfluss in ihrer Institution?
- Werden die Konzepte, Vorschläge nach außen kommuniziert? Wenn ja, wie und an wen ist die Kommunikation gerichtet (z.B. Mitglieder, Öffentlichkeit, Politik)
- Wie sehr sind sie (ihre Institution) in die Meinungsbildung über wirtschaftspolitische Maßnahmen eingebunden? (persönliche Einschätzung) und wie sind sie eingebunden?
- Werden Expertisen für externe Anfragen gemacht und wer sind die Auftraggeber (z.B. Politik, andere Interessensvertretungen...)

**Überleitung zu konkreten Beispielen:**

Bei der Telefonbefragung haben wir nicht nur abgefragt, wie sich die Bevölkerung eine Meinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen bildet, sondern die Meinung der Personen zu konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen abgefragt, unter anderem zur Rolle des Staates bei der Verteilung des Wohlstandes. Die konkrete Frage lautete:

**Sind sie der Meinung der österreichische Staat sollte...?**

- mehr unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren
- gleich viel unternehmen wie bisher oder
- er sollte weniger unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren

**Aufforderung an Experten:** Für uns wäre es interessant zu wissen wie Experten darüber denken und auch auf welchen Theorien und Konzepten die Expertenmeinung aufbaut.

→ ausführlich erklären lassen!

**Wie glauben sie haben die Personen in den Interviews auf diese Frage geantwortet?**

→ nachhaken ....

- Wieso glauben sie haben die Personen gerade so (wie eben von Experten beschrieben) geantwortet?

Wir haben die Bevölkerung auch dazu befragt, wer von der Steuerreform profitieren soll. Die Frage lautete: **„In Österreich ist eine Lohn- und Einkommenssteuersenkung geplant, wie soll diese Lohn- und Einkommenssteuersenkung ihrer Meinung nach gestaltet sein?“**

Den Personen wurden folgende Antwortmöglichkeiten vorgelesen:

vor allem niedrige Einkommen sollen profitieren

vor allem mittlere Einkommen sollen profitieren,

vor allem hohe Einkommen sollen profitieren, oder

alle Einkommensgruppen sollen gleich von der Reform profitieren.

- Wie glauben sie haben ihrer Meinung nach die Personen geantwortet?
- Weshalb glauben sie, wünschen sich die Personen, dass die von ihnen genannte Gruppe von der Reform profitieren soll?
- Welche Gruppe sollte ihrer Meinung nach von der Steuerreform profitieren? Weshalb gerade diese Gruppe, welche wirtschaftspolitischen Argumente sprechen dafür, dass diese Gruppe profitieren soll?

Ziel der Frage: welche normativen Vorstellungen von einer ‚gerechten‘ oder ‚richtigen‘ Verteilung des Wohlstandes haben die Experten und glauben diese, dass die Leute haben?

Abschlussfragen:

- Gibt es ihrer Meinung nach noch etwas, das im Interview nicht abgefragt wurde, ihrer Meinung nach aber wichtig wäre und berücksichtigt gehört? (zur persönl. Erinnerung des Interviewers der vollständige Projekttitle: **„Determinanten der öffentlichen Meinung und Expertenmeinung zu wirtschaftspolitischen Maßnahmen und die Bedeutung von Wissen, Eigennutzen und Werten (Ideologie)“ für die Meinungsbildung**)

Danke für das Interview!

**Abschluss:** Schriftliche Beantwortung des Fragebogens

Experte (Code):

Datum:

Dauer des Interviews:

Interviewer (Code):

**Appendix D: FRAGEBOGEN – Telefonische Repräsentativbefragung der  
Bevölkerung**

## Umfrage zur Österreichischen Wirtschaftspolitik

Interviewerinformation: Diese "Umfrage zur Österreichischen Wirtschaftspolitik" ist Teil eines Forschungsprojekts, das gemeinsam vom Institut für Wirtschaftssoziologie der Universität Wien und dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung durchgeführt wird. Finanziert wird das Projekt (größtenteils) aus Mitteln des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank.

Guten Abend, mein Name ist ... von Hoffmann & Forcher Marketing Research. Wir machen zurzeit im Auftrag der Universität Wien und des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung eine Umfrage zu Themen der Wirtschaftspolitik. Darf ich Ihnen dazu ein paar Fragen stellen?

Wenn Sie zu einer der folgenden Fragen keine Meinung haben, dann sagen sie bitte "weiß nicht", wenn Sie zwar eine Meinung haben, diese aber für sich behalten wollen, dann sagen Sie bitte "keine Angabe".

### Informationen zur Wirtschaftspolitik

#### 1.1 Wie wichtig ist es für Sie, über die aktuelle Wirtschaftspolitik informiert zu sein? Ist das für Sie persönlich ...?

Programmierung: Kategorien 1 bis 4 rotierend (1-2-3-4 / 4-3-2-1).

- 1 sehr wichtig
- 2 eher wichtig
- 3 eher unwichtig
- 4 völlig unwichtig

nicht vorlesen:

- 98 weiß nicht
- 99 keine Angabe

**1.2 Welche der folgenden Medien nutzen Sie regelmäßig um über die aktuelle Wirtschaftspolitik informiert zu sein?**

Programmierung Unterfragen 1.2.1 bis 1.2.4 rotierend (zufällig)

1.2.1	Fernsehen	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.2.2	Zeitungen und Zeitschriften	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.2.3	Internet	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.2.4	Radio	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe

**1.3 Welche der folgenden Personengruppen sind Ihrer Meinung nach vertrauenswürdig, wenn es um Themen der Wirtschaftspolitik geht?**

Programmierung Unterfragen 1.3.1 bis 1.3.6 rotierend (random)

1.3.1	Politiker	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.3.2	Journalisten	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.3.3	Gewerkschaften und Arbeiterkammer	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.3.4	Wirtschaftsexperten und Wirtschaftsforschern	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.3.5	Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.3.6	Freunde und Bekannte	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe

**1.4 Sind Sie der Meinung, dass in Österreich die Höhe des Einkommens von der persönlichen Leistung des Einzelnen abhängt oder hängt die Höhe des Einkommens in der Regel nicht von der persönlichen Leistung des Einzelnen ab?**

- 1 hängt von der Leistung ab
- 2 hängt nicht von der Leistung ab

nicht vorlesen:

- 3 sowohl als auch
- 98 weiß nicht
- 99 keine Angabe

### 1.5 Sind Sie der Meinung, der österreichische Staat sollte ...?

Programmierung: Kategorien 1 bis 3 rotierend (1-2-3 / 3-2-1).

- 1 mehr unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren
- 2 gleich viel unternehmen wie bisher oder sollte er
- 3 weniger unternehmen um den Einkommensunterschied zwischen armen und reichen Menschen zu reduzieren

nicht vorlesen:

98 weiß nicht

99 keine Angabe

Interviewerinformation: Hier ist die Formulierung unpräzise (Einkommensunterschied  $\leftrightarrow$  arme/reiche Menschen). Der Grund dafür ist, dass die Fragestellung aus einer (kanadischen) Referenzstudie übernommen wurde. Sollte ein Befragter auf diesen Umstand aufmerksam machen, bitte darauf hinweisen, dass es darum geht, ob der Staat **den Wohlstand gleichmäßiger verteilen soll oder nicht.**

### 1.6 Sind Sie der Meinung, dass es die Aufgabe des österreichischen Staates ist allen Bürgern ein angemessenes Einkommen zu ermöglichen?

- 1 ja
- 2 nein

nicht vorlesen:

98 weiß nicht

99 keine Angabe

### 1.7 Im Zuge der Steuerreform 2005 wurde die Lohn- und Einkommensteuer gesenkt. Haben Sie persönlich von der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer im Jahr 2005 profitiert?

- 1 ja
- 2 nein

nicht vorlesen:

98 weiß nicht

99 keine Angabe

### 1.8 Sind Sie persönlich der Meinung, dass die Lohn- und Einkommensteuer derzeit in Österreich ...?

Programmierung: Kategorien 1 bis 3 rotierend (1-2-3 / 3-2-1).

- 1 zu hoch ist
- 2 gerade angemessen ist
- 3 zu niedrig ist

nicht vorlesen:

- 98 weiß nicht
- 99 keine Angabe

Interviewerinformation: Im Pretest ist es vorgekommen, dass einzelne Befragte zwar die Lohn- aber nicht die Einkommensteuer getrennt betrachtet haben (z. B. "Lohnsteuer zu hoch, Einkommensteuer zu niedrig."). Tatsächlich handelt es sich aber im Wesentlichen (!) um ein und dieselbe Steuer, die jedoch unterschiedlich eingehoben wird (Lohnsteuer wird direkt vom Arbeitgeber abgeführt, während Einkommensteuer vom Einkommensbezieher abgeführt wird) und sich in einigen Details unterscheiden (Jahressechstel - sog. 13. u. 14. Monatsgehalt, Steuerfreigrenze).

### 1.9 Im nächsten oder im übernächsten Jahr soll in Österreich die Lohn- und Einkommenssteuer gesenkt werden. Wie soll diese Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer Ihrer Meinung nach gestaltet werden? Sollen ...?

Programmierung: Kategorien 1 bis 3 rotierend (1-2-3 / 3-2-1). Mehrfachantworten möglich (1-2 / 1-3 / 2-3)!

Interviewer: Mehrfachantworten möglich (1-2 / 1-3 / 2-3)!

- 1 vor allem niedrige Einkommen profitieren oder sollen
- 2 vor allem mittlere Einkommen profitieren oder sollen
- 3 vor allem hohe Einkommen profitieren oder sollen
- 4 alle Gruppen in gleichem Ausmaß profitieren

nicht vorlesen:

- 98 weiß nicht
- 99 keine Angabe



**1.10 Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie diese kommende Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer finanziert werden kann. Ich lese Ihnen nun eine Liste mit Maßnahmen vor, mit deren Hilfe die kommende Steuerreform finanziert werden könnte. Bitte, sagen Sie mir zu jeder dieser Maßnahmen, ob Sie Ihnen geeignet erscheint, um die Steuerreform zu finanzieren.**

Programmierung Unterfragen 1.11.1 bis 1.11.10 rotierend (random)

- |        |                              |      |        |               |                 |
|--------|------------------------------|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.1 | Erhöhung der Mehrwertsteuer  | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
| 1.10.2 | Erhöhung der Mineralölsteuer | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |

Interviewerinformation: „Mehrwertsteuer“ auf Benzin/Diesel/Heizöl

- |        |   |      |        |               |                 |
|--------|---|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.3 | Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
|--------|---|------|--------|---------------|-----------------|

Interviewerinformation: So genannte "Körperschaftssteuern", Achtung, der von den AGs und GesmbHs ausgeschüttete Gewinn muss von den Aktionären/Gesellschaftern nochmals versteuert werden → Kapitalertragsteuer (KESt).

- |        |   |      |        |               |                 |
|--------|---|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.4 | höhere Umweltsteuern für Unternehmen              | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
| 1.10.5 | Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |

Interviewerinformation: Die Vermögensteuer ist in Österreich 1993 abgeschafft worden, die Erbschaftssteuer ist mit 31.7.2008 ausgelaufen (konkreter Anlass war die verfassungswidrige Bemessung der Erbschaftsteuer bei Grundstücken, grundsätzlich wäre eine Erbschaftssteuer nicht verfassungswidrig). Achtung, im internationalen Vergleich sind die Vermögensteuern in Österreich ausgesprochen niedrig, während Arbeitseinkommen sehr hoch besteuert werden.

- |        |  |      |        |               |                 |
|--------|--|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.6 | Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt) | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
|--------|--|------|--------|---------------|-----------------|

Interviewerinformation: So genannte "Sparbüchlsteuer", fällt aber generell bei Kapitalerträgen an, also etwa auch bei Dividenden auf Aktien.

- |        |                                 |      |        |               |                 |
|--------|---------------------------------|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.7 | höhere Verschuldung des Staates | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
| 1.10.8 | Kürzung von Sozialleistungen    | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |

Interviewerinformation: Als Beispiele kommen in Frage: Zuschüsse des Bundes zur Pensionsversicherung, das Pflegegeld oder etwa die Studienbeihilfe, aber auch Leistungen der Bundesländer und Gemeinden, die letztlich vom Bund über den Finanzausgleich finanziert werden (z.B. Sozialhilfe, Kindergärten, Eigenheimzuschüsse etc.).

- |        |  |      |        |               |                 |
|--------|--|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.9 | Kürzung von Subventionen für Unternehmen | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
|--------|--|------|--------|---------------|-----------------|

Interviewerinformation: Obwohl Europäische Union, in der Subventionen grundsätzlich untersagt sind (wären), werden zahlreiche öffentliche Subventionen an private Unternehmen ausgeschüttet. Österreich liegt hier im europäischen Vergleich im Spitzenfeld.

- |         |   |      |        |               |                 |
|---------|---|------|--------|---------------|-----------------|
| 1.10.10 | Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung | 1 ja | 2 nein | 98 weiß nicht | 99 keine Angabe |
|---------|---|------|--------|---------------|-----------------|

**1.11 Ich lese Ihnen nun eine Liste mit Maßnahmen vor. Bitte, sagen Sie mir zu jeder dieser Maßnahmen, ob sich diese auf Sie persönlich nachteilig auswirken würde.**

Programmierung Unterfragen 1.11.1 bis 1.11.10 rotierend (random)

1.11.1	Erhöhung der Mehrwertsteuer	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.2	Erhöhung der Mineralölsteuer	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.3	Erhöhung der Gewinnsteuern für Aktiengesellschaften und GesmbHs	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.4	höhere Umweltsteuern für Unternehmen	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.5	Einführung einer Vermögens- oder Erbschaftssteuer	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.6	Erhöhung der Kapitalertragssteuer (KESt)	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.7	höhere Verschuldung des Staates	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.8	Kürzung von Sozialleistungen	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.9	Kürzung von Subventionen für Unternehmen	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
1.11.10	Personaleinsparungen in der öffentlichen Verwaltung	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe

**1.12 Was schätzen Sie: wie hoch ist die offizielle Inflationsrate in Österreich derzeit ungefähr?**

\_\_\_\_\_ %

nicht vorlesen:

98 weiß nicht

99 keine Angabe

**1.13 Was schätzen Sie: wie hoch ist die Steuer- und Abgabenquote derzeit in Österreich ungefähr?**

\_\_\_\_\_ %

nicht vorlesen:

98 weiß nicht

99 keine Angabe

## Statistik

### 2.1 Geschlecht

- 1 männlich
- 2 weiblich

### 2.2 Alter

- 1 bis 25 Jahre
- 2 bis 35 Jahre
- 3 bis 45 Jahre
- 4 bis 55 Jahre
- 5 bis 65 Jahre
- 6 älter als 65 Jahre

nicht vorlesen:

- 99 keine Angabe

### 2.3 Berufliche Tätigkeit

Interviewer: wenn mehrere Kategorien zutreffen bitte die für den Befragten wirtschaftlich bedeutendste Eintragen!

- 1 Arbeiter(in)/Angestellte(r) in der Privatwirtschaft
- 2 Beamter/-in, Vertragsbedienstete(r), Angestellte(r) im öffentlichen Sektor
- 3 Selbständige(r)
- 4 freie(r) Dienstnehmer(in)/Werkvertragnehmer(in)/Freelancer(in)
- 5 Schüler(in)
- 6 Student(in)
- 7 Lehrling
- 8 Hausfrau/Hausmann
- 9 Pensionist(in)
- 10 arbeitslos

nicht vorlesen:

- 11 anderes
- 99 keine Angabe

## 2.4 Wie hoch ist Ihr persönliches monatliches Nettoeinkommen ungefähr?

Interviewer: Einkommen aus Arbeit, Selbständigkeit, Pensionen, Arbeitslosengeld, Studienbeihilfe! OHNE Kinderbeihilfe!

- 1 kein Einkommen
- 2 unter 1000 €
- 3 bis 1500 €
- 4 bis 2000 €
- 5 bis 2500 €
- 3 bis 3000 €
- 6 mehr als 3000 €

nicht vorlesen:

- 11 anderes
- 99 keine Angabe

## 2.5 Wie viele Personen leben in Ihrem Haushalt (Sie eingerechnet)?

\_\_\_\_\_ Personen

nicht vorlesen:

- 99 keine Angabe

## 2.6 Wenn mehr als eine Person im Haushalt: Sind Sie jene Person in Ihrem Haushalt, die über das höchste Einkommen verfügt?

- 1 ja
- 2 nein

nicht vorlesen:

- 98 weiß nicht
- 99 keine Angabe

## 2.7 Was ist Ihre höchste abgeschlossene Schulbildung?

- 1 Pflichtschule bzw. Hauptschule
- 2 Lehre
- 3 Fachschule
- 4 Matura bzw. Kolleg
- 5 Universität bzw. Fachhochschule

nicht vorlesen:

- 6 anderes
- 99 keine Angabe

## 2.8 Wenn Sie sich politisch einordnen: würden Sie sagen, sie sind ...?

Programmierung: Kategorien 1 bis 5 rotierend (1-2-3-4-5 / 5-4-3-2-1).

- 1 rechts
- 2 eher rechts
- 3 Mitte
- 4 eher links
- 5 links

nicht vorlesen:

- 6 anderes
- 99 keine Angabe

## 2.9 Ich lese Ihnen einige politische Kategorien vor. Bitte sagen Sie mir zu jeder, ob diese auf Sie zutrifft oder nicht.

Programmierung: Unterfragen 2.9.1 bis 2.9.7 rotierend (random).

2.9.1 unpolitisch	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.2 grün/alternativ	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.3 konservativ	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.4 liberal	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.5 national	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.6 sozialdemokratisch	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe
2.9.7 sozialistisch/kommunistisch	1 ja	2 nein	98 weiß nicht	99 keine Angabe

Vielen Dank für das Interview!